

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen (Putinisten in Krakau?), wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Redaktion in Krakau? Wer soll das glauben, dass „Putinisten“ in Polen arbeiten und diese Thesen vertreten?

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Wir übernehmen immer weniger Beiträge aus „Unser Mitteleuropa“, für Putin-Propaganda sind wir uns zu schade!

Die Redaktion

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 – E 46

01) Pfarrer Steffen Reiche wurde entpflichtet! Neue Aufgaben auf Teneriffa

E. b) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 47 – E 49**

01) Freie Meinung. Von Ed Koch

02) Klimaforscher: Rolle des Klimawandels bei Waldbränden bewusst überbetont

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seiten E 50 - 51**

01) Vatikan-Organisationen und Caritas fordern „geordnete Migration“ für jährlich 20 Million Klimaflüchtlinge

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seiten E 52 – E 104**

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.10.2023

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 25.10.2023

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 23.10.2023

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 15.10.2023

05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 12.10.2023

06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 10.10.2023

07) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 04.10.2023

Seite E III zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a. **Seite E 105**

- Keine Berichte -

E. f) Europa, Europa und die Welt **Seite E 106**

- Keine Berichte –

Europäische Union (EU) (Seiten E 107 - E 112)

- 01) EU: Interne Kritik an von der Leyens Haltung zu Israel
- 02) Ausschluss von slowakischen „Fico-Anhängern“ aus EU- SPE-Fraktion
- 03) Nur Ungarn und Polen gegen Flüchtlingspakt: „Keine Flüchtlingsghettos sondern sichere Grenzen“
- 04) Joachim Kuhs: Mit den 300 AfD-Änderungsanträgen wären die mehrjährigen EU-Finanzrahmen-Aufstockungen überflüssig

E. g) Mitteleuropa

Seite E 113

- Keine Berichte -

E. h) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 114 – E 115

Niederlande (Seiten E 114 - E 115)

- 01) Blockwart und Great Reset: Holländer sammeln jetzt Mobilitätsdaten ihrer Bevölkerung. Von KURT GUGGENBICHLER

BR Deutschland (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 116 – E 153)

- 01) ACHTUNG REICHELT! Die deutsche Bevölkerung soll verdünnt werden. Von JULIAN REICHELT
- 02) ACHTUNG REICHELT! Das Habeck-Geständnis über das niemand berichtet. „Wir verlieren unsere Industrie und maßgeblichen Teil unseres Wohlstands“. Von JULIAN REICHELT
- 03) Deutsche Jugend: Null Bock auf Arbeit – Chillen voll geil
- 04) 100 Jahre Radio. Trauer um die Radio-Live Reportage. Kleines Essay. Ein Gastbeitrag von Ansgar Hocke
- 05) Tag 296. Von Ed Koch
- 06) KW 42 (Kalenderwoche 42, 16. – 24.10.2023)
- 07) Maaßen: „Zuwanderung nach Deutschland könnte in ein paar Minuten gestoppt werden“
- 08) Asylchaos an deutsch-polnischer Grenze – „Schutzsuchende“ und „verlorene“ Dokumente: ein Lokalausweis
- 09) Das Handwerk ist unzufrieden. Von Ed Koch
- 10) AfD-Chef Chrupalla attackierte Staatsanwaltschaft wegen Anschlag-Berichterstattung – Die ruderte daraufhin zurück
- 11) Verbot Palästinensischer Solidaritätsbezeugungen in Berlin
- 12) Bundestagspräsidentin erteilt AfD Ordnungsruf für Kritik an grünen Hamas-Freunden
- 13) „Brandmauer mit tiefen Rissen“ – CDU macht sich für AfD „stark“
- 14) Kissinger: „Deutsche Migrationspolitik war schwerer Fehler“
- 15) Die Lage ist mehr als ernst. Von Ed Koch

16) Neuwahlen. Von Ed Koch

17) KW 40 (= Kalenderwoche 02. bis 08.10.2023). Von Ed Koch

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 154 – E 176)

01) Die Wüste lebt – *ufa*Fabrik, Lüül. Von Ed Koch

02) Dringender Handlungsbedarf. Von Ed Koch

03) Der Traum vom Eigenheim. Von Ed Koch

04) Neue Kita in Berlin. Von Ed Koch

05) Ab heute wird die Bude warm. Von Ed Koch (Einleitung) und Vattenfall

06) Clusterkonferenz. Von Ed Koch

07) Klare Ansichten. Mit Angelika Syring sprach Ed Koch

08) Strom. Von Ed Koch

09) Für ein funktionierendes Berlin. Ed Koch

10) GASAG gewinnt. Von Ed Koch

11) Wo leben wir eigentlich? Von Ed Koch

12) 40 Jahre Tempelhofer Forum

13) Nachhaltigkeitsnetzwerk

Österreich (Seiten E 177 – E 181)

01) Gefälligkeitsinterview verweigert: ORF reagiert mit Versetzung und Kündigung langjähriger Journalistin

02) Vor 660 Jahren wurde Tirol mit Österreich vereint

Südtirol (Seite E 182)

01) AHBT begrüßt Dornauers Bekenntnis zur Doppelstaatsbürgerschaft

E. i) Ostmitteleuropa	Seiten E 183 – E 207
------------------------------	-----------------------------

Polen (Seiten E 183 – E 186)

01) Wahlen in Polen: Sieg ohne Mehrheit

02) Protestmarsch der polnischen Opposition vor Wahlen

Tschechien (Seiten E 187 - E 194)

01) Liechtenstein schlägt Tschechischer Republik gemeinsamen Fonds vor

02) Gericht rehabilitierte nach 47 Jahren „Pepa“ Janiček

03) Innenminister Rakušan: Rückführungspolitik der EU muß strenger werden

04) Getränkekonzern Kofola kauft Apfel- und Kaffeeplantagen

05) Abgeordnetenhaus billigt Sparpaket der Regierung

06) Kantar: Jede dritte Stimme für Babiš

07) Reaktionen aus Tschechien auf das Slowakei-Wahlergebnis

S l o w a k e i (Seiten E 195 – E 199)

- 01) Slowakei folgt Ungarn: Keine Waffen mehr an die Ukraine
- 02) Linke Öko-Diktatur des Tiefen Staates in Slowakei: Staatspräsidentin verweigert neue Fico- Regierung
- 03) Ausschluss von slowakischen „Fico-Anhängern“ aus EU- SPE-Fraktion
- 04) Nun auch Slowakei – Keine Waffenlieferungen mehr an Ukraine

U n g a r n (Seiten E 200 – E 203)

- 01) Orbán in Brüssel: Wer Migration befürwortet, unterstützt auch Terrorismus
- 02) Orban trifft Putin in China: „Wir brauchen Frieden“

S l o w e n i e n (Seite E 204)

- Keine Berichte -

S e r b i e n (Seiten E 205 – E 207)

- 01) Serbien – Mehrheit gegen EU-Beitritt und „pro BRICS“

E. j) Osteuropa

Seiten E 208– E 255

W e i ß r u s s l a n d (Seite E 208)

- Keine Berichte -

U k r a i n e (Seiten E 209– E 215)

- 01) EU-Hoffnungs-Kandidat Ukraine: Ex-Oppositions-Abgeordneter Oleh Zarjow nach Attentat in kritischem Zustand
- 02) Putin bekräftigt vor China-Reise Lob für Pekings Friedensvorschläge

R u s s l a n d (Seiten E 216 - E 255)

- 01) Putin: Westen will mittels Hesses die Ausweitung des Nahostkonflikts zur Neuen Weltordnung
- 02) Die Fragen von China Media Group an Wladimir Putin zur Weltpolitik
- 03) Exklusiv: Moskau: „Ukrainische Gegenoffensive gescheitert, Russland führt Offensivoperationen durch“
- 04) Russlands Auslandnachrichtendienst-Chef: Westen versucht mit Terrorgruppen global zu destabilisieren
- 05) Die offizielle Reaktion Russlands auf den jüngsten Krieg zwischen Israel und Hamas
- 06) Wladimir Putin am Valdai Club: Sechs Grundsätze für neues multipolares Weltsystem

D. k) Kaukasusgebiet / Türkei

Seiten E 256 – E 261

Armenien / Aserbaidschan (Seiten E 256 - E 261)

- 01)** Aserbaidschan wurde in Bergkarabach von Israel mit Waffen unterstützt
- 02)** Flucht und Vertreibung der Armenier aus Bergkarabach
Wo bleibt das Weltgewissen?
- 03)** Die Macht des Stärkeren

T ü r k e i (Seite E 262)

- Keine Berichte -

E. l) Südosteuropa

Seiten E 263 - E 265

B u l g a r i e n (Seiten E 263 – E 265)

- 01)** Verlässt Bulgarien den amerikanischen Sektor?

E. m) Süd- und Westeuropa

Seite E 266

- Keine Berichte -

E. n) Nordwest- und Nordeuropa

Seite E 267

- Keine Berichte -



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Pfarrer Steffen Reiche u.a., Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 – E 46

Wir wünschen Herrn Pfarrer Steffen Reiche für die Zukunft alles Gute, wir danken für seine hervorragende Arbeit in der Vergangenheit und wünschen uns eine weitere gute Zusammenarbeit!

Reinhard M. W. Hanke

01) Pfarrer Steffen Reiche wurde entpflichtet! Neue Aufgaben auf Teneriffa

Predigtkreis & Einladung zur Benennung des Anna-und-Hermann-Muthesius-Steiges in Nikolassee & Dreiklang von Reformationstag, Allerheiligen, Allerseelen & Audio-Datei der Predigt zum Wort Gottes & Der Hamas-Terror – zum Nutzen Irans und Russlands & Es war ein gewissenhaft organisierter Massenmord, minutiös geplant bis ins letzte Detail.

Posteingang

Steffen Reiche 09:43 (vor 2 Stunden)

an

Liebe Predigtkreisgemeinde,

sind diese 3 Tage -31.10. und 1.11. und 2.11., Reformationstag und Allerheiligen und Allerseelen so hintereinander nur Zufall? Nein.

Die Erklärung finden Sie hier. Ich habe es für "Wochenblatt", eine Zeitung für Deutsche auf Teneriffa, gerade auf deren Bitte hin, geschrieben.

Zugleich lade ich Sie herzlich ein an der Benennung des Anna- und Hermann-Muthesius-Steiges am 10.11. um 13.00 Uhr teilzunehmen. Prof. Henning und ich hatten das gemeinsam dem Stadtbezirk vorgeschlagen, weil Muthesius dort lange lebte und der Stadtbezirk ist wunderbarer Weise unserem Vorschlag gefolgt.

Um 16.30 Uhr machen wir dann den wundervollen Martins-Umzug mit unserer Kita.

Herzlich grüßt Sie

Ihr Steffen Reiche

Eine merkwürdige Trias von Feiertagen, ein bemerkenswerter Dreiklang von Gedenktagen ist das doch, den wir da gerade begehen. Reformationstag, Allerheiligen und Allerseelen. Und Halloween.

Anders als Weihnachten, Ostern und Pfingsten haben sie ihren Ursprung nicht in der Bibel. Im Gegenteil. Jesus hat einmal gesagt: „Lasst die Toten ihre Toten begraben.“ Die Nachfolger Jesu, die Christen, sollten nur nach vorn schauen und sich ausschließlich für das kommende Reich Gottes interessieren. Und dennoch ist zumindest der Reformationstag und in anderen Ländern „Allerheiligen“ zum staatlichen Feiertag geworden. Über 700 Jahre hat es gebraucht, bis der uns heute so vertraute Dreiklang dieser Tage entstanden ist.

Begonnen hat es mit Allerheiligen. In den ersten dreihundert Jahren der christlichen Kirche sind die Christen im Römischen Reich nur verfolgt worden. Das war etwas Anderes als beim Islam, der in den ersten 300 Jahren auf der Spitze des Schwertes in den gesamten Arabischen Halbmond getragen wurde. Mohammed und seine Nachfolger haben die Volksstämme in diesem riesigen Gebiet vom heutigen Irak und Iran bis nach Marokko damals mit Gewalt islamisiert, unterworfen.

Die Christen hingegen hatten, begonnen bei dem Erzmärtyrer, also dem ersten Märtyrer Stephanus (dessen Gedenktag gleich nach dem Christustag am 25.12. kommt) bis hin zu Nikolaus oder der Heiligen Katharina im Römischen Reich nur Verfolgung erlebt und kein einziges Mal zu den Waffen gegriffen. Der Heilige Stefanus wurde gesteinigt, der heilige Nikolaus zu Tode gefoltert und die heilige Katharina gerädert. Waffen wurden gegen sie erhoben und sie haben sich nur mit dem Wort verteidigt, ihrem Bekenntnis. Aber auch als Kaiser Konstantin und seine Nachfolger dann im 4. Jahrhundert die Christenverfolgung beendeten und das Christentum anerkannten, gab es noch Märtyrer, also Blutzugehen für den Glauben. Sie wurden in einem nun offiziellen Verfahren vom Papst erst selig, dann heilig gesprochen. Und so wurden es immer mehr. Mehr als es Tage im Jahr gab. Mehr als 365. Und damit man nur ja keinen Heiligen vergisst und seinen Gedenktag übersieht, wurden erst in der Ostkirche Allerheiligentage eingeführt und dann in Rom ein Pantheon eingeweiht, in dem nun nicht mehr alle Götter wie bisher, sondern alle Heiligen an Altären verehrt wurden. Und der Papst Gregor III. weihte dann später eine Kapelle in der Basilika des Heiligen Peter, dem Vorgänger des Petersdomes, „Allen Heiligen“ und legte damals den Gedenktag auf den 1. November.

Rund 500 Jahre später wollte man dann nicht nur der Heiligen gedenken, sondern auch aller Seelen der Menschen, die uns vorangegangen sind. Heilige gab es wenige, aber Verwandte, die schon gestorben waren, hatte jeder. Und so wurde zu Ihrem Gedenken im 10. Jahrhundert durch Abt Odilo von Cluny der Allerseelentag gestiftet. Nach dem Hochfest von Allerheiligen wurde nun jedes Jahr am 2. November, am Tag darauf, in allen von der Reform von Cluny (Südfrankreich) geprägten Klöstern der Seelen der schon Verstorbenen gedacht, die im Fegefeuer noch auf Erlösung warteten. 998 nach Christus, also kurz vor der ersten Jahrtausendwende nach Christus, wollte man durch Gebete und Opfer und das Gedenken an die Verdienste der Heiligen, die Seelen der eigenen Verwandten aus dem Fegefeuer befreien. Und um das zu schaffen, wurde der Ablass eingerichtet. Das heißt mit den Opfern

der lebenden Nachkommen bemühten sich diese, Sündenvergebung für die im Fegefeuer schmorenden Angehörigen zu erreichen. Sie also herauszukaufen aus dem Reinigungsfeuer, das man bevor man in den Himmel kommt, zuvor durchleiden musste. Und das machte sich dann eben 500 Jahre später auch der durch Luther weltbekannt gewordene Ablasshändler Tetzl zu nutze. Er zog durch die Lande mit dem Spruch: „Wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt.“ Und sammelte Geld für den neuen Petersdom in Rom.

Und nun ahnen sie schon: Das empörte den Neutestamentler Martin Luther in der gerade neu gegründeten Universität von Wittenberg derart, dass er mit 95 Thesen die Kirche seiner Zeit zur Disputation über den Ablass herausforderte. Denn er hatte gerade in seiner Wittenberger Vorlesung zum Römerbrief von dem Apostel Paulus ganz neu herausgefunden, dass alle Gnade Gottes mit uns Menschen allein im Kreuzestod Jesu Christi seinen Ursprung hat. *Solum verbum* – allein im Wort Gottes kann man erkennen, dass allein in Jesus Christus, solus Christus, uns die alleinige Gnade Gottes „sola Gratia“ zuteil wird. Und das war ihm nun so ernst, weil ja sein eigenes Seelenheil daran hing, dass er bereit war, dafür auch die Kirche zu reformieren. Und dass er auch beim Reichstag in Worms dafür eintrat und gesagt haben soll: „*Hier stehe ich und kann nicht anders. Gott helfe mir.*“ Und dann auf dem Rückweg nach Wittenberg vor den Schergen des Kaisers von seinen Freunden auf die Wartburg entführt worden ist und dort dann das Neue Testament aus dem Griechischen, nicht aus der Lateinischen Übersetzung, für die Menschen übersetzte und drucken lies. Was ging, weil wir waren ja schon in der Gutenberg-Galaxis, also der neuen Ära des Buchdrucks mit beweglichen Lettern, den Johannes Gutenberg in Mainz entwickelt hatte, gewesen sind. Und so begann die Neuzeit, eine neue Zeit. Und niemand sollte sich über das Denken unserer Vormütter und -väter erheben, denn wir stehen auf Ihren Schultern. Und die, die einst auf unseren Schultern stehen werden, werden wohl auch genug Grund zur Verwunderung über uns haben! Oder? Allein wenn wir an den Klimawandel denken.

Nun eine letzte Frage. Warum dann auch noch Halloween? Weil die in das damals, zur Zeit Luthers neu entdeckte Amerika ausgewanderten katholischen Iren ihre Bräuche dorthin mitbrachten. Nicht nur ihre wundervollen Segenssprüche, sondern auch die Feier des Abends vor Allerheiligen - „All hallows eve“. Und diese Tradition ist später dann aus dem Westen, aus Amerika, zurückgewandert zu uns nach Europa.

Übrigens hat auch der fromme Mönch Kopernikus seine weltverändernden Entdeckungen in jener Zeit als Zeitgenosse Martin Luthers gemacht. Und damit die Kopernikanische Wende ausgelöst. Also wirklich viel Neues in jener Zeit, also wirklich der Beginn einer neuen Zeit oder wie wir heute deshalb sagen: Der Neuzeit. Herzlich grüßt Sie

Ihr Steffen Reiche, Pastor der Deutschen Evangelischen Gemeinde in Teneriffa Süd.

Sehr geehrte Damen und Herren,
beigefügt übersende ich die Einladung zur Benennungsfeier des **Anna-und-Hermann-Muthesius-Steiges**, ein Fußweg, der von der Potsdamer Chaussee zum Rehsprung an der Rehwiese führt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Jennifer Bernhardt

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin
Straßen- und Grünflächenamt - Fachbereich Verwaltung
SG V 11 - Grundstücksangelegenheiten, Benennungen, Widmungen

Hartmannsweilerweg 63, 14163 Berlin

Telefon: +49 30 90299-5692

Fax: +49 30 90299-6235

E-Mail:

<https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/>

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/israel-steht-vor-einem-moralischen-dilemma-7068/?utm_campaign=de_40_20231020

Der Hamas-Terror – zum Nutzen Irans und Russlands [Richard Herzinger](#) Oktober 2023

In meinem vergangenen Samstag in der Neuen Zürcher Zeitung erschienenen Essay (siehe: <https://www.nzz.ch/.../die-diktatoren-aller-welt-sind...>) habe ich festgestellt, dass Russland systematisch eine weltweite Kriegsfront gegen die westlichen Demokratien aufbaut, zu der im wesentlichen China, der Iran und Nordkorea zu zählen sind.

Der am selben Tag erfolgte brutale Überfall der Hamas auf Israel war zum Zeitpunkt der Entstehung des Textes nicht vorauszusehen, wohl aber das Muster, dem er im Rahmen des von der globalen Achse der Zerstörer vorangetriebenen Weltkrieg gegen den Westen folgt: „Putins Überfall auf die Ukraine hat die Schleusen für kleinere Despoten geöffnet, sich gewaltsam zu nehmen, was sie wollen“, heißt es darin.

Nennen wir es beim Namen: Bei der beispiellosen, monströsen terroristischen Attacke der Hamas handelt es sich im Kern um einen Kriegsakt der Islamischen Republik Iran, des engsten Kriegsalliierten Russlands, der für seine eliminatorische Aggression gegen den jüdischen Staat seine palästinensische Stellvertretertruppe Hamas voranschickt (mit der libanesischen Hisbollah in der Hinterhand). Dabei erinnert das bestialische Vorgehen der palästinensischen Mordkommandos, ihr wahlloses Töten, Misshandeln und Verschleppen von Zivilisten, auf grauenvoll gespenstische Weise an die Massaker, die von den russischen Invasionstruppen in der Ukraine, an Orten wie Butscha und Irpin verübt wurden – und weiterhin werden. Und auch in dem massiven Raketenterror der Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung erkennt man wieder, was die Ukrainerinnen und Ukrainer fast täglich zu erleiden haben.

Wir müssen die diversen Kriegsschauplätze, die derzeit zwecks Zerstörung der westlich geprägten internationalen Ordnung eröffnet werden, endlich im **Zusammenhang der globalen Großoffensive der antiwestlichen Despotien gegen die demokratische Welt und ihre freiheitlichen Werte betrachten.**

Akut muss unsere ganze Solidarität dem auf bestialische Weise überfallenen israelischen Volk gelten, das sich mit der furchtbar traumatisierenden, **nie dagewesenen Erfahrung eines antijüdischen Pogroms auf dem Territorium des jüdischen Staats konfrontiert sieht.** Dabei dürfen wir uns jedoch nicht von dem unvermindert fortdauernden russischen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine und anderen alarmierenden Vorgängen wie dem sich anbahnenden aserbaidischen Völkermord an den Armeniern ablenken lassen.

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Denn eine solche Diffusion unserer Aufmerksamkeit gehört zu dem Kalkül, das die antizivilisatorische Achse des Bösen mit ihren kriegerischen Nadelstichen gegen die freie Welt verfolgt.

Antidemokratische Priorität

Zu diesen gehört in jüngster Zeit die Eroberung von Berg-Karabach durch Aserbeidschan und der ihr folgenden Vertreibung der armenischen Bevölkerung. Russland, das sich bis vor Kurzem noch als „Friedensmacht“ im Kaukasus inszenierte, hat seinen vermeintlichen Schützling Armenien eiskalt fallen gelassen, weil sich dieser zu stark der Demokratie zugewendet hat. Dass es stattdessen dem aserbaidischen Autokraten Alijew grünes Licht für seinen Durchmarsch gegeben hat, zeigt, dass die weltweite Unterdrückung jeglicher Ansätze von Demokratisierung für Moskau oberste strategische Priorität hat.

Das gilt auch für andere Kontinente, auf denen das Putin-Regime seine destruktiven Aktivitäten verstärkt. In Lateinamerika hält es die Autokratien Kubas, Venezuelas und Nikaraguas im Sattel, in Afrika ist es als treibende Kraft – und mit Söldnern – zur Stelle, wenn, wie jüngst in Niger, demokratische Strukturen durch Militärgewalt beseitigt werden.

Gleichzeitig liebäugelt Russlands ideologischer Juniorpartner Serbien offenbar mit der gewaltsamen Rückeroberung Kosovos. Dass die NATO a priori kategorisch erklärt hat, sie werde unter keinen Umständen direkt gegen den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine vorgehen, scheint die serbische Führung mit der Zuversicht zu erfüllen, dass das westliche Bündnis auch im Kosovo vor einer kriegerischen Konfrontation zurückschrecken wird – trotz seines dort stationierten Kontingents.

Für Putin bietet die wachsende serbische Aggressionsbereitschaft die Möglichkeit, den Verteidigungswillen der NATO weiter auszutesten und sie zu zwingen, Ressourcen abzuziehen, die der Ukraine zugute kommen sollen. Und die destabilisierende Wirkung der weltweiten kriegerischen Umtriebe Russlands ist ganz im Sinne Chinas, das selbst auf den passenden Zeitpunkt lauert, sich das demokratische Taiwan militärisch einzuverleiben.

Hamas und Moskau

Richard Kemp, ein ehemaliger Kommandeur der britischen Streitkräfte, [sieht das in seiner Analyse](#) sehr ähnlich. Russland, schreibt er, schüre den Konflikt zwischen Aserbaidtschan und Armenien, Serbien und dem Kosovo, den in Westafrika wie jetzt auch den in Israel aus ein und demselben Grund: „Die Instabilität, die an diesen Orten entsteht, soll die Aufmerksamkeit der USA und ihre Ressourcen vom Krieg in der Ukraine ablenken. Vergessen wir nicht, dass die USA kürzlich große Bestände an in Israel gelagerter Munition abgezogen und an die Ukraine weitergegeben haben. Wenn dieser Krieg weiter eskaliert, was durchaus der Fall sein kann, müssen sie durch Vorräte ersetzt werden, die ansonsten für die Ukraine zur Verwendung gegen Russland vorgesehen wären.“

So wie Russland den Iran benutzte, um eine große Anzahl von Drohnen zu liefern, um ukrainische Zivilisten anzugreifen, benutzt es jetzt den Iran, um diese Angriffe in Israel zu fördern und zu ermöglichen. Der Iran ist natürlich ein mehr als williger Partner, dessen Führer Israel und Amerika wiederholt den Tod geschworen haben; ebenso wie ihre Stellvertreter in Gaza und auch im Libanon.

Der Iran leitet, trainiert, finanziert und liefert seit langem Waffen an die Hamas und den Islamischen Dschihad in Gaza sowie in Judäa und Samaria oder im Westjordanland. Auch

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Moskau unterhält und entwickelt Verbindungen zu palästinensischen Terrorgruppen und einzelnen Extremisten, die bis in die Sowjetzeit zurückreichen, als Putin selbst als KGB-Offizier mit Terroristen aus dem Nahen Osten zu tun hatte, unter anderem während seiner Zeit in Dresden.

Hamis-Führer, darunter Terroristenboss Ismail Haniyah, haben seit Beginn des Ukraine-Kriegs eine Reihe von Besuchen in Moskau absolviert und sich mit hochrangigen Regierungsvertretern, darunter Außenminister Sergej Lawrow, getroffen. Eine Delegation ihrer terroristischen Bettgenossen aus Gaza, dem Islamischen Dschihad, angeführt von seinem Chef Ziyad al-Nakhalah, besuchte im März ebenfalls Moskau. Auch die Führer eines anderen iranischen Stellvertreters, der libanesischen Hisbollah, waren willkommene Gäste in Moskau. Hisbollah-Terroristen kämpften Seite an Seite mit russischen Truppen in Syrien und waren seitdem daran beteiligt, Moskau bei der Umgehung von Sanktionen zu helfen, und haben nach Angaben des US-Finanzministeriums im Gegenzug möglicherweise Waffen erhalten.“

Ein Weltkrieg

Es bestätigt sich nun auf schreckliche Weise, was ich Ende vergangenen Jahres [zur Begründung dafür angeführt habe](#), dass sich Israel auch mittels Waffenlieferungen unzweideutig an die Seite der Ukraine stellen sollte – in Anbetracht der eigentlich verbesserten Sicherheitslage des jüdischen Staats, die sich aus den „Abraham“-Friedensabkommen“ mit arabischen Mächten und der Annäherung Israels an Saudi-Arabien ergibt: „Akut existenziell bedroht wird Israel einzig noch von der Islamischen Republik Iran sowie ihren Vasallen und Stellvertretertruppen in der Region. Dies ist, nicht nur wegen der nuklearen Ambitionen Teherans, allerdings eine enorme Bedrohung.

Umso widersinniger wäre es da, wenn sich Israel dauerhaft an das Wohlwollen ausgerechnet jener Macht binden sollte, die als mächtigster Unterstützer und Protektor des Iran und seines eliminatorisch antisemitischen Regimes agiert.

Der primäre taktische Grund für Israels Zurückhaltung gegenüber der Ukraine ist, dass es unter allen Umständen eine direkte Konfrontation mit Russland auf dem syrischen Schlachtfeld vermeiden will. Mit dem Kreml hat Jerusalem einen Konfliktvermeidungsmechanismus ausgehandelt, der es der israelischen Luftwaffe ermöglicht, iranische Ziele in Syrien anzugreifen, ohne mit der dortigen massiven russischen Militärpräsenz ins Gehege zu kommen. Doch mit dem faktischen Kriegseintritt des Iran auf russischer Seite stellt sich verstärkt die Frage, wie verlässlich derartige Zusagen des mittlerweile wild um sich schlagenden Aggressor-Staats Russland noch sind.

Das soll nicht heißen, dass es das putinistische Russland, so wie dies beim Iran und der Hamas der Fall ist, auf die Auslöschung Israels abgesehen hätte. Doch es passt dem Kreml ins Konzept, wenn die Region in neue blutige Konflikte versinkt, in deren Angesicht der russische Vernichtungskrieg gegen die Ukraine der Weltöffentlichkeit dann schon fast wie eine nebensächliche „Normalität“ erscheinen könnte.

Israel benötigt jetzt die volle Rückendeckung der demokratischen Welt, wenn es im Rahmen seines Selbstverteidigungsrechts nach Gaza vorrückt, um die Fähigkeiten der Hamas zu zerstören, ihre mörderischen Angriffe fortzusetzen. Dieses Recht, zur Selbstverteidigung das Territorium des Aggressors anzugreifen, steht übrigens ebenso der

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Ukraine zu, wird ihr von den führenden westlichen Regierungen jedoch faktisch bestritten – indem ihr Waffensysteme vorenthalten werden, die ihr die Durchführung solcher Operationen ermöglichen würden.

Der Westen kann es sich nicht mehr leisten, die diversen aktuellen Kriegsbrandherde, sei es in der Ukraine, im Kaukasus, in Afrika oder im Nahen Osten, als voneinander isolierte, jeweils „regionale“ Phänomene zu betrachten. Sie alle sind Teil eines sich entwickelnden Weltkriegs gegen die gesamte demokratische Zivilisation, der von ihren vereinten Todfeinden massiv und in hohem Tempo vorangetrieben wird.

Es war ein gewissenhaft organisierter Massenmord, minutiös geplant bis ins letzte Detail. Die Mission lautete ausdrücklich: „So viele Individuen töten wie möglich.“

NIUS liegen Dokumente vor, die bei getöteten Hamas-Terroristen gefunden wurden. Sie belegen eindeutig, dass der Angriff auf Israel nicht als Operation gegen das Militär geplant wurde, sondern als Massenmord-Kommando gegen Zivilisten.

Ein professionelles Briefing sollte den Terroristen beim Morden helfen.

„Operationsplan 302“: Kibbuz Sa’ad attackieren, töten, Geiseln nehmen. Unter der Überschrift „Operationsplan 302“ beschreibt der Angriffsplan die „Mission“. Dort heißt es wörtlich: Reserve-Schwadron 2 des Reserve-Zugs 2 des dritten Bataillon wird Kibbuz Sa’ad an D-Day zur H-Hour attackieren mit dem Ziel, den Kibbuz unter Kontrolle zu bringen, so viele Individuen wie möglich zu töten und Geiseln zu nehmen, bis weitere Befehle erfolgen.“

Die Dokumente geben Auskunft über Alarmketten und Sicherheitsmaßnahmen.

Angefügt ist eine detaillierte Karte des Kibbuz mit Ortsbeschreibungen, die es den Terroristen ermöglichen sollten, von Haus zu Haus zu gehen und so viele Menschen wie möglich zu ermorden. Dazu heißt es unter der Überschrift „Kurze Informationen zum Kibbuz“: **„Die Häuser sind im Westen des Kibbuz konzentriert. Der Kibbuz hat einen elektrischen Zaun. Zahl der Einwohner: 760.“**

Bis ins letzte Detail listet das Dokument auf, welche Hamas-Einheiten an welcher Stelle angreifen sollen. Unter den Einheiten befinden sich „Maschinengewehr-Schütze, Fotograf, Scharfschütze und Luftabwehr-Team“.

Ziel: „größtmöglicher Verlust“. Die „Mission“ wird so beschrieben: „Vorgehensweise: Das Schwadron rückt über Zugang 2 in Richtung Straße 55 vor und verwendet dabei zwei Jeeps und acht Motorräder. Dazu gehört auch ein absicherndes Element, das mit vier Motorrädern voraus fährt. Das sichernde Element bricht durch den Nord-West-Abschnitt des Zaunes in den Kibbuz, so wie auf der Karte markiert. Team 1 übernimmt die Kontrolle im Osten des Kibbuz, Team 2 kontrolliert den Westen. Beide Teams haben das Ziel, den größtmöglichen Verlust an Leben zu verursachen und dazu Geiseln zu nehmen. Einige der Geiseln sollen mit weiteren Fahrzeugen nach Gaza abtransportiert werden.“

Die Mission der Terroristen ist in dem Dokument in einzelne Schritte unterteilt. Dort heißt es: 1. Zaun durchbrechen 2. Sicherheits-Posten des Kibbutz zerstören 3. Büros des Kibbutz unter Kontrolle bringen 4. Essensaal unter Kontrolle bringen 5. Geiseln im Essensaal konzentrieren und einige zum Abtransport nach Gaza vorbereiten 6. Neue Schule unter Kontrolle bringen

Seite E 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Auch ein weiteres Team der Terroristen hatte die Aufgabe, „Geiseln zu konzentrieren.“ Der Kibbuz Sa'ad liegt auf der anderen Straßenseite von Kfar Aza, wo Hamas-Terroristen ein Massaker mit über hundert Toten, darunter zahlreiche Kinder anrichteten. Aus Sa'ad sind mehrere Menschen verletzt, einige Bewohner des Kibbuz werden vermisst.

Eine Bewohnerin von Sa'ad sagt: „Von gegenüber ist nichts übrig. Keine Freunde, keine Familien.“ Noch unklar ist, wieviele Menschen in Sa'ad getötet wurden.

* * *

Predigtkreis mit Predigt zu Engeln & Rede von Frau Habighorst bei Verabschiedung & Pläne der Terroristen Zivilisten zu töten & Scholz prangert den "brutalen russischen Angriffskrieg" an & „Die kleinen Länder zeigen uns, was Mut bedeutet“ Rainer Haubrich & „Dann wäre ein umfassenderer Krieg unsere einzige Alternative“ John Kornblum & Bildern vom Abschied am 24.9. in Nikolassee

17.10.2023

Liebe Predigtkreisgemeinde,
nun endlich die Predigt von der wundervollen Verabschiedung, die sie mir bereitet haben.
Und die dort gehaltene so gehaltvolle und gute Rede von Frau Habighorst aus dem Konsistorium.
Und die Agende. Und einige Fotos, die gemacht worden sind.
Herzlich grüßt Sie
Ihr Steffen Reiche

Predigt von Steffen Reiche am 18. Sonntag nach Trinitatis zu Matthäus 18, 10

Gnade sei mit Euch und Freiheit, durch den der da war und der da ist und der da sein wird.

Liebe Schwestern und Brüder,

in dieser Woche ist Michaelistag und wir feiern ihn meist nicht. Er ist uns fremd. Oder fremd geworden. Früher wurden von heute an die Tage bis zum Kirchenjahresende gezählt: 1. Bis 7. Sonntag nach Michaelis.

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Bauernregeln wurden entwickelt. Ist die Nacht vor Michaelis hell, so soll ein strenger und langer Winter folgen; regnet es aber an Michaelis, so soll der nächste Winter sehr gelind sein. Regnet's an Michaelis ohne Gewitter, folgt meist ein milder Winter; ist es aber an Michaelis trocken, dann darf man auf gutes, trockenes Frühjahr hoffen.

"Wenn die Zugvögel nicht ziehen vor Michael, wird es nicht Winter vor Weihnachten."

"Sind um Michael die Vögel noch hier, / haben bis Weihnachten lind Wetter wir."

"Kommt Michael heiter und schön, / wird es noch vier Wochen so weiter geh'n."

"Gibt Michaeli Sonnenschein, / wird's in zwei Wochen Winter sein

Früher wusste man, dass Michael der Erzengel ist. Das heißt nicht, dass es von ihm eine Bronze gab, sondern dass er der erste, der vornehmste, der wichtigste war. Sozusagen der General unter den Engeln, der Oberste. Den Deutschen galt er gar als besonderer, nationaler Schutzengel. Er galt als Schutzpatron des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Deshalb redete man vom Deutschen Michel.

Der Erzengel Michael soll derjenige gewesen sein, der Adam und Eva aus dem Paradies vertrieb und der das Rote Meer teilte, damit das Volk Israel auf der Flucht vor den Ägyptern gerettet wurde.

Die Katholiken rufen ihn am Ende der Messe an zum Schutz gegen den Teufel.

„Heiliger Erzengel Michael, verteidige uns im Kampfe;

gegen die Bosheit und die Nachstellungen des Teufels, sei unser Schutz.

,Gott gebiete ihm', so bitten wir flehentlich;

du aber, Fürst der himmlischen Heerscharen, stoße den Satan und die anderen bösen Geister, die in der Welt umherschleichen um die Seelen zu verderben,

durch die Kraft Gottes in die Hölle. Amen."

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Aufgrund der wichtigen Aufgabe, die Michael für die Sterbenden zugeschrieben wurde, wenn ihre Seele den Körper verlässt, wurde den Gläubigen nahegelegt, ihn in der Stunde des Todes anzurufen. Im Requiem wird Michael als Träger der Standarte angerufen, der den Verstorbenen ins Jenseits geleiten soll.

„O Herr Jesus Christus, ruhmreicher König, befreie die Seelen aller verstorbenen Gläubigen von den Höllenstrafen und von dem tiefen See:

Rette sie vor dem Rachen des Löwen, auf dass sie nicht die Hölle verschlinge,;

Sondern der Feldzeichenträger, der heilige Michael, führe sie ins heilige Licht,

wie du es einst Abraham versprochen hast und seinen Nachkommen."

Wir hätten doch so gern einen Schutzengel. Und selbst denen, die die Kirche aus ihrem Leben gestrichen haben, sind die Engel wichtig. Da gibt es Engelmagazine, da kann man sich kleine Schutzengel kaufen und der Beauftragte der Evangelischen Kirche bei der Bundesrepublik verschenkte kleine Bronzeengel.

In der DDR, wo man versuchte alles Religiöse an den Rand zu drängen, redete man von den Engeln, die dort trotz materialistischer Propaganda zu Weihnachten Konjunktur hatten, verschämt von jahresendzeitlichen Flügelpuppen.

Die Reformation hat mit dem Engel- und Heiligenglauben zu Recht Schluss gemacht.

Und damit die Frage, die mit dem Namen Michael gestellt ist, klar beantwortet.

Michael bedeutet: Wer ist wie Gott? Und die klare Antwort der Reformation ist: niemand. Niemand ist auch nur ein bisschen Gott. Oder ein bisschen wie Gott.

Die Klarheit der Antwort Luthers auf diese und andere Fragen hat die Neuzeit ermöglicht.

Solus christus und sola gratia, allein durch Christus und allein durch Gnade heißt eben:

wir brauchen keine heiligen Menschen und keine halben Götter als Mittler.

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Denn Engel und Heilige gehören zwar zu einer Seite, aber sind beides nicht so ganz.

Nicht ganz Gott, nicht ganz Mensch. Heute ist es bei vielen, die nicht an Gott glauben, aber von den Engeln nicht lassen wollen, so, dass sie das Stück, das bisschen Heiligkeit doch nicht missen wollen.

Was sind nun Engel? Können und sollen wir doch an sie glauben? Wie können wir von Ihnen vernünftig reden?

Das Reden von Engeln zeigt, dass da mehr ist zwischen Himmel und Erde als es sich unsere Schulweisheit träumen lässt.

Engel kommt vom griechischen Wort Angelos. In Angela oder Angelika begegnet es uns. Und bei der gebildeten Pfarrersfamilie Merkel darf man schon annehmen, dass es dem Ehepaar Merkel nicht nur um die Klangfülle von Angela ging, sondern dass da auch ein Wunsch mit auf den Weg der Tochter gegeben wurde: Sei ein Bote von Gott.

Wir brauchen Engel. Das zeigt die Weihnachtsgeschichte in wunderbarer Weise.

Ohne Engel hätten Maria und die Hirten nichts verstanden von dem was sich da ereignete. Engel sind Erklärer im Auftrag, im Namen Gottes. Oft glaubt man den Engeln, den Boten Gottes nicht. Aber wenn sie weg sind, im Rückblick, merkt man, sie hatten recht.

Es war wirklich eine Botschaft Gottes.

Die traditionelle dogmatische Disziplin der Lehre von den Engeln, die Angelologie findet heute meist wenig Beachtung. Im 20. Jh. haben sich zum Thema aber immerhin so wichtige Theologen wie Karl Barth und Karl Rahner geäußert.

Mir leuchtet ein, wenn Claus Westermann sagt: „Der Engel kommt ins Sein mit seinem Auftrag, er vergeht mit der Erfüllung seines Auftrags, denn seine Existenz ist Botschaft.“ Insofern waren auch die Propheten in ihrer Weise Engel, denn sie haben eine Botschaft von Gott gebracht. Insofern war Mahatma Gandhi und Martin Luther King ein Engel, denn sie haben in unsere Zeit Gottes Botschaft so übertragen, so hinein gesprochen, dass die Heilsgeschichte ihren Fortschritt nahm. Insofern war Janus Korszczak für die jüdischen Kinder mit denen er ins Gas des Konzentrationslagers, ging ein Engel, denn durch ihn konnten sie Gottes Nähe auch im Tod spüren.

Seite E 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

War Mutter Theresa ein Engel, denn sie gab Menschen in den Slums von Kalkutta ihre Würde, gab ihnen zu essen und heilte sie von Krankheiten.

Insofern war auch Jochen Klepper ein Engel, ein Bote, der mit seinen Liedern bis heute Menschen ermöglicht, Gott zu glauben, Gott zu denken.

In meiner Jugend haben wir ein Lied in der Jungen Gemeinde gesungen: Ihr sollt Christi Füße sein, heute in der Welt. Christ Hände, Christi Augen usw. Christus sitzt zur Rechten Gottes, Jesus Christus ist Gott und hat zu Pfingsten seinen Geist in die Welt geschickt, damit Menschen mitten in der Zeit neues beginnen können – von Gottes Geist getragen.

Also überall dort, wo Menschen von Gottes Geist getragen Neues im Auftrag und im Namen Gottes beginnen, da werden sie Boten von Gott, da fangen sie an in dieser durchaus rationalen Form Engel, also Boten von Gott zu werden.

Früher konnte man sich das nicht anders vorstellen, als dass sie dazu Flügel brauchten, um aus Gottes Himmel auf unsere Erde zu kommen. Aber wir wissen durch die Astronauten und Kosmonauten sehr rational und klug, zwischen unserem und Gottes Himmel zu unterscheiden. In unserem Himmel kann man mit Lichtgeschwindigkeit über 13 Mrd. Lichtjahre weit fliegen ohne Gott zu sehen. Denn da bleiben wir in Gottes Schöpfung. Die Briten unterscheiden mit ihren Worten sky und heaven sinnvoll zwischen unserem sky und Gottes heaven.

„Father our in heaven“ beten sie und fanden deshalb Juri Gagarin immer gaga, der in unserem Sky als erster Mensch im Weltraum war und Gott natürlich nicht fand. Denn er flog ja nicht in Gottes heaven.

Insofern kann man verstehen, dass es auch in vielen evangelischen Kirchen Taufengel gibt. Sie halten das Taufbecken oder schweben über dem Becken.

Denn Taufe heißt ja, darauf zu hoffen, dass Gott in unsere Wirklichkeit kommt.

Taufen heißt zu hoffen, zu wünschen, dass wir nicht nur Boten Gottes in unserem Leben erleben, sondern an einigen Stellen in unserem Leben selber zu Boten Gottes werden.

Nicht zu Gelben Engeln, die helfen nur wenn was mit dem Auto nicht stimmt.

Aber wir leben in einer Zeit der Polykrise – viele Krisen beschäftigen uns gleichzeitig und wir wissen oft nicht, wo uns oder den Regierenden der Kopf steht, was man zuerst tun soll.

Gerade gestern sind Menschen für bessere Bildung und für eine auskömmliche Finanzierung in Deutschland auf die Straßen gegangen. Ich habe auch einige Zeit meines Lebens mich dafür eingesetzt. Und auch dafür, dass in einem Land, in dem oft nur ein Fünftel, manchmal weniger, Glied einer Kirche sind, alle in der Schule etwas von dem erfahren, was uns trägt und hält. Und habe mich dafür bis vor das Bundesverfassungsgericht eingesetzt, dass eben alle etwas von Lebensgestaltung, Ethik und Religion erfahren. Die Praxis die wir eingeführt haben, ist durch den Vergleichsvorschlag des Gerichtes damals ermöglicht worden, auch weil ich mit Nachdruck in Karlsruhe gesagt habe, dass das kein alternativer Lernbereich ist, sondern ein additiver.

Wir leben in Zeiten des Chaos, das ist unser neues Zuhause. Wir müssen das aushalten und können das nur, in dem wir uns festhalten an Gott, indem wir uns von ihm halten lassen. In der: Klima-Krise – der Krieg in der Ukraine, der Krieg um Berg-Karabach und die Flüchtlingskrise. Die Krisen in China und anderen Staaten, die zwar Mitglied der UNO sind, aber sich nicht mehr an die westlichen Werte und damit die Menschenrechte gebunden fühlen, obwohl es doch Werte sind, die sie als universale Werte anerkannt haben, als sie der UNO beitraten. Wir brauchen heute mehr Engel als je zuvor, denn es leben mehr Menschen als je zuvor auf Gottes Erde. Als ich geboren wurde waren es nur 3 Milliarden, heute sind es über 8 Milliarden. Und alle mit den gleichen Rechten, Hoffnungen und Wünschen, Träumen und Erwartungen.

Die Insel Lampedusa hat auf 20 qkm 4 500 Einwohner und musste jetzt 5 100 Flüchtlinge, die in 120 Booten quasi über Nacht kamen, aufnehmen.

Nikolassee hat 12 000 Einwohner, wir leben hier auf 19, 6 qkm und haben ein Flüchtlings-heim.

Die Menschen, die bei uns vor allem aus muslimischen Ländern Zuflucht suchen, haben dieselben Rechte wie wir. Die Vereinten Nationen binden uns an diese in vielen Jahrhunderten errungene Erkenntnis. Wir müssen also in dieser Zeit unsere bisherige Praxis überdenken und dürfen dabei unsere Werte nicht verlieren, sie nicht über Bord werfen. Sie sind heute und in Zukunft genauso verbindlich, da es wie wir glauben und wissen und gemeinsam festgelegt haben mit allen Menschen und Staaten in der UNO universale Werte.

Seite E 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Wie viel Hoffnung war da, als wir vor bald 34 Jahren, am 9. November die Mauer überrannten und sie zum Fallen brachten, weil wir uns von Ost und West die Hand gaben, dankbar dass man im Westen uns immer als Teil des einen Deutschlands gesehen hatte.

Ohne diese nachholende Revolution, wie sie Jürgen Habermas zu Recht nannte, hätte ich nicht so in der Nähe meiner Heimat Babelsberg hier mit Ihnen leben können und Dienst tun können in den letzten 11 Jahren.

Wie viele sind sich da 1989 und 1990 zu Engeln geworden, die Schutz und Hilfe, Unterstützung und Impulse gaben. Dankbar werden wir das am 3. Oktober feiern. Und hoffentlich daran denken, dass die Heilsgeschichte noch lange nicht zu Ende ist, dass da Menschen in der ganzen Welt auf uns und unsere Hilfe warten. Darauf warten, dass wir ihnen zu Engeln werden.

Gott will uns in Dienst nehmen, er braucht uns als Engel, als seine Boten, als Boten Gottes.

Der Lutherische Weltbund hat dies in diesen Tagen in Polen, wunderbare Weise gerade in Polen, so formuliert: „Ein Leib. Ein Geist. Eine Hoffnung.“

Und in Saint Egidio haben die religiösen Führer es gerade in diesen Tagen so formuliert: Frieden wagen.

Ja, Frieden ist ein Wagnis. Denn darin vertrauen wir dem Anderen, dem Nächsten. Und hoffen, dass sie, dass er genauso Frieden will wie wir.

Der Kirchentag ruft uns immer wieder neu zu: Strahlen wir nicht den Geist der Hoffnung aus, sondern den Geist der Frohen Botschaft.“ Denn das sollen doch Engel machen, die Frohe Botschaft den Menschen bezeugen, im Reden und im Handeln. Das Wort Engel steckt eben auch im Wort Evangelium. Die Gute Botschaft von Gott, die Frohe Botschaft anderen Menschen zu bezeugen, sie mit Ihnen und für sie zu leben.

Ich wünsche Ihnen allen eine an Engeln reiche Woche. An Engeln reiche Tage und Jahre. Nicht in diesem kitschigen, einfältigen Verstehen, sondern in diesem modernen, aufgeklärten, anspruchsvollen, heraus-forderndem und gefährlichen Sinn. Ihr sollt Christi Engel sein, heute in der Welt.

Da wo Gott euch hingestellt hat, für euren Nächsten. Und immer zu Beten, als ob es ein Morgen gibt. Und dabei immer zu wissen: Unser Gut ist nicht Gottes „gut“.

Seite E 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Aber Gott kann unser Gut in Gnade annehmen und es damit gut machen.

Eine Aufgabe ist immer gewiss neu da, für einen jeden von uns. Die Frage ist nur ob unsere Aufmerksamkeit dafür reicht zu erkennen, wo Gott uns gerade als einen, als seinen Engel braucht.

Das wünsche ich Ihnen. Das wünsche ich uns. Wo auch immer wir nun in den nächsten Wochen und Monaten sind.

Denn Engel sind glückliche Menschen. Weil sie von Gott gesandt sind. **Amen.**

ENTPFLICHTUNG durch Frau Oberkonsistorialrätin Sabine Habighorst

Votum: Die Gnade unseres Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft der Heiligen Geistkraft sei mit euch allen

Gemeinde: Amen

Lieber Bruder Reiche,

in diesem Gottesdienst verabschieden wir Dich aus Deinem Amt als Pfarrer der Gemeinde Nikolassee. Die aus diesem Anlass ausgestellte Urkunde hat folgenden Wortlaut:

URKUNDE

Wir danken Gott für Deinen Dienst, für den Einsatz Deiner Begabungen und Kräfte, für Deine Beständigkeit und Zuwendung, Du hast das Evangelium gepredigt und in vielfältiger Weise Gottes Liebe und Gegenwart bezeugt.

Lieber Bruder Reiche, wir kannten uns bis zum heutigen Tag nicht persönlich.

Es ist ein eigenartiges Gefühl jemanden zu verabschieden, den man nicht kennt Doch es ist bestimmt noch viel eigenartiger, von einer Person verabschiedet zu werden, der man zuvor noch nicht begegnet war.

In Vertretung von Oberkonsistorialrätin Furian stehe ich hier, denn es geht um einen wichtigen offiziellen Akt: Ihre Entpflichtung.

Eine Urkunde macht es amtlich, dass Ihr vorgezogener Ruhestand mit Ende des Monats September 2023 eintritt. Schwarz auf weiß ist dokumentiert, dass ein reiches Berufsleben endet - zumindest im aktiven Dienst. So ist das formal, auch wenn es inhaltlich schon gleich wieder nicht zutrifft, denn Sie wurden im Ruhestand von der EKD mit dem Dienst auf der Pfarrstelle Teneriffa Süd beauftragt.

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Und nach allem, was ich an Eindruck gewinnen konnte, kann man sich Sie, Bruder Reiche, ohne Arbeit, irgendwie untätig, sowieso nicht vorstellen.

Bis gestern früh am Telefon hatte ich nur ein inneres Bild von Ihnen, das sich aus vielen Seiten einer Personalakte formte.

Mir ist klar, dass dieses Bild der Wirklichkeit, Ihrer Person, und Ihrem gefüllten Berufsleben niemals gerecht wird.

Zur Sprache kommt meine subjektive Sicht, natürlicherweise begrenzt. Es bleibt eine Annäherung. Andere werden heute und hier lebendig aus Ihrem langen Berufsleben berichten, werden es bebildern, mit persönlichen Erinnerungen verknüpfen, mit Emotionen, wie gerade eben mit Tränen und aufrechtem Beifall, mit großem Dank und mit guten Wünschen.

Zum Glück! Erst aus all den unterschiedlichen Perspektiven entsteht ein Eindruck, der der Wirklichkeit näherkommt.

Aufgrund der vorhandenen Daten nähere ich mich Ihrer Berufsbiografie.

Nach dem Abitur 1979 studierten Sie am Sprachenkonvikt und legten im Dezember 1986 das Erste Theologische Examen ab.

Sie haben eine Ausbildung zum Tischler gemacht. Das Vikariat führte Sie nach Rahnsdorf, in die Gethsemanegemeinde und eine Zeitlang nach Brandenburg an der Havel. 1988 legten Sie das Zweite Theologische Examen ab und wurden im Dezember 1988 in Berlin ordiniert.

Im Entsendungsdienst waren Sie in Christinendorf im damaligen Kirchenkreis Zossen.

Mit Wirkung vom 1.1.1989 wurden Sie zum Pfarrer berufen und übernahmen die Pfarrstelle Pfarrsprengel Christinendorf.

Mitten in einer politisch und kirchlich hoch spannenden Zeit der Transformation. Zugleich die Zeit Ihres politischen und parteipolitischen Engagements. Sie waren Gründungsmitglied der SPD in Brandenburg.

Parallel - so war mein Eindruck - entstand ein kirchliches Ringen um den rechten Umgang damit.

Zunächst wurden Sie freigestellt wegen Unvereinbarkeit des Pfarrdienstes mit einer hauptamtlichen Tätigkeit in der SPD. Später erfolgte eine Freistellung vom Dienst unter Belassung der Pfarrstelle.

Am 19.03.1990 teilen Sie der Kirchenleitung mit, Zitat: „Mit dem heutigen Tag bin ich Mitglied der Volkskammer der DDR.“ Zitat Ende.

Im Juni 1990 erfolgte kirchlicherseits eine Ergänzung zum Pfarrdienstrecht, das nun besagte, dass ein Pfarrer, der hauptamtlich Parlamentsmitglied geworden ist, mit dem Tag der Wahlannahmeerklärung in den Wartestand tritt. Die Rechte aus der Ordination bleiben gewahrt.

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Im Oktober schrieben Sie, Zitat: „Mit der Wahl vom 14. Oktober 1990 bin ich Mitglied des Landtags Brandenburg“ Zitat Ende. Zugleich baten Sie um einen Predigtantrag. Dieser wurde abgelehnt. Sie blieben weiterhin Pfarrer im Wartestand mit den Rechten aus der Ordination.

1994 wurden Sie Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur,

1999 Minister für Bildung, Jugend und Sport.

2008 klopfen Sie bei Ihrer mittlerweile auch völlig neu gestalteten Landeskirche wegen eines Predigtantrags wieder an. Wie das bei Kirchens so ist, wurde geprüft.

2010 wurde von kirchlicher Seite Ihre Rechtsstellung geklärt. Nach Ende der Übergangsfrist dann ein erster Auftrag im damaligen Kirchenkreis Beelitz-Treuenbrietzen, gefolgt von einer Elternzeitvertretung in der Reformierten Schlosskirchengemeinde in Köpenick, wie Sie mir am Telefon sagten, persönlich eine tolle Lehrzeit für Sie in Sachen unierter Kirche.

Die Schriftwechsel, die diese Jahre begleiteten, habe ich auch als hochspannende zeitgeschichtliche Dokumente gelesen.

Und es erinnerte mich - inhaltlich zwar ganz anders konnotiert - aber doch in der Intensität des Ringens an den Anfang des 20. Jahrhunderts, als das Württembergische Konsistorium Stellung bezog zum Eintritt des Pfarrers Christoph Blumhardt in die SPD.

Aber zurück zu Ihnen.

Sie gehörten der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentags an, waren Präsident des Deutschen Jugendherbergswerkes und Präsident des Leichtathletikverbandes Brandenburg. Parallel gab es ein neues Feld der Auseinandersetzungen mit kirchenleitenden Stellen zur Frage: Wieviel Nebentätigkeit verträgt ein Pfarramt?

Es folgte eine konfliktreiche und schwierige Zeit, sicher auch für Sie persönlich in Epiphaniengemeinde.

Im August 2012 wurden Sie mit der Verwaltung der (1.) Pfarrstelle der Ev. Kirchengemeinde Nikolassee betraut, im März 2014 wurde Ihnen die Pfarrstelle übertragen. Und damit, wie Sie formulierten, „das größte Glück, die beste Gemeinde“, „auch, wenn es viele Kämpfe um den Frieden in der Gemeinde gab“. Soweit Ihre eigenen Worte.

Später reduzierten Sie den Dienstumfang, um parallel als Leitender Theologe in der Hoffbauer Stiftung tätig zu sein.

Zu Ihrem Portfolio, gehörte, so las ich - neben den vielen Dingen, die wir schon hörten - die Kreuzfahrt-Seelsorge ebenso wie Lesungen, Glaubenskurse und Abende mit herausfordernden Zeitgenossinnen und Zeitgenossen.

Hoch begeisterte Predigthörer meldeten sich zu Wort. Ich las von Ihrem beeindruckenden, aber auch zur Besorgnis Anlass gebenden Arbeitspensum.

Beim Lesen dachte ich aber auch, dass große Menschen manchmal auch große Schatten werfen.

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Schon im Predigerseminar hatte Ihnen einer der Dozenten bescheinigt, ein Zitat: „unruhiger Geist“, Zitat Ende, zu sein.

Mir schien, dass jeder vorgegeben Rahmen für Sie früher oder später die Gefahr beinhaltet, ein Prokrustes-Bett zu werden, das Sie dazu drängt, es zu transzendieren. Eng gesteckte Grenzen sind Ihre Sache nicht.

Das trug Sie weit hinaus in neue Räume. Manche Sätze, die Sie formulierten, z.B. zur Bildungspolitik, fand ich aus heutiger Sicht geradezu prophetisch. Doch sie provozierten auch Konflikte, weil andere damit als kleingeistig, engstirnig und vorgestrig in die öffentliche Wahrnehmung rückten.

Das muss sehr oft schmerzlich und belastend für Sie gewesen sein, ganz bestimmt aber auch für Ihr Umfeld. Ihren Leistungen, Ihrem Intellekt, Ihrem beruflichen Lebenswerk muss man unbedingt Respekt zollen. In ein öffentliches Wortgefecht mit Ihnen wünscht man sich lieber nicht, ich zumindest nicht.

Nun endet ihr offizieller aktiver Dienst. Für sehr viel Segensreiches aus vielen Jahren haben wir von Herzen zu danken.

Möge der neue Horizont, die Urlauberseelsorge auf Teneriffa, die Sie im Ruhestand wahrnehmen, Ihnen Räume öffnen, die Ihnen und die zu Ihnen passen. Mögen Sie genügend Herausforderungen finden, dass es Ihren hellwachen Geist zufrieden stellt. Möge es genügend Möglichkeiten zur Gestaltung für Sie geben und mögen Sie Freiräume finden, mehr und mehr loszulassen, um tatsächlich irgendwann im Ruhestand anzukommen.

Lieber Bruder Reiche,

Ihr Weg führt weiter. Doch zuvor sollen Sie loslassen können, befreit von den bisherigen Pflichten. Bitte treten Sie dazu vor den Altar.

Entpflichtung

Lieber Bruder Reiche,

Mit dem Eintritt in den vorgezogenen Ruhestand und mit der Beauftragung für den Dienst auf der Auslandspfarrstelle der EKD Teneriffa Süd beginnt für Sie ein neuer Lebensabschnitt. Sie bleiben berufen zu predigen, zu taufen und die Feier des heiligen Abendmahls zu leiten, wo immer Ihr Dienst gefordert ist. Nun aber sind Sie frei von den dienstlichen Pflichten in dieser Gemeinde.

Segensgebet

Lebendiger Gott, Ewige,

Du schenkst deinen Menschenkindern viele Begabungen

und weckst die Bereitschaft, dass wir einander damit dienen.

Seite E 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Wir danken Dir für unseren Bruder, Pfarrer Dr. Steffen Reiche
und für den Segen, den Du auf seine Arbeit gelegt hast,
Schenke ihm Freude an allem, was gelungen ist.

In eigenen Gedanken an Fehler und Versäumtes hilf ihm,
barmherzig mit sich selbst zu sein.

Vergib uns, was wir ihm gegenüber schuldig geblieben sind.

Wir danken Dir für das Verständnis und für die Unterstützung,
mit der die Angehörigen von Dr. Steffen Reiche seinen Dienst begleitet haben.

Segne Dr. Steffen Reiche auf seinem Weg in die Zukunft.

Bleibe bei ihm und allen, die zu ihm gehören, im Abschied und
geleite sie zu neuen Anfängen.

Das bitten wir durch Christus, unseren Herrn in Zeit und Ewigkeit. Amen

Segen

Empfange den Segen Gottes.

Gott segne deinen Blick zurück und deine Schritte nach vorn.

Gott bewahre dir die Erfahrungen an diesem Ort
und begleite dich auf dem Weg, der vor dir liegt.

So segne dich der barmherzige Gott, (Kreuz)

Der Vater, der Sohn und der Heilige Geist.

Geh hin im Frieden. Amen

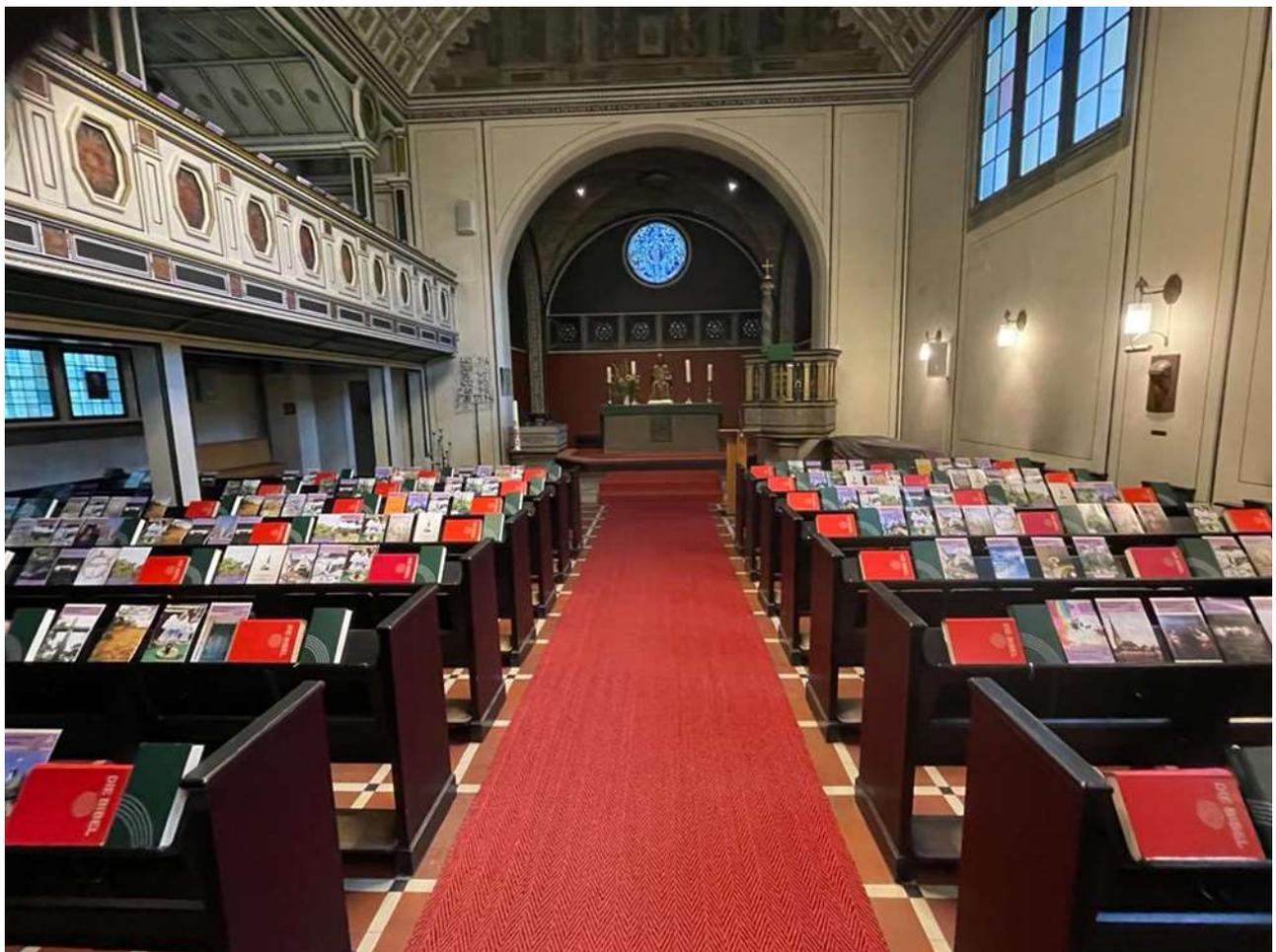
Euch aber, liebe Gemeinde bitte ich: Achtet den Dienst,

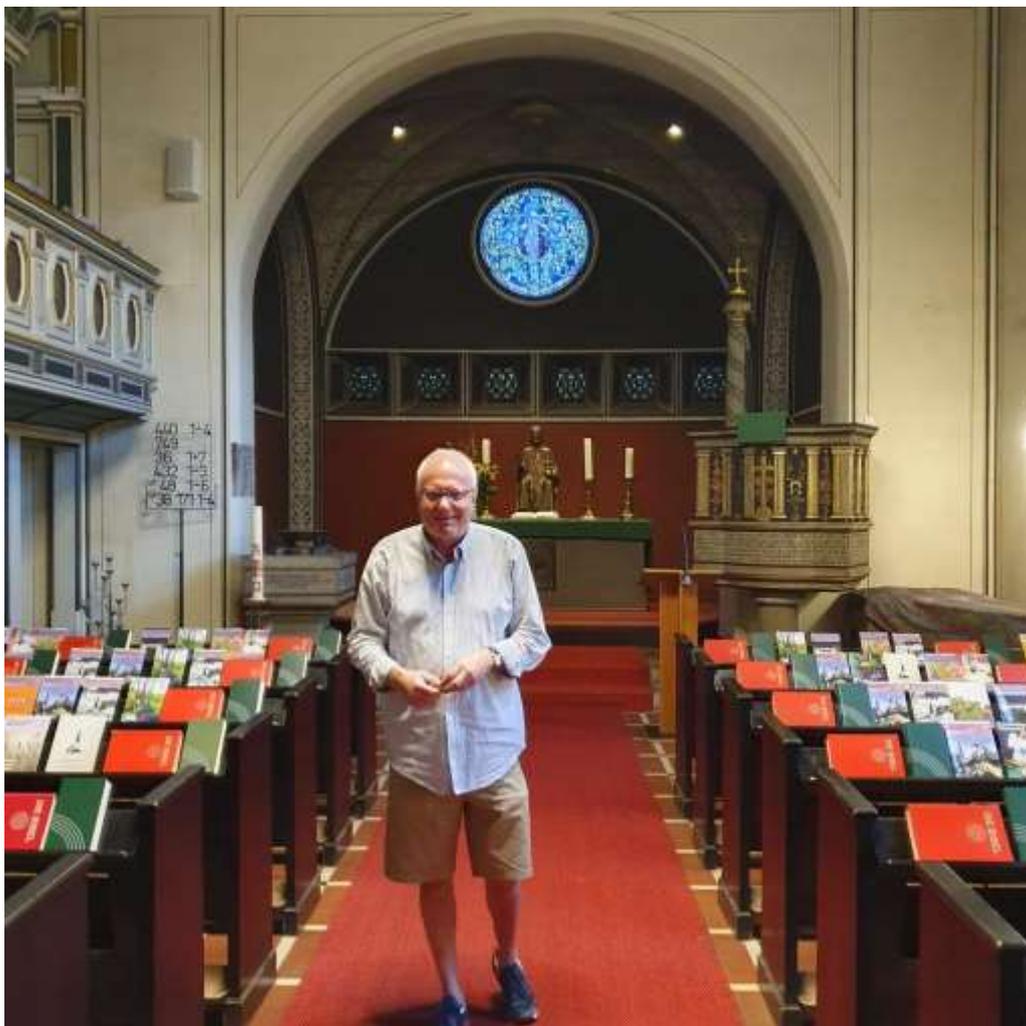
den Pfarrer Dr. Reiche unter euch getan hat. Betet auch weiterhin für ihn.

Bedenken wir, dass wir alle zum Zeugnis und zum Dienst in der Welt berufen sind.

Gott schenke uns dazu ihren Geist. Ihm sei Ehre in Ewigkeit. Amen.







Auf – nach Teneriffa!

<https://www.nius.de/Ausland/enthuellt-der-angriffsplan-der-terroristen-so-viele-individuen-wie-moeglich-toeten/6c389bc9-38fb-482a-8a2a-ba8d78438ee3>

Scholz prangert den "brutalen russischen Angriffskrieg" an

Nun aber, nach Ecuador, Ghana, der Schweiz, Japan, Malta, Gabun, Großbritannien und den USA, darf der Kanzler immer noch nicht ran. Denn mittlerweile ist Lawrow eingetroffen – und Selenskyj verschwunden. Die Botschaft einer langen Lawrow-Rede ist kurz: Der Westen hat ein Nazi-Regime in der Ukraine installiert, damit die Nato Russland auf die Pelle rücken kann – und Russland war gezwungen, das zu verhindern. Nach Frankreich, Brasilien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, China (Botschaft: Zeit für Friedensverhandlungen, wir stehen auf der Seite des Dialogs) und Mosambik ist es dann so weit. Der Kanzler der Bundesrepublik bekommt das Wort erteilt – als Gastredner, eingeladen vom Vorsitz des UN-Sicherheitsrats.

Scholz, eigentlich ein Großmeister in verbaler Unverbindlichkeit, redet Klartext:

Er prangert den "brutalen russischen Angriffskrieg" an, ruft die "Zehntausenden" getöteten ukrainischen Soldaten und Zivilisten in Erinnerung, die "unzähligen" entführten ukrainischen Kinder, die "dem Erdboden gleichgemachten" Dörfer und Städte, die verminteten Landstriche und attackiert dann sehr direkt: "Russische Truppen haben gemordet, vergewaltigt und gefoltert."

Der Kanzler

- geißelt die globalen Folgen der russischen Aggression ("Armut und Ernährungsunsicherheit")
- bezichtigt Russland der Lüge ("Alle Behauptungen, dass russische Exporte von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Düngemitteln durch Sanktionen behindert werden, sind falsch.")
- wirft Präsident Putin "imperialistische Pläne" vor und
- kritisiert, dass die russische Regierung auf einen Aufruf der Vereinten Nationen zum Frieden nicht reagiert habe: "Nichts tönt heute lauter als Russlands Schweigen als Reaktion auf diesen globalen Friedensappell."

Nachdem er Vorhaltungen zurückgewiesen hat, der Krieg hätte mit diplomatischen Mitteln verhindert werden können ("Russland hat sich für Krieg statt Diplomatie entschieden."), kommt Scholz zum Hauptpunkt seiner Rede: der Warnung vor Lösungen, "die Frieden nur dem Namen nach versprechen".

An dieser Stelle wiederholt der Kanzler die beiden Kernsätze seiner Rede vor der UN-Vollversammlung am Tag zuvor

Frieden ohne Freiheit ist Unterdrückung. Frieden ohne Gerechtigkeit ist ein Diktat"

Seite E 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

um danach die Kennzeichen eines wahren Friedens zu benennen: die Achtung der UN-Charta, die Achtung der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit der Ukraine.

Scholz schließt mit einem Appell an die Völkergemeinschaft: "Je geeinter wir in unserer Ablehnung der russischen Aggression zusammenstehen, desto früher wird dieser Krieg beendet sein."

Nach rund dreieinhalb Minuten ist Scholz durch. Und im Sicherheitsrat in New York ist danach erst mal Pause. Im Krieg in der Ukraine nicht.

„Die kleinen Länder zeigen uns, was Mut bedeutet“ von Rainer Haubrich

Mit der Zusage, F-16-Kampffjets zu liefern, beweisen Dänemark und die Niederlande, dass sie die Ukraine kompromisslos im Freiheitskampf gegen Moskau unterstützen. Es ist bewundernswert, wie ihre Regierungen vorangehen, keine Ausgaben und keine Konflikte scheuen. Und Deutschland? Dänemark hat knapp sechs Millionen Einwohner, etwa so viele wie Berlin und Brandenburg zusammen. Damit rangiert das skandinavische Land nach Bevölkerungsgröße auf Platz 16 der EU-Staaten. Aber es steht in der ersten Reihe, wenn es darum geht, die Ukraine in ihrem Freiheitskampf gegen den russischen Aggressor zu unterstützen – aktuell durch die Ankündigung, dem Land F-16-Kampffjets zu schenken. Solches Fluggerät wollen auch die Niederlande liefern. Die gelten zwar oft zu Unrecht als „kleines Land“ (immerhin leben dort 17 Millionen Menschen, so viele wie in NRW), aber sie sind auch kein militärisches Schwergewicht. Und dennoch ist Premier Mark Rutte ein aktiver Unterstützer Kiews. Pro Kopf geben die Niederländer doppelt so viel Hilfe wie die Deutschen, und im Falle Dänemarks ist es pro Kopf fast dreimal so viel. Den Haag und Kopenhagen sind außerdem federführend bei den Plänen einer Allianz aus elf Ländern, ukrainische Piloten an den Kampffjets auszubilden.

Während manche großen Länder zögern und zaudern, gehen kleinere Länder mutig voran. Das gilt besonders für die drei baltischen Staaten. Estland (etwas mehr Einwohner als Köln) unter Premierministerin Kaja Kallas lieferte der Ukraine Haubitzen, Munition und Ausrüstung, der estnische Militäretat stieg auf über eine Milliarde Euro. Litauens Regierungschefin Ingrida Simonyte stellte Kiew bisher Ausrüstung im Wert von rund 123 Millionen Euro zur Verfügung, litauische Bürger und Prominente starteten Sammelaktionen für die Ukraine. Simonyte legte sich sogar mit China an, als Litauen im vergangenen Jahr eine Vertretung in Taiwan eröffnete. Lettland schickte der Ukraine Stinger-Raketen und Hubschrauber und führte die 2007 abgeschaffte Wehrpflicht wieder ein.

Von Tallinn bis Den Haag sehen wir tatkräftige Regierungen, die sich mutig, optimistisch und manchmal geradezu lässig den Herausforderungen der Gegenwart stellen. Als hielten sie es sie mit dem dänischen Märchendichter Hans Christian Andersen: „Die Welt ist nicht so übel, man muss sie nur zu nehmen wissen.“

MEINUNG EX-US-BOTSCHAFTER KORNBLOM

„Dann wäre ein umfassenderer Krieg unsere einzige Alternative“ „Wir müssen anfangen, uns wie Sieger zu verhalten“, schreibt John Kornblum.

Seite E 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Nur die USA und Deutschland verfügen über Ressourcen und Glaubwürdigkeit, um der Ukraine entscheidend zu helfen. Kiew muss nicht nur so stark wie möglich gemacht werden, um ein Katastrophenszenario zu vermeiden. Ebenso wichtig wäre eine Erlaubnis, den Krieg nach Russland zu tragen. Wenn sich sogar Saudi-Arabien und China auf der Suche nach „Frieden“ in der Ukraine zusammentun, wie sie es kürzlich in Dschidda getan haben, weiß man, dass die Dinge gerade gefährlich aus dem Ruder laufen. Zwei Länder, die so weit vom Geschehen entfernt sind und nur über begrenzten Einfluss verfügen, würden ihren Ruf nicht wegen eines Krieges in Europa aufs Spiel setzen, wenn sie nicht besorgt wären, dass ihre eigene Sicherheit gefährdet ist. In der Zwischenzeit ist es Russland gelungen, die Ausfuhr lebenswichtiger Nahrungsmittel aus der Ukraine zu unterbrechen.

John Kornblum: Die Ukraine muss den Krieg nach Russland tragen dürfen. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus247286412/John-Kornblum> 10.09.23, die für die hungrigsten Menschen der Welt bestimmt sind. In Ermangelung einer ausreichenden ukrainischen

Luftverteidigung können russische Raketen ukrainische Städte unaufhörlich in Schutt und Asche legen. Zur gleichen Zeit sorgt das Fehlen einer klaren Begründung für das westliche Engagement in der Ukraine dafür, dass die Ängste amerikanischer und europäischer Wähler wachsen und die populistische Stimmung weiter zunimmt. Letztlich verfügen nur zwei westliche Länder über die Ressourcen und die Glaubwürdigkeit, um in einer solchen Lage noch etwas auszurichten: Amerika und Deutschland. Doch ausgerechnet diese beiden scheinen sich stattdessen zusammengetan zu haben, um die Ukraine zu Verhandlungen zu drängen, die so schlecht vorbereitet sind, dass sie zum Scheitern verurteilt wären. Tatsächlich erinnern die deutschen und amerikanischen Bemühungen, ein direktes Engagement in der Ukraine zu vermeiden, zunehmend an den Krieg in Vietnam vor fünf Jahrzehnten, der mit der schlimmsten amerikanischen Militärniederlage der Geschichte endete. (</geschichte/article172747850/Vietnamkrieg-Wie-die-USA-ihren-Sieg-verschenkten.html>) Unter all diesen Umständen könnte sich eine künftige amerikanische Regierung einfach weigern, sich weiter einzubringen, oder, noch schlimmer, einen separaten Frieden mit Wladimir Putin anstreben. Wie die sogenannten Minsker Gespräche 2014/15 gezeigt haben (</debatte/plus239894879/Ukraine-Krieg-Wie-der-Westen-mit-Putin-eine-Waffenruhe-aushandelt-und-wie-nicht.html>), kann das Akzeptieren eines Kompromisses auf der Grundlage der russischen Darstellung katastrophal enden.

Und doch sind wir gerade dabei, genau das erneut zu tun. Putins Drohungen scheinen unsere politische Führung gelähmt zu haben. In Minsk haben die Schwäche Berlins und die Abwesenheit Washingtons den russischen Interessen so sehr gedient, dass wir zweifellos dazu beigetragen haben, den Weg zum Krieg zu bereiten. John Kornblum: Die Ukraine muss den Krieg nach Russland tragen dürf... <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus247286412/John-Kornblum> 10.09.23, 21:38

Man vergleiche die heutige Unentschlossenheit des Westens nur einmal mit der Ostpolitik Willy Brandts (</geschichte/article213378488/Willy-Brandts-Ostpolitik-Was-der-Moskauer-Vertrag-bewirkte.html>): Seinen Annäherungsversuchen an den Osten war zuvor fast ein Jahrzehnt der rhetorischen Schlachtfeldvorbereitung vorausgegangen. Dasselbe gilt für die Dayton-

Verhandlungen über Bosnien (</debatte/kommentare/article222282012/25-Jahre-Dayton-Wir-muessen-uns-um-den-Westbalkan-kuemmern.html>) von 1995. Wir müssen unsere Ziele und Fähigkeiten hervorheben. Übertragen auf die Ukraine legen diese Lehren nahe, dass wir unabhängig von den Aussichten auf Verhandlungen zunächst einen aggressiveren westlichen Plan brauchen, um die rhetorischen Vorteile zu beseitigen, die Putin durch unsere mangelnde Bereitschaft erlangt hat, ihn mit seinen Schwächen zu konfrontieren. Wir brauchen vor allem mehr klare Worte und weniger Beteuerungen, was wir alles nicht tun können. Wir müssen unsere Ziele und unsere Fähigkeiten hervorheben, anstatt immer wieder zu betonen, wie begrenzt unsere Möglichkeiten geworden sind.

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Das Nato-Gipfeltreffen in Vilnius (/politik/ausland/article246336536/Nato-gibt-Ukraine-Beitrittsperspektive-keine-formelle-Einladung.html) im Juli wäre die perfekte Gelegenheit gewesen, eine solche Siegesgeschichte zu definieren. Stattdessen haben die amerikanischen und deutschen Unterhändler, die im Alleingang eine Einigung des Bündnisses über einen Zeitplan für den Nato-Beitritt der Ukraine blockiert haben, offen ihren Wunsch nach der Aufnahme von Friedensgesprächen mit Russland ohne Vorbedingungen zum Ausdruck gebracht.

Aus der innenpolitischen Perspektive Berlins und Washingtons betrachtet, mag eine solche Strategie auf den ersten Blick vernünftig erscheinen. Dem 81 Jahre alten Joe Biden steht ein schwieriger

Wahlkampf gegen Donald Trump bevor, und die jüngsten deutschen Umfragen zeigen, dass die SPD und sogar die Grünen hinter die AfD zurückfallen. Es wäre daher nicht überraschend, wenn die Regierungen beider Länder weiterhin aktiv einen Dialog mit Russland sondieren würden. Aber wie Rüdiger Lenz und ich bereits im Juli 2022 in einem WELT-Kommentar warnten, (/debatte/kommentare/plus239802661/Ex-Diplomat-John-Kornblum-Moskau-setzt-auf-westliche-Kriegsmuedigkeit.html) wird Schwäche die Chancen zum Schutz der ukrainischen Souveränität nicht verbessern. John Kornblum: Die Ukraine muss den Krieg nach Russland tragen dürf... <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus247286412/John-Kornblum> 10.09.23

Wir haben es hier mit dem Äquivalent der jahrzehntelangen Ost-West-Konfrontation um Berlin zu tun. Wie damals steht auch heute die Existenz einer demokratisch orientierten Welt auf dem Spiel. Der Westen in der Sackgasse. In seinem vergeblichen Bemühen, das russische Imperium wiederherzustellen, hat Putin eine rhetorische Berliner Mauer errichtet – nicht nur um die Ukraine, sondern um die ganze Welt. So schwach er auch ist, Putins erfolgreiche Beherrschung des Narrativs hat in der Vergangenheit bereits mehrfach Niederlagen auf dem Schlachtfeld dadurch ausgeglichen, dass er erfolgreichen „Verhandlungen“ mit Russland einen Riegel vorschieben konnte.

Wir haben uns also bereits in eine Sackgasse manövriert. Der kürzlich vom Nato-Hauptquartier gestartete Versuchsballon mit der Idee, die Ukraine könne auf Gebiete verzichten und im Gegenzug Nato-Mitglied werden, deutet darauf hin, dass man in der Nato auf Gespräche hofft, die in einer Pattsituation enden. Schlimmstenfalls würden sie zu einer erzwungenen „Einigung“ führen, die offenbar von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg favorisiert wird und bei der Russland Teile der Ukraine erhält und seine Forderungen nach ukrainischer Neutralität akzeptiert werden. Ganz nebenbei würde Wolodymr Selenskyj aus dem Amt gedrängt und zwei Millionen ukrainische Flüchtlinge würden innerhalb von 24 Stunden in den Westen fliehen. Es kann keine erfolgreichen Verhandlungen geben, solange der Westen das diplomatische Schlachtfeld nicht vorbereitet mit einer siegreichen militärischen Strategie zur Unterstützung der Bemühungen der Ukraine, die russischen Invasoren so weit wie möglich zurückzudrängen. Wir sollten nicht zulassen, dass Putin den Spieß gegen den Westen umdreht, wie er es in einer Erklärung vom 30. Juli getan hat, in der er Zweifel an Friedensgesprächen äußerte, von denen er behauptete, der Westen brauche sie mehr als er. Putin verdrehte die Wahrheit, indem er behauptete, er lehne zwar die Idee von Friedensgesprächen über die Ukraine nicht ab, doch könne es keinen Waffenstillstand geben, solange die ukrainischen Streitkräfte in der „Offensive“ seien. Diese Art von Schlagabtausch macht noch deutlicher, was in der Ukraine auf dem Spiel steht. Wenn man genau hinhört, gehen sowohl Moskau als auch Peking mit einem politischen Narrativ hausieren, das keinen Raum für Kompromisse bietet – schon gar nicht in dem kurzen Zeitrahmen, der in den meisten westlichen „Friedensplänen“ vorgesehen ist, die derzeit im Umlauf sind. China und Russland haben keine Vision

Diese Tendenz kann zu dramatischen Konsequenzen führen. 1962 setzte Russland seine Stationierung von Atomwaffen auf Kuba fort, sodass die USA irgendwann keine andere Wahl mehr hatten, als eine der gefährlichsten nuklearen Konfrontationen seit 1945 zu riskieren. Das Gleiche könnte heute passieren. Putin könnte seine Angriffe so weit ausdehnen, dass sich der Westen

gezwungen sieht, zu reagieren – mit unvorhersehbaren Folgen. Anders gesagt: Wenn sich die westliche Strategie weiterhin auf solche Dinge konzentriert, die wir nicht tun werden, wie etwa die Erweiterung der Nato oder die Versorgung der Ukraine mit solchen Waffen, die erforderlich sind, um Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen, werden Russland und China sowohl die politischen als auch die militärischen Schlachtfelder irgendwann so sehr dominieren, dass ein umfassenderer Krieg unsere einzige Alternative wird.

Die Vereinbarung eines Zeitplans für die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine und die Ausweitung der Waffenlieferungen, vor allem durch Deutschland, wären kühne Schritte, die über Nacht Russlands Argumentation entkräften und dem Westen die Initiative zurückgeben würden. Anstatt nur um Landstriche zu kämpfen, hätten wir das rhetorische Schlachtfeld zu einer Debatte über die Weltordnung erweitert. Die notwendigen nächsten Schritte sind damit schlicht und einfach. Der Westen kann das Narrativ zurückgewinnen, indem er den Konflikt sowohl militärisch als auch rhetorisch nach Russland trägt. Präsident Selenskyj die Waffen zu geben, die er braucht, um Russland auf dem militärischen Schlachtfeld zu besiegen, ist das eine. Ebenso wichtig aber wäre die Erlaubnis, den Krieg auch nach Russland zu tragen. Hören wir auf, mit China und vor allem mit Russland auf der Grundlage dessen umzugehen, wie sie selbst die Welt sehen. Sie sind weder unsere Verhandlungspartner noch haben sie eine Vision für eine auf Regeln basierende Ordnung wie wir. Es ist außerdem selbstzerstörerisch, wenn westliche Politiker jedes Mal, wenn die Ukraine ihre Interessen mit militärischen Mitteln verteidigt, Angst vor einem Krieg mit Russland äußern.

Teilen Sie die Meinung des Autors? JA 1016 NEIN 1111

Bundeskanzler Olaf Scholz könnte vielleicht aufhören, seinem linken Parteiflügel zu versichern, er wolle den telefonischen Dialog mit Putin fortsetzen. Anstatt einen Dialog zu versprechen, sollte Deutschland viel mehr für militärische Lieferungen tun und damit beginnen, die Ukraine in die europäischen Institutionen zu integrieren. Schließlich sollten wir auch einen weiteren drastischen Schritt gehen und ein internationales Tribunal für russische Kriegsverbrechen einrichten, das alle führenden Köpfe für die Geschehnisse in der Ukraine zur Verantwortung zieht. Das Wichtigste bei alledem aber ist: Wir sollten uns als offensiv verstehen, anstatt ständig die Verteidigung zu betonen. Der Westen ist viel stärker und attraktiver, als es Russland oder China je sein könnten. Wenn wir anfangen, uns wie Gewinner zu verhalten, könnten wir am Ende tatsächlich den Sieg davontragen. US-Diplomat J. Kornblum war unter anderem Botschafter in Deutschland/ Brüssel.

Nennt Russlands Völkermord endlich beim Namen! *Von Richard Herzinger*

Die Belege dafür, dass Russland in der Ukraine einen geplanten und offen angekündigten Völkermord begeht, sind erdrückend.

Eine jüngst veröffentlichte Studie (s.u.) lässt daran keinen Zweifel.

Dennoch wollen die führenden westlichen Regierungen sowie die sogenannte internationale Gemeinschaft insgesamt diese Tatsache nicht wahrhaben und das Offensichtliche nicht beim Namen nennen.

Teils geschieht das aus Ignoranz, teils weil die Verantwortlichen vor der Konsequenz zurückschrecken, die sich aus der Anerkennung dieses Tatbestands zwingend ergibt: vor der Verpflichtung der zivilisierten Welt, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diesen Völkermord mitten in Europa einzuschreiten.

<https://herzinger.org/nennt-russlands-voelkermord-endlich-beim-namen>

„Weil das Böse Realität ist“ von Richard Herzinger

25.07.2023. Häufig ist von einem "Kreml-Narrativ" die Rede, wo es in Wahrheit um fabrizierte Lügen geht, die von dem russischen Regime zur Indoktrination der eigenen Bevölkerung sowie zur Destabilisierung der westlichen liberalen Demokratien eingesetzt werden. "Narrativ" ist ein postmoderner Begriff, der dazu diente, auch die Aufklärung als eine "Metaerklärung" zu relativieren. Aber wir müssen das Böse erkennen, das uns meint.

Die Relativierung von Werten und Normen, die für freie Gesellschaften grundlegend sind, spiegelt sich nicht zuletzt im **allgemeinen Sprachgebrauch**. Bestimmte Ausdrücke und Wendungen werden mit der Zeit so gängig, dass ihre verschleiernde und nivellierende Tendenz vielen, die sie benutzen, gar nicht mehr auffällt.

Ein markantes Beispiel dafür ist die seit einiger Zeit zu beobachtende inflationäre Verwendung des **Begriffs "Narrativ"**. Gemeint ist damit ursprünglich eine sinnstiftende Erzählung, oder vielmehr: ein Muster aus paradigmatischen Erzählungen, mittels derer sich nationale, ethnische oder kulturelle Kollektive ihres Zusammenhalts versichern. "Narrative" in diesem Sinne mögen zwar nicht akkurat der Wirklichkeit entsprechen, sie stellen aber doch mehr dar als nur willkürliche Erfindungen.

Heute wird der Begriff jedoch auch auf alle möglichen Formationen angewendet, deren Überzeugungen auf **vorgefertigten Weltbildern** statt auf überprüfbaren Tatsachen beruhen. Vielfach ersetzt er sogar Bezeichnungen wie Ideologie, Propaganda oder Geschichts-fälschung. So ist häufig von einem "**Kreml-Narrativ**" die Rede, wo es in Wahrheit um gezielt und systematisch fabrizierte Lügen geht, die von dem russischen Regime zur Indoktrination der eigenen Bevölkerung sowie zur Destabilisierung der westlichen liberalen Demokratien eingesetzt werden. Doch selbst manche Zeitgenossen, die dieses verbrecherische Vorgehen in vollem Umfang durchschauen, sprechen von einem "Kreml-Narrativ" - ohne zu bedenken, dass sie der russischen Desinformationsmaschinerie damit implizit **eine Dignität** zubilligen, die ihr nicht zukommt.

Das Wort "Narrativ" in seiner substantivischen Form ist erst seit Beginn der 1970er Jahre gebräuchlich. Seitdem hat es sich zunächst in den Sozialwissenschaften und dann in der breiteren gesellschaftlichen und politischen Kommunikation durchgesetzt. Es ist ein Produkt der "**postmodernen**" **Philosophie** und ihrer Kritik an den ideellen Grundlagen der westlichen Moderne. Den Anfang damit machte der französische Philosoph **Jean-François Lyotard**, der Postulate des Humanismus und der Aufklärung wie die Befreiung des Individuums von fremder Bevormundung als große "Metaerzählungen" bezeichnete. Der "Postmodernismus" bestritt damit, dass das **aufklärerische Selbstverständnis** der westlichen Demokratien einen substanziellen Wahrheits-kern enthalte, der es über andere "Narrative" hinaushebt.

Diese "Dekonstruktion" westlich-aufklärerischer Rationalität war in den 1970er und 1980er Jahren vor allem für westliche Linke attraktiv, die an dem absoluten Wahrheitsanspruch des Marxismus zu zweifeln begannen, auf eine radikale Kritik an den Prämissen der liberalen demokratischen Gesellschaften aber nicht verzichten wollten. Doch was ursprünglich eine progressiv-emanzipatorische und "antikolonialistische" Intention hatte, wird heute von rechtsnationalistischen Populisten genutzt, um erfundene "**alternative Fakten**" und **Verschwörungsfantasien** in denselben kognitiven Rang zu erheben wie auf rationaler Erkenntnis basierendes Wissen. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte hat "**linke**" Rationalismuskritik damit einen Boden bereitet, der am Ende von **rechtsextremem Irrationalismus** besetzt wird.

Seite E 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Jenseits solcher umstürzlerischer Absichten bahnte sich der postmoderne Relativismus seinen Weg bis in die Mitte des etablierten intellektuellen Diskurses. Wenn man indes annimmt, dass alle gesellschaftlichen Formationen ihre Legitimation letztlich nur aus für sie jeweils passenden Erzählungen beziehen, wird es schwierig zu begründen, warum **einer von ihnen der Vorzug** vor anderen zu geben ist. Es setzt dann eine als Toleranz

* * *

Predigtkreis von heute aus Teneriffa

Steffen Reiche 18:12 (vor 37 Minuten)

Liebe Predigtkreisgemeinde,

wer (in diesen Zeiten) nicht für die Juden schreit, kann nicht gregorianisch singen. (Bonhoeffer) Also habe ich heute Klartext geredet und geschrieben. Und dann konnten wir auch singen. Nicht gregorianisch. Aber so schöne Lieder, dass sich manche freuten. Und das auch sagten.

Sie können es nachlesen hier in der Mail und der Agende und auch hören in der Audio-Datei.

Die Engelpredigt kommt endlich noch in dieser Woche. Promise



Ihr Steffen Reiche,

aus dem Süden von Teneriffa, aus einer Wärme, die hier auch noch keiner erlebt hat. Auch nachts geht es nicht unter 24 Grad. Daher habe ich heute auf dem Baklon genächtigt.

Evangelische Gemeinde Teneriffa Süd

**19. Sonntag nach Trinitatis 15. Oktober 2023 12.00
Uhr**

Pfarrer Steffen Reiche & Musik Karl Breuninger & Liliana
Mönch

Lektor

Introitus

Begrüßung

Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Gemeinde: Amen

Unsere Hilfe steht im Namen des Herrn. Gemeinde: Der Himmel und Erde gemacht hat.

Der Herr sei mit Euch! Gemeinde: Und mit Deinem Geist.

Einführung zum Gottesdienst

Herzlich willkommen ihnen allen zu diesem Gottesdienst am 19. Sonntag der Trinitatiszeit.

Das Thema des Gottesdienstes im Kirchenjahr ist „Heilung an Leib und Seele“.

Und wir haben einen Laib Brot, den Hermine Thoma für uns aus Roggen gebacken hat und den wir dann gemeinsam essen. Denn der Laib Brot ist für den Leib, was der Geist für die Seele ist.

Lied „Danke für diesen guten Morgen“ EG 334 (jede Strophe Halbtonschritt höher)

Wir feiern Gottesdienst am Sonntag. Vor uns wurde auch schon gefeiert. Wegen der Kriege will ich das uns kurz in Erinnerung rufen.

Am Freitag begehen die Muslime Ihren Salat al Dschuma. Das für sie wichtigste Gebet. Freitags um 13.30. Eines von 5 Gebeten pro Tag. Immer das gleiche. Dieses ist das Ihnen wichtigste Gebet. Sie sollen es in Gemeinschaft feiern. Weltweit. Die Frauen sind nicht dabei. Oder hinter einem Vorhang.

Im Gebet leben sie Islam, das heißt Unterwerfung unter den Willen Allahs.

Sie feiern nichts. Aber sie unterwerfen sich. Das heißt Islam übersetzt.

Am Freitag Abend, wenn der Freitag nach jüdischer Zeitrechnung zu Ende ist, feiern die Juden Schabbat. Sie feiern die Schöpfung und dass Gott am 7. Tag, am letzten Tag der Woche, ruhte von seiner Arbeit der Schöpfung. Und so sollen auch sie ruhen. Und Gottesdienst feiern. Und lesen.

Seite E 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Vor allem Lesen. Dazu gehört das Gebet. Beten kann man immer das Gleiche. Wie ja auch wir „Vater unser“ beten oder eben wie die Juden ganz frei. Gott fordert von den Juden und uns nicht Unterwerfung, sondern dass wir seine Offenbarung studieren. In seinem Wort und in seiner Wirklichkeit.

Die Bibel besteht aus 66 Büchern mit 1189 Kapiteln, 31.171 Versen und 738 765 Wörtern.

Diese wiederum bestehen aus 4.410.133 Buchstaben. Also liest man immer etwas Anderes. Und feiert am Anfang des Schabbat, also in der Nacht, nach Sonnenuntergang, auf wirklich wunderschöne Weise die Schöpfung, die Ruhe und das Wort Gottes.

Und dann kommen wir – als Christen. Wir feiern die Auferstehung, nein besser die Auferweckung Jesu durch Gott. Und wir feiern sie am 1. Tag der Woche, weil die Frauen, ja die Frauen, das sei uns Männern gesagt, erst nach dem jüdischen Schabbat, also erst zu Sonnenaufgang der neuen Woche, zum Grab gehen konnten, um Jesus zu salben. Die jüdische Sekte, die aus Christen besteht, und die Dank sei Paulus, Dank sei Gott, auch Heidenchristen dann aufgenommen hat und die übrigens von allen im Römischen Reich, Juden und Römern, 300 Jahre lang nach Ihrem Beginn immer verfolgt worden ist. Kaiser Constantin hat den Sonntag durch ein Edikt am 7. März 321 zum Ruhetag erklärt.

Constantin ist der erste Kaiser, der Christen, also die Nachfolger Christi, nicht mehr verfolgt hat und sich am Ende seines Lebens auf dem Totenbett hat taufen lassen. Er war da sehr penibel. Wenn die Taufe doch die Vergebung aller Sünden bedeutet, dann lieber erst auf dem Totenbett. Da kann man dann nicht mehr sündigen.

Und das sei bitte auch erwähnt: die Juden sind durch die Großmächte immer verfolgt worden. Weil Sie durch Ihr Selbstbewusstsein etwas Besonderes zu sein, nämlich das Volk Gottes, Neid und Ablehnung hervorgerufen haben. Sie wurden durch die Ägypter, die Perser (also Iran), die Babylonier, also Irak und die Griechen und die Römer verfolgt. Die Bibel ist voll davon.

Die Kirchengeschichte ist voll von der Verfolgung von Christen, die so zu Märtyrern wurden. Und die sich nie zum Martyrium gedrängt haben. NIE.

Die Muslime haben mit Mohammed, der anders als Jesus Christus eines natürlichen Todes im Kreise seiner Frauen gestorben ist, in den ersten 300 Jahren den ganzen arabischen Halbmond unterworfen, also zum Islam gezwungen, zur Unterwerfung.

Wenn ein Wort falsch wäre, würde ich froh sein, wenn sie mir zeigten, dass es anders war.

Und trotzdem lassen sie uns Gott loben.

Kanon „Vom Aufgang der Sonne, bis zu Ihrem Niedergang“

Lese-Sucht

Heute kaum zu glauben, aber Ende des 18. Jahrhunderts war Lesen als Hobby nicht gern gesehen. Vor allem dann nicht, wenn Frauen oder Jugendliche Romane verschlangen. „Lesesucht“ lautete die Diagnose und es wurden Auswirkungen auf Gehirn und Nervensystem befürchtet. Die Sorge, die wohl eigentlich dahinter stand: Die weite Welt zwischen den Buchdeckeln könnte Frauen unzufrieden mit der realen Welt und ihren vielen Beschränkungen machen.

Psalm 32 EG 717 Vom Segen der Sündenvergebung (Der 2. Bußpsalm) von König David

Wohl dem, dem die Übertretungen vergeben sind, dem die Sünde bedeckt ist!

Wohl dem Menschen, dem der HERR die Schuld nicht zurechnet, in dessen Geist kein Trug ist! Denn als ich es wollte verschweigen, verschmachteten meine Gebeine durch mein tägliches Klagen. Denn deine Hand lag Tag und Nacht schwer auf mir, dass mein Saft vertrocknete, wie es im Sommer dürre wird. Darum bekannte ich dir meine Sünde, und meine Schuld verhehlte ich nicht. Ich sprach: Ich will dem HERRN meine Übertretungen bekennen. Da vergabst du mir die Schuld meiner Sünde.

Deshalb werden alle Heiligen zu dir beten zur Zeit der Angst. Darum, wenn große Wasserfluten kommen, werden sie nicht an sie gelangen. Du bist mein Schirm, du wirst mich vor Angst behüten, dass ich errettet gar fröhlich rühmen kann.

Freuet euch des HERRN und seid fröhlich, ihr Gerechten, und jauchzet, alle ihr Frommen.

Ehr sei dem Vater

Liturg: Gebet mit Schuldbekennnis

Gott, du suchst uns mit deinem Wort, wir wollen uns von dir finden lassen.

Du hüllst uns ein in deinen Trost, wir wollen uns bei dir fallen lassen.

Du sprichst uns deine Liebe zu, wir wollen uns von dir stärken lassen.

Du weist uns zurecht, wir wollen uns von dir ändern lassen.

Rede, Gott, wir wollen hören. Amen.

Seite E 34 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Und Jesus erkannte sogleich in seinem Geist, dass sie so bei sich selbst dachten, und sprach zu ihnen: Was denkt ihr solches in euren Herzen? Was ist leichter, zu dem Gelähmten zu sagen: Dir sind deine Sünden vergeben, oder zu sagen: Steh auf, nimm dein Bett und geh umher? Damit ihr aber wisst, dass der Menschensohn Vollmacht hat, Sünden zu vergeben auf Erden - sprach er zu dem Gelähmten: Ich sage dir, steh auf, nimm dein Bett und geh heim!

Und er stand auf, nahm sein Bett und ging alsbald hinaus vor aller Augen, sodass sie sich alle entsetzten und Gott priesen und sprachen: Wir haben so etwas noch nie gesehen.

Wort des lebendigen Gottes

„Lob sei dir Christus!“

Lied „Was Gott tut das ist wohlgetan“ EG 372, 1-3

Antwort mit Glaubensbekenntnis – Credo EG 813 Bonhoeffer

App Sprachmemos im Handy einschalten!

Predigt zu Evangelium Markus 2, 1-14 von Pfarrer Steffen Reiche

Gnade sei mit Euch von dem, der sein wird, der er sein wird, von dem „Ich bin, der ich bin.“ Von dem der nicht zu sehen ist, sich aber zeigt, der zu sehen sein wird,

wenn wir da sind, wo wir hinkommen sollen.

Liebe Schwestern und Brüder,

Wir schreiben den 15.10.2023 nach Christi Geburt. Aber dass das Jahr 1 eine Zeitenwende gewesen ist, von der man an die Zeit bis heute neu zählt, kann man nur verstehen, wenn man die Geschichten von Jesus kennt und versteht. Zeit zählen hängt mit dem Geschichten erzählen zusammen. Heute haben wir wieder eine solche Geschichte gehört.

Seite E 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Und nach einigen Tagen ging er wieder nach Kapernaum; und es wurde bekannt, dass er im Hause war. Und es versammelten sich viele, sodass sie nicht Raum hatten, auch nicht draußen vor der Tür; und er sagte ihnen das Wort.

Da predigt einer, ein Jude, mit Vollmacht. Das ist was anderes als die Phrasendrescherei der jüdischen Schriftgelehrten und Pharisäer. Die Menschen spüren die Faszination. Das Wort bedeutet soviel wie begeistern, ja behexen, später entwickelt sich die Bedeutung zu anziehen. Jesus begeistert also, mit dem was er sagt und zieht die Menschen an.

Sie hören zu und merken, wie sich ihr Denken ändert, wie sich der Horizont weitet.

Sie bekommen durch Jesus ein neues Bild von Gott. Gott wird ihnen vertrauter.

Sie vertrauen Gott, während sie ihn vorher nur gefürchtet haben.

Und es hören so viele Leute zu, dass sich eine Traube von Menschen um das Haus gebildet hat. Und nun kommen Leute, die wollen nicht nur zu hören, sondern die wollen, dass Jesus ihren Freund, einen Gelähmten heilt. Aber sie kommen nicht zu ihm.

Und ihr Vertrauen, ihre Faszination, die Anziehung von Jesus ist so groß, dass sie sich, komme was da wolle, einen Weg zu ihm bahnen. Dort in Israel gibt es, wie ja auch oft hier, flache Dächer, auf denen Menschen manchmal auch schlafen. Sie glauben, dass ihr Wunsch, dem Freund zu helfen, ihnen auch das Recht gibt, das Dach so abzudecken, dass sie den Gelähmten von oben mitten in den Raum hineinlassen können.

Er schwebt nun also von oben rein und Jesus macht etwas, womit keiner gerechnet hat.

Als nun Jesus ihren Glauben sah, sprach er zu dem Gelähmten: Mein Sohn, deine Sünden sind dir vergeben.

Jesus provoziert damit alle, er ruft sie heraus aus ihren alten Denkvorstellungen und lässt sie die Welt, ihren Glauben und vor allem Gott neu verstehen. Alle sind erst einmal enttäuscht. Die Freunde und der Gelähmte denken: Nur Sünden vergeben? Jesus soll ihn doch heilen, gesund machen. Die Menge von Menschen ist enttäuscht, weil sie sich ein Wunder erhofft, erwartet hat. Aber die Schriftgelehrten sind empört: Woher hat er, woher nimmt er sich das Recht, dem gelähmten Mann seine Sünden zu vergeben? Das kann nur Gott und das in einer ganz klaren Folge.

Ein Mensch opfert ein Tier oder Lebensmittel im Tempel, als Brandopfer, als Rauchopfer, wie auch immer und dieses Opfer kann Gott annehmen als Ausgleich für getanes Unrecht. Aber dazu muss man auch seine Sünden bekennen. Und die Sünde vergeben dürfen nur die Priester, weil sie bestätigen, dass Gott den Ausgleich angenommen hat, die Wiedergutmachung erfolgt ist.

Seite E 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Sünden vergeben heißt nicht, die Vergangenheit ungeschehen machen. Das geht nicht. Was in Gottes Schöpfung geschehen ist, das kann nicht ausradiert werden. Aber Sünden vergeben heißt, Dir ist die Last der Verantwortung für Deine Schuld ab-genommen worden. Du darfst neu anfangen. Ganz neu. Du darfst Dich umkehren, Buße tun. Schuld bekennen, heißt Sie nicht mehr zu leugnen, sondern sich Ihr zu stellen. Und dann von Gott die Last der Verantwortung abgenommen bekommen.

Aber nun ist das Reich Gottes nahe herbeigekommen. Das ist ja der Kern der Botschaft Jesu. Gott springt an die Seite des Menschen und vergibt ihm seine Schuld.

Gott kommt dem Menschen nahe und überwindet von sich aus die Entfernung, in die sich ein Mensch zu Gott begeben hat. Gott ist dem Gelähmten näher als der sich selbst je näher kommen kann. Gott ist ihm nun so nah, wie Jesus ihm nahe ist.

Es saßen da aber einige Schriftgelehrte und dachten in ihren Herzen:

Wie redet der so? Er lästert Gott! Wer kann Sünden vergeben als Gott allein?

Und Jesus erkannte sogleich in seinem Geist, dass sie so bei sich selbst dachten, und sprach zu ihnen: Was denkt ihr solches in euren Herzen? Was ist leichter, zu dem Gelähmten zu sagen: Dir sind deine Sünden vergeben, oder zu sagen: Steh auf, nimm dein Bett und geh umher?

Für uns als Christen im 21. Jahrhundert ist das ganz einfach: Na klar, Sünden vergeben ist leichter. Weil die wiegen doch nichts, die gelten doch im Grunde nichts. Was sind schon Sünden. Kann denn Liebe Sünde sein? Singen wir so wahr wie klebrig.

Für die Menschen damals und ebenso auch die Menschen der Reformationszeit ist Sündenvergebung hingegen etwas Gewaltiges, etwas Großartiges, etwas ganz und gar nicht Einfaches. Sündenvergebung bringt das Verhältnis zwischen Gott und Mensch wieder in Ordnung und das kann im Grunde nur Gott in seiner Barmherzigkeit und Gnade.

Der Mensch kann dazu etwas beitragen in dem er ein Opfer bringt, aber der Mensch kann die Vergebung nicht erzwingen. Sie ist letztlich ein großes Geschenk, weil sie das Verhältnis von Diesseits und Jenseits wieder in Ordnung bringt.

Uns ist das als Christen oder Atheisten nicht soviel wert, weil wir glauben, Gott ist gnädig oder weil wir Gott ganz einen guten Mann im Himmel sein lassen. Aber für die Menschen damals ist es eine große Sache. Und die Schriftgelehrten wachen darüber, dass das auch so bleibt.

Für Jesus ist auch die Sündenvergebung das eigentlich Große, das wunderbar Neue.

Seite E 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Und die Heilung ist dann nur noch das Siegel, die Bestätigung dafür, dass das Eigentliche schon passiert ist. Das Schwerste ist getan, nun kann das Leichtere folgen. Eben die Heilung.

Damit ihr aber wisst, dass der Menschensohn Vollmacht hat, Sünden zu vergeben auf Erden - sprach er zu dem Gelähmten: Ich sage dir, steh auf, nimm dein Bett und geh heim!

Und er stand auf, nahm sein Bett und ging alsbald hinaus vor aller Augen, sodass sie sich alle entsetzten und Gott priesen und sprachen: Wir haben so etwas noch nie gesehen.

Heilsgeschichtlich gesehen hat das die Kirche hervorgebracht.

Die Kirche ist entstanden als der Ort, wo Menschen **das** glauben, **daraus** leben.

Aber wie hat das profangeschichtlich, weltgeschichtlich gewirkt. Es hat ein wirklicher Paradigmenwechsel stattgefunden. Krankheit wird von nun an erstmals nicht mehr als Folge von Sünde verstanden. Erstmals in der Geschichte und das mit bleibender, immer größer werdender Wirkung, wird Krankheit nicht mehr als ein Fatum, als von Gott gesandtes, auferlegtes Schicksal verstanden, sondern als Defekt, als Problem in der Schöpfung, in der Welt.

Für Menschen, die Jesus glauben ist nun klar, man darf, man kann, man soll, ja man muss Krankheit bekämpfen. Sie ist nichts von Gott auferlegtes, was man geduldig tragen muss. Christen müssen nicht „Insch Allah“ sagen und von Gott an-nehmen, was doch gar nicht von Gott kommt. Sondern Folge von unserem Leben in der Welt ist.

Sünden die bekannt werden, werden vergeben. Gott will das Verhältnis von Gott und Mensch wieder herstellen. Und Menschen sollen füreinander beten, dass sie nun auch wieder gesund werden, dass der Schalom Gottes, der Frieden Gottes mit der Welt in jeder Hinsicht wiederhergestellt wird.

Und diese Hände, die so zum Beten ruhn, hat Gott über 2000 Jahre auch stark gemacht zum Tun. Zur Diakonie, zur Nächstenliebe, zur Caritas.

Mit den Diakonen hat es begonnen – in der Urkirche sind 7 Menschen gewählt und bestellt worden, zur Wortverkündigung noch das andere hinzukommen zu lassen – die Hilfe für die Witwen und Armen und die Heilung von kranken Menschen. Dann sind die Klöster hinzugekommen von den verschiedenen Orden, die gepredigt und geheilt haben, es sind Krankenhäuser entstanden und das Rote Kreuz und der Rote Davidstern und dann der Rote Halbmond.

Und diese Menschen, die da nun helfen wollen, die forschen nicht in Gottes Willen, sondern in Gottes Schöpfung. Sie studieren Medizin. In der

Seite E 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Tradition von Paracelsus und Robert Koch und Hermann Behring.....Was muss geheilt werden, was muss in Ordnung gebracht werden, damit ein Mensch wieder gesund vor Gott leben kann.

Diese Forschung ist nicht vom Himmel gefallen, denn dann wäre sie auch woanders vom Himmel gefallen, sondern sie ist aus dem Glauben gewachsen.

Gläubige Menschen, Christen, haben verstanden, weil Gott das Eigentliche schon gemacht hat, dürfen wir uns nun auch an das Andere machen und herausfinden, was fehlt dem Menschen, was können wir und was dürfen wir tun, um ihn wieder heil zu machen, ganz zu machen, das was fehlt, wieder zugeben, das was aus dem Lot gekommen ist, wieder zu richten.

Und sie entdecken dabei die zwei Meter lange DNS des Menschen, verstehen, wie bei der Zellteilung diese DNS mit ihren 3 Milliarden chemischen Buchstaben kopiert wird und begreifen, dass ein Mensch 37 Billionen solcher Zellen besitzt, was einer Länge von rund 70 Billionen Metern DNS entspricht oder 70 Milliarden Kilometern, was etwas 250mal die Strecke von der Erde zur Sonne und zurück entspricht. Und sie begreifen, wie das Korrekturprogramm des Erbguts funktioniert und haben dafür 2015 den Nobelpreis für Medizin bekommen – erstmals ein Türke und ein Brite und ein Amerikaner zusammen.

Heute geben wir im Jahr 350 Milliarden für Gesundheit aus – wir alle zusammen und die Kassen und die Politik auf allen Ebenen – kommunal, Länder und Bund.....

Die alttestamentlichen Lesungen handeln immer vom Volk Gottes, Israel. Für uns aber gehört heute zum Volk Gottes, wer Gott glaubt, wer glaubt, dass Gott uns ganz nah ist, dass Gott bei uns ist.

Das Gott uns die Sünden vergibt, dass heißt die Entfernung überwindet, in die wir uns zu ihm begeben haben. Wer glaubt, dass man dazu nicht Jude werden muss, dass man nicht Unterwerfung, Islam praktizieren muss, sondern einfach Gottes Kind sein darf.

Wer sich an die Seite des Nächsten stellt und dem der Andere, die Andere, nicht egal ist, weil sie und er eben, wie ich Gottes Kind, Teil der Schöpfung ist.

Wir Europäer wollen, auch wenn das schwerfällt, auch wenn es uns viel abverlangt und noch mehr abverlangt wird, Menschen in Not helfen.

Der Willkommenskultur von uns Europäern muss aber eben auch eine Anerkennungskultur der Ankommenden entsprechen – dass sie unsere Rechtsordnung anerkennen und dass Gesetze hier vom Parlament und nicht vom Propheten gemacht werden. Das wir das Existenzrecht Israels

Seite E 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

achten und hier in Europa niemand mit uns leben kann, der das nicht macht. Weder in den Banlieux, noch in Neukölln. Nicht in der Sonnenallee, nicht am Hermannplatz in Berlin.

Dass wir Gott geben, was Gottes ist, hier im Gottesdienst zum Beispiel und dem Staat, dem Kaiser geben, was des Kaisers ist.

Und dass wir keine Theokratie wollen, dass Gesetze von unserer Vernunft gemacht werden und dass Frauen in jedem Fall seit der Taufe gleichberechtigt sind und ohne irgendeine Ausnahme, weil eben Mädchen genauso getauft werden wie Jungen.

Und das Homosexuelle nicht krank sind und die gleichen Rechte haben,

dass Christen dieselben Rechte haben ihren Glauben zu leben wie Moslems und Juden und dass die Wahrheit sich darin zeigt, wie Menschen ihren Glauben leben. 3 Ringe – nicht von Lessing, sondern erstmals bei Bocchaccio.

Dass wir das Rechte tun, in einer Welt mit immer mehr Unrecht.

Dass wir für eine Welt mit gleichen Rechten und Standards eintreten. Mit Menschenrechten, die seit 1948 für alle gelten – damals waren das rund 1, 5 Milliarden. 1960 2 Milliarden, heute deutlich über 8 Milliarden – Mädchen und Jungen, Frauen und Männer. Ein neuer zusätzlicher Krieg hat angefangen in der Welt, der schnell außer Kontrolle geraten kann. Wir dürfen nicht Auge um Auge in einen 3. Weltkrieg stolpern, vor dem

Gegen Liberalismus.

Erdogan, der in kranker Selbstüberschätzung auch hier vermitteln, wirft Israel ein Massaker in Gazah vor. Er hat nicht alle Tassen im Schrank. Und sollte Hirn und Fernseher einschalten.

Wir haben als Christen geerbt – 13 Mrd. Jahre Schöpfung - 2023 nach Christus eben auch das Reich Gottes, als unsere Verheißung. Denn der Messias war schon da. Der Christus.

Das glauben die Juden nicht, sie warten noch auf ihn, das er kommt.

Lasst uns dankbar feiern – Gottesdienst feiern. Gut, dass sie da sind. Amen.

Und der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft,

bewahre eure Herzen und Sinne in Jesus Christus.

Musik zur Meditation - App Sprachmemos im Handy ausschalten!

Abkündigungen:

Dietrich Bonhoeffer hat im Predigerseminar in Finkenwalde gesagt: Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen. Wer christlichen Gottesdienst feiert, also an den Juden Jesus Christus erinnert, darf am Leid Israels nicht vorbeischaun. An dem Land, dem Volk, dem Staat, der bis vor kurzem gegen alle Realität noch am Konzept „Land für Frieden“ und an der Zwei-Staaten-Lösung festhielt.

Wir müssen uns immer vor Augen halten: Hitler 1933 und Putin 2000 und dann noch viermal und die Hamas 2006 sind demokratisch gewählt worden.

„Krieg ist ein Ort, an dem junge Menschen, die sich nicht kennen und nicht hassen, sich gegenseitig töten, durch Entscheidungen alter Menschen, die sich kennen und hassen, aber sich nicht gegenseitig töten.“ Erich Hartmann

Ich weiß nicht, wie es Euch und Ihnen geht: Aber in diesen Tagen habe ich als Deutscher eine dreifache Staatsbürgerschaft.

Am 580. Tag des Krieges von Russland, von Zar Putler gegen die Ukraine bin ich Ukrainer.

Und am 8. Tag des Krieges der Hamas-Terroristen gegen Israel bin ich Israeli.

Am vergangenen Sonntag mussten wir sagen und klagen: So viele Juden wie gestern sind seit der Schoah nicht mehr an einem Tag gemordet worden. Es ist das Schlimmste antisemitische Ereignis seit der Shoah.

Heute müssen wir fassungslos sagen: Dass noch einmal an jüdischen Häusern in Berlin Davidsterne angebracht werden, ist für uns intolerabel. Wer Respekt fordert, wie die arabischen Menschen, denen wir Asyl gewährt haben in unserem Land, muss auch Respekt geben. Respekt ist nie eine Einbahnstraße.

Und da haben ja Mohammed und Achmed recht: Die Menschenrechte gelten auch für alle Araber. Natürlich. Aber eben genau deshalb, weil sie für alle Menschen gelten, auch für Juden.

Israel warnt die Zivilisten mit Flugblättern, weil sie keine Zivilisten töten wollen.

Aber bei den Hamas-Kämpfern waren die Aufträge, die sie hatten zu finden: Sie sollten und wollten vor allem Zivilisten treffen.

Seite E 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Vorgestern am Freitag ist in Frankreich wieder ein Lehrer von einem Araber getötet worden. Und morgen am Montag erinnern wir an Samuel Paty, der 2020, vor genau 3 Jahren von einem Islamisten in Frankreich getötet und enthauptet worden ist.

Wenn man ein Volk von Nobelpreisträgern abschlachtet, wird man dadurch nicht klüger,

sondern zum Mörder.

Wenn man ein Volk mit einzigartigem Humor tötet, wird man dadurch nicht lustiger,

sondern zum Mörder.

Wenn man ein das innovativste Volk der Welt umbringt, wird man dadurch nicht fortschrittlicher, sondern zum Mörder.

Wenn man den Boden, den Israel fruchtbar gemacht hat, mit Blut düngt, statt ihn zu bewässern, sät man nur seine eigene Vernichtung.

Man muss das so klar sagen, auch in Neukölln und in Köln-Ehrenfeld in der Zentralmoschee oder in Duisburg-Marxloh, in Deutschlands größter Moschee. Appeasement hat bei den Nazis nicht funktioniert, nicht bei Putin und nicht bei der Hamas, Hisbollah, dem Islamischen Staat oder den Taliban.

WoSpr: Heile du mich, Herr, so werde ich heil; hilf du mir, so ist mir geholfen. Jer. 17,14

Lied „Ich lobe meinen Gott der aus der Tiefe mich holt“ Jubilate 114

In eigener Sache: Kindersitz für ein Auto zu leihen?

Fürbitte

O Gott, mach uns zu Menschen nach dem Bild deines Sohnes:

Mit Augen, die nicht allein sehen, sondern auch hinsehen können.

Mit Ohren, die nicht allein hören, sondern auchinhören können.

Seite E 42 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Mit einem Mund, der nicht nur plaudert, sondern auch sprechen kann.

Mit einem Herzen, das nicht nur klopft, sondern sich auch rühren lässt.

Mit Händen, die nicht nur bloß greifen, sondern sich auch öffnen.

Mit Füßen, die nicht nur davoneilen, sondern die auch entgegenkommen.

Amen

Theresa von Avila – heute vor 441 Jahren gestorben

Herr der Töpfe und Pfannen, ich habe keine Zeit, eine Heilige zu sein und Dir zum Wohlgefallen in der Nacht zu wachen, auch kann ich nicht meditieren in der Morgendämmerung und im stürmischen Horizont.

Mache mich zu einer Heiligen, indem ich Mahlzeiten zubereite und Teller wasche.

Nimm an meine rauen Hände, weil sie für Dich rau geworden sind.

Kannst Du meinen Spüllappen als einen Geigenbogen gelten lassen, der himmlische Harmonie hervorbringt auf einer Pfanne? Sie ist so schwer zu reinigen und ach, so abscheulich!

Hörst Du, lieber Herr, die Musik, die ich meine? Die Stunde des Gebetes ist vorbei, bis ich mein Geschirr vom Abendessen gespült habe, und dann bin ich sehr müde.

Wenn mein Herz noch am Morgen bei der Arbeit gesungen hat, ist es am Abend schon längst vor mir zu Bett gegangen. Schenke mir, Herr, Dein unermüdliches Herz, dass es in mir arbeite statt des meinen.

Mein Morgengebet habe ich in die Nacht gesprochen zur Ehre Deines Namens. Ich habe es im Voraus gebetet für die Arbeit des morgigen Tages, die genau dieselbe sein wird wie heute. Herr der Töpfe und Pfannen, bitte darf ich Dir anstatt gewonnener Seelen die Ermüdung anbieten, die mich ankommt beim Anblick von Kaffeesatz und angebrannten Gemüsepfannen?

Erinnere mich an alles, was ich leicht vergesse; nicht nur um Treppen zu sparen, sondern, dass mein vollendet gedeckter Tisch ein Gebet werde.

Obgleich ich Martha-Hände habe, hab' ich doch ein Maria-Gemüt, und wenn ich die schwarzen Schuhe putze, versuche ich, Herr, Deine Sandalen zu finden.

Ich denke daran, wie sie auf Erden gewandelt sind, wenn ich den Boden schrubbe.

Herr, nimm meine Betrachtung an, weil ich keine Zeit habe für mehr.

Seite E 43 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Herr, mache Dein Aschenbrödel zu einer himmlischen Prinzessin; erwärme die ganze Küche mit Deiner Liebe und erleuchte sie mit Deinem Frieden. Vergib mir, daß ich mich absorge, und hilf mir, daß mein Murren aufhört.
(Theresa von Avila)

Gnädiger, gerechter Gott! All unsere Sorgen befehlen wir in deine Hand, damit wir sie loslassen können. Wir sehnen uns nach deinem Frieden, für uns selbst und für alle Menschen.

Wir bitten dich: Sei mit deinem Geist der Hoffnung dort, wo Menschen aufgeben wollen und nicht mehr auf Veränderung hoffen. Nimm der Mutlosigkeit die Macht und mache uns stark, neue Wege zu suchen. Wir danken dir dafür, dass unser Land in so guter Verfassung lebt, wie seit Menschen Gedenken nicht. Von Dir haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes gelernt, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Das Einstehen für Israel gehört für uns zur Staatsräson in Deutschland. Das hat rechtliche Wirkung.

Genau wie wir für die Ukraine einstehen, weil dort vor allem der von Deutschen Boden ausgehende 2. Teil des Doppelten Weltkrieges stattfand.

Wir bitten dich: Sei mit deinem Geist des Friedens dort, wo Menschen sich hassen und verachten und aufgestachelt werden zu Terror und Mord. Zerbrich den Kreislauf der Gewalt und lass die Menschen den Weg deines Sohnes finden, der zur Versöhnung führt und zur Achtung der Würde jedes Menschen.

Wir bitten dich für Europa, vor allem für die Ukraine und Israel. Lass uns immer enger zueinander finden und so die alten Grenzen der Vergangenheit auch in den Köpfen überwinden und immer wieder neu erleben, dass wir durch Teilen gemeinsam reicher werden.

Wir bitten dich für uns selbst: Lass unser ganzes Leben in deinen Händen aufgehoben sein. Mache dein Wort unter uns lebendig, damit wir uns sammeln als die Gemeinde, die deiner Stimme folgt. Lass dein Reich anbrechen unter uns. Gemeinsam beten wir:

Gebet des Herrn Vater unser im Himmel. Geheiligt werde dein Name.

Dein Reich komme. Dein Wille geschehe, wie im Himmel, so auf Erden.

Unser tägliches Brot gib uns heute. Und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern. Und führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Bösen. Denn dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.

Seite E 44 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Segen „Der Herr segne Dich und behüte Dich; der Herr lasse sein Angesicht leuchten über Dir und sei Dir gnädig; der Herr erhebe sein Angesicht auf Dich und gebe Dir Frieden.“

Lied „Wo zwei oder drei, in meinem Namen zusammen sind...“

Orgel-Nachspiel von Liliana Münch

Genauso grausam wie der IS "Die Botschaft der Hamas ist: Ihr seid nicht mal Menschen"

12.10.2023 *Die Grausamkeit von Samstag, die Orgien, in denen Gewalt gefeiert wird - das ist dem Palästina-Experten Harel Chorev sehr vertraut aus Forschung zur Terrormiliz IS. Wie viel beide Terrorgruppen gemeinsam haben und warum, erklärt er [ntv.de](https://www.n-tv.de). Triggerwarnung: Der folgende Text enthält explizite Schilderungen brutalster Gewalt. Passagen des Textes können auf Leserinnen und Leser verstörend wirken.*

[ntv.de](https://www.n-tv.de): Die Grausamkeit, mit der die Terroristen ihr Massaker angerichtet haben, ist schwer zu fassen. Hätte man dennoch mit so etwas rechnen müssen?

Der Historiker und Palästina-Experte Harel Chorev lehrt an der Universität Tel Aviv.

Harel Chorev: Hamas sollten wir vor allem anhand dessen beurteilen, was wir sehen, weniger anhand von Aussagen. Denn das ist einer der Gründe, warum Wissenschaftler, mich selbst eingeschlossen, sie in der Vergangenheit so falsch eingeschätzt haben. Ich hätte mir niemals vorstellen können, dass wir mal an einen Punkt wie den jetzigen kommen und so etwas erleben würden. Soll, darf ich das plastischer beschreiben?

Um das Ausmaß dieser Terrorattacke zu ermessen, wäre das gut. Die Hamas hat sehr viel am Sonnabend selbst gedreht, die israelischen Behörden sammeln all diese Gräueltats-Videos, die zum Teil auch im Internet zu finden sind. Darunter sind Aufnahmen von dem Musikfestival, sie zeigen Frauen, die bei lebendigem Leibe verbrannt werden, während die Terroristen um sie herumtanzen. Andere Menschen werden in ihrem Auto angezündet.

Wie haben die Terroristen in den Kibbuzim gewütet? Ich weiß von einem Zeugen, der überlebt hat und berichten konnte, was er gesehen hatte. Ich hoffe, er wird irgendwann in der Lage sein, seine Aussagen aufzunehmen. Für den Moment gebe ich sie wieder: Im Beisein dieses Mannes wurde einer Hochschwangeren der Bauch aufgeschlitzt, das Kind entfernt und geköpft. Generell haben die Terroristen viele Köpfe von Opfern in den Gazastreifen mitgenommen, um sie als Trophäen zu präsentieren. Das alles sind Praktiken, die wir sehr gut kennen: vom IS, von der Terrormiliz Islamischer Staat. Und zwar nur vom IS. Keine politische Widerstandsgruppe würde sich je so verhalten.

Auf mehreren dieser Videos sind Leute zu sehen, die mit großen Kameras filmen. Es war offenbar geplant, diese Aufnahmen zu machen. Stolz liegt nahe als Motiv. Gibt es weitere? Der Stolz auf die Grausamkeit ist das eine. Hinzu kommen zwei weitere Punkte, und auch hier sehen wir Parallelen zum Islamischen Staat. Der IS hat das mit seinen Opfern genauso gemacht, eine Enthauptung wurde mit vier Kameras aus allen Perspektiven gefilmt. Es wurde also stark in mediale Darstellung investiert mit Ziel 1: Mobilisierung. Andere Verrückte damit zu begeistern und für die Gruppe zu gewinnen. Ziel 2: Entmenschlichung. Es ist eine Botschaft an den Feind, und sie sagt: Ihr seid nicht einmal Menschen. Ihr seid gar nichts. Kakerlaken. Zum Zertreten. Dieselbe Botschaft senden die Filme vom Samstag. In den Trümmern der Kibbuzim wurden auch IS-Flaggen gefunden.

Wie stark ist die Verbindung zum IS? Zu den Hochzeiten des IS, also um 2014 herum, haben nach unseren Kenntnissen etwa 20 Prozent der Menschen die Gruppe unterstützt. Viele dieser Leute haben sich dann Hamas oder der Terrorgruppe Islamic Djihad angeschlossen. Wie auch Al Quaida speisen sich die Ideologien dieser Gruppen aus radikalen Reformideen für den Islam aus dem späten 19. Jahrhundert, sie sind schon sehr alt. Aber vor allem nach 1967, durch die Enttäuschung über den verlorenen Krieg gegen Israel, entstanden daraus radikale Bewegungen.

Und 1988 dann die Hamas? Genau, und sie hat sich damals eine Konvention gegeben, eine Norm, die mit Bezug auf Israel bereits von "eliminieren" sprach. Wie der IS das in Syrien versuchte, hat die Hamas sich in Gaza einen eigenen Staat geschaffen. Was von Al Quaida verurteilt wurde.

Warum das? "Ein Staat macht schwach, Ihr habt zu viele andere Belange. Ihr könnt Euch dann nicht mehr voll auf den Dschihad, den Gotteskampf konzentrieren", war die Kritik von Al Quaida. Aber man sieht daran auch: Sie haben die Hamas von Anfang an als Gotteskrieger betrachtet.

Am Samstag hat es sehr viele Vergewaltigungen gegeben. Spielt eine solche Art der Erniedrigung eine Rolle im Konzept der Hamas? Auch das ist eine Parallele zum IS, dass Vergewaltigungen fester Bestandteil solcher Massaker sind. Das speist sich nicht aus dem Islam, sondern aus früheren Stammesfehden und dem Männlichkeitsbild, das daraus übernommen wurde. Es ist ja bekannt, dass der IS jesidische Frauen gezwungen hat, Sexsklavinnen zu sein. Das ist dieselbe Denkweise. Man kann also nicht alles auf den radikalen Islam schieben, es hat auch Ursachen in dem Verständnis, was es bedeutet, ein Mann zu sein. Und wenn Du stirbst, dann war es das eben. Mehrere israelische Familien, die in ihren Häusern am Samstag gefangen gehalten wurden, haben von solchen Gesprächen berichtet. Die Terroristen sagten, "Es macht uns nichts aus zu sterben. Wir werden Märtyrer sein, wir sehnen uns danach." Diese Kultur der Todessehnsucht ist uns ebenfalls aus dem Dschihad vertraut. Die Aussage: "Wir lieben den Tod mehr als ihr das Leben liebt." Man hätte wissen können, dass so etwas kommen würde, aber wir haben die Zeichen nicht beachtet.

Haben Sie noch ein Beispiel? Vor längerer Zeit wurde ein Familienvater in Jerusalem von Palästinensern getötet, ein orthodoxer Jude. Anschließend wurde in Gaza eine Karikatur öffentlich gemacht. Sie zeigt das Opfer in der Mitte eines traditionellen palästinensischen Gerichts, Makluba. Dort steht geschrieben: "Herrliches Makluba, herrlicher Freitag" - der Israeli wurde an einem Freitag ermordet. Der Zeichner dieser

Seite E 46 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Karikatur arbeitet im Büro von Ismail Hanija, dem Chef des politischen Arms der Hamas.

"Herrliches Makluba" - der Kopf des jüdischen Opfers als Speise für eine palästinensische Familie.

Nach außen ist die Gruppe ganz anders aufgetreten. International hat sich Hamas viele Jahre als legitime Befreiungsorganisation der Palästinenser präsentiert, den Menschenrechten verpflichtet. Über diverse NGOs haben sie reichlich Geld eingesammelt und es investiert in Sub-Gaza.

Was ist das? Sub-Gaza ist das Tunnelsystem unter dem Gazastreifen. Dort hat die Hamas sich eine milliarden schwere Infrastruktur eingerichtet. Ich kann mich an Geheimdienstberichte erinnern über die Nahrungsmittellager, die dort eingerichtet waren, vor zehn Jahren schon. Von der palästinensischen Bevölkerung abgezockt, hat die Hamas damit ihre Entwicklung vorangetrieben. Die Mehrheit der Palästinenser im Gazastreifen unterstützt die Hamas nicht, sie hat die Menschen zu sehr ausgebeutet.

Bleiben Sie gesund Behütet in diesen Zeiten. Täglich 9.00 Uhr gibt es ein "Wort zum Tage", den Morgen- und Abend-Segen bei HauptstadtTV. Und an jedem Sonn- und Feiertag lese ich für Sie das entsprechende Poem aus "Das Geistliche Jahr" von Annette von Droste-Hülshoff, gerahmt von Orgelmusik aus Hermannswerder von Kantor Dietrich Schönherr. Jeden Abend lese ich für Sie jetzt Ukrainische Märchen, die das Fühlen und Denken dieses wunderbaren europäischen Volkes, das vom Kreml-Terror mit Krieg überzogen worden ist, deutlich machen. Und nun ist auch eine Bonhoeffer-Reihe gestartet worden mit 15-minütigen Lesungen seiner wichtigsten Texte. Ich grüße Sie aus Teneriffa-Süd, wo ich nun bis Juli im Auftrag der EKD als Pfarrer tätig sein werde. Telefonnummer und Mailadresse bleiben unverändert. Ihr Steffen Reiche

01) Freie Meinung. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 618-25

26. Oktober 2023

48. Jahrgang

Freie Meinung

Natürlich darf man in unserem Land alles sagen und schreiben, melnetwegen auch singen. Lediglich das Strafgesetzbuch wird aufgeschlagen, wenn es um Beleidigungen und Verleumdungen geht.

Natürlich darf man sich die Frage stellen, wer den Wahlkampf des ukrainischen Präsidenten finanziert hat. Man darf sich auch mit Korruptionsvorwürfen in der Ukraine beschäftigen. Man darf auch die Siedlungspolitik Israels und die geplante antidemokratische Justizreform in Frage stellen. All das sind jedoch keine Gründe für ein Aber. Russland hat die Ukraine überfallen, aber... Die Hamas hat Israel überfallen, aber... Nein, es gibt kein Aber. Allein schon deshalb, weil die Terrorangriffe auf die Ukraine und Israel nicht aus einer vermeintlichen Notlage der Angreifer heraus erfolgten, die uns weismachen wollen, sich nur gewehrt zu haben. Die Notlage gab es nicht. Russland wie die Hamas wollen die Länder, die sie als Feindgebiet ausgemacht haben, vernichten. Wie kann man mit jemanden verhandeln, der einen vernichten will? Was soll dabei herauskommen? Mit nur ein bisschen vernichten würde sich wohl niemand zufriedengeben.

Über den Einfluss der Oligarchen und die Korruption in der Ukraine, den Siedlungsbau und die Justizreform in Israel kann man gern wieder diskutieren, wenn beide Kriege beendet sind. Im Augenblick ist eine Diskussion darüber nicht hilfreich. Vor allem wäre es ein Schlag ins Gesicht der Opfer und ihrer Angehörigen, ein Menschen verachtender Rechtfertigungsversuch.

Die Zögerlichkeit, der Ukraine Raketen zu liefern, die bis nach Moskau reichen würden, ist unverständlich. Die Angst vor der Ausweitung des Krieges ist verständlich, hat aber die Ukraine nicht das Recht, Raketen auf Kiew mit Raketen auf Moskau zu vergelten? Wenn ich die Nachrichten richtig verstanden habe, feuern die palästinensischen Terrororganisationen nach wie vor Raketen aus dem Gaza-Streifen und dem Libanon auf Israel. Israel hat das Recht, auf jeden Raketenangriff entsprechend zu reagieren. Was sollte denn die Alternative sein? Sich einfach bombardieren zu lassen in der Hoffnung, dass das irgendwann aufhört, so wie man ein Unwetter beobachtet und hofft, dass bald wieder die Sonne scheint? Das ist doch Unsinn. So läuft es nicht.

Der Ukraine und Israel sind zu helfen, ohne Wenn und Aber. Es geht hier um die Bekämpfung des Terrorismus. Fraglos befinden sich die Menschen im Gaza-Streifen in einer schlimmen Situation. Ihnen muss geholfen werden und ihnen wird geholfen. In welcher Lage befinden sich denn aber die Israelis, die ständig mit Raketen beschossen werden? Und in welcher Lage befinden sich vor allem die Geiseln? Das Leid all dieser Menschen hat nur eine Ursache, den Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023.

UN-Generalsekretär Guterres spricht von »*eindeutigen Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht*« und meint damit Israels Gegenwehr auf den Gaza-Streifen. Menschen ermorden und sie als Geiseln zu nehmen ist dann bitte was? Der Terroranschlag der Hamas habe nicht im »*luftleeren Raum stattgefunden*«, meint der UN-Chefdiplomat. Was für eine ebenso kryptische wie unnütze Aussage. Damit setzt er hinter den Terrorakt ein Aber, das gegenwärtig nicht angemessen ist.

Und unsere Bundesregierung hat im Augenblick nichts Eiligeres zu tun, als Guterres das Vertrauen auszusprechen. »*Die Situation sei nach dem Angriff der radikalislamischen Hamas auf Israel gerade sehr aufgeladen, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Mittwoch in Berlin. Rücktrittsforderungen seien aber im Augenblick nicht angebracht.*« *stern*. Die Bundesregierung hätte sich entweder gar nicht oder anders äußern müssen.

Um die Weiterentwicklung der Kriege in der Ukraine und Israel müssen wir uns große Sorgen machen. Israel weiß, dass es den Geiseln das Leben kosten würde, wenn die Bodenoffensive begönne. Es macht aber wenig Sinn, den Israelis Ratschläge zu erteilen, schon gar nicht von deutscher Seite.

Ein sehr großer Schlüssel für die Kriege in der Ukraine und Israel liegt in den USA. Und von dort kommen wirklich beängstigende Nachrichten. Auch wenn es gut klingen mag, dass das Land jetzt wieder handlungsfähig ist, weil es im x-ten Wahlgang gelang, einen Parlamentspräsidenten zu wählen, so ist das nur die eine Seite der Medaille. Die andere sieht düster aus. Da wird jemand in das dritthöchste Amt im Staate gewählt, der ein amtliches Wahlergebnis nicht anerkennt. Für **Mike Johnson** ist **Donald Trump** rechtmäßiger Präsident, weil er die Wahl nicht verloren hat. Er ist gegen alles, was einen fortschrittlichen und weltoffenen Staat ausmacht. Zurück in die Vergangenheit.



Johnson hat seinen Job Trump zu verdanken, einem Mann, der endlich hinter Schloss und Riegel gehört. Der Einfluss von Trump auf die Republikaner ist ungebrochen groß. Wie es mit der Unterstützung für die Ukraine und Israel durch die USA weitergeht, ist ungewiss.

Die Welt steuert auf eine weitere Katastrophe zu, wenn Trump im nächsten Jahr erneut zum Präsidenten gewählt werden sollte. Wenn es dann wieder heißt „America First“, fiele es fast allein Europa zu, die Demokratie auf diesem Globus zu retten. Unsere Volkswirtschaft ist stark, auch wenn es im Augenblick viel zu viele Probleme gibt. Ist sie aber stark genug, um all diese Probleme stemmen zu können? Zweifel sind erlaubt.

Die Lage am 26. Oktober ist so wie das Wetter.

Ed Koch

02) Klimaforscher: Rolle des Klimawandels bei Waldbränden bewusst überbetont

01. 10. 2023



Laut dem Klimatologen würden die Medien keine Klimastudien veröffentlichen, die nicht dem erwarteten „Narrativ“ folgen.

Außerdem gab er zu, die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf Waldbrände überbetont zu haben, damit seine Arbeit in der renommierten Fachzeitschrift Nature veröffentlicht werde – wie „The [Telegraph](#)“ berichtete.

Dr. Patrick Brown hatte letzte Woche eine Studie veröffentlicht, der zufolge der Klimawandel die Waldbrände in Kalifornien verstärkt hätten. Tausende von Menschen haben diese Studie gelesen haben und 109 Nachrichtenagenturen zitiert daraus weltweit.

Andere Faktoren werden zensiert

Schließlich gab Dr. Patrick Brown dann sowohl in einem Blog als auch in einem auf „X“ veröffentlichten Artikel zu:

„Es gibt noch andere wichtige Faktoren, die Waldbrände beeinflussen und die bewusst zensiert werden: Etwa eine schlechte Waldbewirtschaftung und eine Zunahme der Zahl der Menschen, die absichtlich oder versehentlich Brände legen.“

Laut Ansicht des Wissenschaftlers würden Zeitschriften keine Klimastudien veröffentlichen, wenn sie nicht dem „Mainstream-Narrativ“ folgen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Vatikan-Organisationen und Caritas fordern „geordnete Migration“ für jährlich 20 Million Klimaflüchtlinge

27. 10. 2023



Obwohl die europäischen Länder, die seit Jahren mit „Flüchtlingen“ geradezu überflutet werden und nicht mehr wissen wohin mit den Leuten, wird die Agenda Europa völlig zu verändern, weiterhin knallhart durchgezogen. Neben den sattsam bekannten NGOs und anderen Vorfeldorganisationen der Funktionseliten, spielen die Kirchen dabei eine nicht unwesentliche Rolle, den Migrantenstrom weiter in gewohnter Manier Richtung Europa zu steuern.

Den kirchlichen Organisationen kommt dabei zugute, dass sie der Umvolkung einen humanen, ja christlichen Anstrich verleihen können. Man interpretiert die Worte Jesu „liebe Deinen Nächsten wie dich selbst“ in „liebe deinen Übernächsten mehr wie dich selbst und alle deine wirklichen Nächsten“ um.

Ganz in diesem Sinne hat im Vorfeld der Klimakonferenz COP28 hat Caritas Internationalis frühzeitige Migrationsmöglichkeiten für vom Klimawandel betroffene Bevölkerungen gefordert. Ungeregelte Fluchtbewegungen seien mit Menschenrechtsverletzungen verbunden, liest man auf domradio.de. Anders gesagt: Was derzeit bei uns ungeregelt stattfindet, sei inhuman. Und offensichtlich nicht ausreichend, um all das Elend dieser Welt zu schultern.

Vorfeldarbeit für den „Klimaflüchtling“

Nicht umsonst wurde in den letzten Jahren die Klimapanik massiv geschürt. Infolge anderer „Vorkommnisse“ die da so dazwischen kamen, wie Corona oder der Ukraine-Krieg, sind es die von finanziell potenten Finanziers bezahlten „Klima-Aktivisten“, die dafür Sorge tragen, dass die „Erderhitzung“ präsent bleibt. („Erderwärmung“ darf per Weisung an die Mainstreammedien der Klimawandel, jetzt „Klimakatastrophe“, nicht mehr genannt werden). Wenn naive Geister auch in Form von Politikern in diversen Talk-Shows meinen, die Aktivitäten der Klima-Kleber seien doch kontraproduktiv, so irren sie. Diese Spinner kleben sich nicht auf die Straßen, um die Leute zur Umkehr zu ermahnen, nein die Botschaft ihrer Hintermänner ist eine gänzlich andere: die Klima-Bedrohung soll uns auf diese Weise eingehämmert werden und präsent bleiben.

Kirche spring auf den Klima-Hysterie Zug auf

Ganz in diesem Sinne kritisieren Vatikan-Organisation Regierungen, erfährt man weiter im Domradio, denn man unternimmt mehr für Grenzsicherung als für geordnete Migration:

„Von Wirtschaftsmigranten‘ zu sprechen, wenn Menschen aufgrund des Klimawandels ihre Unterhaltungsmöglichkeiten entzogen würden, sei irreführend. Man könne nicht erwarten, dass sie so lange mit einer Auswanderung warten, bis es um Leben und Tod gehe“, heißt es wörtlich.

Die Absicht ist klar: aus dem Wirtschaftsmigranten soll der Klimamigrant werden. Und aus unserem Weltsozialamt zusätzlich der Weltluftkurort.

Genfer Abkommen soll geändert werden

Nachdem jedoch der bei uns eintrudelnde „Schutzsuchende“ überwiegend schon heute nicht den Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention entspricht, soll daher nachgebessert werden. Wörtlich ist auf domradio.de zu lesen:

„Caritas Internationalis sieht als Problem, dass ein klimabedingter Verlust von Lebensgrundlagen nicht unter die Fluchtgründe der UN-Flüchtlingskonvention falle. Das Genfer Abkommen von 1951 sollte entsprechend geändert werden.“

Nur in Europa soll es sich gut leben lassen

Und das ist noch nicht alles: Einen Vorgeschmack was da so auf uns zukommen könnte, wollen wir nochmals aus der genannten Quelle zitieren:

„Um die 3,3 Milliarden Menschen lebten in Ländern, in denen der Klimawandel die Lebensbedingungen empfindlich einschränken könne. Der menschliche Ursprung des Klimawandels könne nicht mehr bezweifelt werden, schreibt der Papst in dem 13 Seiten langen Schreiben.“

Und wer sind denn die bösen Menschen, denn all das Elend zu verdanken ist? Natürlich wir – mit oder ohne „Energiewende“. Noch mehr Buße tun ist angesagt. Zumindest für die Steuerzahler – eine Caritas verdient jetzt schon bei der Flüchtlingsbetreuung Unsummen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Χρυσια / Wikimedia CC 3.0

Im Internet mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.10.2023

Ägypten – Durch das osmanisch-britische Abkommen vom 1. Oktober 1906 wurde eine Grenze zwischen dem von den Osmanen regierten Palästina und dem von den Briten regierten Ägypten festgelegt: von طَابَا Taba (bei Eilat/IL) nach رفح Rafah/EG, ca. 200 km. Ab 1948 war Gasa von Ägypten besetzt. Folglich existierte keine Grenze zwischen Gasa und Ägypten mehr. Im Sechstagekrieg 1967 eroberte Israel von Ägypten aus die Sinai-Halbinsel und den Gasastreifen. Als sich Israel 1982 vom Sinai zurückzog, wurde Rafah in einen ägyptischen und einen palästinensischen Teil geteilt, wodurch Familien auseinandergerissen und durch Stacheldrahtbarrieren getrennt wurden. Der Landhafen **Rafah wurde zum wichtigsten Grenzübergang** zwischen Ägypten und Gasa und wurde von der israelischen Flughafenbehörde verwaltet, bis Israel am 11. September 2005 im Rahmen eines Abzugsplans seine Siedlungen in Gasa aufgelöst hatte. Anschließend wurde es Aufgabe der EU-Grenzmission Rafah (EUBAM), den Grenzübergang zu überwachen. Der Landhafen von Rafah, bekannt als „Salah ad-Din-Tor“, befindet sich am ursprünglichen Rafah-Übergang an der Salah ad-Din-Straße, der Hauptstraße quer durch ganz Gasa von عِزْرَة Erez – im Norden von Gasa – nach Rafah, eine Entfernung von 40 km. Südlich von Rafah wurde ein neuer „Rafah Crossing Point“ gebaut, auf Arabisch auch العودة العودة

Al Awda (Recht zur Rückkehr) genannt. Im Israel-Hamas-Krieg 2023, der im Oktober begann, wurde der Grenzübergang erneut effektiv versiegelt. Die ägyptische Regierung weigerte sich, Gasa-Bürgern oder ausländischen Staatsangehörigen die Ausreise aus Gasa über den Grenzübergang Rafah zu gestatten, trotz intensiver internationaler Bemühungen, ein Zeitfenster für die Öffnung des Grenzübergangs Rafah für Ausländer zu sichern, die den Gasastreifen verlassen möchten. Ein palästinensischer Grenzbeamter sagte, Ägypten habe die Grenzübergangstore mit Betonblöcken blockiert. Israelische Luftangriffe trafen auch die Gasa-Seite des Grenzübergangs. Das US-Außenministerium riet US-Bürgern im Gasastreifen, sich näher an Rafah zu positionieren, um die Evakuierung zu erleichtern, falls der Grenzübergang wieder geöffnet wird.

- Auch am Wochenende bleibt die Grenze noch geschlossen. 50 Tonnen Lebensmittel in über 200 LKW beginnen zu verderben. BBC.uk

Angola – Angola soll einen Vertrag mit der China National Chemical Engineering Co. (CNCEC) über den Bau einer seit langem aufgeschobenen **Ölverarbeitungsanlage** in der Gemeinde Lobito unterzeichnen. „Die Verarbeitungskapazitäten der Lobito-Raffinerie liegen weiterhin bei 200'000 Barrel (31.8 Mio. Liter) pro Tag und die geschätzten Investitionskosten belaufen sich auf rund 6 Milliarden US-Dollar.“ CGTN.cn

Argentinien – Bei der Präsidentenwahl liegt Regierungskandidat **Sergio Massa (51) überraschend an erster Stelle**. Der Wirtschaftsminister der regierenden peronistischen Koalition Union für das Vaterland (UP) kam auf rund 36 Prozent der Stimmen, teilte das Wahlamt am Sonntagabend (Ortszeit, Montagfrüh MESZ) nach Auszählung von rund 80 Prozent der Stimmen mit. Auf dem zweiten Platz landete mit rund 30 Prozent der libertäre Populist Javier Milei, der zuvor als Favorit galt. Beide gehen in die Stichwahl am 19. November statt. Milei feierte am 22. Oktober, dem Wahltag seinen 53. Geburtstag. ORF.at

China – China wird ab dem 1. Dezember den Hahn für seltene Rohstoffe weiter schließen. Das Handelsministerium hat heute beschlossen, dass die Graphitexporte ab diesem Datum eingeschränkt werden. Dieser Rohstoff ist entscheidend für die Produktion von Batterien für Elektroautos. NOS.nl

BR Deutschland – In Berlin läuft es einem dieser Tage eiskalt den Rücken runter. Nicht wegen der winterlichen Temperaturen. Sondern, weil Judenhass und Israel-Feindlichkeit plötzlich aus allen Ritzen quellen. David-Sterne an Haustüren geschmiert. Molotow-Cocktails, die gegen Synagogen fliegen. Die Holocaust-Gedenkstätte am Brandenburger Tor, die an die Ermordung von Millionen Juden durch die Nationalsozialisten erinnert, durch einen Polizeikordon geschützt. Pro-Palästina-Aufmärsche sind zwar verboten, Hass und Hetzen brechen sich dennoch Bahn. Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte im Bundestag «klare Kante» gegen Antisemitismus an. Man werde Gesetze und Vorschriften stark verschärfen, sagte Scholz mit Blick auf Ausschreitungen und Gewaltverherrlichung auf deutschen Straßen. Im Berliner Stadtteil Neukölln kommt es seit dem 7. Oktober immer wieder zu Randalen im Namen Palästinas, initiiert von pro-palästinensischen Vereinen, die in den sozialen Medien dazu aufrufen, «Neukölln zu Gasa» zu machen. So brennen Barrikaden und Autos, Feuerwehr und Polizei, welche die untersagten Versammlungen auflösen will, werden mit Steinen und Flaschen beworfen. Im Kampf gegen Antisemitismus und Intoleranz ist Bildung das beste Rezept. Doch gerade an hiesigen Schulen, wo manchmal 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler einen muslimisch-arabischen Hintergrund haben, brodelt es. Das Lehrpersonal steht den Emotionen der Jugendlichen, der Vehemenz, mit der sie die Hamas-Angriffe rechtfertigen, oft hilflos gegenüber. Mit dem Wahlpflichtfach «Israel-Palästina» versucht man bei Jugendlichen noch nicht gefestigte antisemitische Weltbilder durch Wissen zu korrigieren.

- «Desaströs» nennt Publizist von Lucke das Bild, das die deutsche Ampelregierung bis anhin abgegeben habe, aber alle Parteien wissen, dass sie bei Neuwahlen abstürzen würden. SRF.ch
- Deutschland bekommt mit dem „Bündnis Sahra Wagenknecht“ eine neue Partei. Der Bruch zwischen der Linken und ihrer bisher bekanntesten Politikerin (54) ist damit offiziell und endgültig. ORF.at
- In Berlin sind ab heute gefährliche Gegenstände an mehreren Bahnhöfen verboten. Wer sich an den Stationen Alexanderplatz, Warschauer Straße und Ostkreuz aufhält, darf kein Reizgas, kein Messer oder Schlagring, dabei haben.
- Im vergangenen Monat wurden fast 21'400 irregulär eingereiste Flüchtlinge aufgegriffen – das sind rund 50 Prozent mehr als noch im August, wie das Bundespolizeipräsidium in Potsdam mitteilte. Die unerlaubten Einreisen steigen seit zwei Jahren stark an.
- Die Jüdische Gemeinde zu Berlin hat enttäuscht auf die Teilnehmerzahl der Solidaritätsdemonstration gestern in Berlin reagiert. Laut Polizei haben 10'000 Menschen an der Solidaritätsdemonstration mit Israel am Brandenburger Tor teilgenommen. Rabbiner יונה גונאר סיברס Jonah Gunnar Sievers (52) hätte sich in einer Stadt mit fast 3,8 Millionen Einwohnern ein größeres Engagement erhofft. Der CDU-Vorsitzende Merz fordert, nur noch Menschen in Deutschland einzubürgern, die das Existenzrecht Israels anerkennen. RBB.de

Frankreich – Laut einem neuen Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) befindet sich die Einwanderung auf einem Rekordniveau. Mehr als sechs Millionen Menschen sind im vergangenen Jahr in OECD-Länder eingewandert. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist eine internationale Organisation mit 38 Mitgliedstaaten, die sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlen. Die meisten Mitglieder gehören zu den Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und gelten als entwickelte Länder. Neben den meisten europäischen Staaten gehören auch einige wenige Staaten aus Asien (Israel, Japan, Südkorea), Ozeanien (Australien, Neuseeland) und Amerika (Kanada, USA, Costa Rica, Kolumbien, Chile, Mexiko) dazu. Sitz der Organisation ist das Schloss La Muette in Paris. SRF.ch

Gasa – Als ein israelischer Luftangriff Walaa Sobehs Haus und einen Großteil ihrer Nachbarschaft zerstörte, suchte die palästinensische Muslimin Zuflucht in der ältesten Kirche Gasas. In der كنيسة القديس برفيريوس Kirche des Heiligen Porphyrius fand sie auch ein Gefühl der Zugehörigkeit zu „einer Familie“ – vereint durch die Angst vor den um sie herum explodierenden Bomben und die Hoffnung, dass sie die Angriffe Israels überleben könnten. Deshalb rief sie andere Verwandte im Norden des Gasastreifens an und bat sie, ebenfalls zur Kirche zu gehen. Sobeh und ihre Familie gehören zu Hunderten Palästinensern unterschiedlichen Glaubens, die – zumindest vorerst – in der Kirche Sicherheit gefunden haben. Die um 1150 erbaute St. Porphyrius-Kirche ist die älteste noch genutzte Kirche in Gasa. Die Kirche liegt in einem historischen Viertel von Gasa-Stadt und bot über Generationen hinweg Menschen unterschiedlichen Glaubens Zuflucht. Porphyrius (Πορφύριος, 347–420) war von 395 bis 420 Bischof von Gasa. Aus einem Bericht in seinem Leben geht hervor, dass er die widerspenstige heidnische Stadt Gasa christianisierte und ihre Tempel abriß. Sie befindet sich im Seitun-Viertel (Asseitun=Olivenbaum الزيتون) der Altstadt von Gasa und ist nach dem Bischof von Gasa aus dem 5. Jahrhundert, dem Heiligen Porphyrius, benannt, dessen Grab sich in der nordöstlichen Ecke der Kirche befindet. Bereits im Jahr 425 n. Chr. wurde an dieser Stelle eine Kirche errichtet, aber der Bau der heutigen Kirche wurde von den Kreuzfahrern in den 1150er oder 1160er Jahren durchgeführt; Sie widmeten sie dem heiligen Porphyrius. Aufzeichnungen aus dem 15. Jahrhundert belegen, dass die Weihe der Kirche auch der Jungfrau Maria galt. JAZ.qa

- Ungefähr 20 Lastwagen mit dringend benötigter Hilfe dürfen in den kommenden Tagen vielleicht in den Gasastreifen einfahren – was den 2,2 Millionen Einwohnern Erleichterung bringt. Israel hat dort nach einem Angriff von Hamas-Kämpfern am 7. Oktober den Strom und den Großteil des Wassers abgeschaltet und die Lieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten eingestellt. Die USA und Ägypten haben nun ein Abkommen geschlossen, das einen Teil der Lieferungen über den ägyptischen Grenzübergang Rafah zulässt. Doch humanitäre Organisationen warnen, dass dies bei weitem nicht ausreichen wird. „Die UN haben berichtet, dass mindestens 100 Lastwagen mit humanitärer Hilfe benötigt werden, um die Millionen Zivilisten in Gaza zu unterstützen“, sagte Shaina Low vom norwegischen Flüchtlingsrat gegenüber der BBC. Aber Etefa vom Welternährungsprogramm sagte, dass die Situation in dem Gebiet „sehr schwierig“ werde. „Die Lebensmittel- und Wasservorräte gehen zur Neige. Die Bäckereien – viele von ihnen funktionieren nicht mehr.“ Philippe Lazzarini, der Generalkommissar des UN-Hilfswerks UNRWA, sagte der BBC, dass vor Kriegsbeginn täglich etwa 500 Lastwagen in den Gasastreifen gelangt seien. Etwa 1,2 Millionen Menschen, die in dem Gebiet leben, waren bereits vor dem 7. Oktober auf Nahrungsmittelhilfe des UNRWA angewiesen. BBC.uk
- Volker Türk, der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, hat erneut eine sofortige **humanitäre Feuerpause gefordert**. Und auch verschiedene EU-Staaten setzen sich dafür ein: etwa Spanien, Slowenien und Irland. SRF.ch

Großbritannien – Der sich aus Trümmern bildende Mond bestand zunächst vollständig aus flüssigem Gestein. Erst, als sich dieser „lunare Magma-Ozean“ an der Oberfläche ausreichend abgekühlt hatte, konnten sich dort feste Gesteine und damit auch Zirkon-Kristalle bilden. Das Team um Jennika Greer von der University of Glasgow in Grossbritannien hat jetzt erstmals Mondstaub, der von den Astronauten der Mission „Apollo 17“ zur Erde gebracht worden war, mithilfe einer sogenannten tomographischen Atomsonde untersucht. Greer und ihre Kollegen verwendeten dazu Uran und Blei. Denn eine bestimmte Art von Uran – das Isotop Uran-238 – verwandelt sich durch radioaktiven Zerfall in Blei, und zwar mit einer Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren. Seit der Entstehung des Sonnensystems hat sich also etwa die Hälfte des Urans in Blei verwandelt. Die genaue Messung der Häufigkeit von Uran- und Blei-Atomen in den Zirkon-Kristallen liefert den Forschern daher das Alter der Kristalle. Das Ergebnis: 4,46 Milliarden Jahre. ORF.at

Israel – Israel erlässt Evakuierungsplan für Bewohner nahe der Nordgrenze zum Libanon, da die Spannungen eskalieren.

- Die israelische Armee hat nach eigenen Angaben über Nacht mehr als hundert Ziele in Gaza angegriffen.
- Biden bittet den Kongress um 14 Milliarden US-Dollar an israelischer Militärhilfe.
- Nachdem die Hisbollah Raketen abgefeuert hat, schlägt die israelische Armee im Libanon zurück. Nordisraelische Städte müssen evakuiert werden. Israel habe die Evakuierung der Bewohner von Kiryat Shmona קִרְיַת שְׁמוֹנָה, „Stadt der Acht“, einer nördlichen Stadt nahe der libanesischen Grenze, angeordnet, teilte das Verteidigungsministerium am Freitag mit. Kiryat Shmona hat 25'000 Einwohner und liegt etwa 2 km vom Grenzzaun entfernt. Die Stadt ist nach acht Männern benannt, die das nahe gelegene Tel Hai verteidigten und 1920 starben. Ursprünglich hieß sie Kirjat Joseph, nach Joseph Trumpeldor, dem mit Abstand berühmtesten dieser acht. Die Stadt wurde 1950 gegründet. Am 11. Mai 1948 wurde das palästinensische Dorf al-Khalisa – das sich zuvor hier befand – von Yigal Allon und seinem ersten Bataillon der Palmach während der Operation Yiftach erobert. Alle Bewohner wurden vertrieben und das Dorf bis auf die Dorfschule, die Moschee und das Büro des britischen Mandatsträgers zerstört. Auf dem Gelände wurde ein Park angelegt. الخالصة Al-Khalisa war ein palästinensisch-arabisches Dorf auf einem niedrigen Hügel am nordwestlichen Rand des Hula-Tals mit über 2000 Einwohnern, 28 Kilometer nördlich von Safad. Im Palästina-Krieg 1948 wurde es liquidiert.

Seite E 56 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

- „Das ist der Krieg“, sagte Netanyahu den israelischen Soldaten. „Ich kann Euch im Moment nicht sagen, ob sich die Hisbollah für einen vollständigen Kriegseintritt entscheiden wird. Wenn die Hisbollah sich für einen Kriegseintritt entscheidet, wäre es ihr größter Fehler überhaupt. Wir werden sie mit einer Kraft lahmlegen, die man sich nicht vorstellen kann, und die Bedeutung für sie und den Staat Libanon wird verheerend sein“, fügte Netanyahu hinzu.
- US-Präsident Joe Biden, der in seinem politischen Leben stets das zionistische Regime unterstützt hat, sagte bei seinem jüngsten Treffen mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu: „Ich glaube nicht, dass man Jude sein muss, um Zionist zu sein, und ich bin ein Zionist.“
- In einem exklusiven Interview mit The Mail on Sunday erklärte der israelische Minister für Wirtschaft und Industrie, Nir Barkat (64), dass Israel nicht nur gegen die Hisbollah, sondern auch gegen den Iran vorgehen würde, wenn die Hisbollah an seiner Nordgrenze gegen Israel vorgehen würde, und behauptete: „Wir werden den Kopf der Schlange, den Iran, zerdrücken“. I24.il

Italien - WikiLeaks-Gründer Julian Assange wird die Ehrenbürgerschaft Roms verliehen, sagte Stadträtin Antonella Melito am Dienstag. Sie fügte hinzu, dass der Prozess abgeschlossen sein werde, sobald alle notwendigen Unterlagen erledigt seien. Assange, 52, ist seit 2019 im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London inhaftiert, da er gegen die Auslieferung an die USA kämpft, wo ihm wegen der Veröffentlichung hochsensibler Geheimdienstinformationen der US-Armee im Zusammenhang mit den Kriegen in Afghanistan im Jahr 2010 eine lebenslange Haftstrafe drohen könnte und Irak. Mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft an Assange wolle Rom laut Melito eine Botschaft der „Solidarität und Unterstützung an alle senden, die zu Unrecht inhaftiert und unter Verletzung ihrer Grundrechte verurteilt werden“. RT.ru

Jemen – Am 8. Oktober 2023, einen Tag nach dem Hamas-Angriff auf Israel, schickte der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin als Reaktion darauf die Trägerangriffsgruppe Gerald R. Ford ins östliche Mittelmeer. Zur Gruppe gehören neben dem Flugzeugträger der Kreuzer Normandy sowie die Zerstörer Ramage, Carney, Roosevelt und Thomas Hudner. Am 19. Oktober 2023 wurde berichtet, dass Carney drei Raketen und acht Drohnen abgefangen habe, die vermutlich von Huthi-Kämpfern im Jemen abgefeuert worden seien. Obwohl die Ziele ungewiss waren, wurden die Raketen und Drohnen abgeschossen, weil sie inmitten zunehmender Spannungen in der Region während des Israel-Hamas-Krieges 2023 entlang des Roten Meeres nach Norden in Richtung Israel flogen. [VOA.us](https://www.voa.com)

Nigeria und **Frankreich** haben ein Marinebündnis zur Verbesserung der maritimen Sicherheit und zur Bekämpfung von Piraterie und Menschenhandel im Golf von Guinea geschlossen und eine viermonatige Mission unter der Leitung des französischen Flugzeugträgers Mistral gestartet, berichtete Africanews am Donnerstag. Der Nachrichtenagentur zufolge arbeitet eine Flotte von fünf nigerianischen Marineschiffen an der Seite des französischen Schiffes. RFI.fr

Nordkorea hat jetzt einen Musiksender im Internet «평양라디오광성- Pyongyang Radio Pangsong», koreanische Musik rund um die Uhr: (listen7.myradio24.com/69366?1698131810317). Die Stimme Koreas allerdings streamt nicht im Internet und ist nur über Kurzwelle zu empfangen, auf Deutsch um 18–19 Uhr, 20–22 Uhr auf 6170, 9425 kHz. Auf Englisch um 16–17, 18–19, 22–23 Uhr auf 13760, 15245 kHz. Das erste TV-Programm läuft im Internet über kcnawatch.org, direkt und auch zeitversetzt. PRP.kp

Österreich – Die **ältesten Saurierfunde** Österreichs stammen aus Kötschach-Mauthen (Kärnten). Das ergaben neueste Messungen an der Goethe-Universität Frankfurt. Fachleute bestimmten das Alter der Gesteinsproben anhand radioaktiver Zerfallsprozesse. Die im Geopark Karnische Alpen ausgestellten fossilen Saurierfährten sind laut den Erkenntnissen etwa 300 Millionen Jahre alt.

• Die FPÖ hat eine Sondersitzung des Nationalrats zum Thema Neutralität und Souveränität beantragt. Denn „das Sündenregister“ von Schwarz-Grün sei diesbezüglich lang, hieß es. In einem Dringlichen Antrag solle im Rahmen der Sondersitzung ein wirksames Maßnahmenbündel präsentieren werden, damit Neutralität und Souveränität auch weiterhin Österreichs Freiheit sichern könnten, kündigte FPÖ-Chef Herbert Kickl an. Die Sitzung muss bis spätestens 3. November stattfinden. Österreichs Sicherheit und Freiheit seien etwa durch den „verantwortungslosen Umgang“ der Bundesregierung mit dem Ukraine-Krieg und der erhöhten islamistischen Terrorgefahr beeinträchtigt. Letztere sei eine **Folge der „Tür-auf-Politik“** für die illegale Masseneinwanderung, so Kickl. Er kritisierte auch eine mögliche Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der EU, die „EU-Schuldenunion“ oder die „Aufweichung“ des Rechts auf Bargeldzahlung. „Angesichts der geschilderten multiplen Bedrohungen der österreichischen Souveränität und Neutralität bedarf es eines erhöhten Schutzes dieser Werte durch die österreichische Bundesverfassung – beispielsweise durch ein nationales Souveränitätsrecht, das Vorrang gegenüber von EU-Gesetzen hat“, sagte Bundesparteiobmann Herbert Kickl an seinem 55. Geburtstag am 19. Oktober. ORF.at

Palästina – Bei der laufenden Widerstandsoperation könnte es so aussehen, als hätte der Angreifer aufgrund seiner überwältigenden Feuerkraft den taktischen Vorteil. Aus strategischer Sicht scheint sich das Blatt jedoch **zugunsten der Palästinenser** zu wenden. Beide Geistlichen gehören zu den einflussreichsten muslimischen Führern der Welt. Tatsächlich steht Khamenei auf Platz zwei und Sistani auf Platz 9 des Muslim 500-Index, der die einflussreichsten Muslime der Welt auflistet. Zusammen mit anderen hochrangigen schiitischen Maraji haben sie enormen Einfluss auf Millionen schiitischer Muslime auf der ganzen Welt. VOIRI.ir

• **Wieso ist US-Präsident Joe Biden mit seinem Vermittlungsversuch gescheitert?** Das liegt nicht zuletzt daran, dass der jordanische König und Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas ein Treffen mit Biden kurzfristig absagten – eine unglaubliche Brückierung des angeblich mächtigsten Mannes der Welt, zumal die Palästinenserbehörde auf Geld aus den USA angewiesen ist. Das zeigt auch, wie viel Gewicht die Supermacht USA im Nahen Osten, aber auch weltweit, verloren hat. **Wieso setzen sich nicht die EU oder die UNO für eine diplomatische Lösung ein?** Was die EU betrifft, mag das tatsächlich verwundern. Schließlich fließt viel Geld aus der EU in die Region. Doch außenpolitisch hat Brüssel wenig Gewicht. Das hängt mit der notorischen Uneinigkeit innerhalb der EU zusammen. Manche EU-Staaten haben klar für Israel Position bezogen (Deutschland, die Niederlande oder viele osteuropäische Länder), andere sehen sich eher im palästinensischen Lager (Spanien oder Belgien). Außerdem ziehen sich die Spannungen innerhalb der EU bis hinauf in die Kommissionsspitze, wo sich Kommissionspräsidentin von der Leyen und Ratspräsident Michel fast schon peinliche Revierkämpfe liefern. UNO-Generalsekretär Guterres seinerseits hat keinen Friedensplan lanciert, weil er weiß, dass er chancenlos wäre. Er bräuchte den Rückhalt des mächtigsten UNO-Gremiums, des Sicherheitsrats. Doch der ist im Nahost-Konflikt einmal mehr gelähmt – wegen Konflikten zwischen den Großmächten. **Warum ist Peking kein valabler Vermittler?** Zwar hat China gute wirtschaftliche Kontakte zu Israel. Doch Peking hat sich im Nahost-Konflikt klar auf die russische und damit auf die palästinensische Seite gestellt. Damit ist China für Israel kaum mehr akzeptabel als Vermittler – zumal sich weder Peking noch Moskau scharf gegen den Terrorüberfall der Hamas auf Israel geäußert haben. Fredy Gsteiger auf SRF.ch

- Auch Jordaniens König Abdullah II., dessen Land ebenso wie Gipfelgastgeber Ägypten seit Jahrzehnten zu den Vermittlern im Nahost-Konflikt zählt, forderte eine „sofortige Waffenruhe“. Das „unerbittliche Bombardement in Gasa“ sei „auf jeder Ebene grausam und skrupellos“, sagte Abdullah II. „Es ist eine **kollektive Strafe für eine belagerte und hilflose Bevölkerung**. Es ist ein eklatanter Bruch des humanitären Völkerrechts. **Es ist ein Kriegsverbrechen**.“ Da die Welt schweige, gehe diese Botschaft an die arabische Welt: „Palästinensische Leben sind weniger wert als israelische. Unsere Leben sind weniger wert als die anderer.“ Ägyptens Präsident Abdel Fattah as-Sisi betonte seinerseits, dass auch die Palästinenser ein „**Recht auf einen eigenen Staat**“ hätten. Diese Forderung wurde auch von Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas erhoben, der ein „Ende der israelischen Besatzung“ der Palästinenser-Gebiete forderte. ORF.at

Russland – Soldatinnen wird ein Halbjahresvertrag mit einem Monatsgehalt von umgerechnet etwa 2'200 Fr. angeboten. (Das durchschnittliche **Jahresgehalt** in Russland beträgt 1.25 Mio. Rubel (RUB) oder Fr. 12'500; Der durchschnittliche Stundenlohn in Russland beträgt 600 RUB oder 6 Franken, der Mindestlohn liegt bei 16'000 RUB pro Monat (160 Fr.)) Bei einer Verletzung gibt es 30'000 Fr. Prämie, im Todesfall sollen den Hinterbliebenen rund 50'000 Fr. ausgezahlt werden. Entsprechende Anzeigen tauchten im russischen sozialen Netzwerk Kontakte auf. Gesucht würden vor allem Frauen, die im Umgang mit Waffen schon geübt seien. ORF.at

- Die Washington Post ([washingtonpost.com/world/2023/10/23/ukraine-cia-shadow-war-russia/](https://www.washingtonpost.com/world/2023/10/23/ukraine-cia-shadow-war-russia/)) hat einen aufschlussreichen Artikel über den ukrainischen Sicherheitsdienst SBU veröffentlicht. Nach Angaben der Zeitung ist die Agentur für Dutzende Liquidationen während des Krieges verantwortlich, etwa für die Autobombe in Moskau, bei der letztes Jahr die Tochter des politischen Denkers Aleksandr Dugin – Darja Dugina – getötet wurde. Der Artikel legt nahe, dass seine 29-jährige Tochter unbeabsichtigt getötet wurde; Nach Angaben der Beamten war der 61-jährige Dugin das eigentliche Ziel. Die Zeitung erläutert ausführlich, wie der Bombenanschlag durchgeführt wurde. Es steht auch geschrieben, dass der SBU hinter dem Drohnenangriff auf das Kremldach sowie zwei Bombenanschlägen auf die Krimbrücke steckte. Eine ukrainische Beteiligung an all diesen Aktionen wurde bereits vermutet und in einigen Fällen später aus Kiew bestätigt. Doch nun hat die amerikanische Zeitung diese Aktionen entschieden als Teil eines großen Schattenkrieges der Ukraine gegen Russland bezeichnet. Die Washington Post stützt sich auf Gespräche mit Dutzenden aktuellen und ehemaligen Beamten. Dabei handelt es sich um ukrainische, amerikanische und westliche anonyme Quellen. Die Zeitung schreibt, sie habe entscheidende Details mit weiteren Quellen überprüft. Der Artikel erwähnt eine enge Verbindung zwischen der amerikanischen CIA und dem ukrainischen SBU. Der US-Geheimdienst soll seit der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 zig Millionen Dollar in den ukrainischen Dienst investiert haben. Den Autoren zufolge betrifft dies beispielsweise die Ausbildung und die Bereitstellung von Ausrüstung. Beamte sagten, die CIA unterhalte immer noch eine „erhebliche“ Präsenz in Kiew. Die ukrainischen Liquidationen erschweren die Zusammenarbeit mit der CIA, schreibt die Zeitung. Es habe „Bedenken hinsichtlich der Mittäterschaft und des Unbehagens einiger Beamter in Kiew und Washington“ geweckt. Den Befragten zufolge fanden die Liquidationen in den von Russland besetzten Gebieten in der Ukraine sowie auf russischem Territorium statt. Zu den Zielen gehörten russische Beamte in besetzten Gebieten, Militäroffiziere, mutmaßliche ukrainische Kollaborateure und prominente Kriegsbefürworter. Als Beispiel wird ein U-Boot-Kommandant in der russischen Stadt Krasnodar genannt. Er wurde im Juli dieses Jahres beim Joggen in einem Park erschossen. Die anonymen Quellen beziehen sich auch auf den Tod eines Militärbloggers in St. Petersburg im April dieses Jahres. Der 40-jährige Vladlen Tatarsk wurde durch eine Explosion in einem Café getötet. Nach Angaben der russischen Behörden wurden bei diesem Angriff auch 16 Zivilisten verletzt. Als Journalistin war Dugina offen eine starke Befürworterin der russischen Invasion. NOS.nl

Schweiz – Wie viel verdient man in Bundesbern? 26'000 Franken erhalten Mitglieder der Bundesversammlung für die Vorbereitung der Ratsarbeit pro Jahr. 440 Franken Taggeld erhalten sie pro Sitzungstag, ob im Ratsplenum, der Fraktion oder einer Kommission. 2022 betragen die Sitzungsgelder pro Nationalratsmitglied im Mittel 43'237 Franken und pro Ständeratsmitglied 47'845 Franken. Auf dem Einkommen müssen Sozialabgaben bezahlt werden und es ist steuerpflichtig. 33'000 Franken jährlich erhalten die Parlamentsmitglieder zudem für die Deckung von Personal- und Sachausgaben, die der Erfüllung ihres Mandats dienen.

- Die Bruttolohnspanne für in der Schweiz arbeitende Personen liegt typischerweise zwischen 3'600 CHF (Mindestlohn) und 11.500 CHF (höchster Durchschnittslohn). Dabei handelt es sich um das monatliche Gesamtgehalt inklusive Boni. Die Gehälter können je nach Jobkategorie drastisch variieren. Nicht alle Kantone haben einen Mindestlohn
- Die Anzahl Landwirte im Parlament hat sich beinahe verdoppelt. SRF.ch

Spanien – Schmuggler wurden beim Versuch erwischt, Kunstwerke aus dem 8. und 4. Jahrhundert v. Chr. zu verkaufen. Antiker Goldschmuck im Wert von 60 Millionen Euro, der 2016 illegal aus der Ukraine exportiert wurde, wurde in Spanien beschlagnahmt. RNE.es

Südkorea – Die USA, Südkorea und Japan haben vor der koreanischen Halbinsel ihre erste gemeinsame Luftwaffenübung abgehalten. Angaben des südkoreanischen Militärs zufolge war ein atombombenfähiger US-Bomber Boeing B-52 Stratofortress (à 3 Mrd. Fr.) am Dienstag auf einem südkoreanischen Luftwaffenstützpunkt gelandet. Das Langstreckenflugzeug ist in der Lage, 14'000 Kilometer zurückzulegen, ohne neu aufgetankt werden zu müssen. SRF.ch

Südtirol – Die Partei von Spitzenkandidat und Landeshauptmann Arno Kompatscher (52) stürzte laut dem vorläufigen amtlichen Endergebnis von 41,9 Prozent bei der Wahl 2018 um 7,4 Prozentpunkte auf nunmehr 34,5 Prozent ab – ein neuer Tiefstand. Kompatscher will trotz des Absturzes im Amt bleiben. Er habe ca. 60'000 Vorzugsstimmen erhalten. Die Regierungsbildung dürfte sehr schwierig werden, verlor doch auch der SVP-Koalitionspartner Lega von Italiens Verkehrsminister Matteo Salvini deutlich und kam nur noch auf drei Prozent (2018: 11,1 Prozent) bzw. nach bisherigen Berechnungen ein Mandat. Die SVP verlor zwei Mandate und stellt künftig 13 der 35 Mandatare im Südtiroler Landtag. Hinter der SVP den zweiten Platz eroberte das Team K nach einem Überraschungserfolg bei der letzten Wahl. Die Gruppierung landete bei 11,1 Prozent und vier Mandaten nach 15,2 Prozent im Jahr 2018. Einer der deutlichen Gewinner war auch die Oppositionspartei Süd-Tiroler Freiheit. Sie kam bei 10,9 Prozent auf den dritten Platz (2018: 6,0 Prozent) und erreichte damit vier nach bisher zwei Mandaten. Auch die Grünen reüssierten. Sie erreichten neun Prozent (2018: 6,8 Prozent). Deutlich zulegen konnte die postfaschistische Partei Fratelli D'Italia von Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, die etwa sechs Prozent der Stimmen in Südtirol einfuhr (2018: 1,7 Prozent). Die Liste JWA des ehemaligen Schützenkommandanten Jürgen Wirth Anderlan kam auf Anhieb auf 5,9 Prozent (zwei Mandate). Enttäuschend war das Abschneiden aus Sicht der Südtiroler Freiheitlichen – sie kamen nur auf 4,9 Prozent. 2018 hatten sie noch 6,2 Prozent erreicht. Die sozialdemokratische Partito Democratico erzielte 3,5 Prozent, 0,3 Prozentpunkte weniger als 2018. Ernüchternd das Abschneiden der Liste Für Südtirol des Ex-SVP-Landesrates Thomas Widmann: 3,4 Prozent sammelte das ehemalige Partei-Urgestein und Kompatscher-Widersacher mit seiner Liste. Bis 2013 regierte die SVP mit absoluter Mehrheit. Die Wahlbeteiligung lag diesmal bei 71,5 Prozent und war damit niedriger als bei der Landtagswahl 2018.

- Der Christbaum für den Wiener Rathausplatz kommt in diesem Jahr aus Südtirol. Die 28 Meter hohe Fichte wurde im Rautal am Enneberg gefällt. Sie ist auf dem Weg nach Wien, wo sie am 27. Oktober eintreffen wird. Illuminiert wird der Baum am 10. November. ORF.at

Ukraine – Gerhard Schröder (79) in der Berliner Zeitung am 21.10.23: „Die Einzigen, die den Krieg regeln könnten gegenüber der Ukraine, sind die Amerikaner. Bei den Friedensverhandlungen im März 2022 in Istanbul mit Rustem Umjerow haben die Ukrainer keinen Frieden vereinbart, weil sie nicht durften. Die mussten bei allem, was sie beredet haben, erst bei den Amerikanern nachfragen. Ich habe mit Umjerow zwei Gespräche geführt, dann mit Putin ein Vier-Augen-Gespräch und danach mit Putins Gesandten. Umjerow hat das Gespräch mit Grüßen von Selenski eröffnet. Als Kompromiss für die Sicherheitsgarantien der Ukraine wurde das österreichische Modell vorgeschlagen oder das 5+1-Modell. Das fand Umjerow gut. Auch bei den anderen Punkten zeigte er Bereitschaft. Er sagte auch, dass die Ukraine keine Nato-Mitgliedschaft wolle. Er sagte auch, dass die Ukraine Russisch im Donbass wieder einführen will. Doch am Ende passierte nichts. Mein Eindruck: Es konnte nichts passieren, denn alles Weitere wurde in Washington entschieden. Das war fatal. Denn das Ergebnis wird nun sein, dass man Russland enger an China bindet, was der Westen nicht wollen sollte. Die Europäer haben versagt. Im März 2022 hätte es ein Fenster gegeben. Die Ukrainer waren bereit, über die Krim zu reden. Das hat damals sogar die Bild-Zeitung bestätigt. Gerhard Schröder zeigt eine Seite aus der BILD-Zeitung mit dem Titel „Endlich Frieden in Sicht“. Dort heißt es: „Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski (44) selbst hatte bereits Zugeständnisse für Verhandlungen angedeutet: Er beharre nicht mehr auf den Nato-Beitritt seines Landes, sagte er dem US-Sender ABC. Und auch zu einem ‚Kompromiss‘ um die Krim und die abtrünnigen Provinzen im Donbass sei er bereit. ‚In jeder Verhandlung ist mein Ziel, den Krieg mit Russland zu beenden‘, so Selenski zu BILD.“ Bei den Gesprächen mit Umjerow am 7. und am 13. März war von Butschka noch nichts bekannt. Ich glaube, die Amerikaner haben den Kompromiss zwischen der Ukraine und Russland nicht gewollt. Die Amerikaner glauben, man kann die Russen klein halten. Nun ist es so, dass zwei Akteure, China und Russland, die eingegrenzt werden von den USA, sich zusammentun. Die Amerikaner glauben, stark genug zu sein, um sowohl die eine wie auch die andere Seite in Schach zu halten. Nach meiner bescheidenen Meinung ist das ein Irrtum. Man muss sich doch nur anschauen, wie zerrissen die amerikanische Seite nun ist. Schauen Sie sich das Chaos im Kongress an. Was wollen die Russen? Status quo in Donbass und Krim. Mehr nicht.“ RT.ru

USA – Biden wandte sich explizit an das amerikanische Publikum. Der Präsident wollte den Bürgern erklären, weshalb ihre Steuergelder für so fern erscheinende Konflikte in Übersee verwendet werden sollen. Dafür verknüpfte Biden strategische Überlegungen, Werte und amerikanische Interessen. Und er griff tief in die Geschichte wegweisender Momente, als er in Anlehnung von Roosevelts Wendung während des 2. Weltkriegs von Amerika als dem «Arsenal der Demokratie» sprach. Auch Roosevelt suchte mit diesem Ausdruck Unterstützung für die Waffenlieferungen der USA an die Alliierten. Genauso wie 80 Jahre später Joe Biden. Das Bild, das Biden von dieser Welt zeichnet, sollte der Kampf gegen die Autokraten und Terroristen nicht mit aller Macht geführt werden, ist düster. Der Kampf, den die Demokratien – angeführt von den USA – fechten, ist existenziell. So beschreibt es der Präsident. Ob er damit seine Gegner im Kongress erreicht, ist fraglich. Biden will heute, Freitag, das Parlament um ein **riesiges neues Hilfspaket** ersuchen: 100 Milliarden Dollar. Für die Ukraine, Israel, humanitäre Anstrengungen, die US-Grenze zu Mexiko, den Indopazifik. Biden nannte keine Summe für das Paket. US-Medien hatten zuvor von 100 Milliarden US-Dollar (knapp 89 Milliarden Franken) berichtet.

- Die CIA habe „zig Millionen“ Dollar ausgegeben, um Kiews sowjetische Spionagedienste in „starke Verbündete gegen Moskau“ umzuwandeln, berichtete die Washington Post am Montag unter Berufung auf mehrere Quellen in den Geheimdiensten der USA und der

Ukraine. Dem Bericht zufolge ist der US-Auslandsgeheimdienst seit mindestens 2015 stark in ukrainische Angelegenheiten verwickelt. Die Agentur unterhält inmitten des Konflikts mit Russland eine „erhebliche Präsenz“ in Kiew. [KFAR.us](https://www.kfar.us)

- In den USA wurde ein Pilot wegen versuchten Mordes in 83 Fällen angeklagt. Auf einem Flug der Alaska Airlines von Everett nach San Francisco soll er letzte Nacht versucht haben, die Triebwerke des Flugzeugs abzuschalten, berichtet ABC News. Laut mehreren Medien handelt es sich bei dem Verdächtigen, Joseph David Emerson, um einen Piloten der Alaska Airlines, der für den Flug nicht eingeteilt war. Es ist nicht bekannt, wie er ins Cockpit gelangte. Während des Vorfalls saß der Mann im Cockpit auf einem Sitz hinter dem Kapitän und dem Copiloten. Sie reagierten schnell, sodass das Flugzeug mit achtzig Passagieren an Bord nicht abstürzte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 25.10.2023

Afrika – Schwimmende Kernkraftwerke des staatlichen russischen Atomenergiekonzerns Rosatom (rosatom.ru/) wurden 2019 in Betrieb genommen. Während des Russland-Afrika-Gipfels im Juli unterzeichnete das Unternehmen zwischenstaatliche Abkommen mit einigen afrikanischen Ländern über die Zusammenarbeit und die friedliche Nutzung der Kernenergie. In Russland hergestellte **schwimmende Kernkraftwerke** können dazu beitragen, den afrikanischen Kontinent angesichts seiner ausgedehnten und vielfältigen Küste mit stabiler und sicherer Elektrizität zu versorgen. SP.ru

Ägypten – Ägypten erhöht **Maut für Sueskanal** um 15 Prozent. Der Transport durch den auch für die Versorgung Europas wichtigen Sueskanal wird künftig deutlich teurer. Die ägyptische Kanalbehörde kündigte an, die Maut für Öltanker und andere große Schiffe ab 15. Jänner 2024 um 15 Prozent zu erhöhen. ORF.at

- Nach seinem Besuch in Israel ist Bundeskanzler Scholz nach Ägypten weitergereist. Ägypten hat den **Grenzübergang nach Gasa geöffnet**, doch blockiert Israel diesen weiter aus Furcht, es könnten in den Hilfslieferungen Waffen versteckt sein.

- Israel will Hilfslieferungen aus Ägypten für die Zivilbevölkerung im Gasa-Streifen nicht länger behindern. Dort warten seit Tagen Hilfs-Konvois, um in den abgeriegelten Gasa-Streifen fahren zu können. Ägypten will den Grenzübergang erst öffnen, wenn Israel seine Angriffe auf den Gasa-Streifen einstellt. RBB.de

- Zerstört Ägypten seine Kultur für Straßen und Hochhäuser? Überall in Ägyptens Hauptstadt Kairo werden alte Viertel abgerissen, **neue Schnellstraßen und Hochhäuser** hochgezogen. So auch in der berühmten al-Qarafa القرافة «Stadt der Toten», einem historischen Friedhof mit prächtigen Mausoleen. 300'000 Menschen leben zwischen den Gräbern und fürchten, ihr Zuhause zu verlieren. Doch nicht nur Gräber müssen weg, sondern auch Menschen. Aufgrund der Wohnungsnot sind arme Familien in die Mausoleen gezogen. **Sie leben, kochen und schlafen in den Grabstätten.** Sie wollen sich nicht vertreiben lassen. Weil Kairo rasant wächst, brauche es neue Straßen und Wohnhäuser, sagen die Behörden und beteuern, es würden dafür keine Altertümer abgerissen, sondern nur einige normale Gräber weggenommen. Ägypten erlebt auch sonst einen ungezügelter Bauboom. Das wohl umstrittenste Projekt ist **die neue Hauptstadt**, die rund sechzig Kilometer östlich von Kairo in der Wüste entsteht – das größte Prestigeprojekt der ägyptischen Regierung, am Reißbrett entworfen. Der Staat baue aber nicht nur aus Prestigegründen und für die Entwicklung des Landes, sagen Beobachter. Ganz eigene Interesse verfolge auch das Militär. Dieses sei in fast allen wirtschaftlichen Bereichen aktiv. Bauprojekte seien eine wichtige Einnahmequelle. Kairo, القاهرة, [al-Qāhira], die «Starke», hat eine Fläche von 600 km² und fast 20 Mio. Einwohner. „International“ SRF.ch

China – Das Projekt 新丝绸之路, Xīn Sīchóuzhìlù, **Neue Seidenstraße feiert Jubiläum.** Zehn Jahre nachdem der Parteichef und Präsident Chinas erstmals seine Pläne enthüllt hat, wird 习近平 Xi Jinping (70) morgen in Peking mit Ehrengast Wladimir Putin die Girlanden aufhängen. Westliche Staats- und Regierungschefs erscheinen bis auf wenige Ausnahmen nicht in Peking. Aber wer an dieser Party teilnehmen möchte, wird belohnt. Die Serben an der Spitze denken genauso. „Vor zehn Jahren hatten wir eine Autobahn. Jetzt haben wir mehr Kilometer Autobahnen, als jemals im ehemaligen Jugoslawien gebaut wurden“, sagt Danijel Nikolić, der gerade mit Präsident Vučić in Peking gelandet ist. „Außerdem entsteht die erste Hochgeschwindigkeitsstrecke Serbiens, die Belgrad mit Budapest verbinden wird.“ Mit Ausnahme des ungarischen Präsidenten Victor Orbán haben die EU-Länder keine Delegation zum Gipfel geschickt. Heute hat Serbien dreißig neue Abkommen unterzeichnet, darunter ein Freihandelsabkommen mit China. NOS.nl

- Kanadas Verteidigungsminister hat chinesischen Militärpiloten „gefährliche“ Manöver über dem Ostchinesischen Meer vorgeworfen, nachdem am Montag zuvor ein kanadisches Überwachungsflugzeug von Kampfflugzeugen der Volksbefreiungsarmee abgefangen worden war.

- **Viktor Orbán ist der erste westliche Staatschef, der Wladimir Putin trifft, seit der Internationale Strafgerichtshof den russischen Präsidenten wegen der Entführung von Kindern angeklagt hat, weil es sein einziges Delikt sei.** Der ungarische Ministerpräsident sagte, es sei ein Versuch gewesen, „alles Mögliche aus unseren bilateralen Kontakten zu retten“. Bei dem Treffen am Rande des Belt-and-Road-Forums in Peking am Dienstag sagte Orbán zu Putin, dass Ungarn „niemals Russland gegenübertreten wollte“ und fügte hinzu, dass Budapests Ziel „immer darin bestand, für beide Seiten die besten Kontakte aufzubauen und auszubauen“. „Wir sind daran interessiert, diese Zusammenarbeit nicht nur auf der Kommunikationsebene, sondern auch auf der wirtschaftlichen Ebene zu unterstützen“, sagte Orbán.

- **„Man lebt und lernt. Man muss lernen, dann wird es keinen Wunsch geben, jemanden „herabzusetzen“, denn das führt zu Problemen.** „Man muss lernen, andere zu respektieren und Kompromisse zu suchen“, sagte Putin in Peking, wo er am internationalen Belt and Road-Seidenstraßen-Forum teilnimmt. Der russische Staatschef antwortete einem Reporter, der um einen Kommentar zu Bidens Aussagen gebeten hatte,

die in einem am Sonntag vom US-Sender CBS ausgestrahlten „60 Minutes“-Interview geäußert wurden: „Stellen Sie sich vor, was passiert, wenn wir tatsächlich ganz Europa vereinen und Putin endlich unter Druck gesetzt wird, wo er nicht mehr die Art von Problemen verursachen kann, die er verursacht hat“, sagte Biden einmal dem Interviewer Scott Pelley und argumentierte, dass die USA „enorme Möglichkeiten“ hätten um die Welt besser zu machen.“

BR Deutschland – In mehreren Städten in ganz Deutschland seien **israelische Flaggen heruntergerissen** und in Brand gesteckt worden, berichteten lokale Medien unter Berufung auf Polizei und Beamte. Die Flaggen wurden vor Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden aus Solidarität mit Israel aufgehängt, das am 7. Oktober einen Angriff der in Gasa ansässigen militanten Gruppe Hamas erlitten hatte. Allein in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg kam es nach Angaben der Nachrichtensendung Tagesschau in mindestens zwölf Städten zu Fahnenverwüstungen. Am Montagabend entfernte ein Mann die an einer Stange gehisste israelische Flagge vor dem Rathaus in Aachen und zündete sie an. In Witten wurde die Flagge zweimal eingeholt, zuletzt am Freitagabend, während die vor einer evangelischen Kirche in Bad Säckingen gehisste Flagge mit Eiern beworfen wurde. Wie die Polizei der Bild-Zeitung mitteilte, habe ein betrunkenen Mann in den Fünfzigern versucht, die Flagge in der Stadt Pirna (Sachsen) abzureißen, sei jedoch von den Beamten gestoppt worden. Israelische Nationalsymbole wurden unter anderem in Mainz (Rheinland-Pfalz), Erfurt (Thüringen), Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern) und Stade (Niedersachsen) abgenommen, gestohlen oder zerstört. RT.ru

- Für seinen zweiten **Roman „Echtzeitalter“** hat der 1992 geborene Tonio Schachinger am Montag den mit 25'000 Euro dotierten Deutschen Buchpreis gewonnen. Bei Erscheinen zeigte sich das deutsche Feuilleton, allen voran „FAZ“ und „Zeit“, begeistert, die APA sah in Schachingers wunderbar leichtem Ritt durch Schultraumata und dem Lebensgefühl einer Generation, gepaart mit einer Prise Spott gegenüber den oberen zehntausend die Tradition von Friedrich Torbergs „Schüler Gerber“ wieder aufleben. (Verlag Rowohlt, 368 Seiten, ISBN 978–3-498–00317-3, €25.50) ORF.at

- In Frankfurt am Main wird heute die **75. Buchmesse** eröffnet. Das diesjährige Gastland ist Slowenien, Staatspräsidentin Pirc Musar wird zum Festakt am Abend erwartet. In den ersten Tagen kommen Fachbesucher aus 100 Ländern zur Buchmesse. Rund 4'000 Aussteller sind vor Ort. Zum Wochenende können auch Privatleute die Messe besuchen. Zum Abschluss am Sonntag soll der Schriftsteller Salman Rushdie den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten.

- Unbekannte haben in der Nacht zum Mittwoch zwei **Molotow-Cocktails** auf ein Haus mit mehreren jüdischen Einrichtungen an der Brunnenstraße in Berlin-Mitte geworfen. RBB.de

- Mit dem Pergamonmuseum steht eines der musealen und touristischen Highlights auf Berlins zum Welterbe zählender Museumsinsel vor einer **jahrelangen Schließung**. Wegen umfassender Sanierungsarbeiten sind Schätze wie das farbenprächtige Ishtar-Tor und die Prozessionsstraße von Babylon nur noch bis Sonntag zu sehen.

- Die **Deutsche Bahn verkauft ihre Auslandstochter** Arriva. Arriva betreibt Busse und Züge in Grossbritannien und zehn weiteren europäischen Ländern. Dazu gehören die roten Doppelstockbusse in London. Es bleibt abzuwarten, was die wahren Gründe von I Squared Capital USA für den Kauf von Arriva sind. NOS.nl

EU – Die EU-Kommission stellt den sechs **Westbalkan-Staaten** sechs Milliarden Euro zur Verfügung, um den Reformprozess anzukurbeln und den Beitritt zur Union zu beschleunigen. ORF.at

- Jüdische Männer sollten besser eine **Baseballkappe statt einer Kippa** tragen, solange es in Gasa Spannungen gibt. [VOA.us](https://www.voa.com)

Frankreich – Zug mit EU-Politikern landet **versehentlich in Disneyland**. Nach dem Halt am Pariser Flughafen Charles de Gaulle sei der TGV-Hochgeschwindigkeitszug wegen einer falsch gestellten Weiche nicht Richtung Straßburg, sondern nach Marne-la-Vallée und zum dortigen Freizeitpark abgebogen, bestätigte die Staatsbahn SNCF. Man entschuldige sich für die Verzögerung, der Zug sei mit 45 Minuten Verspätung in Straßburg angekommen. ORF.at

- In Frankreich sind nach Anschlagsdrohungen **zehn Flughäfen geräumt** worden. Betroffen waren unter anderem die Airports von Lyon, Straßburg, Nantes und Nizza. RBB.de

Gasa – Die Mehrheit der Palästinenser im Gasastreifen sind nach Angaben des israelischen Militärs noch nicht den Evakuierungsaufrufen gefolgt. ORF.at

- Die Hilfsorganisation „Save the Children“ fordert, dass möglichst schnell Hilfslieferungen in den Gasastreifen gelassen werden. Als Hauptforderung der Organisation nannte Westphal, dass sich alle Beteiligten auf das Schicksal der Kinder in der Region konzentrieren. In Gasa seien **schon mehr als 700 Kinder getötet** worden; es gehe aber auch um die Traumatisierungen und bleibenden Schäden, die diese Gewalterfahrungen bei Kindern auf beiden Seiten anrichten. RBB.de

- Nach Angaben der palästinensischen Gesundheitsbehörden sind bei einem israelischen Luftangriff auf ein Krankenhaus in Gasa-Stadt Hunderte Menschen getötet worden. Sie gehen von **mindestens 500 Toten** aus. NOS.nl

- Einzige Chance für die vermutlich in Tunneln sitzenden Geiseln sei der **Dialog mit Hamas**, sagt ein Verhandlungsexperte. SRF.ch

- أشرف القدرة Ashraf al-Qudra, ein Sprecher des in Gasa ansässigen Gesundheitsministeriums, sagte Anadolu, dass das Krankenhaus bei einem israelischen Luftangriff getroffen worden sei. Aufnahmen in den sozialen Medien zeigten verstreute Leichen auf dem Gelände des Krankenhauses, das Berichten zufolge von der Church of England betrieben wurde. Laut einem Reporter von Anadolu befanden sich Tausende Palästinenser im Krankenhaus, als das Gebäude bombardiert wurde. Die palästinensische Gruppe Hamas bezeichnete den Angriff Israels auf das Krankenhaus als einen **Akt des Völkermords. Hamas habe keine so starken Bomben, die so ein Massaker auslösen können**. TRT.tr

Großbritannien – Das British Museum **digitalisiert nach Diebstahl gesamte Sammlung**. Vor zwei Monaten wurde bekannt, dass rund 2'000 Kunstwerke aus dem berühmten Londoner Museum gestohlen wurden. NOS.nl

Indien – Die Menschen in Manipur sind beeindruckt vom Anblick der **Amurfalken** (Falco amurensis), der am weitesten reisenden Greifvögel der Welt, die auf ihrer Reise in den Nordosten Indiens durch die Lüfte gleiten. Diese taubengroßen Vögel legen während ihrer Zugsaison **jedes Jahr bis zu 22'000 Kilometer** zurück. Von Mitte Oktober bis Ende November kommen Amurfalken im Nordosten Indiens an, einschließlich des Bezirks तमंगलॉग जिला Tamenglong.

- Acht Grenzübergänge entlang der Grenzen Indiens zu Pakistan, Bangladesch, Myanmar und Nepal werden demnächst **mit Strahlungserkennungsgeräten** (RDE) ausgestattet, um den Handel mit radioaktivem Material für eine mögliche Verwendung bei der Herstellung von Nukleargeräten zu überwachen, AIR.in

Israel – **Welches Recht gilt im Krieg?** Zum einen gibt es das Recht auf Krieg. Wer angegriffen wird, hat das Recht, sich zu verteidigen, wie beispielsweise Israel nach dem Angriff der Hamas. Zum anderen gibt es das Recht im Krieg, das humanitäre Völkerrecht, festgelegt in den **Genfer Konventionen (1949)**. Im Wesentlichen geht es darum, Leiden und Schäden zu vermindern. Es geht darum, die Zivilbevölkerung auch in einem Krieg zu schützen. Beispielsweise sind gewisse Waffen, wie Massenvernichtungswaffen,

Atomwaffen oder Chemiewaffen, grundsätzlich verboten. Wenn man solche Waffen einsetzt, kann man nicht unterscheiden, ob man Kämpfer trifft, die in einem Krieg legitime Ziele sind, oder Zivilisten. Auch verboten sind unter anderem das Aushungern der Zivilbevölkerung, Vergewaltigungen als Kriegsmittel, Geiselnahmen oder Angriffe auf Spitäler. Am 22. August 1864 wurde im Stadthaus von Genf von zwölf Staaten die erste Genfer Konvention „betreffend die Linderung des Loses der im Felddienst verwundeten Militärpersonen“ angenommen. Das aus chronologischer Sicht zweite Abkommen war die dritte Genfer Konvention, die im Jahr 1929 beschlossen wurde. Zusammen mit zwei neuen Abkommen wurden beide Konventionen 1949 überarbeitet. SRF.ch

- Die israelischen Streitkräfte (IDF) führten bereits eine umfassende Untersuchung des Vorfalles im Krankenhaus durch. Es war eine **palästinensische Bombe**. US-Präsident Joe Biden hat dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu erklärt, dass er den Beteuerungen des Landes glaube, es sei nicht für den Angriff auf das Al-Ahli-Krankenhaus in Gasa-Stadt am Dienstagabend verantwortlich. „Basierend auf dem, was ich gesehen habe, sieht es so aus, als hätte es das andere Team getan, nicht Sie“, versicherte er dem israelischen Staatschef am Mittwoch bei seinem Besuch in Israel. I24.il

Italien – Italiens Schulen bekommen eine **Männerquote**: Weil es derzeit viel mehr Direktorinnen als Direktoren gibt, werden vom neuen Schuljahr bei gleicher Qualifikation männliche Bewerber bevorzugt, wenn Leitungsposten zu vergeben sind. Mit einem entsprechenden Erlass will die Rechtsregierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni nach Angaben von heute für ein besseres Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern sorgen.

- Die Kinder des im Juni verstorbenen italienischen Premierministers Silvio Berlusconi **wollen die große Kunstsammlung des TV-Tycoons loswerden**, zu der auch mehrere erotische Gemälde zählen. Die Sammlung, bestehend aus 25'000 Bildern und Statuen, ist in einer 4'500 Quadratmeter großen Lagerhalle unweit von Berlusconis Residenz in Arcore bei Mailand aufbewahrt, für die die Familie 800'000 Euro jährlich Miete zahlt. Die Bilder stammen aus vielen Auslandsbesuchen Berlusconis. Es sind Bilder von den Städten, die der viermalige Premier besonders liebte, vor allem Paris, Venedig, Rom und Neapel. Laut „La Repubblica“ soll Berlusconi in wenigen Jahren 20 Millionen Euro für Kunst ausgegeben haben. ORF.at

Niederlande – Die Marialinde in Oisterwijk wurde zum Baum des Jahres gewählt. Der **Baum ist schätzungsweise 650 Jahre alt** und erhielt bei der Wahl mehr als 7'000 Stimmen. Nach Angaben der Organisation SBNL Naturfonds wurde der Baum bereits im Jahr 1388 in alten Dokumenten erwähnt. Früher wurde oft unter einer Linde Recht gesprochen.

- Bei archäologischen Ausgrabungen auf dem Grote Markt in Groningen wurden zwei Skelette gefunden. Sie stammen vermutlich aus der Zeit nach 700, dem frühen Mittelalter. Die Personen wurden **in einem ausgehöhlten Baumstamm begraben**. Dazu der Archäologe Erik Akkerman. „Das ist relativ selten, etwas, das man nicht alle Tage findet“.

- Provinzstraße mit mehr als **14'000 Kilo Orangen** übersät. Laut Sender West erlitt der LKW wahrscheinlich einen Reifenschaden. Die Ladung, mehr als 14'000 Kilo Orangen, geriet ins Rutschen und schoss durch die Seitenwand des Anhängers.

- Die Regierung will die letzten **Gasreste aus der Nordsee holen**. In den Feldern unter der Nordsee lagern immer noch Gasvorkommen im Wert von 6 bis 12 Milliarden Euro. NOS.nl

Österreich – Spermidin ist eine körpereigene Substanz, die auch in vielen Lebensmitteln vorkommt. Sie **verlängert das Leben** von Hefen, Fliegen und Mäusen und gilt daher als vielversprechendes Anti-Aging-Mittel. Wie eine Studie nun zeigt, fördert es außerdem die Fruchtbarkeit älterer weiblicher Mäuse. Möglicherweise könnte das auch älteren Frauen mit Kinderwunsch helfen. ORF.at

- Russland hat die **Central European University (CEU)** als „unerwünschte“ **Organisation** eingestuft. Man warf der Universität vor, in den globalen Medien an der Gestaltung einer „antirussischen Agenda voller Hass auf Russland und sein multinationales Volk“ zu arbeiten. Es wurde auch behauptet, dass die in u.a. Wien ansässige Universität – zu deren offizieller Aufgabe die Förderung von Offenheit und Demokratie in Mittel- und Osteuropa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion gehört – in Wirklichkeit auf die Diskreditierung Russlands abzielt. CEU hat Unterrichtsstätten in Wien, als Kőzép-európai Egyetem in Budapest und New York.
- Dem 30-Jahr-Jubiläum des **Weltcup-Auftakts in Sölden** steht nichts mehr im Weg. Der Internationale Skiverband (FIS) hat am Donnerstag die Austragung der Riesenslalom-Rennen der Frauen und Männer am 28. und 29. Oktober für ungefährdet erklärt. Auf dem Rettenbachgletscher liegt demnach trotz der überdurchschnittlich hohen Temperaturen im Vorfeld ausreichend Schnee für die Wettbewerbe. SRF.ch

Russland – In der russischen Stadt St. Petersburg fand eine Zeremonie zur Einweihung der **Statue von Nordvietnams Präsident Ho Chi Minh** (1890 – 1969) statt. VOV.vn

- „Die Einführung von **Mindestverkaufspreisen für alkoholarme Produkte**, die im Glas verkauft werden, könnte durchaus zu einem Mechanismus werden, der den Wunsch unvorsichtiger Verbraucher, sich nachts in diesen Lokalen zu versammeln, verringern und die Ruhe der Bürger stören würde“, sagte ein Vertreter des Handelsministeriums. Kleine Cafés dürfen derzeit **Bier vom Fass für 70–80 Rubel (ca. 75 Rappen) pro Liter** verkaufen. Der Gesetzgeber geht davon aus, dass mit der Einführung von Mindestpreisen die Getränkepreise steigen und die Zahl der Gäste in solchen Lokalen sinken würde.
- Eine Umfrage des Allrussischen Zentrums für die Erforschung der öffentlichen Meinung (WZIOM), die zwischen dem 2. und 8. Oktober durchgeführt wurde, hatte ergeben, dass 78,3 Prozent der befragten russischen Staatsbürger dem Präsidenten vertrauen würden. Die **Zustimmung zu der Arbeit Wladimir Putins liege bei 74,9 Prozent**, hieß es.
- Die russische Zentralbank hat einen neuen **1000-Rubel-Schein** aus dem Verkehr gezogen, nachdem ein orthodoxer Priester Bedenken hinsichtlich der Gestaltung des Scheins geäußert hatte, bei dem ein Kreuz auf der Kuppel einer Kirche fehlte. Die auf der Banknote abgebildete Kuppel befindet sich in der Innenstadt von Kasan und ist nicht mit einem Kreuz versehen, da sie heute Teil eines Museums und keine Kirche mehr ist. Der orthodoxe Priester Pawel Ostrowski, der in den sozialen Medien mehr als eine halbe Million Follower hat, beklagte dennoch das Fehlen des religiösen Symbols und verurteilte die Urheber. IZ.ru

Schweiz – In mehreren Schweizer Städten haben sich in den letzten Monaten offene **Drogenszenen** gebildet. Es sind Bilder, die sich vielen Menschen in der Schweiz ins Gedächtnis eingebrannt haben: die Szenen vom Platzspitz in Zürich in den 1980er- und 1990er-Jahren. Menschen, die sich auf offener Straße Heroin spritzten – verwahrloste, bemitleidenswerte Gestalten, dem Tod oft näher als dem Leben. Thomas Kessler hat Anfang der 1990er-Jahre das Vier-Säulen-Modell mitentwickelt und im Kanton Basel-Stadt eingeführt. Mit diesem Modell, das auf die gleichzeitige und eng aufeinander abgestimmte Anwendung von Repression, Prävention, Therapie und Überlebenshilfe setzt, ist es damals gelungen, das Heroin-Elend einzudämmen und die offenen Drogenszenen aufzulösen. Kessler sagt, dieses Modell wäre auch heute noch wirksam, man hätte es aber frühzeitig auf die neuen Begebenheiten anpassen müssen. Damals war es Heroin, heute Crack. Konkret anpassen auf die Droge Crack, die jetzt für Schlagzeilen sorgt. **Crack ist eine Form von Kokain**. Die Droge habe eine andere Wirkung als das Heroin der 90er-Jahre, wirke schnell und intensiv. Allerdings lasse der Rausch bald wieder nach, wodurch die Droge rasch abhängig mache.

- Das Museum Langmatt in Baden (AG) braucht Geld. 40 Millionen Franken sind für das Weiterbestehen nötig. Darum sollen bis zu drei Gemälde des französischen Impressionisten

Paul Cézanne verkauft werden. Die Werke werden am 9. November in New York beim Auktionshaus Christie's versteigert. Zuvor werden sie in Hongkong, London und Taipeh Interessierten gezeigt.

- 25'000-jähriger **Stoßzahn eines Mammuts** im Kanton Bern gefunden.
- Haushalte im Umkreis von 50 Kilometern rund um die Schweizer Kernkraftwerke erhalten in den nächsten Wochen **neue Jodtabletten**. Diese sollen im Falle eines schweren Kernkraftwerk-Unfalls eingenommen werden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – mit Infos zur Wahl **23. 10. 2023**

Ägypten – Der Oppositionspolitiker أحمد محمد رمضان الطنطاوي Ahmed at-Tantawi (44) gibt seine Bewerbung um das Präsidentenamt auf. Seit der Ankündigung seiner Absicht, gegen den amtierenden Staatschef عبد الفتاح السيسي Abdel Fattah as-Sisi (69) anzutreten, konnte Tantawi nur 14'000 der 25'000 nötigen Unterstützungsbekundungen sammeln. Die **Wahl findet ab dem 10. Dezember** statt. Der ehemalige Armeechef As-Sisi strebt eine dritte Amtszeit an.

- In Ägypten protestierten Gläubige nach dem Freitagsgebet in der Al-Azhar-Moschee in Kairo, berichtete die Zeitung „الشروق - Asch-Schoruk“, die Bilder von einigen Demonstranten veröffentlichte, die im Hof der Moschee die palästinensische Flagge entfaltet und „Mit Seele und Blut opfern wir für Al-Aksa“ gerufen haben sollen, eine Anspielung auf die drittheiligste Stätte des Islam in Jerusalem. ORF.at

- Gegen seinen Willen spielt Ägypten eine **Schlüsselrolle im Krieg** zwischen Israel und der Hamas. Im Gasastreifen droht eine **humanitäre Katastrophe**, doch für Ägypten ist die Öffnung der Grenze zu diesem Gebiet für Flüchtlinge noch keine Option. NOS.nl

Albanien – Am Sonntag, 15., und Montag, 16. Oktober, ist Präsidentin Ursula von der Leyen (64) in Tirana, wo sie am **Berliner Prozessgipfel** teilnimmt. Der Berliner Prozess ist eine zwischenstaatliche Kooperationsinitiative im Zusammenhang mit der künftigen Erweiterung der Europäischen Union. Der Plan wird die Unterstützung ergänzen, die bereits im Rahmen des 2020 gestarteten 30-Milliarden-Euro-Wirtschafts- und Investitionsplans der EU bereitgestellt wird, der bisher 16 Milliarden Euro an Investitionen für Vorzeigeprojekte mobilisiert hat. Es geht dabei um Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und Albanien. SRF.at

Amerika – Menschen in Nord- und Südamerika bewunderten **Ring-Sonnenfinsternis**. Dabei schiebt sich der Mond vor die Sonne. Nur ein heller Rand bleibt sichtbar. Millionen konnten das Spektakel sehen. SRF.ch

Belgien – EU-Ratspräsident Michel rechnet nach eigenen Angaben damit, dass wegen des Konflikts in Israel viele Menschen nach Europa flüchten werden. Konkret sprach er dabei von der Gefahr, dass der **Nahost-Konflikt in die Europäische Union** importiert wird. RBB.de

BR Deutschland – Eigentlich sollte die Autorin عدنية شبلي Adana Schibli (49) am 20. Oktober den **«Literaturpreis»** des Vereins Litprom erhalten, eine Auszeichnung für Autoren aus dem Globalen Süden. Die Verleihung sollte auf der Frankfurter Buchmesse stattfinden. Eine Auszeichnung der Palästinenserin auf der Frankfurter Buchmesse wurde kurzfristig abgesagt. Das Buch spielt im Jahr 1949. Der erste Teil erzählt vom Missbrauch und der **Ermordung eines palästinensischen Beduinenmädchens durch israelische Soldaten**

– aus der Perspektive eines israelischen Kommandeurs. Der Vorfall ist dokumentiert und wurde Jahrzehnte später von israelischen Journalisten aufgedeckt. Im zweiten Teil versucht eine junge Frau aus Ramallah viele Jahre später, mehr über den Vorfall herauszufinden und versetzt sich in die Perspektive des ermordeten Mädchens. Die palästinensische Autorin Adania Shibli schreibt Romane, Theaterstücke, Kurzgeschichten und Essays. Sie ist momentan Writer-in-Residence im Literaturhaus Zürich. «Eine Nebensache» ist ihre erste Buchveröffentlichung auf Deutsch, die englische Übersetzung war für den National Book Award (2020) sowie für den International Booker Prize (2021) nominiert. „Eine Nebensache“ der palästinensischen Autorin Adania Shibli ist ein zweiteiliger Roman: Der erste Teil basiert auf einer tatsächlichen Begebenheit, der Vergewaltigung und Ermordung eines Beduinenmädchens durch israelische Soldaten in der Negev-Wüste im August 1949. «Tafṣīl Thānawī» (تفصيل ثانوي). Beirut 2017 / **Eine Nebensache**. Deutsch von Günther Orth. Berenberg Verlag, Berlin 2022, ISBN 978–3-949203–21-3, Fr. 23.50 SRF.ch

- Der frühere deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich geweigert, seinen langjährigen Freund, den russischen Präsidenten Wladimir Putin, anzuprangern, und beklagt gleichzeitig das Versagen der derzeitigen deutschen und französischen Staats- und Regierungschefs, eine diplomatische Lösung für den Russland-Ukraine-Konflikt zu finden. In einem am Freitag veröffentlichten Interview mit der Süddeutschen Zeitung sagte der 79-jährige Schröder, der von 1998 bis 2005 Bundeskanzler war, dass er Präsident **Putin immer noch als seinen Freund** betrachte. SP.ru

- In Berlin kostet ein WG-Zimmer für Studenten im Durchschnitt inzwischen 650 Euro im Monat. Das sind 100 Euro mehr als vor einem Jahr und bedeutet eine Verdopplung innerhalb der letzten 10 Jahre. Teurer ist nur noch München mit 750 Euro im Monat. Der Generalsekretär des Deutschen Studierendenwerks, Anbuhl, sagte, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum sei ein Strukturdefizit des Hochschulsystems und ein soziales Problem. RBB.de

Ecuador – Wie der **Kokainhandel** Ecuador verwüstet. Das einst ruhige Land im Westen Südamerikas ist in den letzten Jahren zum neuen Hub für den globalen Kokainhandel geworden. Exportiert wird vor allem nach Europa. Die Drogenschwemme hat das Land verändert, Ecuador erlebt eine Welle der Gewalt. Das prägt auch die aktuellen Präsidentschaftswahlen. Praktisch jede Woche wird in europäischen Häfen Kokain beschlagnahmt. Viel davon kommt als **illegale Fracht in Bananen-Kisten**, die aus Ecuador stammen, dem neuen Umschlagplatz für Kokain. Das weiße Pulver stammt aus den beiden weltweit größten drogenproduzierenden Ländern, Kolumbien und Peru, und wird über Ecuador exportiert. Kartelle aus Mexiko und dem Balkan haben sich mit Ex-Guerilleros, mit Gefängnis- und Straßenbanden zusammengetan und eine Welle der Gewalt ausgelöst: Mindestens **4500 Menschen wurden vergangenes Jahr ermordet**. Kinder werden von den Banden rekrutiert, Journalisten und Journalistinnen fliehen wegen Morddrohungen ins Exil, Gefängnisse sind Brutstätten der Kriminalität. Die Gewalt überschattet auch die aktuellen Präsidentschaftswahlen; die Stichwahl ist am 15. Oktober. Der aussichtsreiche Kandidat **Fernando Villavicencio** wurde vor dem ersten Wahlgang Anfang August nach einer Wahlkampfveranstaltung **erschossen**. Als Journalist und Parlamentarier hatte er immer wieder die weitverbreitete Korruption im Land kritisiert und vor dem Einfluss der organisierten Kriminalität gewarnt. Das kleine Land ist mit der Situation überfordert. «International»

- Daniel **Noboa hat die Stichwahl gewonnen** und wird jüngster Präsident in der Geschichte des südamerikanischen Landes. Nach Auszählung von rund 91 Prozent der Stimmen kam der 35 Jahre alte Unternehmer auf gut 52 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 82 Prozent. Noboa gilt als Mitte-Rechts-Politiker. Er ist der Sohn des Bananen-Tycoons Álvaro Noboa, der sich selbst fünfmal um das Präsidentenamt in Ecuador beworben hatte. Noboa wird das Amt allerdings nur rund 18 Monate ab Mitte Dezember bekleiden – bis zum Ende der für den aktuellen Präsidenten Guillermo Lasso vorgesehenen

Amtszeit. Die Gewalt nahm in Ecuador in den vergangenen Jahren dramatisch zu. Banden, die laut Experten Verbindungen zu mächtigen mexikanischen Kartellen haben, kämpfen um Kontrolle über die Routen für den Kokainhandel. Noboa will die Hochsicherheitsgefängnisse auf Schiffe verlegen. SRF.ch

EU – Nach Gesprächen und Beratungen mit Guterres gab die Präsidentin der Europäischen Kommission bekannt, die Europäische Kommission habe beschlossen, das derzeit für Gasa geplante humanitäre Hilfspaket sofort um 50 Millionen Euro aufzustocken. Sie fügte hinzu: „Auf diese Weise wird die Höhe dieser Hilfen insgesamt **75 Millionen Euro** betragen“. VOIRI.ir

Frankreich – In Autobatterien ebenso wie in Wind- und Solarkraftwerken stecken Lithium, Kupfer, Kobalt und andere kritische Mineralien. Davon braucht es schnell viel mehr, damit die Energiewende gelingt. Die Internationale Energieagentur IEA will nun zwischen Produktionsländern und der Industrie vermitteln. Die Internationale Energieagentur IEA wurde vor genau 50 Jahren, im Oktober 1973, gegründet. Nach der Ölkrise sollte sie für mehr Transparenz, Zusammenarbeit und Liquidität auf dem Ölmarkt sorgen. Gleiches will sie nun für den Rohstoff für die Energiewende leisten – die kritischen Mineralien und Metalle. Auch hier soll sie die internationale Zusammenarbeit fördern, Abhängigkeiten vermeiden und Markttransparenz schaffen. «**Kupfer, Lithium oder Kobalt sind nicht wirklich knapp, sondern überall** in der Erdkruste vorhanden», erklärt Rohitesh Dhawan. Er ist Chef von ICMM, dem International Council on Mining and Metals, dem Verband der größten Minenkonzerne der Welt. China ist ein gewichtiger Produzent und vor allem Verarbeiter von kritischen Mineralien. Dennoch fehlte China an der Pariser Konferenz. Auf Anfrage von SRF teilte die IEA schriftlich mit: «Der Fokus des Gipfels liegt auf den neuen Produzenten von kritischen Mineralien und auf den Konsumenten.» Damit bleibt unklar, ob China nicht eingeladen war oder die Einladung ausgeschlagen hat. Tatsächlich hat China bereits vor zwanzig Jahren begonnen, die Produktion und die Verarbeitung von kritischen Mineralien zu fördern, im eigenen Land, aber auch rund um den Globus. «Europa hat, trotz langer Tradition im Bergbau, den Anschluss verpasst», gibt Thierry Breton, in der EU-Kommission zuständig für den Binnenmarkt, auch unumwunden zu.

● Pariser Louvre und Schloss **Versailles nach Drohung geräumt**. Frankreich befindet sich nach der tödlichen Messerattacke eines Islamisten in einer Schule in höchster Terrorwarnstufe. SRF.ch

Gasa – Wie weit das Netz, das in Israel auch „**Gasa-Metro**“ genannt wird, unter dem schmalen Küstenstreifen verbreitet ist, ist unklar. 2021 gaben die israelischen Streitkräfte (IDF) an, mehr als 100 Kilometer Tunnel zerstört zu haben. Die Hamas hingegen behauptete, ihre Tunnel erstreckten sich über 500 Kilometer, und nur fünf Prozent seien getroffen worden (zum Vergleich: Die Strecken der Wiener U-Bahn messen zusammen 83 Kilometer). Die Tunnel sollen unter dem gesamten Grenzzaun verlaufen, auch unter der Grenze zu Ägypten, das mit Flutungen gegen den Schmuggel vorging. Viele Tunnel sollen in direkter Nachbarschaft zu israelischen Ortschaften enden. 2013 entdeckte die israelische Armee etwa einen rund 1,6 Kilometer langen Tunnel, der nahe einem Kibbuz endete. Die Anrainer hatten seltsame Geräusche vernommen und die Behörden alarmiert. ORF.at

● Westliche Führer betonen, dass Israel das Recht hat, sich zu verteidigen, geben jedoch nicht an, wie weit Israel bei seiner Militäraktion in Gasa gehen könnte.

● Ärzte, Krankenwagenhelfer und andere Mitarbeiter des Gesundheitswesens in Gasa verrichten inmitten der israelischen Luftangriffe ihre Arbeit. Nach Angaben des Roten Halbmonds **führt Israel aktiv Angriffe auf Krankenwagen und Krankenhäuser durch**. NOS.nl

- Die israelische Besatzung plant einen Angriff auf Gasa mit einer neuen Version von **Joint Direct Attack Munition (JDAM)-Bomben**, die alle Menschen im Umkreis von „einer halben Meile“ um den Abwurfort töten können, sagte der US-Enthüllungsjournalist **Seymour Hersh** am Sonntag unter Berufung auf Quellen. Laut Hersh ist der Angriff zwischen Sonntag und Montag geplant. „Die derzeitigen israelischen Kriegsplaner sind davon überzeugt“, sagte mir der Insider, dass die verbesserte Version von JDAMs mit größeren Sprengköpfen tief genug in den Untergrund eindringen würde, bevor sie explodierte – dreißig bis fünfzig Meter –, wobei die Explosion und die daraus resultierende Schallwelle „alle innerhalb einer halben Stunde töten würden. ... Joint Direct Attack Munitions (JDAM) Bomben, entworfen von McDonnell Douglas, Ende der 1980er–1996, hergestellt von Boeing Defence, Space & Security (boeing.com/defense/), Stückkosten 21'000–36'000 US-Dollar. IZ.ru
- **Über 600'000 Menschen sind in den Süden des Gasastreifens geflüchtet. Rund 4'000 Menschen sind bereits gestorben.** SRF.ch

Großbritannien – Bettwanzen: Britische Firmen, die sich auf den Einsatz von speziell ausgebildeten **Spürhunden** spezialisiert haben, erleben derzeit einen „Boom“, wie der britische „Guardian“ schreibt. „Wir bekommen immer mehr Anfragen. Seit Juni ist die Zahl der Anrufe wahrscheinlich um 25 Prozent gestiegen“, sagte Gary Jakeman gegenüber der Zeitung. ORF.at

Indien – Das heilige नवरात्रि **Navratri-Fest** beginnt an diesem Sonntag und läutet neun Tage voller freudiger Feierlichkeiten und einer immensen Hingabe für Hindu-Anhänger in Indien und auf der ganzen Welt ein. Mit großem Pomp und Enthusiasmus verehren sie die Göttin दुर्गा Durga in ihren Häusern oder geschmückten Tempeln. An jedem Tag des Festivals wird eine der neun göttlichen Inkarnationen der Göttin Durga verehrt, die die Kraft der Weiblichkeit repräsentiert und Menschen vor negativen Kräften schützen soll. Am ersten Tag von Navratri verehren hinduistische Anhänger die Göttin Shailputri, auch bekannt als Hemavati oder Parvati, eine der Formen der Göttin Durga. Der Legende nach ist sie die Tochter von Lord Himalaya.

- Der **neue Weltraumbahnhof** in குலசேகர பட்டினம் Kulasekarapattinam (Tamil Nadu) wird den Treibstoffverbrauch gegenüber dem bestehenden Weltraumbahnhof in శ్రీహరికోట Sriharikota senken. Derzeit führen von Sriharikota aus gestartete Raketen Wendemanöver durch, um einen Überflug über Sri Lanka zu vermeiden, was bei der neuen Raumstation nicht der Fall sein wird. Die Regierung von Tamil Nadu plant außerdem die Eröffnung eines Weltraumindustrieparks und eines Treibstoffparks in der Nähe des neuen Weltraumbahnhofs. Sriharikota ist eine Insel vor dem Golf von Bengalen in Andhra Pradesh. Sie beherbergt das Satish Dhawan Space Centre, eines der beiden Satellitenstartzentren in Indien, das andere ist die äquatoriale Raketenstartstation തൂമ്പ Tumba in തിരുവനന്തപുരം Trivandrum oder Thiruvananthapuram, der Hauptstadt des Bundesstaats Kerala. AIR.in

Irak – Alle sollten sich gegen diese schwere Brutalität wehren und verhindern, dass die Besatzungsmächte ihre Pläne umsetzen, dem unschuldigen und unterdrückten Volk Palästinas noch mehr Leid zuzufügen, sagte **Ayatollah Sistani** (83). Er sagte, dass die Beendigung der Tragödie, mit der die Palästinenser in den letzten sieben Jahrzehnten konfrontiert waren, durch die Wahrung ihrer legitimen Rechte und die Beseitigung der Besetzung ihres Landes erreicht werden könne, und dass dies der einzige Weg sei, Frieden und Sicherheit in dieser Region herzustellen. Geschieht dies nicht, werde der Widerstand gegen die Aggressoren weitergehen und der Kreislauf der Gewalt werde noch mehr unschuldigen Menschen das Leben kosten, heißt es in der Erklärung abschließend. VOIRI.ir

Iran – Im schlimmsten Fall würde die Welt in eine Rezession stürzen und eine Billion US-Dollar an BIP verlieren. Bloomberg berichtete diese Woche, dass die Weltwirtschaft in eine Rezession stürzen und die **Ölpreise in die Höhe** schießen würden, wenn sich Iran in den israelisch-palästinensischen Konflikt einmischen würde. [KFAR.us](https://www.kfar.us)

• Seit einigen Tagen ist die **Vergiftungswelle** das beherrschende Thema in den iranischen Medien. Alleine am Mittwoch wurden Fälle an Dutzenden Schulen gemeldet. Wenig ist bisher über die Hintergründe bekannt, gleichzeitig wird viel spekuliert. Doch die Symptome sind immer gleich: Schwindel, Übelkeit und Atemnot. Betroffene erzählten unter anderem von zischenden Geräuschen in den Klassenräumen und Schwefelgeruch. Iranische Ärzte tippen daher auf Giftgase. TRT.tr

Israel – Israel hat im Norden des Landes an der Grenze zum Libanon eine vier Kilometer breite **Sperrzone** eingerichtet. RBB.de

• **בנימין נתניהו** Bibi Netanyahus Popularität in der Bevölkerung ist auf einen historischen Tiefstand gesunken. Eine Woche nach dem Terroranschlag wurde er immer noch nicht zur Verantwortung gezogen. Am 21. Oktober feiert er seinen 74er. NOS.nl

• Während Israel im Vorfeld einer erwarteten umfassenden Bodeninvasion im Gasastreifen einen massiven Luftangriff startet, sagte der israelische Präsident Isaac Herzog am Freitag, dass **alle Bürger von Gasa für den Angriff der Hamas in Israel am vergangenen Wochenende verantwortlich** seien. REQA.il

Italien. Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Nahost will Italien die Sicherheitsvorkehrungen zur **Vorbeugung fundamentalistischer Anschläge** verschärfen, vor allem in den Flüchtlingslagern. RAI.it

Japan – Japan fordert vom Gericht die **Abschaffung der umstrittenen Vereinigungskirche**. Der Antrag kommt mehr als ein Jahr nach der Ermordung des ehemaligen japanischen Premierministers Abe. Der Täter tötete ihn wegen der Verbindungen des ehemaligen Premierministers zur Moon-Sekte. Die südkoreanische Vereinigungskirche wurde 1954 von **文鮮明** Sun Myung Moon (1920–2012) gegründet, einem glühenden Antikommunisten, der sich selbst als den neuen Messias betrachtete. Die Organisation ist daher besser als Mondsekte bekannt. Unter dem Schutz von Nobusuke Kishi, Abes Großvater, gelang es Moon, sich in Japan niederzulassen. Der selbsternannte Prophet ist inzwischen gestorben, aber seine Kirche hat nach eigenen Angaben immer noch mehr als 100'000 Mitglieder in Japan. Sie spenden jedes Jahr fast 65 Millionen Franken. NOS.nl

Jordanien – **محمود عَبَّاس** Abbas (87) sagte gegenüber US-Außenminister Antony Blinken (61), dass er „**die erzwungene Vertreibung**“ von Palästinensern aus Gasa ablehnt, und warnte den amerikanischen Diplomaten während eines Treffens am Freitag in Amman, dass es darauf hinauslaufen würde, Israels Evakuierungsbefehl für den nördlichen Gasastreifen zu folgen eine „zweite Nakba“ – ein Hinweis auf die gewaltsame Vertreibung von 750'000 Palästinensern durch Israel von 1947 bis 1948. Die **Nakba** النكبة, die „Katastrophe“ war die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft und Heimat im Jahr 1948 und die dauerhafte Vertreibung der Mehrheit der palästinensischen Araber. Der Begriff wird verwendet, um sowohl die Ereignisse von 1948 als auch die anhaltende Besetzung der palästinensischen Gebiete (das besetzte Westjordanland und den Gasastreifen) durch die Palästinenser sowie deren Verfolgung und Vertreibung in den palästinensischen Gebieten und Flüchtlingslagern zu beschreiben. SP.ru

Katar – In der aktuellen Eskalation im Nahen Osten bietet sich **Katar als Vermittler** zwischen Israel und der Hamas an. SRF.ch

Kolumbien – Israel reagiert nach Nazi-Vergleich von Kolumbiens Präsidenten Gustavo Petro (63) an Israels Angriffen im Gasastreifen und will seine Exporte einstellen. Der Linkspolitiker hatte das Vorgehen der israelischen Armee mit den Verbrechen der deutschen Nationalsozialisten und den **Gasastreifen mit dem Vernichtungslager Auschwitz und dem Warschauer Ghetto verglichen**. ORF.at

Kroatien – Dass das kroatische Außenministerium eine israelische Flagge hissen ließ, sei „idiotisch“ und unangemessen und **bringe den Terror nach Kroatien**, sagte Präsident Zoran Milanović (56) am Freitag und fügte hinzu, dass die Gräueltaten der Hamas Israel nicht das Recht geben, aus Rache Zivilisten zu bombardieren. Anfang des Jahres betonte Milanović, Kroatien befinde sich nicht im Krieg mit Russland und kritisierte die deutsche Entscheidung, Panzer in die Ukraine zu schicken. Er kritisierte auch die Behandlung der EU gegenüber Mitgliedstaaten wie Polen und Ungarn und warf Brüssel vor, **Kroatien wie ein „zurückgebliebenes“ Kind** zu behandeln. HR.hr

Libanon – Hunderte Anhänger jubelten dem stellvertretenden Generalsekretär der libanesischen Hisbollah, نعيم قاسم Naim Ghassem, bei seiner Rede nach dem Freitagsgebet in Beirut zu. Seine Ansage war eindeutig: „Bereitet euch auf alles vor.“ Die Schiitenorganisation sei bereit zum **Kampf gegen Israel**. Die Menge schwenkte palästinensische Fahnen und die Flagge der Hisbollah. Im Chor riefen die Menschen: **„Freiheit für Palästina!“** ORF.at

- Der Libanon reicht beim UN-Sicherheitsrat eine offizielle Beschwerde gegen Israel wegen des Todes des Reuters-Journalisten Issam Abdallah ein. Das berichtete die staatliche libanesischen Nachrichtenagentur. Das libanesischen Außenministerium spricht von **„Israels vorsätzlicher Tötung“** des Journalisten. NOS.nl

Naher Osten – Die USA sind die stärkste externe Macht im Nahen Osten, sie sind der stärkste Verbündete von Israel, sie haben selbst Krieg geführt im Irak und in Afghanistan und haben Truppen fast überall. Die US-Außenpolitik hat den Nahen und Mittleren Osten seit dem Treffen von Präsident Roosevelt mit dem saudischen König Abdul Aziz Ibn Saud auf dem US-Kriegsschiff Uss Quincy am Valentinstag 1945 im Suez Kanal geprägt, und der Nahe Osten hat die US-Politik geprägt. Die USA tragen automatisch eine große Mitverantwortung für das, was im Nahen Osten geschieht. Es ist die große Ironie, dass die USA ausgerechnet in dem Moment, in dem sie sich eigentlich aus dem Nahen Osten zurückziehen und mehr China und Osteuropa zuwenden wollten, mit solcher Macht in den Nahen Osten zurückgezogen werden. Außenminister Antony Blinken reist dieser Tage nach Israel, Jordanien, Katar, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten. Die amerikanische **Exit-Strategie aus dem Nahen Osten ist krachend gescheitert**. Die USA saßen dem Irrglauben auf, dass der eigentliche Nahostkonflikt, also der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, nicht mehr relevant sei. Sie setzten stattdessen auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und arabischen Staaten, die sogenannten Abraham Accords. SRF.ch

- Die israelischen Verteidigungskräfte (IDF) werden **überall im Nahen Osten operieren**, um die Sicherheit Israels zu gewährleisten, sagte IDF-Sprecher Daniel Hagari am Sonntag und fügte hinzu, dass die Armee in allen Regionen bestens vorbereitet sei. Die iranischen Streitkräfte werden nicht im Gasastreifen eingreifen, wenn Israel dort eine Bodenoperation startet, es sei denn, die israelischen Streitkräfte beschließen, den Iran anzugreifen, teilte die iranische Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen am Sonntag gegenüber Sputnik mit. Der chinesische Außenminister Wang Yi sagte dem saudischen Außenminister Faisal bin Farhan As Saud am Sonntag in einem Telefonat, dass Israels Aktionen über den Rahmen der Selbstverteidigung hinausgegangen seien und dass das Land die kollektive Bestrafung der Palästinenser beenden sollte. SP.ru

- Die Ankündigung der israelischen Franchise-Unternehmer der Fast-Food-Kette McDonald, **kostenlose Mahlzeiten für IDF-Soldaten** anzubieten, löste Boykottaufrufe und

Proteste aus. Inmitten einer wachsenden Gegenreaktion gegen McDonald's wegen seiner offensichtlichen Unterstützung für Israels Krieg gegen Gaza reagierten lokale Unternehmen in Oman, Türkei, Saudi-Arabien, Libanon, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten mit Spenden für die palästinensische Sache. Auf Instagram am Samstag hat McDonald's VAE eine Million AED (272'000 US-Dollar) für die Hilfskampagne für Gaza des emiratischen Roten Halbmonds zugesagt. Berichten zufolge spendete der McDonald's-Betrieb in der Türkei 1 Million US-Dollar an „Opfer des Krieges“ in Gaza, während der Franchisenehmer in Kuwait angab, 250'000 US-Dollar an die örtliche Rothalbmond-Gesellschaft gespendet zu haben. Das Programm von McDonald's Israel zur Lieferung kostenloser Mahlzeiten an die IDF sei „keine globale Entscheidung und wurde auch von keinem der anderen lokalen Betreiber, insbesondere denen in unserer Region, genehmigt“, heißt es in der kuwaitischen Erklärung. TRT.tr

Neuseeland – Bei der **Parlamentswahl** in Neuseeland zeichnet sich eine hohe Wahlbeteiligung ab. Vor vielen der 2'300 Wahllokale im Land hätten sich schon in der Früh lange Schlangen gebildet. Konservative Partei holt Wahlsieg. Die National Party holte bei der Parlamentswahl 40 Prozent der Stimmen und überholt somit die Sozialdemokraten. RNZ.nz

Niederlande – Letztlich werden an der **Wahl am 22. November 26 Parteien** teilnehmen. Am vergangenen Montag reichten 29 Parteien ihre Kandidatenlisten ein, drei wurden jedoch fallen gelassen, weil der Wahlrat Fehler festgestellt hatte. Der Wahlrat hat heute die Kandidatenlisten erstellt und die Reihenfolge der Parteien auf dem Stimmzettel festgelegt: VVD, D66, GrünLinks / Arbeitspartei (PvdA), PVV (Partei für die Freiheit), CDA, SP (Sozialistische Partei), Forum für Demokratie, Partei für die Tiere, Christliche Union, Volt, JA21, Politische Reformierte Partei (SGP), DENK, 50PIUS, BBB, BIJ1, Piratenpartei – Die Grünen, BVNL / Haga Gruppe, Neuer Gesellschaftsvertrag, Splitterpartei, LP (Libertäre Partei), LEF – Für die neue Generation, Gemeinsam für die Niederlande, Niederlande mit einem PLAN, Partei des Sportes, politische Partei fürs Grundeinkommen.

- **Abschaffung der Monarchie** im Wahlprogramm von GrünLinks/PvdA. Mitglieder der kooperierenden Parteien wollen eine „parlamentarische Republik“.
- An der **Pro-Palästina-Demonstration in Amsterdam** nehmen nach Angaben der Gemeinde mehr als 15'000 Menschen teil. Der Dam-Platz war gegen 15 Uhr voll. Zu diesem Zeitpunkt konnte der Straßenbahnverkehr den Dam-Platz nicht mehr überqueren. Viele Demonstranten tragen palästinensische Flaggen. Diese wurden auch verteilt. Demonstranten rufen Parolen wie „Befreit Palästina“. Auch auf Arabisch werden Parolen gerufen wie „Wir opfern unsere Seele und unser Blut für die Märtyrer“ und „Es gibt keinen Gott außer Allah, ein Märtyrer wird von Allah geliebt“, hören die Anwesenden. ‘
- Der Parlamentsabgeordnete كوثر بوخليخت Kauthar Bouchallikht hat sich von der Kandidatenliste von GrünLinks/Partei der Arbeit PvdA für die Wahlen im nächsten Monat zurückgezogen. Sie glaube, dass ihre Partei GroenLinks dem Kontext des palästinensisch-israelischen Konflikts in der vergangenen Woche zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe, schreibt sie in einer Nachricht auf Instagram. „Das ist nicht mehr die Partei, für die ich Abgeordneter sein möchte.“ „**Dieser ‚Krieg‘ begann nicht plötzlich, er dauert schon seit 75 Jahren**“, schreibt sie. „Jetzt ist die Zeit für den Kontext. Der Kontext bedeutet nicht, die schrecklichen Aktionen der Hamas vom vergangenen Wochenende zu leugnen. Der Kontext bedeutet anzuerkennen, woher sie kommen, nämlich die Aktionen der israelischen Regierung, auch gegen den Willen vieler Israelis und Juden in.“ Bouchallikht wurde 1994 in Amsterdam in einer Familie marokkanischer Abstammung geboren.
- Um das Aussterben des Auerhahns zu verhindern, sind weitreichende Maßnahmen erforderlich. NOS.nl

Nigeria – Nigeria kämpft gegen einen **Diphtherie**-Ausbruch, bei dem mehr als 600 Menschen ums Leben kamen, die meisten davon Kinder, sagten Beamte. Viele der infizierten Minderjährigen waren nicht geimpft. VON.ng

Österreich – Die Region um Lunz am See (Bezirk Scheibbs) ist für ihre Ablagerungen aus der Triaszeit bekannt. Jetzt wurde dort mit einem riesigen Bohrer **233 Millionen Jahre in die Vergangenheit gebohrt**, um eine der größten Umweltkatastrophen der Erdgeschichte zu erforschen. Die Karnische Krise vor 233 bis 235 Millionen Jahren war auf eine Serie an Vulkanausbrüchen zurückzuführen, der enorme CO₂-Ausstoß und die Asche vernichteten das Leben auf fast dem gesamten Erdball und konservierten gleichzeitig die Tier- und Pflanzenwelt. Eine der weltweit bekanntesten Fundstellen aus dieser Zeit ist das Gebiet Polzberg zwischen Lunz am See und Gaming (beide Bezirk Scheibbs). Dort werden schon seit 140 Jahren hervorragend erhaltene Fossilien gefunden. Diese Zeugen aus dem Erdmittelalter sind sogar in Bachbetten an der Erdoberfläche ersichtlich. Alexander Lukeneder ist der Leiter eines Forschungsprojektes des Naturhistorischen Museums zusammen mit der Akademie der Wissenschaften und dem Land Niederösterreich. Er hatte die Idee, mit einer Kernbohrung in die untersten Schichten vorzustoßen. Eines ist noch niemandem gelungen: den „Predator X“ zu finden. Dieser gigantische Meeressaurier wurde schon in zahlreichen Funden nachgewiesen, vor allem in Exkrementen. Aber von dem Ichthyosaurier selbst wurden bis dato noch keine Überreste gefunden. Das wäre für Alexander Lukeneder der Gipfel seiner Forschung.

• Ex-Kanzler und -ÖVP-Chef **Sebastian Kurz** hat vor dem Beginn seines Prozesses wegen falscher Zeugenaussage einen **Freispruch beantragt**. In einer dem Richter übermittelten Gegenäußerung seines Anwalts werden mehrere Gründe aufgeführt, warum der Strafantrag der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) über das Ziel hinausschieße. Es handle sich „nicht einmal um sachliche und objektive Begründungen, sondern um eine bloße Anhäufung von Scheinargumenten“. ORF.at

Russland – Russland verbessert seine Eisenbahnverbindungen in der Ukraine und baut eine neue Eisenbahnlinie nach Mariupol. BBC.uk

• Im vergangenen Jahr habe Russland eine „Rekordernte von 158 Millionen Tonnen“ Getreide eingefahren, sagte der Kreml-Chef bei einem Treffen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in Bischkek. Auch in diesem Jahr sei der **Ertrag mit mehr als 130 Millionen Tonnen** „sehr hoch“. ORF.at • Wladimir Putin zeigt Benjamin Netanjahu die kalte Schulter – will aber vermitteln. SRF.ch

• Von Januar bis August dieses Jahres **exportierte Litauen Wein im Wert von 126 Millionen US-Dollar** nach Russland, ein Anstieg von 20,6 % gegenüber den Vorjahreszahlen. Georgien belegte mit 112,1 Millionen US-Dollar (plus 19,4 %) den zweiten Platz, und Lettland, ein weiterer baltischer Staat, landete mit 79 Millionen US-Dollar (plus 18,5 %) auf dem dritten Platz. Zu den zehn größten Weinlieferanten dieses Jahres gehörten außerdem Italien (72,7 Millionen US-Dollar), Spanien (20,8 Millionen US-Dollar), Polen (18,3 Millionen US-Dollar), Deutschland (11,3 Millionen US-Dollar), Chile (10,4 Millionen US-Dollar), Portugal (7,7 Millionen US-Dollar) und Armenien (6,3 Millionen US-Dollar). IZ.ru

Saudi-Arabien – Saudi-Arabien stoppt den **israelischen Friedensvertrag**. SR.sa

Schweiz – Wahlen in der Schweiz 2023: SVP gewinnt 9 Sitze, Grüne und GLP verlieren deren 11. Die SVP legt stärker zu als erwartet, die Grünen und Grünliberalen sacken ab und die Mitte überholt die FDP – die Resultate der Gesamterneuerungswahlen.

Partei	Sitze		+/-
SVP	62		+9
SP	41		+2
Mitte	29		+1
FDP	28		-1
Grüne	23		-5
GLP	10		-6
EDU	2		+1
EVP	2		-1
MCG	2		+2
Lega	1		0
PdA/Sol.	0		-2

Die Schweizer Wahlberechtigten haben am Sonntag die grosse und die kleine Kammer für die Legislaturperiode 2023–2027 gewählt.

> Große Gewinnerin ist die **SVP**. Die Volkspartei kann um 3 Prozentpunkte zulegen und kommt auf 28,6 Prozent Wähleranteil. Es ist das zweitbeste Resultat ihrer Geschichte. Sie gewinnt 9 weitere Sitze im Nationalrat und steht neu bei 62.

> Die **Grünen** verlieren 3,8 Prozentpunkte und liegen mit 9,4 Prozent nun wieder unter der 10-Prozent-Schwelle. Sie büßen 5 Sitze ein und halten neu deren 23.

> Die **FDP** verliert 0,7 Prozentpunkte und kommt auf noch 14,4 Prozent Wähleranteil. Sie verliert einen Sitz und ist nun noch mit 28 Parlamentariern im Nationalrat vertreten.

> Die **Mitte** hingegen kann um 0,8 Prozentpunkte auf 14,6 Prozent zulegen, sie gewinnt einen Sitz dazu und zählt jetzt deren 29. Damit löst sie im Nationalrat die FDP als drittstärkste politische Kraft ab. Je nachdem, wie die Ständeratswahlen ausgehen, ist die Zusammensetzung des Bundesrates in Frage gestellt.

> Die **SP** profitiert von den Verlusten der Grünen, kann den Absturz der Linken aber nur geringfügig abfedert. Sie legt um 1,2 Prozentpunkte auf 18 Prozent zu. Das reicht für 41 statt 39 Sitze.

> Hart trifft es die **Grünliberale Partei**. Sie gibt zwar nur 0,6 Prozentpunkte ab und hat neu 7,2 Prozent Wähleranteil, verliert aber ganze 6 ihrer bisher 16 Sitze.

> Bei den **Kleinparteien** verliert die mitte-links positionierte EVP einen von zwei Sitzen. Am äußeren rechten Flügel kann die EDU einen Sitz zulegen und wieder ein Duo nach Bern schicken. Die Tessiner Rechtsaußen-Partei Lega kehrt mit einem Sitzgewinn ins Parlament zurück. Und die rechte Genfer Protestpartei MCG schickt gleich zwei Nationalräte nach Bern.

> Nicht mehr im Nationalrat vertreten sind hingegen die linksaußen positionierten PdA/Sol, die ihre zwei Sitze abgeben.

Die Wahlbeteiligung scheint im Vergleich zu den 45,1 Prozent im Jahr 2019 leicht zu steigen, auf 46,6 Prozent.

Im Ständerat scheint die Ausgangslage vor allem für die FDP günstig, ihr winken mehrere Sitzgewinne. Kombiniert mit den erwarteten Verlusten von Links-Grün ergibt das einen Rechtsrutsch in der kleinen Kammer. Am 19. November kommt es zum zweiten Wahlgang, dann wird die definitive Zusammenstellung klar sein. SWISSINFO.CH

Südtirol – Der **Streit zwischen Reinhold Messner und dem Guinness-„Buch der Rekorde“** über die Besteigung aller 14 Achttausender geht in eine neue Runde. Der 79-

Jährige kündigte heute in einem dpa-Gespräch an, dass er gegen den Guinness-Verlag vorgehen werde, sollte sein Name auf einer neuen Liste mit den Besteigern aller Achttausender nun doch wieder erscheinen. „Wenn das ins Guinness-Buch kommt, werde ich das verbieten. Ich bin dagegen, dass mein Name auf einer solchen Liste steht.“ Messner galt bei Guinness lange Zeit als erster Mensch, der auf allen 14 Achttausendern der Welt stand. In der neuen Ausgabe soll der Titel nun jedoch dem US-Kletterer Ed Viesturs zugesprochen werden, weil Messner nach Berechnungen des deutschen Himalaya-Chronisten Eberhard Jurgalski 1985 den Gipfel des 8'091 Meter hohen Annapurna angeblich um wenige Meter verpasste. ORF.at

Thailand – Zehntausende Menschen aus Thailand leben in Israel, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen und Geld an ihre Familien zu schicken. Bei den meisten von ihnen handelt es sich laut dem SRF-Korrespondenten um Männer. «Sie stammen meist aus ärmeren Regionen Thailands und verdienen in Israel mehr Geld, als sie es zu Hause könnten.» Etwa 5000 von ihnen leben im Süden von Israel, nahe der Grenze zum Gasastreifen. Für die Arbeiter gibt es ein Abkommen zwischen Thailand und Israel: «Vor ihrer Abreise erhalten sie in Thailand eine Art Jobtraining, dann sind sie erst einmal zwei Jahre in Israel. Dann kann der Vertrag auf maximal fünf Jahre verlängert werden», sagt Aldrovandi. Wie sich die traumatischen Erfahrungen durch den Hamas-Terror auf die **thailändische Arbeitsmigration** nach Israel auswirken werde, lasse sich derzeit nicht abschätzen. Seit dem Großangriff der Hamas auf Israel bangen auch in Thailand Familien um ihre Angehörigen. Denn in Israel leben mehr als 30'000 Thailänder, davon arbeiten die allermeisten in der Landwirtschaft. SRF.ch

Ukraine – Laut Finanzminister Марченко Martschenko sind Kiews Geber zunehmend von innenpolitischen Problemen und Spannungen im Nahen Osten abgelenkt. Die Sicherung finanzieller **Unterstützung wird für Kiew immer schwieriger**, da westliche Partner ihren Fokus auf innenpolitische Angelegenheiten und geopolitische Spannungen verlagern, sagte der ukrainische Finanzminister am Samstag gegenüber Reuters.

UNO – Inzwischen ist die Frist ausgelaufen, die das israelische Militär der palästinensischen Bevölkerung in der Stadt Gasa gesetzt hat. Demnach sollten die Menschen bis gestern Abend ihre Häuser verlassen und in den Süden des Gebiets gehen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen haben das Zehntausende getan. UN-Generalsekretär Guterres nannte es „extrem gefährlich“, mehr als eine Million Menschen durch ein dicht besiedeltes Kriegsgebiet zu bringen – an einen Ort, an dem es **keine Nahrung, Wasser oder Unterkünfte** gebe. RBB.de

- Iran fordert UNO auf, schnelle Maßnahmen **gegen Israels Völkermord** zu ergreifen. VOIRI.ir

USA – Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten haben fast **175 Milliarden US-Dollar an militärischer, wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe an die Ukraine** geschickt, darunter Tausende Tonnen militärischer Feldrationen und anderer Lebensmittel, die über lange Zeiträume gelagert werden können und deren Zubereitung nicht viel Arbeit erfordert. Es ist jedoch unklar, wie lange dieses „Manna vom Himmel“ noch andauern wird, da John Kirby, Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates des Weißen Hauses unter Biden, diese Woche warnte, dass die US-Hilfe nicht „unbefristet“ sein werde und dass **Washingtons Hilfe sich dem Ende nähert**, während es seinen Fokus auf Israel verlagert. SP.ru

- Die US-Raumfahrtbehörde NASA hat eine Mission zur Erkundung des 3,6 Milliarden Kilometer von der Erde entfernten Asteroiden Psyche gestartet. Eine Falcon-Heavy-Rakete des Weltraumunternehmens SpaceX hob heute mit einer Sonde vom Kennedy Space Center im US-Bundesstaat Florida ab. Die Sonde soll den metallhaltigen Asteroiden, der sich im Asteroidengürtel zwischen den Planeten Mars und Jupiter befindet, im Juli 2029

erreichen und dann zwei Jahre lang erforschen. Der nach der griechischen Göttin der Seele benannte Asteroid erinnert von seiner Form her an einen Erdapfel und hat eine Länge von bis zu 280 Kilometern. Wissenschaftler waren lange Zeit davon ausgegangen, dass er größtenteils aus Metall besteht. Laut neuesten Analysen beträgt der Metallanteil rund 30 bis 60 Prozent, der Rest ist Gestein. **(16) Psyche ist ein Asteroid** des Asteroiden-Hauptgürtels, der am 17. April 1852 von Annibale De Gasparis entdeckt wurde. Benannt wurde der Himmelskörper nach Psyche, der Gattin des griechischen Gottes Eros.

- Schon jetzt umrunden Tausende Satelliten die Erde. Werden alle existierenden Pläne umgesetzt, könnten es bald über 100-mal mehr werden. Das erhöht das **Risiko für Kollisionen**. ORF.at

- Pro-Palästina-Demos, fast in ganz Europa verboten, sind in den USA legal. Protestiert wird gegen die Milliardenhilfe der USA an die rechtsextremen Regime in Israel und der Ukraine. Das **Geld wäre in den USA besser aufgehoben**.

- Christopher Wray (57), Direktor des Federal Bureau of Investigation, forderte die örtliche Polizei auf, wachsam zu bleiben. „Amerikaner sind einer zunehmenden Bedrohung durch Terroristen ausgesetzt, die Aspekte des jüngsten Angriffs der Hamas auf Israel auf US-amerikanischem Boden nachahmen wollen.“ [KFAR.us](https://www.kfar.us)

Aus: *UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 15.10.2023

Afghanistan – In Afghanistan sind bei **Erdbeben** laut den Behörden >2000 Menschen ums Leben gekommen. Die Beben in der Grenzregion zum Iran sollen eine Stärke von bis zu 6,3 gehabt haben. Das Epizentrum lag etwa 40 km nordwestlich von Herat, aber die Erschütterungen verursachten auch Schäden in Farah und Badghis. RBB.de

Afrikanische Union – Moussa Faki Mahamat, der Chef der Afrikanischen Union, forderte beide Parteien dazu auf, „ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um den Grundsatz des **Nebeneinanderlebens zweier Staaten** umzusetzen“. Die Verweigerung der Grundrechte des palästinensischen Volkes, insbesondere durch einen unabhängigen und souveränen Staat, sei die Hauptursache für die permanenten israelisch-palästinensischen Spannungen, sagte er in einer auf X veröffentlichten Erklärung. RA.dz

Armenien – Armenien strebt eine engere militärische **Zusammenarbeit mit Frankreich** an, sagte Präsident Վահագն Գառնիկի Խաչատրյան Vahagn Khachaturyan (64) gegenüber den Medien. RFI.fr

Brasilien – Der Regenwald im Amazonas gilt heute als Hotspot der Artenvielfalt: So sind hier etwa rund 16'000 Baumarten bekannt. Das Bild eines „unberührten Waldparadieses“ stimmt historisch aber nicht, wie eine neue Studie zeigt. Ihr zufolge liegen unter dem Blätterdach des Amazonas mehr als 10'000 – bisher unentdeckte – **archäologische Stätten** indigener Völker verborgen. ORF.at

China – China fordert die Parteien des **palästinensisch-israelischen Konflikts** auf, Zurückhaltung zu bewahren und das Feuer sofort einzustellen. Dies gab das chinesische Außenministerium vor einer Woche bekannt. Das Außenministerium fügte außerdem hinzu, dass die wiederkehrenden Konflikte zwischen Palästina und Israel die Stagnation und Instabilität des Friedensprozesses zeigten. Sie nannten die Umsetzung einer „Zwei-Staaten-Lösung und die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates“ einen Weg zur Lösung des Konflikts.

- Chinas Staatschef Xi Jinping (70) hat das Verhältnis zu den USA bei einem Treffen mit dem US-Spitzenpolitiker Chuck Schumer (72) als wichtig für die gesamte Menschheit bezeichnet. „Wie China und die USA in einer Welt voller Veränderungen und Aufruhr miteinander auskommen, wird die Zukunft und das Schicksal der Menschheit bestimmen“. CGTN.cn

BR Deutschland – Die Berliner **Bäderbetriebe** benötigen in den kommenden beiden Jahren mindestens 20 Millionen Euro zusätzlich. Allein die gestiegenen Personalkosten beziffert Sportsenatorin Spranger auf 12 Millionen Euro. Weitere 3 Millionen Euro seien erforderlich, um die IT der Bäderbetriebe zu ertüchtigen, so die SPD-Politikerin. Eine Million werde gebraucht, um allgemeine Preissteigerungen aufzufangen. Dazu komme noch eine weitere Million für Investitionen in die Sicherheit der Bäder. Nach Gewaltvorfällen war in diesem Sommer zusätzliches Sicherheitspersonal in den Freibädern im Einsatz.

- Die deutschen Landkreise fordern Einschnitte für weitere Menschen, die aus der Ukraine nach Deutschland flüchten. Landkreistagspräsident Sager hat in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vorgeschlagen, ihnen **nicht mehr direkt Bürgergeld zu zahlen**. Der Verband warnt seit Monaten davor, dass die Landkreise damit überlastet sind, die steigende Zahl von Flüchtlingen zu versorgen.

- Feierlichkeiten pro-palästinensischer Gruppen im Berliner Bezirk Neukölln. Im Internet kursierten Bilder, auf denen Menschen zu sehen seien, die die Angriffe auf Israel mit dem Verteilen von **Süßigkeiten auf der Sonnenallee** feierten, teilte die Polizei am Abend mit. Die Beamten seien vor Ort, nahmen Personalien auf und erstellten Strafanzeigen, teilte die Polizei mit. Der Neuköllner Bezirksbürgermeister Hikel sagte der Zeitung „Welt“, es handele sich um die Verherrlichung eines Krieges. Er forderte das Bundesinnenministerium auf, ein Verbot von Aktivitäten gegen die radikale Gruppe „Samidoun“ **صامدون** zu erlassen. Samidoun ist ein palästinensisches Gefangenensolidaritätsnetzwerk (samidoun.net/).

- Von sechs Aktivisten, die im November 2022 den Berliner Flughafen BER lahmgelegt hätten, würde Eurowings 120'000 Euro verlangen, schreibt die Zeitung. Sollte die Zahlung bis Mitte des Monats nicht erfolgen, erhebe das Unternehmen Klage.

- Nach einem **Hackerangriff auf die Hotelkette Motel One** sind einem Medienbericht zufolge Namen und Reisedaten von Millionen von Kunden im

Internet gelandet. Nach Recherchen der „Süddeutschen Zeitung“ („SZ“) enthält der knapp sechs Terabyte große Datensatz annähernd vollständige Übernachtungslisten seit 2016. Auch private Rechnungsadressen, Geburtsdaten von Kunden, interne Geschäftszahlen und einige Handynummern von Mitarbeitern seien online zu finden. Die Hotelgruppe mit Sitz in München hatte am 30. September auf X bestätigt, Ziel eines Hackerangriffs gewesen zu sein. ORF.at

Ecuador – Sechs Verdächtige im Mordfall an Ecuadors Präsidentschaftskandidat **im Gefängnis ermordet**. Präsidentschaftskandidat Fernando Villavicencio (†60) wurde im August in der Hauptstadt Quito nach einer Rede auf einer Wahlkampfveranstaltung erschossen. NOS.nl

EU – In der EU gelten in Zukunft neue **Grenzwerte für Nitrite und Nitrate** in Lebensmitteln. Dadurch soll die Belastung durch krebserregende Stoffe sinken, wie die EU-Kommission mitteilte. Die Industrie hat zwei Jahre, um sich umzustellen. Die Stoffe werden vor allem verwendet, um Lebensmittel haltbar zu machen. Dabei können schädliche Nitrosamine entstehen. Am häufigsten ist das bei bestimmten Fleischerzeugnissen der Fall, zum Beispiel durch Pökelsalz. RBB.de

Frankreich – Die Hauptstadt Paris ist nur noch neun Monate davon entfernt, im nächsten Sommer die Olympischen Spiele auszurichten, und örtliche Beamte fordern die Bundesbehörden auf, das **Wanzenproblem** zu lösen. Der erste stellvertretende Bürgermeister von Paris, Emmanuel Gregoire, wies darauf hin, dass der Bettwanzenausbruch „eigentlich ein nationaler Notfall“ sei. Die französischen Behörden mussten wegen des Bettwanzenbefalls Schulen im ganzen Land schließen, sagte Bildungsminister Gabriel Attal am Freitag dem Sender France 5. Der Beamte gab zu, dass sich die Zahl der gemeldeten Fälle häufe. Attal berichtete, dass in etwa 17 Einrichtungen auf verschiedenen Ebenen Bettwanzen entdeckt wurden. „Wir haben fast 60'000 Institutionen und reden hier nur von ein paar Dutzend, aber es stimmt, dass sich die Fälle häufen.“ RFI.fr

Großbritannien – Hummeln wehren einer Studie zufolge mit einer erstaunlichen Technik **Angriffe Asiatischer Hornissen** ab. Die Insekten lassen sich auf den Boden fallen, wenn sie von der invasiven Art attackiert werden. Im Gegensatz zu Honigbienen verteidigen sich die Hummeln so erfolgreich gegen die eingeschleppte Hornissenart. Die in Europa häufig vorkommende Dunkle Erdhummel (*Bombus terrestris*) könne sich dabei entweder direkt aus dem Griff der Hornisse befreien, oder sie nutze ihren Stachel, um die Hornisse (*Vespa velutina*) abzuwehren. Anders als Honigbienen, die den Angriffen der aus Südostasien stammenden räuberischen Insekten relativ schutzlos ausgeliefert sind, sei die Abwehr bei Hummeln fast immer erfolgreich, hieß es in einer Mitteilung der Universität Exeter. SRF.ch

Seite E 80 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Iran – USA drohen alle **Ölraffinerien zu zerstören**, sollte sich der Iran in den Israelkonflikt einmischen. VOIRI.ir

Japan – Drei Bären getötet, die sich in eine japanische Fabrik geschlichen haben. In der japanischen Region Akita gibt es immer mehr Berichte über **Bärenangriffe auf Menschen**. Im Jahr 2023 wurden bisher 30 Fälle gemeldet. NOS.nl

Libanon – Die **حزب الله Hisbollah** (moqawama.org/) entstand ab 1982 als eine aus dem Untergrund operierende paramilitärische Organisation durch den Zusammenschluss verschiedener schiitischer Gruppen beim Widerstand gegen die damalige israelische Invasion. Die offizielle Gründung fand 1985 statt. Die Hochburgen der Organisation liegen im Süden des Libanon, in der Bekaa-Ebene sowie in Südbeirut. An ihrer Spitze stehen schiitische Gelehrte; als oberste geistliche Autorität wird der Revolutionsführer der Islamischen Republik Iran, Ali Chamene'i, angesehen. Generalsekretär und Oberbefehlshaber der Hisbollah-Milizen ist Hassan Nasrallah. Seit 1992 ist die Hisbollah auch in der libanesischen Nationalversammlung vertreten. Seitdem hat sie sich zu einem militärischen, sozialen und politischen Machtfaktor entwickelt. SRF.ch

Mali – Armee rückt nach Norden vor: „Dies könnte zu einem Bürgerkrieg führen“. Nach einer Reihe von Putschen in der Sahelzone sind ausländische Truppen abgezogen und es ist ein **Machtvakuum** entstanden. Das gibt bewaffneten Milizen mehr Handlungsspielraum. NOS.nl

Niederlande – Ein Drittel der **karibischen Niederlande** liegt unterhalb der Armutsgrenze und plädiert für einen höheren Mindestlohn. Das Komitee beschreibt, dass die Löhne auf den Inseln niedrig seien, während die Kosten für Grundbedürfnisse wie Unterkunft, Transport, Nahrung und Kleidung hoch seien.

- Mindestens 965 Standorte mit **Blauzungenkrankheit** infiziert, Impfstoff noch nicht in Reichweite. Gegen das sich schnell ausbreitende Blauzungenvirus sind Tierärzte und Schafzüchter machtlos. NOS.nl

Seite E 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Nordkorea – Der Schienenverkehr entlang der Grenze zwischen Nordkorea und Russland stieg diese Woche auf den höchsten Stand seit Jahren, was auf **Waffenlieferungen Pjöngjangs an Moskau** hindeutet, nachdem ihre Führer eine tiefere militärische Zusammenarbeit besprochen hatten, sagte eine US-amerikanische Denkfabrik am 6. Oktober. Satellitenbilder zeigten 73 Güterwagen am Bahnhof Tumangang in der nordkoreanischen Grenzstadt Rason. RFERL.cz

Norwegen – Der **Friedensnobelpreis** für die iranische Freiheitskämpferin نرگس صفيه محمدی Narges Mohammadi (51) ehrt den Mut all jener Iraner und vor allem Iranerinnen, die seit einem Jahr für gesellschaftliche Freiheiten auf die Strasse gehen: namentlich für ein Ende des Kopftuchzwangs, aber auch für den Sturz der islamischen Diktatur unter dem Obersten Führer Ali Chamenei. SRF.ch

Österreich – Seitdem AUF1 (t.me/auf1tv) im **Satelliten-Fernsehen** (Kanal „SRGT“, Astra 19,2° Ost, 10920.75 MHz, DVB-S, Polarisation: Horizontal (H), Transponder: 133, FEC: 7/8) zu empfangen ist, läuft das Polit- und Medienkartell Amok und fordert jetzt sogar ein **AUF1-Verbot**. Sie sehen unser Programm dort von 6–8 Uhr (Frühstücksfernsehen) und von 18–22 Uhr. AUF1 („Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1“) ist eine seit Mai 2021 bestehende Fernsehstation mit Sitz in Linz, gegründet von Stefan Magnet (39), der auch als Chefredakteur agiert. AUF.at

Pakistan – Islamabad hat einen Waffenstillstand gefordert und seine Unterstützung für Palästina zum Ausdruck gebracht. RP.pk

Russland – Wladimir **Putin feierte seinen 71er**. Er wurde am 7. Oktober 1952 in Leningrad, Sowjetunion, geboren und ist das jüngste von drei Geschwistern der Eltern Wladimir Spiridonowitsch Putin und Maria Iwanowna Putina. Sein Großvater, Spiridon Putin, hatte das Privileg, als persönlicher Koch für Wladimir Lenin und Josef Stalin zu arbeiten. Andererseits diente sein Vater als Wehrpflichtiger in der sowjetischen Marine. Putins Bildungsweg führte ihn zu einem Jurastudium an der renommierten Leningrader Staatlichen Universität. Später, im Jahr 1997, erlangte er seinen Ph. D. in Wirtschaftswissenschaften an der Bergbauuniversität Sankt Petersburg. Darüber hinaus studierte er Deutsch und spricht die Sprache fließend. Im Jahr 1978 schlug Putin eine Karriere ein, die ihn zu der einflussreichen Persönlichkeit machen sollte, die er heute ist. Er trat dem KGB bei und absolvierte eine umfassende Ausbildung an der renommierten KGB-Schule #401 im Leningrader Stadtteil Okhta. Im Laufe der Jahre war er an verschiedenen Orten stationiert, unter anderem in Dresden und Neuseeland, wo er wertvolle Erfahrungen sammelte. Putins berufliche Laufbahn erreichte einen neuen Höhepunkt, als er 1977 auf Empfehlung von Solschenizyn von Präsident Boris Jelzin zum stellvertretenden Chef des Präsidialstabs ernannt wurde. Putin hat zweifellos die russische Geschichte nachhaltig geprägt. VESTI.ru

Saudi-Arabien – Das Land wappnet sich für die Zeit nach dem Öl. Das Ende der bisherigen Geldquelle ist absehbar. Mit einer Reihe von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen will sich das Königreich daher für die Zukunft rüsten. «**Vision 2030**» heißt das Reformpaket. Es soll die Saudische Gesellschaft modernisieren, die Abhängigkeit vom Öl reduzieren sowie ausländische Investitionen anlocken. Der Kopf hinter der «Vision 2030» ist

Kronprinz Mohammed Bin-Salman, der starke Mann der absolutistischen Erbmonarchie. Seit er an der Macht ist, hat es eine Reihe von Liberalisierungen gegeben. Frauen dürfen wieder Autofahren, in Kinos und Cafés dürfen neu unverheiratete Frauen und Männer gemeinsam Zeit verbringen. Auch auf dem Arbeitsmarkt dürfen Frauen mittlerweile in Berufen arbeiten, die bis vor ein paar Jahren nur den Männern offen standen. Während viele, vor allem junge Frauen in den urbanen Zentren, die Reformen begrüßen, kritisieren Aktivistinnen, dass dabei vielmehr wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen statt die Stärkung von Frauenrechten. Sie verweisen auf die weiterhin inhaftierten Aktivistinnen. Tempo und Inhalt der Reformen würden von oben, von Mohammed Bin Salman, vorgegeben. Ihm geht es dabei auch um die langfristige Machtsicherung des Königshauses. Saudi-Arabien ist eine absolutistische Erbmonarchie, freie Meinungsäußerung ist nicht möglich. Bisher garantierten die Öleinnahmen vielen Saudis ein angenehmes Leben in Wohlstand, im Gegenzug wurde der Herrschaftsanspruch der Königsfamilie nicht in Frage gestellt. Damit dies in Zukunft so bleibt versucht Mohammed Bin Salman die Wirtschaft breiter aufzustellen. Immense Investitionen in die Unterhaltungsindustrie sollen – gemeinsam mit den gesellschaftlichen Liberalisierungen – seine junge Bevölkerung bei Laune halten. Das alles gehört genauso zu seiner «Vision 2030» wie der Bau futuristischer Städte mitten in der Wüste und weitere fantastische Großprojekte. All das ist bisher erst ein Versprechen für eine glänzende Zukunft, und für das Königshaus auch eine große Wette. Geht sie auf, so soll die Erbmonarchie noch lange Zeit weiterbestehen. Im Gegenzug soll die Bevölkerung weiterhin am wirtschaftlichen Reichtum teilhaben können. «International» SRF.ch

Schweiz – Die **Arbeitslosenquote** in der Schweiz verharrt bei rund 2 Prozent.

- Ab **4200 Franken pro Monat**. Hohe Löhne sollen unbeliebte Lehrstellen attraktiv machen.
- Zu Beginn des Ukraine-Kriegs haben viele Familien **Flüchtlinge** aufgenommen. Das ist vorbei, wie Recherchen zeigen.
- Das Kernforschungsinstitut Cern (home.cern/) in Genf hat unter Anwesenheit von Bundespräsident Alain Berset ein neues Besucherzentrum eröffnet. Mit dem Science Gateway (Portal der Wissenschaft) soll laut Cern Neugier geweckt und kritisches Denken gefördert werden. Das Cern kann künftig statt 125'000 **bis zu einer halben Million Besucher** im Jahr empfangen. Das Gebäude besteht aus überdimensionalen begehbaren Röhren, die mit einer gläsernen Brücke über eine Straße verbunden sind. Die Röhren erinnern an die größte Forschungsmaschine der Welt, die an derselben Stelle 100 Meter unter der Erde liegt: den 27 Kilometer langen ringförmigen Teilchenbeschleuniger, mit der das Cern das Universum erforscht. Der Teilchenbeschleuniger simuliert die Zeit kurz nach dem Urknall – also die Geburtsstunde des Universums vor fast 14 Milliarden Jahren. Forschende suchen nach den grundlegenden Gesetzen des Universums. Dazu werden praktisch mit Lichtgeschwindigkeit Protonenstrahlen zur Kollision gebracht, um Zerfallsprozesse zu beobachten. Allein für 2022 betrug das Budget ca. 1'500 Mio. Franken. Die Geschichte des CERN begann 1954.

- Am 8. Oktober stieg die Temperatur an verschiedenen Orten über die Sommermarke von 25 Grad. Im Tessin gab es sogar **29.4 Grad**.
- Neuer Schädling im Tessin: Palmen müssen gefällt werden. Zum ersten Mal wurde die Palmenmotte im Tessin nachgewiesen. Es gibt Hinweise, dass sie lange unentdeckt blieb. SRF.ch
- Berichten zufolge sind die Schweizer Behörden bereit, **jedem ukrainischen Flüchtling 4'000 US-Dollar** zu zahlen, wenn er sich bereit erklärt, nach Hause zurückzukehren. SWI.ch

Spanien – Polen und Ungarn tragen eine **gemeinsame Migrationspolitik der EU** weiterhin nicht mit. Beim informellen EU-Gipfel in Granada lehnten sie eine gemeinsame Erklärung ab. Rechtlich hat das keine Bedeutung. Eine Asylreform wurde auf EU-Ebene schon mit Mehrheit angenommen. Sie muss jetzt noch mit dem EU-Parlament verhandelt werden. Vorgesehen sind unter anderem Mittelkürzungen für Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen. Polens Regierungschef Morawiecki sprach in Granada von einem „Diktat aus Brüssel und Berlin“. RBB.de

Tschetschenien – Der **Begriff «Kadyrowzy»** bezeichnet Kadyrows Gefolgsleute in allen Gesellschaftsbereichen: nicht nur Kämpfer, sondern auch Duma-Abgeordnete, Unternehmer oder Geistliche. Über alle diese Zweige versucht sich Къадар Ахьмат-клант Рамзан Ramsan Kadyrow (47) als einflussreicher Staatsmann zu positionieren. So stellt Kadyrow sich und das muslimische Tschetschenien als Fürsprecher aller Muslime in Russland dar. In den letzten Jahren unternahm er mehrere Reisen in den Nahen Osten, um dort angeblich russische Interessen zu vertreten. In zwei Kriegen in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren legte die russische Armee die Städte der Teilrepublik in Schutt und Asche, weil sich Tschetschenien von Russland abspalten wollte. Ramsan Kadyrows Vater, Achmat Kadyrow, kämpfte zunächst gegen die Russen, lief aber später zu ihnen über und wurde nach dem Krieg von Moskau als Oberhaupt Tschetscheniens eingesetzt. 2004 fiel Achmat einem Attentat zum Opfer, kurze Zeit später übernahm sein Sohn. Das von Ramsan Kadyrow regierte Tschetschenien ist weitgehend autonom, bleibt aber dem Kreml treu und wird von ihm durchfinanziert. SRF.ch

Türkei – Die Türkei fliegt weiter Luftangriffe gegen Kurdenmilizen in Nordsyrien – als Reaktion auf den Anschlag in Ankara vor einer Woche. RBB.de

Ukraine – Die tief verwurzelte und weit **verbreitete Korruption** bedeute, dass die Ukraine in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein werde, der Europäischen Union beizutreten, sagte der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker (68). Darüber hinaus berichtete Politico Anfang dieser Woche, dass die US-Regierung Druck auf Kiew ausübt, Bestechung wirksamer zu bekämpfen. RT.ru

Ungarn – Die EU-Finanzaufsichtsbehörde hat gewarnt, dass die **Ukraine nicht in der Lage sein wird, ihre Kredite zurückzuzahlen**, was möglicherweise zu einer Erhöhung der Schulden des Blocks um Dutzende Milliarden Euro führen könnte. Nachdem die EU Kiew im vergangenen Jahr 34 Milliarden Euro geliehen hat, bietet sie ihr weitere 50 Milliarden Euro an Zuschüssen und Krediten an. In einem am Donnerstag veröffentlichten Bericht über den EU-Haushalt 2022 stellte der Europäische Rechnungshof fest, dass das Risiko künftiger finanzieller Verluste der Union von 204,9 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf 248,3 Milliarden Euro bis Ende letzten Jahres gestiegen ist. „Ein Teil des Anstiegs ist auf die Finanzhilfe der EU für die Ukraine zurückzuführen.“ Trotz der Gefahr, dass die Ukraine ihre Schulden nicht zurückzahlen kann, arbeitet die Europäische Kommission derzeit an einem weiteren Hilfspaket für die Ukraine im Wert von 50 Milliarden Euro. Die Pläne der Kommission stießen auf heftigen Widerstand Ungarns, dessen Regierung ebenfalls ein Veto gegen die Lieferung eines 500-Millionen-Euro-Rüstungspakets für Kiew eingelegt hat. Letzte Woche schlug Ungarn vor, die 50 Milliarden Euro in zwei Raten aufzuteilen, wobei die zweite Hälfte nach einer Neubewertung des Bedarfs der Ukraine freigegeben werden sollte.

- Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó (44) machte auf die **Flüchtlingskrise** in Genf aufmerksam: „Die Tatsache, dass einige Migranten und Menschenhändler kürzlich automatische Waffen nicht nur aufeinander, sondern auch auf ungarische Grenzschutzbeamte abgefeuert haben, schafft eine völlig neue Situation und daher die.“ Die internationale Gemeinschaft sollte sich darauf konzentrieren, die Grundursachen der illegalen Einwanderung anzugehen, anstatt sie zu fördern.“ Bei einer Podiumsdiskussion der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sagte der Minister, dass Ungarn derzeit auf der aktivsten Einwanderungsrouten in Europa liege und daher einem starken Migrationsdruck ausgesetzt sei. Er betonte, dass im vergangenen Jahr in Ungarn rund 275'000 illegale Grenzübertritte registriert wurden, in diesem Jahr bisher 155'000. KR.hu

USA – Die US-Raumfahrtbehörde habe nicht die Absicht, die **Zusammenarbeit mit Russland** bei bemannten Expeditionen zur Internationalen Raumstation (ISS) zu kürzen, sagte Sean Fuller, ein hochrangiger NASA-Beamter. Laut Fuller macht die Möglichkeit, die Raumschiffe des anderen zu nutzen, die Erkundung für alle sicherer. TAss.ru

- Neue, umfangreiche Untersuchungen zu Fußabdrücken, die 2021 in New Mexico entdeckt wurden, haben bestätigt, dass sich Menschen möglicherweise Tausende von Jahren früher als angenommen in Nordamerika niedergelassen haben. Die Wissenschaftler, die die Fußabdrücke vor zwei Jahren entdeckten, schätzten sofort, dass die Spuren mehr als 20'000 Jahre alt seien. Für die umfassendere Analyse, die diese Woche in der Fachzeitschrift Science veröffentlicht wurde, wurden Nadelbaumpollen analysiert. Daraus ergab sich ein **Alter zwischen 21'000 und 23'000 Jahren**. Das war während der letzten großen Eiszeit. Es wurden auch Quarzproben analysiert, die mindestens 21'500 Jahre alt waren. NOS.nl

- Rund **1'000 Vögel** sind binnen einer Nacht gegen die Fenster eines Kongresszentrums in Chicago geprallt und verendet. Das sei die höchste dokumentierte Zahl in den vergangenen 40 Jahren. Es ereignen sich solche Tragödien jedes Jahr, insbesondere während der Herbst- und Frühjahrsmigration der Zugvögel. ORF.at
- Es **stieg das Volumen der aus Russland importierten Produkte** im August um 56,4 Millionen US-Dollar und belief sich auf 298,1 Millionen US-Dollar. Die Zahl ist jedoch deutlich niedriger als im Februar, als die Importe 642,8 Millionen US-Dollar erreichten – ein Höchstwert für 2023. Unterdessen sind die US-Exporte nach Russland weiter zurückgegangen und fielen von 35,6 Millionen US-Dollar im Juli auf 32,1 Millionen US-Dollar im August. VESTI.ru
- Berichten zufolge plant US-Präsident Joe Biden einen potenziellen „einmaligen“ Hilfsantrag für die Ukraine, der so groß wäre, dass er erst nach der Wahl 2024 weitere Finanzierungsgenehmigungen vom Kongress einholen müsste, berichtete The Telegraph am Samstag. Der neue **Hilfsantrag könnte 100 Milliarden US-Dollar betragen**, genug, um anhaltende Kontroversen um die Gesetzgebung zu vermeiden, die Bidens Wiederwahl im nächsten Jahr behindern könnten, sagte die britische Zeitung unter Berufung auf Personen, die mit den Diskussionen im Weißen Haus vertraut sind. BBC.uk
- US-Verteidigungsminister Lloyd Austin (70) gab letzte Woche bekannt, dass er amerikanischen Militärschiffen, darunter einem Flugzeugträger und weiteren Flugzeugen, befohlen habe, näher an das östliche Mittelmeer heranzurücken. Zur **Uss Gerald R. Ford Carrier Strike Group** gehören der Flugzeugträger Uss Gerald R. Ford, (Indienststellung 2017, Verdrängung 101'600 Tonnen, Länge 337 m, Breite des Flugdecks: 78 m, Wasserlinie: 41 m, Tiefgang 12 m, Besatzung 5'000, Maschinenleistung mit 2 Kernreaktoren, Geschwindigkeit über 30 Knoten (56 km/h), Bewaffnung 2x RIM-162 EssM, 2x RIM-116 RAM, 2x Phalanx, 4x Browning M2, 75 Flugzeuge und Hubschrauber.), das größte Kriegsschiff der Welt, sowie der Lenkwaffenkreuzer Uss Normandy der Ticonderoga-Klasse und vier Lenkwaffenzerstörer der Arleigh-Burke-Klasse — Uss Thomas Hudner, Uss Ramage, Uss Carney und Uss Roosevelt. Austin kündigte außerdem Schritte zur Verstärkung der Kampfflugzeugstaffeln der US-Luftwaffe in der Region an. USAF-Flugzeuge fliegen zu Stützpunkten im Nahen Osten, wo sie für **Einsätze gegen den Iran** zur Verfügung stehen. Lloyd Austin sagte am Sonntag, Washington werde auch Munition und andere militärische Ausrüstung an die israelischen Streitkräfte (IDF) liefern. [VOA.us](https://www.voanews.com)

Vatikan – Papst Franziskus hat erneut ein hohes Amt in der Römischen Kurie, der Leitung der katholischen Kirche im Vatikan, mit einer Frau besetzt. Er ernannte laut Kathpress am Wochenende die Ordensschwester **Simona Brambilla** (58) zur Sekretärin in der Vatikanbehörde für die Institute des geweihten Lebens und die Gesellschaften des apostolischen Lebens. Diese nimmt damit in diesem für die Belange der Ordensgemeinschaften zuständigen Bereich die zweithöchste Position ein. ORF.at

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 12.10.2023

Dänemark. Ozempic ist ein Medikament, das eigentlich für Patienten mit Diabetes Typ 2 gedacht ist. Es erleichtert ihnen das Leben stark, da sie auf das Spritzen von Insulin verzichten können. Doch wer das Mittel des dänischen Konzerns Novo Nordisk (novonordisk.com/) nimmt, verliert auch bis zu 15 Prozent an Gewicht. In den sozialen Medien ist deshalb ein Hype um **Ozempic** entstanden. Die Folge: Die Verfügbarkeit von Ozempic ist zurzeit limitiert. SRF.ch

BR Deutschland. Der Park von **Schloss Sanssouci** soll auch in Zukunft keinen Eintritt kosten. Die Stadtverordnetenversammlung in Potsdam stimmte dafür, in den kommenden fünf Jahren jeweils 800'000 Euro Zuschuss für die Pflege des Parks zu zahlen. Unter diesen Bedingungen will die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten auf ein Eintrittsgeld verzichten.

- CDU und SPD in Berlin haben sich darauf geeinigt, das **Polizeigesetz zu verschärfen**. Der Gesetzentwurf liegt der Deutschen Presse-Agentur vor. Danach ist beispielsweise geplant, Einsätze verstärkt zu filmen. Dafür sollen Polizisten und Feuerwehrleute sowie Streifenwagen mit Kameras ausgestattet werden. Auch Elektroschockpistolen, sogenannte Taser, sollen häufiger genutzt werden können. Bisher werden sie nur von einigen Polizisten getestet. Der Gesetzentwurf enthält auch einen Passus zum sogenannten Präventivgewahrsam. Bisher durften Menschen höchstens zwei Tage eingesperrt werden, wenn damit zu rechnen war, dass sie schwere Straftaten begehen. Künftig sollen bis zu fünf Tage möglich sein – im Fall von mutmaßlichen Terroristen bis zu sieben Tage.
- Nach einem Einbruch in einen Tresorraum im Berliner Bezirk Charlottenburg stehen ab letzter Woche Vormittag fünf Männer vor dem Berliner Landgericht. Den Männern werden Diebstahl und Brandstiftung vorgeworfen. Für den Prozess gelten erhöhte Sicherheitsvorkehrungen, weil drei der Täter dem Clan-Milieu zugerechnet werden. Bei der Tat im vergangenen November wurden zig Schließfächer aufgebrochen und Luxusuhren, Schmuck, Edelmetall sowie Wertpapiere gestohlen. Die Staatsanwaltschaft geht von einer Beute im Wert von rund 49 Millionen Euro aus.
- Der stillgelegte **Flughafen Tempelhof** feiert sein 100-jähriges Bestehen. Es gab es zahlreiche Konzerte, Lesungen, Kunstausstellungen, wie die Tempelhof Projekt Gesellschaft mitteilte. Zudem werden Führungen über das Gelände und durch das Gebäude angeboten. Eröffnet wird die Jubiläumsveranstaltung vom Regierenden Bürgermeister Wegner. Die ersten beiden Flugzeuge hoben am 8. Oktober 1923 vom Tempelhofer Flugfeld ab. Den Flughafen in seiner heutigen Form gibt es erst seit den 1930er Jahren. Seit 2008 wird das Gelände für Freizeitaktivitäten genutzt. RBB.de

In der **Europäischen Union** haben Diskussionen über eine **weitere Erweiterung** begonnen. Die Ukraine, Moldawien, Georgien und sechs Länder des Westbalkans möchten beitreten. Wenn es nach den Niederlanden geht, wird die Ukraine im Jahr 2030 nicht der Europäischen Union beitreten. „Ich bin mit diesem Datum überhaupt nicht einverstanden“, sagte Premierminister Rutte zu Beginn des Gipfeltreffens der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG). „Es geht nicht darum, **wann** die Länder bereit sind, sondern darum, **ob** die Länder bereit sind.“ NOS.nl

Großbritannien. Ausgerechnet in Manchester hat Premierminister Rishi Sunak den Bau einer **Hochgeschwindigkeitsstrecke** in die nordenglische Stadt beerdigt. Die Kosten für

die geplante Schienenverbindung von Manchester in die mittelenglische Millionenstadt Birmingham sowie der Zeitplan seien außer Kontrolle, sagte der britische Regierungschef auf der Jahrestagung seiner Konservativen Partei in Manchester. Wir müssen 36 Milliarden Pfund (32.4 Mrd. Franken) für den Ausbau von Straßen, Bussen und Regionalbahnen einsparen. Der sozialdemokratische Bürgermeister der Region Manchester, Andy Burnham, warf der konservativen Regierung vor, die Menschen im wirtschaftlich abgehängten Norden Englands als «Bürger zweiter Klasse» zu behandeln. 30 Unternehmen aus der Region warnten Sunak vor «wirtschaftlicher Selbstsabotage». High-Speed 2 (HS2) galt als wichtigstes Infrastrukturprojekt für Nordengland. Ursprünglich war die Eröffnung für 2026 geplant. Doch der Zeitplan ist um Jahre verzögert. Die geschätzten Kosten waren bereits 2019 von rund 33 Milliarden auf 71 Milliarden Pfund gestiegen. SRF.ch

- Ein 21-jähriger Brite ist zu neun Jahren Haft verurteilt worden, weil er geplant hatte, Königin Elisabeth am Weihnachtstag 2021 zu töten. Jaswant Singh Chail wurde vom Gericht in London verurteilt. NOS.nl

Italien. Das Auswärtige Amt hat bestätigt, dass Deutsche unter den Opfern des schweren **Busunglücks in Venedig** sind. Nähere Angaben wurden aber noch nicht gemacht. Der Shuttle-Bus mit Touristen war gestern Abend bei der Rückfahrt aus Venedig von einer Brücke gestürzt und in Flammen aufgegangen. Mindestens 21 Menschen starben. Der Unfallhergang ist unklar. Der Staatsanwalt von Venedig sagte, von den 15 Verletzten könnten nur wenige sprechen. Auch die Identifizierung der Opfer sei schwierig. RBB.de

Japan. Ein **Erdbeben** der Stärke 6.6 hat die südlich von Tokio gelegene Inselkette Izu erschüttert. SRF.ch

Niederlande. „Ich war nie ein Nazi“, erklärte **Prinz Bernhard** kurz vor seinem Tod. Das könne er mit der Hand auf der Bibel versprechen, sagte der Prinz entschieden in einem Interview mit der Volkskrant. Er hätte keine Parteibeiträge gezahlt und wäre nicht im Besitz eines Mitgliedsausweises gewesen. Jetzt wurde sein originaler NSDAP-Mitgliedsausweis #2583009 gefunden. Damit ist schlüssig bewiesen, dass er in den 1930er Jahren Mitglied der NSDAP Adolf Hitlers war. Historiker zweifelten daran nach mehreren Entdeckungen nicht mehr. Dennoch leugnete der in Deutschland aufgewachsene Bernhard bis zu seinem Tod im Jahr 2004 seine Vergangenheit. NOS.nl

Pakistan. Alle illegalen Einwanderer müssen diesen Monat **das Land verlassen**. Pakistan ist ein wichtiges Ziel für afghanische Flüchtlinge. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren in den letzten Monaten angespannt. NOS.nl

Russland – Präsident Wladimir Putin hat am Mittwoch erklärt, dass es auch in Europa Menschen gibt, die sich an traditionelle Werte halten. Daher habe Russland im Westen **viele Freunde**, die man zusammenbringen müsse, statt sie zu teilen. Die Internationale Olympiade für Finanzsicherheit findet seit 2020 statt. Als Durchführungsort wird das föderale Territorium Sirius bei der Stadt Sotschi im Süden Russlands gewählt. Die Olympiade wurde vom Präsidenten Putin gestiftet und wird jedes Jahr auf seiner Anordnung veranstaltet. VESTI.ru

- Der Kreml-Chef stellte gestern beim politischen **Waldai-Forum** in der russischen Schwarzmeer-Stadt Sotschi die russische Offensive in der Ukraine in den Zusammenhang mit einer „Hegemonie“ des Westens. „Wir stehen im Wesentlichen vor der Aufgabe, eine neue Welt zu errichten“, sagte Putin. Der Waldai-Klub (Международный дискуссионный клуб), ist die Bezeichnung für ein seit 2004 jährlich im Herbst in Russland stattfindendes Treffen von Journalisten, Politikern, Experten, Wissenschaftlern und Personen des

öffentlichen Lebens aus Russland und anderen Ländern. Die Plenartagungen beschäftigen sich mit der Politik Russlands, wobei jedes Jahr ein anderes Thema in den Mittelpunkt gestellt wird. ORF.at

Schweden – Der **Nobelpreis für Chemie** geht in diesem Jahr an die drei in den USA tätigen Forscher Mounji G. Bawendi, Louis E. Brus und Alexei I. Ekimov. Geehrt werden sie für ihre Forschung zu Quantenpunkten, wie die Königlich Schwedische Akademie bekannt gegeben hat. Die Namen der drei Preisträger standen bereits mehrere Stunden vor der Bekanntgabe versehentlich in einer Mitteilung, die am Morgen an schwedische Medien verschickt worden war. Mounji Bawendi, Louis Brus und Alexei Ekimov haben laut der Akademie in den 80er und 90er Jahren wichtige Grundlagen für diesen Bereich der Nanotechnologie geschaffen. Quantenpunkte werden unter anderem in modernen Bildschirmen, LED-Lampen und auch in der Tumorchirurgie verwendet. Konkret handelt es sich um Nanopartikel, die so klein sind, dass ihre Größe ihre Eigenschaften bestimmt. Die auch künstliche Atome genannten Strukturen haben sehr einzigartige physikalische Eigenschaften. Sie sind für den Einsatz in der sogenannten Optoelektronik interessant, beispielsweise in Displays, Fotovoltaikanlagen und in Quantencomputern. Eine Besonderheit ist grob gesagt, dass sich Elektronen innerhalb der Quantenpunkte nur sehr eingeschränkt bewegen können. Dadurch erst werden viele Eigenschaften der Quantenpunkte abhängig von ihrer Größe. Das macht die Strukturen zum idealen System, um grundlegende quantenmechanische Effekte zu erforschen. Die renommierteste Auszeichnung für Chemiker ist in diesem Jahr mit insgesamt elf Millionen Schwedischen Kronen (rund 917'000 Schweizer Franken) dotiert. Die feierliche Übergabe der Preise findet traditionsgemäß am 10. Dezember statt, dem Todestag des Stifters Alfred Nobel. SRF.ch
Der russische Physiker Aleksey Ekimov (78) und zwei amerikanische und französische Forscher haben für ihre Entdeckung winziger Atomcluster, sogenannte Quantenpunkte, den Nobelpreis für Chemie 2023 gewonnen. Jahrzehnte nach dem Durchbruch sind diese „Quantenpunkte“ heute in den modernsten Fernseh Bildschirmen und medizinischen Geräten zu finden. VESTI.ru

- Jon Fosse (64) zeigt die Tragik der menschlichen Existenz. Den **Literaturnobelpreis** erhält in diesem Jahr Jon Fosse – ein langer Anwärter auf den Preis. Der Norweger schreibt stille, tief-traurige Theaterstücke und Romane. Die Trostlosigkeit des Lebens fasst er in Worte. SRF.ch

Schweiz – Wahlen 2023. **KI gibt Falschinformationen** zu Schweizer Wahlen. Veraltete Wahllisten, erfundene Skandale: Eine neue Untersuchung zeigt, wie KI-Sprachmodelle die Demokratie gefährden.

- Viele **mehrsprachige Menschen** switchen mit jeder Sprache in ein anderes «Ich».
- Schwyzer Kantonspolizei rückte wegen **AfD-Chefin Alice Weidel** aus. Die AfD-Chefin Alice Weidel hat einen Auftritt bei einer Kundgebung ihrer Partei aus Sicherheitsgründen abgesagt. Weidel und ihre Familie wurden von Sicherheitsbehörden an einen sicheren Ort gebracht. Alice Weidels Partnerin wohnt bekannterweise in der Schweiz in Einsiedeln (SZ).
- Die Fremdenpolizei der Stadt Bern ist seit vier Monaten in ihrer Arbeit eingeschränkt. Schuld ist der Hackerangriff auf die Berner Softwarefirma Xplain. Seither ist die App «enexS Mobile» – das Herzstück der Alltagsarbeit der Fremdenpolizei – nicht mehr einsetzbar.
- Bisher war die Traditionsmarke Sandoz Teil des Großkonzerns Novartis. Ab heute geht **Sandoz eigene Wege**, und die Aktien werden an der Schweizer Börse gehandelt. Wirtschaftsredaktorin Lucia Theiler mit den Antworten zu den wichtigsten Fragen. Sandoz passt nicht mehr zur Strategie des Konzerns. Novartis will sich fokussieren auf das Geschäft mit patentgeschützten, teureren Medikamenten gegen spezielle Krankheiten oder Krebs. Sandoz stellt Generika und Biosimilars her. Das sind Nachahmerprodukte, bei denen der Patentschutz abgelaufen ist. Die Margen sind kleiner. Die Geschäftsfelder von Novartis und Sandoz sind also völlig verschieden. Mit der Fokussierung auf das Kerngeschäft hat

Seite E 89 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Novartis bereits vor einigen Jahren begonnen. So wurde zum Beispiel 2019 die Augensparte Alcon eigenständig an die Börse gebracht.

- In über einem Drittel der Haushalte lebt nur eine Person. In der Schweiz lebten 2022 mehr Menschen alleine als noch vor rund 30 Jahren – und zwar mehr als drei Mal so viele.
- Chur hat eine der größten offenen Drogenszenen der Schweiz. Jetzt wurde ein Gebäude für einen Konsumraum gefunden.
- «Einmal Sex mit Potenzmittel zu haben, kostet 20 Franken». SRF.ch

Serbien – Einen Tag nach seiner Festnahme in Belgrad ist **Milan Radoičić** (45) wieder freigelassen worden. Er war der Initiator des jüngsten Überfalls serbischer Paramilitärs auf kosovarische Polizisten. Ein Untersuchungsrichter am obersten Gericht in Belgrad lehnte einen Antrag der Staatsanwaltschaft auf 30 Tage Untersuchungshaft ab, wie serbische Medien berichteten. Allerdings darf der Kosovo-serbische Geschäftsmann und Politiker weder Serbien noch seinen Wohnort verlassen, nicht in das Kosovo reisen und muss sich jeweils Anfang und Mitte eines Monats bei der Polizei melden. Sein Reisepass sei beschlagnahmt worden. SRF.ch

Slowenien – Das AKW Krško wird **präventiv abgeschaltet**. Das Kernkraftwerk wurde in den 1970er Jahren im damaligen Jugoslawien erbaut und gehört jeweils zur Hälfte Kroatien und Slowenien. Das Kraftwerk hat eine elektrische Nettoleistung von 696 MW. Krško liegt in Slowenien, Luftlinie etwa 80 km von der österreichischen Grenze, 40 km westlich von Zagreb und 260 km südlich von Wien. ORF.at

Spanien. Vertreter von rund 50 Ländern beraten heute in Granada über die **politischen Krisen in Europa**. Eingeladen sind die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten aber auch aus Ländern wie Grossbritannien, der Türkei oder der Kaukasus-Staaten. Es ist der dritte Gipfel der „Europäischen Politischen Gemeinschaft“, einer informellen Gesprächsplattform. Eines der Themen heute sind die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine. Es soll aber auch um die Konflikte auf dem Balkan und dem Kaukasus gehen. Am Rande des Treffens sollte eigentlich im Militärkonflikt um Bergkarabach vermittelt werden. Der aserbaidshische Präsident Alijew hat aber kurzfristig abgesagt. RBB.de

Südafrika. Im Krüger-Nationalpark ist der **Mensch das furchterregendste Tier** überhaupt. Forscher haben herausgefunden, dass Säugetiere im Park in Südafrika eher vor menschlichen Stimmen als vor Raubtieren fliehen. NOS.nl

Syrien. Drohnenangriff auf Homs. Mehr als **100 Tote nach Angriff** auf Militärakademie in Syrien. Absolventen einer Militärakademie in Syrien feierten ihren Abschluss, als eine Drohne angriff. Der IS, Israel? Der Angriff ereignete sich kurz nachdem der syrische Verteidigungsminister den Komplex verlassen hatte. SRF.ch

- USA schießen türkische Drohne in Syrien ab. ORF.at

Taiwan. Mindestens 190 Verletzte durch **Taifun „Koinu“** auf Taiwan. SRF.ch

Tschechien. Es wurde ein 36-jähriger Flüchtling aus der Region Odessa in der Ukraine in der Tschechischen Republik festgenommen, nachdem er einen pyrotechnischen Gegenstand in seiner Frau gezündet hatte. Ihm wird vorgeworfen, seine Frau verprügelt und anschließend einen **Feuerwerkskörper in ihren Intimbereich** eingeführt zu haben, wo dieser explodierte und ihr schwere Verletzungen zufügte. RŽ.cz

Ukraine. Seit der US-Kongress das Finanzierungsgesetz ohne neue Gelder für Kiew verabschiedet hat, steht das westliche System der Überlebenshilfe für den ukrainischen Staat auf der Kippe. Wie eine Studie nun aufzeigt, könnte **ein EU-Beitritt das Problem**

mittelfristig lösen – auf Kosten der bisherigen Mitglieder. Laut einem Bericht der US-Zeitung The Wall Street Journal (WSJ) zahlen die US-Bürger mit ihren Steuern die Gehälter von rund 150'000 ukrainischen Beamten sowie über einer Million Lehrern, Professoren und Schulangestellten. Zudem halten sie staatliche Zuwendungen von der ukrainischen Gesundheitsfürsorge bis zu Wohnbeihilfen am Laufen. Kiew blieben noch andere Geldquellen, falls die USA als Geldgeber tatsächlich ausfallen sollten. Ein weniger bekannter Geldstrom erreicht Kiew etwa vonseiten der Weltbank, die mit ihrem „Peace“-Programm (Öffentliche Ausgaben für die Aufrechterhaltung der Verwaltungskapazität) der Ukraine 23,4 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt hat, von denen 20,2 Milliarden US-Dollar von den USA und 2 Milliarden US-Dollar von Grossbritannien finanziert wurden. Hinzu kommen die Zahlungen der Europäische Union, die bei der zivilen Unterstützung ein noch größerer Geber ist als die USA. Laut den Berechnungen würde Kiew von dem EU-Beitritt ungemein profitieren, da er laut den Schätzungen der Ukraine über einen Zeitraum von sieben Jahren rund **186 Milliarden Euro einbringen** würde. In der Folge müssten viele bestehende Mitgliedstaaten erstmals zu Nettozahlern werden. Die Auswirkungen der Ukraine auf das System der Agrarsubventionen in der EU wären besonders groß. Mit 41,1 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche würde die Ukraine zum **größten Empfänger von Agrarsubventionen**. Nach den derzeitigen Regeln hätte Kiew über einen Zeitraum von sieben Jahren Anspruch auf 96,5 Milliarden Euro aus der EU-Agrarpolitik. Diese finanzielle Umschichtung würde der Studie zufolge zu Kürzungen der Agrarsubventionen für die derzeitigen Mitgliedstaaten in Höhe von etwa 20 Prozent führen. Außerdem hätte die Ukraine Anspruch auf 61 Milliarden Euro aus dem EU-Kohäsionsfonds, mit dem die Infrastruktur in ärmeren Mitgliedstaaten verbessert werden soll. VESTI.ru

- **Dunkle Wolken am Horizont: Kiew bangt um westliche Unterstützung.** SRF.ch

UNO. 43 Millionen **Minderjährige** flüchteten wegen Extremwetter. Nach einem UNO-Bericht mussten zwischen 2016 und 2021 Millionen Minderjährige vor extremen Wetterbedingungen fliehen. SRF.ch

Uruguay. Die Fußball-**Weltmeisterschaft 2030** findet in sechs Ländern statt. Los geht es in Uruguay, Argentinien und Paraguay. Danach richten Marokko, Spanien und Portugal einen Großteil des Turniers aus. Mit dem Eröffnungsspiel in Uruguay will die FIFA daran erinnern, dass die erste Fußball-Weltmeisterschaft hundert Jahre zuvor auch dort ausgetragen wurde. RBB.de

USA. Abwahl von **Kevin McCarthy**. Ein schwacher Vorsitzender und seine zerstrittene Partei. Dem US-Kongress droht ohne «Speaker» ein Chaos – ausgerechnet in einem Moment, in dem es keine Zeit zu verlieren gilt.

- Elf Menschen gebissen. Bidens Hund «Commander» aus Weißem Haus geschmissen. Der Deutsche Schäferhund habe mehrere Mitarbeiter gebissen, heißt es aus der Residenz des US-Präsidenten. SRF.ch
- Washington hat einen legalen Weg gefunden, beschlagnahmte **iranische Waffen und Munition nach Kiew** zu schicken, berichtete CNN am Mittwoch unter Berufung auf ungenannte US-Beamte. Das Zentralkommando des US-Militärs (CENTCOM) lieferte Anfang dieser Woche bereits eine Million Schuss Munition an die Ukrainer. Die Lieferungen „könnten dazu beitragen, einige der kritischen Engpässe zu lindern, mit denen das ukrainische Militär konfrontiert ist, da es auf mehr Geld und Ausrüstung von den USA und ihren Verbündeten wartet.“ Die beschlagnahmten Gewehre und Granatwerfer waren ursprünglich für den Jemen bestimmt. [CNN.us](https://www.cnn.com)
- Das Wall Street Journal berichtete am Dienstag, dass die ukrainische Regierung unter **Geldmangel** leiden und nicht in der Lage sein könnte, Gehälter zu zahlen, wenn der US-Kongress einer weiteren Finanzspritze in die ukrainische Wirtschaft nicht zustimmt.

Seite E 91 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

- Biden macht **Kehrtwendung**: USA müssen Mauer zu Mexiko doch weiterbauen. Die US-Regierung baut einen neuen Abschnitt der Grenzmauer zu Mexiko. Die Gelder dürfen nicht anders verwendet werden. [KFAR.us](https://www.kfar.us)
- Wieder Abschiebungen nach Venezuela. ORF.at

Vatikan. Diesen Mittwoch beginnt die **Weltsynode der römisch-katholischen Kirche**. Den Kirchengipfel begleiten Proteste von Missbrauchsoffern. Dem Vatikan könnte ein heisser Oktober bevorstehen. Was kann die Versammlung bewirken? Die Synode ist eine gut dreiwöchige Beratungsversammlung der römisch-katholischen Kirche. Sie trifft jedoch keine eigenen Entscheidungen, sondern erarbeitet ein Papier, das sie als Ratschlag dem Papst übergibt. 365 stimmberechtigte Delegierte hat er dazu nominiert. Diese Synode ist eine nächste Etappe gleich mehrerer Gipfel im Vatikan, die über Reformmöglichkeiten berät. Wohlgeachtet: nicht über Reformen, sondern über die Möglichkeit von Reformen. Eigentlich ist diese Weltsynode eine turnusmäßige Bischofsversammlung. 275 Bischöfe aus der ganzen Welt sind eingeladen. Ganz neu dieses Mal: Auch Ordensfrauen, einige Laien und Priester dürfen mitreden und abstimmen. 54 Frauen haben nun das Stimmrecht. SRF.ch

Die **Vereinten Nationen** halten Berichte über eine sich anbahnende wirtschaftliche **Krise Chinas** für übertrieben. „Wir teilen die sehr pessimistischen Prognosen zu China nicht“, sagte die Generalsekretärin der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), Rebeca Grynspan, heute. Peking verfüge im Gegensatz zu vielen anderen Ländern immer noch über einen großen finanzpolitischen Spielraum. ORF.at

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 10.10.2023

Armenien – Armenien tritt dem Internationalen Strafgerichtshof bei, sehr zum Ärger Russlands. NOS.nl

Artsach – Die **Massenflucht** der armenischen Bewohner von Bergkarabach hält unvermindert an: Nach den jüngsten Angaben der Regierung in Eriwan verließen inzwischen mehr als 80 Prozent der 120'000 armenischen Bewohner von Bergkarabach die Region. ORF.at

China – Dringend gesucht: **Seltene Erden und Metalle**. Ohne die wichtigen Metalle gibt es keine Energiewende – und derzeit hat China den Markt praktisch allein in der Hand.

- Konflikt mit Uiguren. Schweiz verzichtet auf EU-Sanktionen gegen China. Der Entscheid fiel bereits im Dezember 2022 und wurde nicht öffentlich kommuniziert. Kritik kommt aus Tibet. SRF.ch

- Chinas Raumfahrtbehörde hat Details zu ihrer nächsten **Reise zum Mond** veröffentlicht und Pläne angekündigt, die Expedition irgendwann im nächsten Jahr zu starten. Die Mission mit dem Namen 嫦娥六号 Chang'e-6 wäre Pekings zweiter Versuch, physische Proben vom natürlichen Erdtrabant zu erhalten. „Der vorab ausgewählte Landeplatz für die Chang'e-6-Mission befindet sich im Südpol-Aitken-Becken auf der anderen Seite des Mondes, mit dem Ziel, Mondproben aus verschiedenen Regionen und Zeitaltern zu entdecken und zu sammeln, um das menschliche Verständnis zu verbessern.“ des Mondes“, sagte die Agentur. CRI.cn

Eswatini – Die Wählerlisten des Landes umfassen über 583'000 Wähler, und die Abgeordneten werden dann in einer beratenden Funktion für König Mswati III. (55) beteiligt sein. Das Königreich Eswatini oder Swasiland, die letzte absolute Monarchie in Afrika, hielt am Freitag dieser Woche **Parlamentswahlen** ab, an denen politische Parteien jedoch nicht teilnehmen dürfen. RFI.fr

Frankreich – Paralympische **Sommerspiele**. Unter neutraler Flagge: Russen und Belarussen in Paris 2024 dabei. Das Internationale Paralympische Komitee stimmt gegen einen Komplettausschluss der Länder bei den Spielen in Paris. SRF.ch

- Die französische Regierung werde sich mit dem Problem des **Bettwanzenbefalls** im öffentlichen Verkehr befassen, kündigte der Verkehrsminister des Landes, Clement Beaune, am Freitag an. RFI.fr

Großbritannien – London will um einen Touristenmagneten reicher werden. Die **Spionagetunnel unter der Stadt**, für die lange die Geheimhaltung galt, sollen nun wieder aktiviert werden, wie nun bekanntwurde. Rund 220 Millionen Pfund (253 Mio. Euro) soll die Revitalisierung kosten und Einblicke in die Spionagegeschichte des Zweiten Weltkrieges geben – eine Spionageerlebniswelt quasi vom Kriegspremier Winston Churchill zu James Bond. SRF.ch

- Die Website **royal.uk** des britischen Königshauses ist durch einen Cyberangriff zeitweise lahmgelegt worden. Wie die dpa in London aus Palastkreisen erfuhr, wurde der Internetauftritt der Royals zum Ziel eines Denial-of-Service-Angriffs, bei dem Anfragen von sehr vielen Computern gleichzeitig an eine Website gesendet werden und diese überfordern. ORF.at

Italien – Italien kritisiert Deutschland wegen Flüchtlingspolitik. „**Scholz blockiert die deutschen Ostgrenzen** für Migranten, erleichtert ihnen aber die Ankunft in Italien, indem er die im zentralen Mittelmeer aktiven NGOs finanziert“, so Crosetto heute auf X. ORF.at

Kosovo – Nach den schweren **Kämpfen zwischen serbischen Paramilitärs und kosovarischen Polizisten** in Nordkosovo verstärkt die Nato die von ihr geführte Kfor-Schutztruppe. Der Nordatlantikrat, das wichtigste Entscheidungsgremium der Organisation, genehmigte die Entsendung zusätzlicher Streitkräfte in das kleine Balkanland, wie das Bündnis in Brüssel mitteilt. Über die Zahl der zusätzlichen Soldaten machte das Bündnis keine Angaben. Die USA zeigen sich derweil besorgt, dass an der Grenze zum Kosovo Serbien einen großen «Militäraufmarsch» stationiert. Nach Informationen der Deutschen Presseagentur könnte die Verstärkung von Grossbritannien gestellt werden. Das Verteidigungsministerium in London hatte erst vor wenigen Monaten mitgeteilt, dass das Vereinigte Königreich noch bis mindestens 2026 einen «entscheidenden Beitrag» zur Schutztruppe leisten wolle. Das heute fast ausschließlich von Albanern bewohnte Kosovo hatte sich 1999 mit Nato-Hilfe von Serbien abgespalten und 2008 für unabhängig erklärt. Mehr als 100 Länder, darunter die Schweiz, erkennen die Unabhängigkeit an. Die Kfor ist seit 1999 für die Gewährleistung der Sicherheit in dem Land zuständig. Derzeit gehören ihr nach jüngsten Angaben etwa 4500 Soldaten aus insgesamt 27 Nato-Ländern und Partnerstaaten an. Die Schweiz nahm zuletzt mit rund 195 Freiwilligen am Kfor-Einsatz teil. Bereits im Mai hatte das Bündnis eine Aufstockung seiner Präsenz in Kosovo um 700 Mann beschlossen. Damit hatte es auf schwere Ausschreitungen serbischer Mobs gegen Kfor-Soldaten in Nordkosovo reagiert. Damals hatten 30 italienische und ungarische Soldaten sowie mehr als 50 Serben Verletzungen erlitten. Die US-Regierung beobachtet nach eigenen Angaben einen «großen» serbischen Militäraufmarsch an der Grenze zum Kosovo. Es beinhaltet ein «beispielloses» Aufgebot von Artillerie und Panzern, sagte der Kommunikationsdirektor des Nationalen Sicherheitsrats, John Kirby, in Washington. «Wir fordern Serbien auf, diese Truppen an der Grenze abzuziehen.» Die US-Regierung sei

besorgt über die Situation und beobachte sie seit etwa einer Woche, sagte Kirby. Er bezeichnete das serbische Militäraufgebot an der Grenze als «destabilisierend». Man dränge die Serben auch über diplomatische Kanäle, die Truppen zurückzuziehen. Der kosovo-serbische Spitzenpolitiker und Geschäftsmann Milan Radoicic hat sich zum Überfall am vergangenen Sonntag bekannt. «Ich habe mich zu dieser Tat entschieden, weil alle bisher angewandten Widerstandsmethoden keine Verbesserung des Lebens des serbischen Volkes (in Kosovo) brachten», schrieb er in einer Erklärung, die sein Anwalt am Freitag vor der Presse in Belgrad verlas. Zugleich teilte er darin mit, als Vize-Vorsitzender der Serbischen Liste, der Partei der Kosovo-Serben, zurückzutreten. Wo sich Radoicic derzeit aufhält, ist unbekannt. In seiner Erklärung behauptete Radoicic, die Aktion auf eigene Faust ausgeführt und keine offiziellen Stellen in Serbien darüber informiert zu haben. Die Nato kündigte nach den schweren Kämpfen an, die von ihr geführte Kfor-Schutztruppe zu verstärken.

• Das Scheitern der westlichen Diplomatie. Die EU und die USA sind mit ihrem bisherigen Kurs gegenüber Serbien mitverantwortlich für die **Eskalation in Kosovo**. SRF.ch

Malediven – Auf den Malediven wird ein **neuer Präsident** gewählt. Knapp 283'000 Menschen entscheiden heute in einer Stichwahl zwischen dem bisherigen proindischen Präsidenten und einem prochinesischen Herausforderer. Die Malediven waren traditionell eher unter dem Einflussgebiet Indiens. Aber auch China möchte Zugang zu der strategisch wichtigen Region. Der China-orientierte مُحَمَّدُ مُيُزُّو محمد Muizzu (45) hat die Stichwahl auf den Malediven laut der Wahlkommission gewonnen. SRF.ch

Niederlande – Die Niederlande haben Europas größtes Erdgasfeld nach jahrelangen Protesten geschlossen. Die Produktion soll im kommenden Winter nur im Fall extremer Kälte noch einmal aufgenommen werden. Anwohner haben seit Jahren **über Erdbeben geklagt**, die direkt auf die Ausbeutung der Vorkommen zurückgeführt werden. Zehntausende Gebäude in der Provinz Groningen wurden dadurch teils schwer beschädigt. RBB.de

Österreich – Bundeskanzler Nehammer verhöhnt arme Menschen. Anlässlich einer Wahlkampf-Ansprache in einer Weinhandlung in der Salzburger Kleinstadt Hallein vom 26. Juli hat der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer Kindern armer Eltern empfohlen, sich in Fastfood-Restaurants zu verpflegen. «Die billigste warme Mahlzeit in Österreich ist zwar nicht gesund, aber sie ist billig», sagt Nehammer in einem Videomitschnitt der Veranstaltung, der in diesen Tagen in die sozialen Medien gelangt ist und seither durch die Decke geht. Ein Hamburger kostet 1.40 Euro, mit Pommes 3.50 Euro. Und da soll es Eltern geben, die sich das nicht leisten können. Aber nicht genug der Häme. Im Anschluss verglich der Kanzler von der konservativen ÖVP den Sozialstaat, der sich um Kinderarmut kümmert, mit dem Kommunismus der ehemaligen DDR. Die Empörung in den Reihen österreichischer Politiker war gross. Der Bundeskanzler argumentierte in seiner Einlassung mit den Zahlen der Teilzeitbeschäftigten. Die wirtschaftliche Situation in Österreich sei gut, so Nehammer. Wenn also die Armut wachsen würde, dann müsste die Zahl der Teilzeitbeschäftigten gleichzeitig zurückgehen, was sie aber nicht tue. Dieses technische Argument verfiel bei Nehammers Kritikern allerdings wenig. Herbert Kickl, Parteichef der rechtsnationalen FPÖ, sagte vielmehr, das Video zeige das wahre Gesicht des Kanzlers: weltfremd, von oben herab und herzlos gegenüber der wahren Not von Kindern. Sein Kollege von der SPÖ, Andreas Babel, nutzte **Nehammers Entgleisung** gar für eine Pressekonferenz. Die Menschen in Österreich hätten einen Kanzler verdient, der sie respektiere und nicht einen, der arme Kinder in den McDonalds schicke, sagte Babel. Auch bei der Bevölkerung zeitigten Nehammers Äußerungen vielerorts Empörung und Spott. In den sozialen Medien kursierte die Analogie von der französischen Königsgattin und gebürtigen Österreicherin Marie-Antoinette und ihrem Ausspruch aus dem 18. Jahrhundert, wonach Leute, die kein Brot zu

essen hätten, doch auch Kuchen essen könnten. Caritas-Chef Michael Landau schrieb wörtlich: «Wer in Österreich sagt, es gäbe niemanden, der hungert oder friert, hat von der Wirklichkeit der Menschen keine Ahnung.» Sich zum Start des Wahlkampfes für die Wahlen im Herbst 2024 den Volkszorn aufzuhalsen, könnte aber durchaus auch Kalkül sein, sagt SRF-Korrespondent Peter Balzli in seiner Analyse. Vor vier Jahren gewann die ÖVP mit Bundeskanzler Sebastian Kurz die Wahl klar. Doch jetzt liege die Partei in Umfragen bloß noch auf dem dritten Platz – hinter Kickls FPÖ und Babels SPÖ –, so Balzli. Die Zustimmungswerte der Regierung seien im Sinken begriffen. In den Umfragen dominiert die rechtskonservative FPÖ, was Nehammer zwingt, am rechten Rand seiner Partei die Wählerschaft bei Laune zu halten. Wie auch immer sich Nehammers Fauxpas auf die Wahlen 2024 auswirken wird: Seiner im Grund christlichen Werten verpflichteten ÖVP hat er sicher keinen Dienst erwiesen.

- Joggerin in Oberösterreich von Hund **totgebissen**. SRF.ch
- Zwei Jahre Haft, davon acht Monate unbedingt, hat am Dienstag das Urteil gegen jenen Mann gelautet, der im Freibad Braunau seine **NS-Tattoos zur Schau gestellt** haben soll.
- Skifahren wird im kommenden Winter empfindlich teurer. Das ergab eine österreichweite Erhebung der APA. Die Preise für Liftkarten werden im Schnitt um sieben bis zehn Prozent angehoben. Am teuersten ist eine Tageskarte am Arlberg in Tirol mit 75 Euro.
- Radfahrerin in Graz **von Lkw überrollt** und getötet. ORF.at

Pakistan – Bei einem Selbstmordanschlag am Freitag bei einer Prozession zum Geburtstag des Propheten Mohammed in der Nähe einer Moschee in der pakistanischen Provinz Belutschistan sind nach Angaben von Beamten und Medien mindestens **52 Menschen gestorben** und Dutzende weitere verletzt worden. Viele der Verletzten befinden sich in einem kritischen Zustand. Man gehe davon aus, dass es sich bei der Explosion im Bezirk Mastung um einen Selbstmordanschlag gehandelt habe, sagte der stellvertretende Kommissar von Mastung, Atta Ul Munim, gegenüber Reportern. Der Beamte behauptete, dass ein hochrangiger Polizist, Mohammad Nawaz, der bei der Explosion ums Leben kam, das Hauptziel des Angriffs gewesen sei. RP.pk

Russland – Laut einem neuen, von Präsident Wladimir Putin unterzeichneten Dekret können ukrainische Staatsbürger nun auch dann nach Russland einreisen, wenn ihr nationaler Reisepass abgelaufen ist. Moskau und Kiew ratifizierten bereits 1997 ein **visumfreies Reiseabkommen**, die Ukraine weigerte sich jedoch, es zu verlängern und ließ es am 1. Januar 2023 auslaufen. Moskau entschied sich jedoch einseitig dafür, ukrainische Staatsangehörige ohne Visum über die Grenze zu lassen. Das vom russischen Staatsoberhaupt genehmigte und am Freitag veröffentlichte Dekret listet auch andere alternative Ausweisformen auf, die als ausreichend für die Einreise gelten. Dazu gehören ein externer Reisepass (für internationale Reisen gedacht), ein Diplomatenpass und ein spezieller Matrosen- oder Pilotenausweis. Kinder unter 16 Jahren können nur mit einer Geburtsurkunde nach Russland einreisen.

• Einem Bericht zufolge hat Russlands Außenamt der Regierung einen Gesetzentwurf zur **Erhöhung der Visagebühren** für Bürger der EU, Islands, Liechtensteins, Norwegens und der Schweiz vorgelegt. Derzeit beträgt die Gebühr für die Beantragung eines Russland-Visums 35 Euro beziehungsweise 70 Euro im Eilverfahren. Der neue Gesetzentwurf würde die Visakosten auf 50 bis 300 US-Dollar (48 bis 290 Euro) erhöhen. Allerdings weist die Behörde darauf hin, dass EU-Bürger zu Tourismuszwecken weiterhin das im August eingeführte E-Visum nutzen können. Dieses kostet derzeit 52 US-Dollar (50 Euro). VESTI.ru

Schweden – Nach Jahren sozialdemokratischer Vormacht will nun die konservative Regierung die **Armee gegen den Bandenkrieg** einsetzen.

• Der an ihn vergebene Physiknobelpreis „gebietet große Demut“, sagte der österreichisch-ungarische **Physiker Ferenc Krausz** (61) am Dienstag. Er dankte seiner Familie und seinen

Lehrern, „von der Volksschule weg bis an die Universität in Ungarn“, die ihn letztlich dazu bewegt hätten, Physik zu seinem Leben zu machen. Krausz würdigte auch die Leistungen seiner Kolaureaten, Anne L'Huillier und Pierre Agostini, sprach aber auch die Leistungen von Paul Corkum von der Universität Ottawa (Kanada) an, der die Auszeichnung – hätte es das Reglement der Nobelpreis-Akademie zugelassen, die die maximale Anzahl von Laureaten auf drei Personen begrenzt – „mit verdient hätte“. Im Vorjahr wurde Krausz für seine Beiträge zur **Attosekundenphysik** gemeinsam mit L'Huillier sowie mit Corkum mit dem renommierten Wolf-Preis in Physik ausgezeichnet. Sie bestehen aus dem Atomkern – der ist schwer, relativ groß, besteht aus positiv geladenen Protonen, gegebenenfalls auch Neutronen. Rund um den trägen Kern schwirren die Elektronen, nein, sie flitzen nur so umher. Und zwar sehr, sehr, sehr schnell. L'Huillier, Agostini und Krausz aber haben es möglich gemacht: Dank ihrer Arbeit kann man zwar nicht die genaue Position, wohl aber die Dynamik von Elektronen in Atomen und Molekülen sichtbar machen. «Stellen Sie sich Elektronen nicht als Punkte oder Teilchen vor. Sondern als Wasser-Wellen. Was wir beobachten können, ist die Dynamik des Wellenkamms». Elektronen bewegen sich extrem schnell, im Zeitraum von Attosekunden. Eine Attosekunde ist ein Milliardstel einer Milliardstelsekunde, oder 0,000.000.000.000.000.001 Sekunden. Vorgänge in diesem Zeithorizont zu beobachten, schien lange unmöglich, weil es keine Laser gab, die so kurze Lichtimpulse erzeugen konnten. SRF.ch

Schweiz – Vor rund 15 Jahren verspricht ein Hirnforscher Großes. Henry Markram, Professor an der ETH Lausanne (EPFL), will **unser Gehirn im Computer nachbauen**. Mit seinem Projekt bewirbt er sich bei der EU um Forschungsgelder von rund einer Milliarde Euro. Und nennt es Human Brain Project. 2009 verkündet Markram in einem Ted Talk, dass die Simulation des menschlichen Gehirns innerhalb von zehn Jahren realistisch sei. Drei Jahre später reicht er ein entsprechendes Projekt bei der EU ein. In den Medien ist von einem «Superhirn» die Rede – aber auch von revolutionären Computertechnologien und Therapien für Hirnerkrankungen. Im Projektplan ist Markram vorsichtiger, mit dem was er verspricht. Insgesamt entsteht dennoch der Eindruck: Hier will jemand das komplette menschliche Hirn simulieren. 2013 erhält Markram gemeinsam mit Hunderten von weiteren Wissenschaftlern den Zuschlag für ein EU-Flagship-Projekt und bis zu einer Milliarde Forschungsgelder. Rund 800 Neurowissenschaftler unterzeichnen einen offenen Brief an die EU. Viele halten den Ansatz, das Gehirn ausgehend von Molekülen und einzelnen Zellen nachzubauen, schlicht für unrealistisch. Stattdessen müsse man vom Verhalten und der Hirnaktivität aus denken, sagte damals Stanislas Dehaene, Direktor der Cognitive Neuroimaging Unit in Paris zum Fachmagazin Nature. Aus der Kritik habe man Lehren gezogen. Man sei auf die Kritik eingegangen und hätte die Hirnfunktionen wieder mehr in den Fokus gerückt, darunter das menschliche Bewusstsein und Gedächtnis. Jetzt endet das Human Brain Project. Nach zehn Jahren Forschung steht die vollständige Simulation des Gehirns noch aus. Nun bleibt abzuwarten, inwiefern die Hirnforschung in Zukunft auf dem Human Brain Project aufbauen kann.

- Bundesrat stellt **100 Millionen Franken für Minenräumung** bereit. Mit dem Geld sollen zivile und landwirtschaftliche Gebiete in der Ukraine entminet und der Wiederaufbau ermöglicht werden.
- Der Missbrauchsskandal in der Kirche sorgt für eine **Flut von Kirchenaustritten**. Seelsorgende fordern Reformen.
- Hohe Zuwanderung. Parmelin: «**Irgendeinmal sagt die Bevölkerung Stopp**». Guy Parmelin warnt vor der Zuwanderung. Er bezweifle, dass es so weiter gehen könne, sagt der SVP-Bundesrat.
- **Kommen im Herbst die chinesischen Touristen wieder?** Menschen aus China besuchen die Schweiz aktuell noch nicht im gleichen Umfang wie vor der Pandemie.

- Ein Bergsteiger ist am Freitagnachmittag am Eiger (ca. 4'000 m) tödlich verunglückt. Der Alpinist sei 1000 Meter in die Tiefe gestürzt, heißt es in der Mitteilung der Kantonspolizei Bern. SRF.ch

Simbabwe – Bei einem **Minenunglück** sind nach Angaben der Regierung 13 Bergleute gestorben. Insgesamt waren 34 Bergleute beim illegalen Goldabbau verschüttet worden, als die stillgelegte Goldmine in Chegutu, etwa 100 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Harare, einstürzte. ORF.at

Slowakei – Robert Fico ['rɔbert 'fitso] ist kein bescheidener Mann. Aber die Deutlichkeit seines Siegs bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in der Slowakei dürften sogar den dreifachen Ex-Regierungschef überrascht haben. **23 Prozent der Stimmen** holt seine linksnationalistische Smer-Partei: Deutlich mehr als alle Umfragen voraussagten und deutlich mehr als die 18 Prozent von Progresivne Slovensko, der liberalen Partei, zu der früher auch Staatspräsidentin Zuzana Caputová gehörte. Fico (59) ist damit ein Comeback gelungen, das kaum jemand für möglich gehalten hätte. Noch vor dreieinhalb Jahren galt der dreimalige Ex-Regierungschef als politisch erledigt. Allerdings wird Robert Fico nicht über die gleiche Machtfülle verfügen wie sein Vorbild Orban. Um eine Regierung zu bilden, muss er nämlich eine Koalition mit mindestens zwei weiteren Parteien bilden. Die Chancen, dass ihm das gelingt, stehen gut. SRF.ch

Spanien – Es war eine Niederlage mit Ansage: Alberto Nuñez Feijóo, der Kandidat der konservativen Volkspartei Partido Popular, ist nicht zum neuen Regierungschef Spaniens gewählt worden. Obwohl seine Partei bei den Wahlen im Juli am meisten Sitze geholt hatte – für eine Mehrheit im Parlament reichte es nicht. Zusammen mit der rechtspopulistischen Partei Vox und zwei einzelnen Stimmen von Regionalparteien kam Feijóo nur auf 172 Stimmen. **So fehlten ihm am Schluss gerade mal vier Stimmen** im spanischen Kongress. Aber auch wenn das rein arithmetisch nach wenig klingt: Politisch sind es Welten, die Alberto Nuñez Feijóo von der Macht trennen.

- Universitätsstadt Murcia. Mindestens 13 Menschen sterben bei Brand in spanischem Nachtclub. Die Flammen sind gegen sechs Uhr morgens in der Disco ausgebrochen. Mindestens vier weitere Menschen wurden verletzt. SRF.ch

Sri Lanka -Teepflücker in Sri Lanka verdienen vergleichsweise schlecht. Durch die hohe Inflation reicht der Lohn oft nicht mehr, um satt zu werden. Das wirft ein schlechtes Licht auf Unternehmen wie die **Rainforest Alliance**, die mit ihrem Gütesiegel faire Arbeitsbedingungen garantieren. Im kühlen Hochland der Ferieninsel Sri Lanka. Eine Teepflückerin steht am Steilhang einer Teeplantage bis zu den Hüften in grün-glänzenden Teepflanzen. Sie stellt sich als ඩාසුකි Vasuki vor. Die Frau pflückt mit flinken Fingern die obersten, noch hellgrünen Blätter ab – und stopft sie, wenn die Hand voll ist, blitzschnell in einen großen Sack auf ihrem Rücken. «Wir müssen mindestens **18 Kilogramm Teeblätter pro Tag** pflücken», sagt Vasuki. Dafür bekomme sie 1000 sri-lankische Rupien. Das sind umgerechnet 2.70 Franken. Wenn sie weniger pflückt, gibt es Abzüge. Die 41-Jährige in löchriger rosa Fleecejacke macht eine kurze Pause und zeigt ihre Handflächen: Sie sind rissig von den harten Teeblättern, die sie Tag für Tag abreißt. Wie Vasuki arbeiten Hunderttausende von Teepflückern in der Teeregion Nuwara Eliya im Hochland Sri Lankas. Die Arbeit in der bilderbuchschönen Umgebung ist hart, meist weiblich und vergleichsweise schlecht bezahlt. Mit der hohen Inflation, die in der schweren Wirtschaftskrise vor einem Jahr zeitweise auf 86 Prozent kletterte, bleibt von dem Wenigen kaum etwas übrig. «Es reicht nicht zum Leben», sagt Vasuki. «Aber was können wir machen?» Eine Studie der sri-lankischen Universität Peradeniya zeigt auf, dass eine Teepflückerin gut 2500 Rupien pro Tag verdienen müsste – und das an mindestens 21 Arbeitstagen pro Monat –, um angesichts der hohen Inflation die Lebenshaltungskosten decken zu können. Das wäre das

Zweieinhalbfache des jetzigen Tageslohns. Vasukis Mann ist Tagelöhner und verdient noch etwas dazu: Und trotzdem ist es nicht genug, um genug Essen für die Eltern und ihre beiden halbwüchsigen Kinder zu kaufen. «Manchmal bin ich hungrig. Und die Kinder sind es auch», sagt Vasuki. Sri Lanka hat die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte hinter sich. Die Allerärmsten, zu denen auch die tamilischen Teeplückerinnen und ihre Familien zählen, leiden besonders unter den Folgen. Die Gewerkschaft habe von den Tee-Unternehmen mehr Geld verlangt, sagt Vasukis Kollegin, die sich als Gelitshmi vorstellt, und ein paar Meter weiter Teeblätter pflückt. Aber die Unternehmen hätten sich geweigert, mehr zu bezahlen. Der stämmige Mann könnte aus einem Kolonialfilm stammen, mit seinen kurzen Hosen und den weißen Gamaschen über geschnürten Lederstiefeln. «Wir können den Pflückerinnen nicht mehr bezahlen, als wir verdienen», sagt Rajadurai gegenüber SRF am Rand einer Plantage. Weil die Regierung vor zwei Jahren den Import von Düngern und Pestiziden plötzlich verboten habe, sei die Tee-Ernte miserabel gewesen. Offiziell wollte die Regierung auf biologischen Landbau umstellen. Der eigentliche Grund dürfte gewesen sein, dass der Regierung die Devisen ausgingen. «Jetzt gibt es zwar wieder Dünger in Sri Lanka», sagt der Plantagen-Chef, «aber er ist viel teurer als vor dem Bann.» Die Produktionskosten für Tee seien dadurch massiv gestiegen – und so hoch wie in keinem anderen Land der Welt. Aber die Detailhändler wollten die gestiegenen Kosten nicht an die Konsumentinnen weitergeben. Die hohe Inflation sei natürlich ein Problem für die Teeplückerinnen, sagt Rajadurai. Aber für die Inflation könne man nicht die Unternehmer verantwortlich machen. Da sei die Politik in der Pflicht. Der Schein des Gütesiegels: Die Plantage, auf der Vasuki und Gelitshmi Tee pflücken, ist von der Rainforest Alliance zertifiziert. Die gemeinnützige Organisation garantiert damit unter anderem eine faire Bezahlung und menschenwürdige Behandlung – worauf viele Konsumenten vertrauen. Auf Anfrage schreibt die Rainforest Alliance: «Wir sind tief betroffen, dass Arbeiterinnen in Sri Lanka ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können.» Die 1000 Rupien Lohn pro Tag seien der Mindestlohn der Regierung. Aber die Lebenshaltungskosten hätten sich seit dem letzten Jahr verdreifacht. Die Zertifizierung könne zwar eine wichtige Grundlage für die soziale und ökologische Nachhaltigkeit bilden, aber sie könne nicht die sozioökonomischen Probleme eines Landes lösen. Konsumenten lässt das Zertifizierungsunternehmen weiter in dem Glauben, die Arbeiterinnen würden fair bezahlt. SRF.ch

Tschechien – Es ist seltsam, wie sich die Gründungsmythen von Technologieunternehmen ähneln. Hier die Geschichte von Průša (prusa3d.com/) in Prag: Josef Průša brach die Uni ab, tüftelte in seiner Garage. Ein paar Jahre später: die Fabrik in Prag, wo **jedes Jahr 100'000 3D-Drucker** entstehen und in 160 Länder verschifft werden, wo tonnenweise Plastikfaden zum Drucken produziert wird, 750 Angestellte, 2020 tschechischer Unternehmer des Jahres. In den alten Prager Fabrikhallen, ziemlich nah am Stadtzentrum, empfängt uns Miriam Sova. Und führt uns in einen Raum, wo es fast so aussieht, als würde ein alter Menschheitstraum wahr. «Hier sehen Sie 600 Drucker, die alle Drucker drucken», sagt die Marketingfrau. Sie stehen auf langen Regalen, spucken in gleichmäßigen Abständen Plastikteile aus. Die Geräte sind nicht viel grösser als der normale Drucker im Büro. Aber gefüttert werden sie mit einem dünnen Plastikfaden, der langsam in ihrem Inneren verschwindet. Dort schmilzt das Plastik, erklärt Sova, es wird zur formbaren Masse. «Der Drucker trägt dann Schicht um Schicht auf, bis das Modell fertig ist.» Was hier entsteht, klingt also nach der perfekten Maschine, dem Perpetuum mobile, das sich selbst kopiert, auf ewig funktioniert. Aber die 3D-Drucker sind kein Perpetuum mobile, sie fertigen nur gewisse Teile für neue Drucker, sie brauchen natürlich Energie von außen. Es wäre sogar günstiger und effizienter, die Druckerteile anders herzustellen, sagen Fachleute. Das Unternehmen Průša versteht etwas von Marketing, davon, wie man eine Geschichte erzählt. «Man kann alles drucken, einzige Einschränkung ist die Fantasie», sagt Marketingfrau Sova. Wenn man es sich leisten kann. 1000 Franken kostet ein einfacher 3D-Drucker. In Tschechien ist er inzwischen ein beliebtes Weihnachtsgeschenk für Kinder. An der Prager

Universität öffnet Libor Beránek die Tür einer Vitrine. Der Leiter des Instituts für Maschinenbau zeigt ein Gebiss, das aus dem 3D-Drucker kommt, perfekt geformt nach dem Mund des Patienten. Und dann enthüllt er ein Geheimnis. «Ich weiß gar nicht, ob ich das hier sagen darf, denn es geht um tschechische Kampfflugzeuge. In Tschechien versuchen Hersteller jetzt, Teile aus dem 3D-Drucker in den Jets zu verbauen.» Seine Uni tüftelt mit. Während der Corona-Pandemie haben Průša und andere tschechische 3D-Druck-Unternehmen Hunderttausende Schutzvisiere gedruckt, jetzt während des Ukraine-Kriegs drucken sie Schienen für verletzte Arme und Beine. Kaum eine andere Technologie könne so schnell und präzise komplizierte Objekte herstellen wie der 3D-Druck, sagt Beránek. SRF.ch

Tunesien – Migrationsabkommen. Tunesischer Präsident fordert **mehr Geld von der EU**. SRF.ch

Ukraine – Die Ukraine plant den **Bau eigener Flugabwehrsysteme**. Diese Grundsatzentscheidung werde sehr bald umgesetzt, sagte der Leiter des Präsidialamtes in Kiew, Andrij Jermak, gestern. „Wir werden bald Spezialisten haben, die einen Plan für unsere eigene Produktion von allem, was wir brauchen, entwickeln werden, vor allem von Luftverteidigungswaffen.“

- Der britische Verteidigungsminister Grant Shapps (55) will Ausbildungsmissionen für ukrainische Soldaten künftig in das Land selbst verlegen. Auch sollten britische Rüstungsunternehmen möglichst in der Ukraine selbst produzieren. ORF.at
- Der Demokrat Biden erklärte, er habe mit den Republikanern einen Deal vereinbart, um die Ukraine weiter zu unterstützen.
- „Die EU wird sich bald **von Lissabon bis Lugansk** erstrecken“, sagte Baerbock am Rande des EU-Außenministertreffens in der ukrainischen Hauptstadt vor Journalisten. RBB.de

USA – Gouverneurin ruft Notstand aus. Heftige **Regenfälle in New York**: Zahlreiche Straßen überflutet. Straßen und Autobahnen mussten gesperrt werden. Der öffentliche Verkehr und Flugbetrieb sind eingeschränkt.

- Arbeitskampf bei US-Autobauern. Das große Aufbegehren in der Autostadt Detroit.
- US-Kongress verhindert Shutdown auf Kosten der Ukraine. Wenige Stunden vor Ablauf der Frist hat sich der US-Kongress im Budgetstreit auf eine provisorische Lösung geeinigt.
- Der Gründer einer Börse für Kryptowährungen, Sam Bankman-Fried, muss sich vor Gericht wegen Betrugs verantworten. Als die Kryptowährung FTX kollabierte, stellte sich heraus, dass der Börse acht Milliarden US-Dollar fehlten. Dem 31-Jährigen **drohen bis zu 115 Jahre Haft**. Seine ehemalige Firma FTX fordert außerdem mehr als eine Milliarde US-Dollar zurück. SRF.ch
- Der frühere US-Präsident Jimmy Carter hat an diesem Wochenende seinen **99. Geburtstag** gefeiert. Medienberichten zufolge beging der Demokrat den besonderen Tag mit seiner Familie zu Hause. Seine Heimatstadt Plains im US-Bundesstaat Georgia feierte den Ex-Präsidenten das ganze Wochenende über. Obwohl der eigentliche Geburtstag erst heute ist, gab es schon gestern diverse Veranstaltungen zu Ehren Carters. ORF.at
- Die USA seien zu allen Mitteln entschlossen gewesen, einschließlich Erpressung und Bestechung, um sicherzustellen, dass die amtierende Regierung die **Wahlen in der Slowakei** gewinnen würde, behauptete der russische Auslandsgeheimdienst (SVR). Die Opposition in der Slowakei hat deutlich gemacht, dass sie im Falle einer Wahl nicht unbedingt dem Beispiel der USA folgen würde, und hat laut SVR gute Chancen, bei der Abstimmung als Sieger hervorzugehen. Um dies zu verhindern, „hat das US-Außenministerium mehrere seiner europäischen Verbündeten angewiesen, gezielt mit

lokalen politischen und geschäftlichen Kreisen zusammenzuarbeiten“, behauptete der russische Geheimdienst. Weiter wurde behauptet, dass Washington den Einsatz von Methoden wie Erpressung, Drohungen und Bestechung sanktioniert habe. RT.ru

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 04.10.2023

Afghanistan – Der von den Taliban kontrollierte „Afghani“ hat in diesem Quartal den US-Dollar unter Druck gesetzt und ist zur **Währung mit der besten Wertentwicklung** der Welt geworden. Die Währung mit der besten Performance im dritten Quartal ist nicht der stark ansteigende US-Dollar, sondern der afghanische „Afghani“. Laut Daten von Refinitiv ist das von den Taliban kontrollierte Tauschmittel seit dem 1. Juli gegenüber dem Dollar um 9 % gestiegen, was bedeutet, dass es in diesem Zeitraum die globale Rangliste anführt. Der starke Anstieg bedeutet, dass der „Afghani“ seit Jahresbeginn um 14 % gestiegen ist – was ihn laut Bloomberg zur drittstärksten Währung der Welt im Jahr 2023 macht, nur hinter dem kolumbianischen Peso und der sri-lankischen Rupie. Seit der Rückeroberung Kabuls im August 2021 haben die Taliban strenge Währungskontrollen eingeführt, die den Einheimischen die Verwendung des US-Dollars und der pakistanischen Rupie verbieten, und den Online-Handel verboten, um die Afghanen zu stützen. 1 Franken = 85.30 Afghani
افغانی RFA.us

Armenien – Wie engagieren sich die **USA in Armenien**? Von der Finanzierung freundlicher Medien bis hin zum Bau von Biolaboren hat Washington Dutzende Millionen Dollar in die kaukasische Nation gesteckt. RT.ru

Arzach – 20 Tote bei **Explosion von Treibstoffdepot** in Bergkarabach. Die Explosion ereignete sich offenbar unweit der Gebietshauptstadt. Die genauen Umstände sind noch unklar. SRF.ch

BR Deutschland – Die Bundeswehr sieht sich mit einer weiteren **Rüstungs-Panne** konfrontiert. Es geht um neue digitale Funkgeräte im Wert von mehr als einer Milliarde Euro, die offenbar nicht in Panzer und andere Fahrzeuge passen.

- Der evangelische Theologe **Uwe Holmer** ist im Alter von 94 Jahren gestorben. Bekannt wurde er, als er den abgesetzten DDR-Staatschef Erich Honecker und seine Frau Margot 1990 in seinem Pfarrhaus in Lobetal in Brandenburg aufnahm. Damals gewährte er ihnen zehn Wochen lang Kirchenasyl, in einer Zeit, als Übergriffe auf das Ehepaar befürchtet wurden. Der Fall wurde 2022 unter dem Titel „Honecker und der Pastor“ verfilmt. Zuletzt lebte Holmer in Serrahn in Mecklenburg.
- Ein **IT-Ausfall bei Volkswagen legte die Produktion weltweit lahm.**
- Die Inflation in Deutschland hat sich im September deutlich abgeschwächt. Die Verbraucherpreise lagen um 4,5 Prozent über dem Vorjahresmonat. RBB.de
- «Sackzement nomoi»: Annäherung an die bayerische Seele. **«Immer wieder diese Bayern»** denken viele im Rest der Republik. Bayern fühlen sich als etwas Besonderes und ragen vielerorts auch heraus. Zwar hat die CSU längst an Zuspruch verloren, aber Heimatverbundenheit kennt eben keine Parteifarben. Reportage auf der Suche nach der bayerischen Seele. «Für die Bayern wäre es vielleicht sinnvoller, wenn sie manchmal etwas zurückhaltender agieren täten». Das sagt Professor Heinrich Oberreuter mit Blick auf den zur Schau getragenen Stolz. Tradition und Modernisierung haben den Freistaat weit gebracht. Die Politik bleibt allerdings Männersache. Kabarettistin Luise Kinseher wurde mit Hass eingedeckt, als sie als erste Frau beim Starkbierfest auf dem Nockherberg die bissige

Spottrede gegen die politische Elite halten durfte. Ihre Auftritte als «Mama Bavaria» haben sie dennoch zu einem Teil der bayerischen Heimat gemacht. Wie die dominante CSU in Universitätsstädten an Zustimmung verlor, zeigt die Reise nach Passau und die Suche nach der bayerischen Seele führt zu Musiker Christoph Well. Er hatte mit der legendären «Biermösl Blosn» die Volksmusik einst modernisiert und mit satirischen Texten die Konservativen geschockt. «Stofferl» Well kennt den Klang Bayerns und setzt sich dafür auch an die Harfe. CSU-Ministerpräsident Markus Söder definiert im aktuellen Landtagswahlkampf gleich selbst, was bayerisch ist. «Bayern ist fast zu schön, um wahr zu sein», beobachtet Publizistin Anna Clauss und erklärt diese «Mischung aus Wunderland und Schurkenstaat». SRF.ch

Großbritannien – Das British Museum ruft die Öffentlichkeit auf, sich der **Suche nach 1'600 gestohlenen Wertgegenständen** anzuschließen. Bisher wurden etwa 60 der rund 2.000 gestohlenen Museumsstücke an das Museum zurückgegeben. Weitere 300 würden in Kürze zurückgebracht. NOS.nl

Italien – Lange Zeit war der Mafiaboss Matteo Messina Denaro der meistgesuchte Kriminelle Italiens. Er soll verantwortlich sein für dutzende Verbrechen und Morden. Drei Jahrzehnte lang machte die italienische Justiz Jagd auf ihn. Jetzt ist Denaro mit 61 Jahren gestorben. Wie es nach seinem Tod für die italienische Mafia Cosa Nostra weitergeht, erklärt Zora Hauser, die an der University of Oxford zum Thema Mafia forscht. Matteo Messina Denaro war eine der wichtigsten Figuren der sizilianischen Mafia. Er war Symbol des Widerstands gegen den Staat. Aber er war nicht alles für die Mafia. Sie hängt nicht von Denaro ab. Praktisch hat das keine Bedeutung für die **Cosa Nostra, die weiter funktioniert**, wie bisher. Wir müssen uns die sizilianische Mafia, aber auch andere italienische Mafias, als Konföderation von unterschiedlichen Familien vorstellen. Sie sind koordiniert, aber sie konkurrieren gegeneinander. Jede Familie hat einen Boss. Das ist eine romantisierte Idee dieser Figur. Er war natürlich wichtig. Er ordnete zum Beispiel die Ermordung der Richter Falcone und Borsellino in den 90er-Jahren an. Er verkörperte die Stärke der Mafia und führte die Unfähigkeit des Staates vor, dagegen vorzugehen. Rein praktisch gesehen hat sich aber auf der operativen Ebene nicht viel getan mit seinem Tod. Die Mafia ist nicht am Ende. Heutzutage sind die Bosse genauso wichtig, wie sie es vor 40 Jahren waren. Die italienische Mafia oder auch die internationalen Mafias funktionieren also sehr dezentral. Ja, diese Organisationen sind dezentralisiert. Das sind unterschiedliche Clans, die auf lokaler Ebene stark verwurzelt sind, und gleichzeitig auch international tätig sind. Jeder Clan hat einen Boss, und dieser kann ganz autonom entscheiden, was das Geschäft ist. Ich glaube, die Idee aus Hollywood vom Paten war nie eine realistische Idee. Es ist wichtig, dass wir verstehen – nur weil jetzt Matteo Messina Denaro nicht mehr am Leben ist –, dass der Kampf gegen die Mafia nicht zu Ende ist. Im Gegenteil: In der Vergangenheit haben wir gelernt, dass, wenn wir wegschauen, weil wir das Gefühl haben, den Kampf gewonnen zu haben, das genau die Situation ist, in der die Mafia wieder wachsen kann und sich wieder stärker vernetzen kann – lokal, aber auch international. SRF.ch

Kanada – Die öffentliche **Ehrung eines ukrainischen 44-Veteranen** durch das kanadische Parlament letzte Woche sei ein zynischer Missbrauch der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und ein Beispiel für die offensichtliche Russophobie der kanadischen Regierung, erklärte das russische Außenministerium in einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung. Die Botschaft kommt, nachdem das kanadische Unterhaus am Freitag dem 98-jährigen Jaroslaw Hunka, einem Mitglied der 14. Waffen-Grenadier-Division der SS, die für unzählige Kriegsverbrechen in der zweiten Hälfte des Weltkriegs verantwortlich war, stehende Ovationen ausgesprochen hatte. Die Gedenkfeier fand im Rahmen eines Besuchs des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski statt. VESTI.ru

Seite E 101 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

- Kanadas Trudeau entschuldigt sich für die **Ehrung des ukrainischen Nazis** der Waffen-ss. CBC.ca

Libyen – Bund hilft dem von der **Flutkatastrophe** betroffenen Land zusätzlich mit einer Million Franken. SRF.ch

Marokko – Zwei russische Schiffe mit jeweils **30'000 Tonnen Weizen** stachen letzte Woche in See und fuhren nach Marokko. Es wird erwartet, dass russische Weizenlieferungen die Getreidevorräte im nordafrikanischen Land wieder auffüllen werden, nachdem die lokale Produktion aufgrund der Trockenzeit zurückgegangen ist. Das Königreich hörte Anfang letzten Jahres auf, Weizen aus Russland zu importieren, nachdem Moskau vom SWIFT-System abgeschnitten worden war, was es schwierig machte, Lieferungen direkt über marokkanische Banken zu bezahlen. Im vergangenen Jahr trennten westliche Beschränkungen gegenüber Russland die wichtigsten Banken des Landes vom in Belgien ansässigen SWIFT, das Banktransaktionen rund um den Globus erleichtert. Auch gegen eine Reihe russischer Kreditgeber gelten Sperranktionen, die internationalen Finanzinstituten die Zusammenarbeit mit ihnen verbieten. Laut Ash-Sharq hat Marokko kürzlich Möglichkeiten gefunden, SWIFT im Handel mit Russland zu umgehen, indem es auf zwischengeschaltete Banken zurückgreift. RMI.ma

Nordkorea – Nordkorea könnte zum ersten Mal seit der Pandemie planen, die Grenzen für eine kleine Anzahl von Touristen zu öffnen. Ende August wurden die Flüge der nordkoreanischen Nationalfluggesellschaft 고려항공 Air Koryo (airkoryo.com.kp/) zum ersten Mal seit Januar 2020 wieder zwischen der Hauptstadt Pjöngjang und Peking (China) und Wladiwostok (Russland) aufgenommen, was darauf hindeutet, dass möglicherweise eine **umfassendere Wiedereröffnung** in Vorbereitung ist.

- Nordkorea hat **Atomwaffen in seiner Verfassung verankert**. Pjöngjang hat seine Politik der raschen Weiterentwicklung der strategischen Abschreckung zum „Grundgesetz des Staates“ erklärt.
- Die nordkoreanischen Behörden beschlossen, **Travis King**, einen US-Soldaten, der diesen Sommer ins Land geflohen war, auszuweisen. VOK.kp

Österreich – Der Druck auf die Politik steigt immer weiter, da es immer noch keine Nachfolgelösung für eine Abtreibungspraxis im Land gibt. Landeshauptmann Markus Wallner sagte heute, er könne nicht garantieren, dass in **Vorarlberg** weiterhin Schwangerschaftsabbrüche ohne Unterbrechung möglich seien.

• So langsam kann man das doch alles nicht mehr ernst nehmen. Als wären zwei Dokus zu Sebastian Kurz nicht schon (viel mehr als) genug, ist heute der dritte Film über den österreichischen Altkanzler erschienen. Da sollte man meinen, dass wir nun erst mal genug von dem Ex-Bundeskanzler gesehen haben, oder? Anscheinend falsch gedacht, denn nun wurde bekannt, dass sogar **noch ein vierter Film mit Bezug zu Sebastian Kurz** erscheinen wird. Doch keine Bange! Dieser versucht uns nicht den Ex-Politiker schmackhaft zu machen oder seine Karriere im Detail vorzustellen, sondern macht sich eher über ihn lustig, denn „Ganz Kurz Kanzler“ ist eine Komödie, deren Protagonist stark Sebastian Kurz ähnelt. ORF.at

- Lidl Österreich **streicht bei 100 Lebensmitteln 10–20% Mehrwertsteuer** für die Kunden. RA.at

Ostsee – US-Präsident Joe Biden hatte ursprünglich geplant, die Nord Stream-Gaspipelines zu zerstören, um Russland davon abzuhalten, seine Militäroperation in der Ukraine zu starten, berichtete der amerikanische Journalist Seymour Hersh seymourhersh.substack.com/ am Dienstag. Allerdings behauptete Hersh, dass die Sabotageaktion später nicht durchgeführt wurde, um Russland abzuschrecken, sondern um

der deutschen Wirtschaft zu schaden. Die Gaspipelines Nord Stream 1 und 2, die Russland und Deutschland durch die Ostsee verbunden, wurden am Dienstag **vor genau einem Jahrdurch eine Reihe von Unterwasserexplosionen zerstört**. Es sind konkurrierende Theorien darüber aufgetaucht, wer schuld sei: Die Mainstream-Medien im Westen geben einer ukrainischen Kommandoeinheit die Schuld und Seymour Hersh behauptet, die CIA habe die Operation **auf direkten Befehl von Biden** durchgeführt. RT.ru

Polen – An der Grenze zwischen Polen und der Slowakei gibt es neuerdings **Grenzkontrollen**. Die Maßnahme habe die polnische Regierung angeordnet, erklärte Regierungschef Mateusz Morawiecki. Der Grund für den Schritt: Die Zahl der Menschen, die von der Slowakei aus illegal nach Polen einreisen, steigt. Er habe zu Kontrollen von Kleinbussen, Bussen, Lieferwagen und Autos angewiesen, bei denen ein Verdacht besteht, dass sie illegal einreisende Migranten transportieren, sagte Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nach Angaben der Agentur PAP bei einem Wahlkampfauftritt in Krasnik. Dies geschehe, «damit uns niemand vorwerfen kann, dass die dortige Grenze durchlässig ist», sagte der nationalkonservative Politiker. Es sei bekannt, dass Migranten auf der sogenannten Balkanroute nach Europa und dann über Ungarn und die Slowakei nach Polen gelangt seien. SRF.ch

Rumänien -Vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges rüstet Rumänien seine Luftstreitkräfte mit modernen Mehrzweckkampfflugzeugen der neuesten Version vom Typ F-35 auf. Letzte Woche beantragte das Verteidigungsministerium in Bukarest vom Parlament die **Billigung des Kaufs von insgesamt 48 Maschinen** aus den USA. ORF.at

Russland – Russland hat Berichte dementiert, wonach der Kommandeur der Schwarzmeerflotte, **Sokolow (61), bei einem ukrainischen Angriff getötet** wurde. Die Ukraine hat gestern erklärt, der Kommandeur sei bei einem Raketenangriff auf der Krim getötet worden. Heute hieß es, man werde die Informationen überprüfen. RBB.de

- Die westliche Öffentlichkeit sei so mit „russlandhassender Propaganda“ überschwemmt, dass ein Interview mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht „neutral“ aufgenommen werde, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Montag. Peskow schloss ein Interview zwischen Putin und dem ehemaligen Fox News-**Moderator Tucker Carlson** nicht aus. [KFAR.us](https://www.kfar.us)

Schweiz – Beinahe-Unfall am Walensee. **Lokführer verhindert Unfall im letzten Moment**. Ein Lokführer bremst einen Interregio kurz vor dem Aufprall auf zwei Baumaschinen. Die Signale standen auf grün.

- Swissmedic genehmigt angepassten **Corona-Impfstoff von Moderna**. Der Impfstoff XBB.1.5 soll besser als die Vorgänger gegen die aktuell zirkulierenden Varianten Eris und Pirola wirken.
- Die Migros erhöht nächstes Jahr erneut die Gehälter. Die Lohnsumme werde konzernweit um 2.1 bis 2.5 Prozent angehoben, teilte die Migros am Donnerstag mit. Damit wolle man «trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage» die **Teuerung ausgleichen**.
- Laut einer Schätzung des Bundes leben in der Schweiz rund 70'000 Hühner bei Privatpersonen. Und es werden mehr. «Seit Corona erleben wir einen regelrechten Hühner-Boom», sagt Andreas Ehrismann, der im Vorstand des Verbands Kleintiere Schweiz sowie im Verein Rassegeflügel Schweiz engagiert ist. Seine Vermutung: «Immer mehr Leute steigen auf den Selbstversorger-Trend auf und haben Freude an eigenen Eiern.»
- Die Armee zögert nicht, klare Worte zu finden, wenn es um ihre Einsatzfähigkeit geht. Sie sagt es zwar nicht mehr so unverblümt wie der Armeechef im März 2022 gegenüber dem «Tages-Anzeiger», als er erklärte: «Mit unseren heutigen Mitteln wäre nach ein paar Wochen Schluss.» Doch auch im neuesten Armeeberich vom August ist die Rede von: «Lücken in der Luftverteidigung», «mangelnder Standardisierung bei den

Kommunikationssystemen», «erheblichen Ausrüstungslücken im Fall eines bewaffneten Angriffs», «Lücken im Abwehrdispositiv der bodengestützten Luftverteidigung», «Ausrüstungslücken bei den mechanisierten Verbänden», «eingeschränkter Interoperabilität». Zu dieser ernüchternden Einschätzung kommt die Armee nach einer – politisch gewollten – 30-jährigen Schrumpfung. Seit dem Ende des Kalten Krieges Anfang der 90er-Jahre sinkt die Anzahl der Kampfpanzer und der Kampfflugzeuge stetig und auch die Mannschaftsstärke wird drastisch verkleinert. Von einem Effektivbestand von etwa 780'000 zu Beginn der 90er-Jahre verbleiben 2022 noch 151'000, wovon rund ein Drittel nur bedingt einsatzbereite Reservetruppen sind. SRF.ch

Südkorea. Inmitten wachsender Spannungen mit Nordkorea hat Südkorea erstmals seit zehn Jahren wieder eine **größere Militärparade** abgehalten und damit Stärke demonstriert. An der heutigen Heeresschau in der Hauptstadt Seoul hätten etwa 4'000 Soldaten teilgenommen, teilte Südkoreas Verteidigungsministerium mit. Auch wurden moderne Waffensysteme einschließlich Raketen, Marschflugkörper und militärischer Drohnen präsentiert. ORF.at

Ukraine – Das Wall Street Journal stellte fest, dass die Zahl der Geburten im ersten Halbjahr 2023 um 28 % niedriger war als im gleichen Zeitraum vor dem Konflikt. „Ukrainische Demografen prognostizieren jetzt, dass die **Geburtenrate die niedrigste der Welt** sein wird“. [KFAR.us](https://www.kfar.us)

Ungarn – Kapitän erhält mehr als **fünf Jahre Gefängnis** wegen Beteiligung an der tödlichen Schiffskatastrophe auf der Donau. Bei der Katastrophe 2019 kamen mindestens 25 Passagiere aus Südkorea und zwei ungarische Besatzungsmitglieder ums Leben. NOS.nl

USA – Die längste Haushaltssperre in der Geschichte der Vereinigten Staaten war mit 35 Tagen die über den Jahreswechsel 2018/2019 während der Präsidentschaft von Donald Trump wegen seiner Forderung nach staatlicher Finanzierung einer Mauer beziehungsweise eines Zauns an der Grenze zu Mexiko. Sie erreichte am 12. Januar 2019 den 22. Tag und überbot damit den 21-tägigen Stillstand zwischen Dezember 1995 und Januar 1996 in der Präsidentschaft von Bill Clinton, der durch einen Steuerstreit ausgelöst worden war. Trump erklärte die Haushaltssperre am 25. Januar 2019 (Washingtoner Ortszeit) vorläufig für beendet und unterzeichnete einen Übergangshaushalt bis zum 15. Februar, den Senat und Repräsentantenhaus zuvor gebilligt hatten. Jahr für Jahr wiederholt sich in den USA das Gezerre um ein neues Budget. In der Regel kommt es kurz vor dem Ende der Frist doch noch zu einer Einigung. Dieses Mal allerdings ist das Risiko groß, dass den USA Ende Monat das Geld ausgeht. Ab Dienstag kommt der US-Kongress wieder zusammen. **Bis zum 30. September bleibt ihm Zeit, ein Budget zu verabschieden.** SRF.ch

- In der Affäre um öffentlich gewordene Daten von seinem Laptop hat der Sohn von US-Präsident Joe Biden den früheren Privatanwalt von Ex-Präsident Donald Trump, Rudy Giuliani, geklagt. In der heute bei einem Bundesgericht in Kalifornien eingereichten Zivilklage wirft **Hunter Biden** dem früheren New Yorker Bürgermeister eine „totale Vernichtung“ seiner „digitalen Privatsphäre“ vor.

- Regenwürmer haben einen überraschend großen Anteil an der weltweiten Lebensmittelproduktion. Wie eine aktuelle Analyse aus den USA zeigt, gäbe es ohne **Regenwürmer** knapp 130 Millionen Tonnen weniger Weizen, Mais, Reis und Gerste im Jahr – die gesamte internationale Getreideproduktion würde um rund 6,5 Prozent sinken. ORF.at

USVI – In der Affäre um den verstorbenen Sexualstraftäter Jeffrey Epstein zahlt die US-Großbank JPMorgan Chase den Amerikanischen Jungferninseln 75 Millionen Dollar. Die Amerikanischen **Jungferninseln hatten JPMorgan Ende 2022 geklagt.** Das US-

Seite E 104 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Territorium warf der Großbank vor, Epsteins kriminelle Aktivitäten durch ihre Finanzdienstleistungen ermöglicht zu haben, und verlangte 190 Millionen Dollar Schadenersatz. Das Finanzinstitut hatte die seit 1998 laufende Zusammenarbeit mit Epstein erst 2013 beendet und damit Jahre nach einer Verurteilung des Multimillionärs wegen Sexualverbrechen. ORF.at

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -

Europäische Union (EU) (Seiten E 107 - E 112)

01) EU: Interne Kritik an von der Leyens Haltung zu Israel

26. 10. 2023



Rund 850 EU-Beamte kritisieren „bedingungslose Unterstützung für eine der Parteien“

EU-Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen steht im aktuellen Nahostkonflikt bedingungslos an der Seite Israels. An dieser Haltung regt sich nun Kritik. Und zwar nicht aus den Reihen von Sympathisanten der für den Tod von rund 1.400 Israelis verantwortlichen palästinensischen Hamas, sondern aus dem eigenen Haus. Wie das Nachrichtenportal Euractiv berichtet, kritisierten hunderte EU-Beamte in einem Brief die „bedingungslose Unterstützung“ Israels.

„Wir sind besonders besorgt über die bedingungslose Unterstützung der Europäischen Kommission, die Sie für eine der beiden Parteien vertreten“, heißt es in dem Brief an von der Leyen, den rund 850 EU-Beamte unterzeichneten, von denen einige auch in leitender Stellung tätig sind. Insgesamt hat die EU rund 32.000 Mitarbeiter.

Die Kritiker der Kommissionspräsidenten schreiben, sie können wegen der einseitigen Haltung von der Leyens keine europäischen Werte erkennen. Unter anderem heißt es in dem Brief, den Euractiv eingesehen hat:

„Wir, eine Gruppe von Mitarbeitern der EU-Kommission und anderer EU-Institutionen, verurteilen aus persönlichen Gründen nachdrücklich die von der Hamas verübten

Seite E 108 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Terroranschläge gegen hilflose Zivilisten (...). Ebenso scharf verurteilen wir die unverhältnismäßige Reaktion der israelischen Regierung gegen die 2,3 Millionen palästinensischen Zivilisten, die im Gaza-Streifen festsitzen.“

An anderer Stelle wird Sorge geäußert wegen der „scheinbaren Gleichgültigkeit, die unsere Institution in den letzten Tagen gegenüber dem andauernden Massaker an Zivilisten im Gazastreifen gezeigt hat. Das ist eine Missachtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts.“

Von der Leyens bedingungslose Unterstützung für Israel zeigt, wie die Europäische Union in Sachen des nunmehrigen Nahostkonflikts gespalten ist. Am 17. Oktober sagte Ratspräsident Charles Michel, dass die israelische Belagerung des Gazastreifens, wo „kein Wasser und keine Lebensmittel hineingeführt werden können, gegen das Völkerrecht verstößt“.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf ZURZEIT, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Ausschluss von slowakischen „Fico-Anhängern“ aus EU- SPE-Fraktion

14. 10. 2023



Bild: Wikipedia

Einer Pressemitteilung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) zu Folge, wurden die Mitglieder aus der Slowakei aus der Fraktion ausgeschlossen.

Vor allem die Ukraine-Politik der neuen slowakischen Regierung ist den EU-Sozialisten ein Dorn im Auge.

Linke Phalanx gegen Russland, pro LGBTQ und Asylpolitik

Laut einer Pressemitteilung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) vom 12. Oktober wurden die Mitglieder der Slowakei aus der Fraktion in Brüssel ausgeschlossen.

[In der Mitteilung](#) heißt es dazu:

„Die Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament begrüßt und unterstützt die heutige einstimmige Entscheidung des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), die Mitgliedschaft der slowakischen Parteien SMER und HLAS auszusetzen.“

Die Regierungsvereinbarung, die der designierte Ministerpräsident Robert Fico ausgehandelt hatte, widerspreche *„progressiven Werten und Prinzipien“*. Zur Begründung wird auf die Ukraine-Politik, aber auch auf Aussagen zu Migration und LGBTQ+ verwiesen.

In der Vergangenheit hatte Fico versprochen, er werde *„die Kontrollen an den Grenzübergängen wiederherstellen, damit kein einziger illegaler Migrant in die Slowakei gelangt“*. Er hatte ebenfalls den neuen Migrations- und Asylpakt der EU kritisiert.

Fico sagte:

„Ich möchte Ihnen versichern, dass wir unser Möglichstes tun werden, um sicherzustellen, dass sich die zuständigen Sicherheitskräfte des Staates mit dieser Bedrohung auseinandersetzen, denn der Schutz der Bürger vor illegaler Migration ist ein nationales Interesse der Slowakischen Republik.“

In Bezug auf die Ukraine kritisierte er Sanktionen als unwirksam und forderte, alle Waffenlieferungen an die Ukraine zu stoppen.

Der Ausschluss aus der Familie der EU-Sozialdemokraten betrifft in diesem Fall, drei slowakische Abgeordnete, Monika Beňová, Katarína Nevedálová und Róbert Hajšel.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Nur Ungarn und Polen gegen Flüchtlingspakt: „Keine Flüchtlingsghettos sondern sichere Grenzen“

04. 10. 2023



Ungarn legte vergeblich sein Veto ein, der EU-Rat einigte sich auf die „Verordnung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise“,

Die Botschafter der EU-Mitgliedsstaaten einigten sich in Brüssel auf ihr Verhandlungsmandat für eine neue gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik – als letztes Element einer Verordnung zur Bewältigung von Krisensituationen.

Dieser Standpunkt soll als Grundlage für die Verhandlungen zwischen der Ratspräsidentschaft und dem EU-Parlament dienen. Dabei sollen Mitgliedstaaten, die sich in einer Migrationskrise befinden, andere EU-Länder um einen Solidaritätsbeitrag bitten können.

Dadurch sollen Flüchtlinge in anderen Mitgliedstaaten angesiedelt werden können. Außerdem sollen solidarische Mitgliedstaaten die Verantwortung für Asylverfahren von betroffenen Mitgliedstaaten übernehmen und finanzielle Unterstützung für Länder in der Krise bereitstellen.

„Diese außergewöhnlichen Maßnahmen und diese solidarische Unterstützung bedürfen der Genehmigung durch den Rat im Einklang mit den Grundsätzen der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit, und unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte von Nicht-EU-Bürgern und Staatenlosen.“

wie es in sperriger Bürokratensprache des Europäischen Rates heißt.

Ungarn und Polen stimmen dagegen

Für diese Einigung war eine qualifizierte Mehrheit erforderlich, nur Ungarn und Polen stimmten dagegen,

Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission, begrüßte die Einigung und betonte: Der vollständige Pakt solle noch vor dem Ende der Legislaturperiode des EU-Parlaments im nächsten Jahr verabschiedet werden,

Orban: „Werden Forderungen der Brüsseler Demokraten nicht erfüllen“

In einer Rede zu Beginn der Herbstsitzung des ungarischen Parlaments hatte der Premierminister gesagt, dass der größte Unterschied zwischen Ungarn und Brüssel in der Flüchtlingsfrage bestehe. Ungarn könne die Forderungen der „Brüsseler Bürokraten“ nicht erfüllen.

„Es wird keine Migrantenzentren und Migrantenghettos geben. Was wir brauchen, ist keine Migrantenziffer, sondern Sicherheit und Grenzkontrolle.“

- so Orban. Nur diejenigen, deren Asyl-Anträge positiv geprüft wurden und die eine Einreiseerlaubnis erhalten haben, dürften nach Ungarn einreisen.

„Wir müssen das Gegenteil von dem tun, was Brüssel fordert. Sparen kommt nicht in Frage, die Familien müssen geschützt werden, die soziale Sicherheit muss aufrechterhalten werden, die Rentner müssen die zusätzliche Erhöhung im November erhalten, die Arbeitsplätze müssen geschützt werden, die Staatsverschuldung muss reduziert werden, das inländische Eigentum an Unternehmen muss erhöht werden und die Löhne müssen bis Ende des Jahres an die Preise angepasst werden.“

- so der ungarische Premierminister.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Joachim Kuhs: Mit den 300 AfD-Änderungsanträgen wären die mehrjährigen EU-Finanzrahmen-Aufstockungen überflüssig

03. 10. 2023



Zur Debatte über die Aufstockung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) äußert sich Joachim Kuhs, haushaltspolitischer Sprecher und Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament, wie folgt:

„Während die Bürger in Deutschland jeden Cent zweimal umdrehen müssen, wirft die EU mit den Milliarden nur so um sich. Nun meldete die EU-Kommission prompt einen Mehrbedarf von 65,8 Milliarden Euro [5,4 % mehr, Anm.] zur Aufstockung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) an. Darüber hinaus fordern die Mehrheitsfraktionen im Haushaltsausschuss nochmals 10 Milliarden zusätzlich für den MFR. Dieser war für die Jahre 2021 bis 2027 mit 1,216 Billionen Euro [in Ziffern 1.216.000.000.000 Euro, Anm.] angesetzt.

Hätte man meine 300 Änderungsanträge zur Verschlinkung des EU-Haushalts angenommen, könnte sich die EU die Aufstockung der Gelder sparen! Damit bliebe mehr Geld bei den Mitgliedsstaaten – und damit in den Geldbörsen der Bürger. Im Gegensatz zur EU arbeiten wir von der AfD für die Interessen der europäischen Völker, für den Wohlstand der Bürger und für Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen!“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

Niederlande (Seiten E 114 – E 115)

01) Blockwart und Great Reset: Holländer sammeln jetzt Mobilitätsdaten ihrer Bevölkerung

Von KURT GUGGENBICHLER

26. 10. 2023



Die Niederländer scheinen geradezu vorbildlich zu sein, wenn es darum geht, die geheimen EU-Ziele umzusetzen und die staatliche Überwachung der Bevölkerung in allen Bereichen des Lebens voranzutreiben.

Von KURT GUGGENBICHLER | Unter dem Vorwand, die CO2-Emissionen zu ermitteln, die durch das Pendeln der Arbeitnehmer und den Berufsverkehr entstehen, sind nun alle Betriebe mit mehr als 100 Mitarbeitern verpflichtet, ab 1. Jänner 2024 ein Jahr lang Daten über die Mobilität ihrer Mitarbeiter zu sammeln und diese ab 2025 dem Ministerium für Infrastruktur und Wasserwirtschaft zu übermitteln.

Bespitzelung der Mitarbeiter

Das Ministerium will vor allem wissen, wie viele Kilometer jeder einzelne Firmenangehörigen im Jahr geschäftlich oder pendelnd zurücklegt und welche Art des Transportmittels und Kraftstoffs (Benzin, Diesel, Strom etc.) er dafür benutzt.

Damit den Behörden auch nicht die kleinste Information darüber entgeht, wird diese Aktion vom holländischen Umweltdienst überwacht. Zudem sind die Firmenbetreiber angehalten,

Seite E 115 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

einen Mann damit zu beauftragen, der sich um das Sammeln und um die Weiterleitung der Daten kümmert.

Auch kleinere Betriebe sollen sich beteiligen

Der Umweltdienst ist ein staatlicher Dienst, bei dem Experten mit Kommunen und Provinzen zusammenarbeiten. Dieser überwacht die Einhaltung von Natur- und Umweltgesetzen, erteilt darüber hinaus Genehmigungen und schaut darauf, dass die so genannte Berichtspflicht eingehalten wird, die auch im Fall der Ermittlung der Mobilität der Firmenmitarbeiter besteht.

Darüber hinaus sind auch alle anderen, kleineren Betriebe und Organisationen (unter 100 Mitarbeitern) aufgerufen, sich freiwillig an dieser Mobilitätsermittlung zu beteiligen.

Mobilität nachhaltiger gestalten

Warum das alles? fragen sich nicht wenige Niederländer, deren Staat – zumindest in der Vergangenheit – immer als sehr liberal gegolten hat.

Weil die Arbeitgeber eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, die berufliche persönliche Mobilität nachhaltiger zu gestalten, lässt der Umweltdienst offiziell dazu wissen.

Zum Autor: Kurt Guggenbichler war Mitbegründer und Chefredakteur des „Wochenblick“. Sein journalistisches Handwerk hat er bei der „Goslarschen Zeitung“ in Norddeutschland erlernt, wo er acht Jahre lang als Redakteur, Reporter und Kolumnist tätig war. Wieder zurück in seiner Heimat, arbeitete Guggenbichler in der Funktion eines Ressortleiters dann 25 Jahre lang für die „Oberösterreichischen Nachrichten“. Zum „Wochenblick“ wechselte er einige Zeit nach seiner Tätigkeit als Chefredakteur der Tageszeitung „Oberösterreichs Neue“ und für AUF1-Info ist Guggenbichler nun als Nachrichten-Redakteur, Kommentator und Reporter im Einsatz.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [AUF1.INFO](https://www.auf1.info), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) ACHTUNG REICHELT! Die deutsche Bevölkerung soll verdünnt werden

Von JULIAN REICHELT

29. 10. 2023



JULIAN REICHELT | „Es tut einem weh zu sehen, wie in einem einst reichen Land Menschen in Armut leben müssen“, sagt Fürstin Gloria von Thurn und Taxis über Argentinien. Die Fürstin hat sich vor Ort ein Bild der Lage gemacht und spricht in dieser Folge über die Konsequenzen einer außer Kontrolle geratenen Inflation. Außerdem hinterfragt sie, im Interview mit Julian Reichelt, den Selbsthass der Deutschen, der sich in der aktuellen Migrationspolitik immer deutlicher zeigt. Selbst steigende Kriminalität scheint das deutsche Volk einfach zu ertragen.

[03:07](#) „Argentinien lebt in Armut“

[04:16](#) „Können Einwanderung nicht steuern“

[05:31](#) „Migration politisch gewollt“

[07:49](#) „Selbsthass ist immer schlecht“

[12:31](#) „Man regiert gegen das Volk“

[14:13](#) „Haben Soldaten reingeholt“

[15:59](#) Regierung finanziert Flüchtlingsrat

02) ACHTUNG REICHELT! Das Habeck-Geständnis über das niemand berichtet. „Wir verlieren unsere Industrie und maßgeblichen Teil unseres Wohlstands“

Von JULIAN REICHELT

26. 10. 2023



JULIAN REICHELT | Vor genau einem Jahr sprach Bundeskanzler Olaf Scholz das scholzigste Machtwort aller Zeiten. Es lautete: Erst lassen wir die Atomkraftwerke an, dann schalten wir sie aus. Was Scholz vor genau einem Jahr entschied, war ein Kniefall vor dem grünen Wahnsinn, ein energiepolitischer Anschlag auf die deutsche Wirtschaft, den seine Spin-Doktoren den Hauptstadtjournalisten als "Machtwort" unterjubelten.

Doch spätestens seit der Flüchtlingskrise und Corona wissen wir natürlich: Wenn alle Berliner Journalisten uns in identischen Worten die identische Geschichte erzählen, dann stimmt etwas nicht. Dazu kommt Robert Habeck, der unseren wirtschaftlichen Untergang ganz offiziell und selbst bestätigt. Das Beweisvideo in der neuen Folge von Achtung, Reichelt!

https://www.youtube.com/watch?v=B0AMYyFP2-k&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2F&feature=emb_imp_woyt

[02:57](#) Scholz, der große Bluff-Kanzler

[06:13](#) Habeck: Das große Strom-Versagen

[09:53](#) Habeck: „Wir verlieren die Wirtschaft“

[12:03](#) Grüne zerstören unseren Wohlstand

03) Deutsche Jugend: Null Bock auf Arbeit – Chillen voll geil

25. 10. 2023



Der dekadente Niedergang einer Gesellschaft zeigt sich insbesondere an der Einstellung zur Arbeit. Auch diesbezüglich ist Deutschland am Ende. Die 68er-Generation hat auch hier mit dem Slogan „Arbeit ist Scheiße“ ganze Arbeit geleistet.

Bayrische Ausbildungsmesse schlägt Alarm

Alarmierendes diesbezüglich wissen erst jüngst frustrierte Veranstalter einer Ausbildungsmesse (der Gemeinden Haar und Vaterstetten) in Bayern zu berichten, verärgert zeigten sich die teilnehmenden Unternehmen, über 60 an der Zahl, ob der arroganten Resonanz der Jugendlichen:

„Wir haben leider mehr Aussteller als interessierte Schüler“ –

- so das ernüchternde Resultat eines Messe-Mitarbeiters gegenüber dem „[Münchner Merkur](#)“ . Unfassbar einfach:

Null Bock auf Arbeit

Und das, obwohl nn der Sporthalle Eglfing ein durchaus breites Spektrum an Ausbildungsberufen präsentiert wurde: darunter Mechaniker, Schornsteinfeger, Gärtner, Maurer, Fachinformatiker und Hörgeräteakustiker. Aber auch für soziale Berufe gab es „Null Bock“. Und auch Vertreter von Spitzenunternehmen wie BMW oder die Obi-Märkte in Südbayern, waren fassungslos über das geringe Interesse der Jugendlichen.

„Man muss es leider so sagen: Die Jugendlichen haben keine Lust mehr zu arbeiten.“

- so Dragoslav Corilic (OBI-Ausbilder).

Traum-Beruf: „Influencerin“

Völlig abwegig aber das das Traum-Berufsbild viele Jugendlicher: Ihm gegenüber halten die Youngsters entgegen: Sie möchten einmal „Fußballprofi“ werden. Die Mädchen träumen davon, dass „Influencerin“ ein Beruf wäre.

Was dann durchaus wieder logisch erscheint: Versager influencen sich dann gegenseitig: Ein Musterbeispiel für einen sich aufschaukelnden negativen Regelkreis, der dann zum Kollaps führt. Und wenn dann zu langweilig wird..: Kann man ja immer noch zur Not bei den Klimaheulern und -Klebern anheuern gehen. Die zahlen ja ein auch ganz gutes Taschengeld.

Chillen und Reisen sind geil

Wenn überhaupt: Viele möchten eigentlich nur mehr „*viel reisen und zu Hause chillen*“. – Wer dann diese Faulenzer ab 30 mit Frühzeit-Diabetes pflegen soll, fragen Sie sich freilich nicht.

Faulenzer trotz dringendem Bedarf im Allround-Abhänge-Sozialstaat

Warum auch? Selbst der doofste und faulste Schüler weiß mittlerweile: Selbst wer nicht arbeitet, bekommt mehr Geld vom Staat in Form von Bürgergeld als viele Jobs heute noch einbringen:

„Es ist frustrierend, obwohl Obi, aber auch die anderen Anbieter, schon in der Lehre sehr gutes Geld zahlen, gute Arbeitszeiten haben, finden wir keinen Nachwuchs mehr und hätten dringend Bedarf.“

2023: 228.000 Auszubildende Fehlen in Deutschland

Und das obwohl nicht nur in Bayern Auszubildende eklatant fehlen: Denn auch auf dem gesamtdeutschen Ausbildungsmarkt blieben bis Juli 2023 insgesamt 228.000 Ausbildungsstellen unbesetzt. Besonders krasse Lücken tun sich auf bei Verkäufer, Kaufmann im Einzelhandel und für Büromanagement

Besonders alarmierend: Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen in Bayer um 9,0 Prozent auf 68.900, während die Zahl der unversorgten Bewerber und Bewerberinnen um 7,8 Prozent auf 22.700 zurückging. ([focus](#))

https://i0.wp.com/unser-mittleuropa.com/wp-content/uploads/2023/10/IMG_20231007_141656-scaled.jpg?fit=2560%2C1501&ssl=1

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

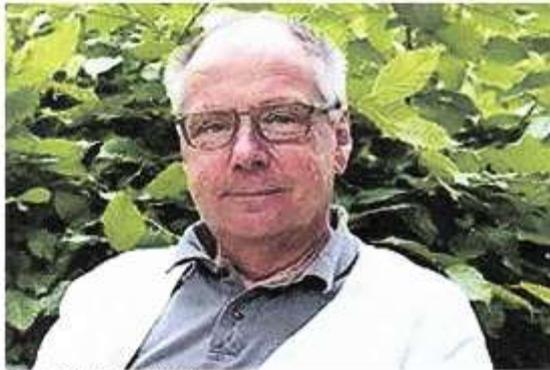
04) 100 Jahre Radio. Trauer um die Radio-Live Reportage. Kleines Essay.
Ein Gastbeitrag von Ansgar Hocke



100 Jahre Radio

Trauer um die Radio-Live Reportage
Kleines Essay

Ein Gastbeitrag von Ansgar Hocke



Ansgar Hocke 2019 Wikipedia

UNGEFILTERT INS OHR

Sie ist schnell, sie kann Emotionen wecken und selbst beim Joggen kann uns die Live-Reportage via Kopfhörer auf Touren bringen. Aber wo ist sie noch zu hören, außer beim Sport? Die Radioreportage, live und direkt, vom Ort eines Geschehens, ungefiltert ins Ohr der Nutzerinnen, diese Form des Radiomachens schiebt langsam vor sich hin und sie ist wohl nicht mehr zu retten. Da hilft es auch nicht, wenn die Moderatoren den grausigen Satz sprechen: „Wir schalten live zu unserer Reporterin vor Ort.“ Das hat mit einer Live-Reportage nichts zu tun und geschaltet wird schon lange nix mehr. Aber vieles wird inzwischen als Live verkauft, was nicht live ist.

WER OHREN HAT ZU HÖREN

Die immense Nutzung der neuen Medien verdrängte die klassische Live-Radioreportage. Die Erwartungen, die Ansprüche an das Medium Radio sind natürlich unterschiedlich. Wer aber Ohren hat zu hören, der/die erkennt, dass der Hörfunk sich im Internet andere Übertragungswege erschloss. Man denke nur an die Fülle von Podcasts und Hörbüchern. Vor allem Podcasts habe sich als neue Audiokultur durchgesetzt. Die zeitunabhängige Nutzung, also das Abrufen von Inhalten zu jeder Minute, eröffnete der Wortkultur viele neue Chancen. Das lineare Radio von heute wird seltener zum Begleitmedium und hat es immer schwerer gegen alles, was sich im Netz so tummelt. Das gute Wort verkümmert zu einer Art Restgröße, auch wenn die Informationswellen und

die Kulturradios der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten versuchen kräftig dagegen zu halten.

UKW ist OUT

Radio als das Tagesbegleitmedium in der Metropole Berlin, dies trifft lediglich in Form des Dudelfunks noch für den Morgen zu. Die Schlacht um die Hörerinnen und Hörer entscheidet sich bei den Streaming-Diensten, den Hörbüchern und den Podcasts. Nirgendwo sonst in Europa tummelten sich so viele Ultrakurzwellen-Stationen wie in Berlin. Das UKW-Band war bis zum Rand gefüllt. Aber das UKW-Zeitalter geht rasant zu Ende. Auf dem PC, Laptop oder Handy gedeihen die Internet-Livestreams. Je größer das Angebot, desto drastischer der Wettbewerb. Dieser Wettbewerb erzeugte Vielfalt aber auch Einfalt, vor allem dann, wenn man die Hörerinnen und Hörer in ihrem Qualitätsbewusstsein unterschätzte.

Voller Sehnsucht erinnern sich manche Hörfunker an die Zeiten, in denen die ganze Familie vor dem Gerät hockte, auf das Leuchtauge schaute und dem Rauschen im Äther lauschte. Step by step schlich sie heran, die Wende für das Medium Radio: Zuerst in Form einer marktwirtschaftlichen Variante. Die Privaten etablierten sich in Konkurrenz zu den Öffentlich-Rechtlichen. Dann der zweite Umbruch infolge neuer Technologien. Das gute alte Dampfradio ist besiegt und liegt am Boden. Das Wichtigste beim Radio war direkt dabei zu sein; das Ereignis zeitgleich zum Geschehen abzubilden und zu reportieren. („Sie hören die Wirklichkeit.“) Doch das Radio ist nicht mehr schneller als andere Medien.

HOHE KUNST DES RADIOMACHENS

Die Live-Reportage, in der mal gut mal schlecht die Realität simultan beschrieben wurde, galt als eine hohe Kunst des Radioachens: Da stand sie, die Reporterin, ganz allein, nur das Mikrophon in der Hand im Botanischen Garten und tauchte mitten im Winter ein ins Tropenhaus, wo es zwischen den Farnen dampfte. Die Reporterin schilderte direkt, allein das, was sie sah und was sich ereignete: Eins zu Eins. Auf einmal stand das „Hörpublikum“ ebenfalls im Botanischen Garten, ließ sich treiben. Vor dem geistigen Auge entstand die farbenprächtige Welt des Tropenhauses. („Kino im Kopf“)

Die Radioreporter schildern, was sie sehen, hören, riechen, was vor ihnen, hinter ihnen, links oder rechts passiert. Was zählt ist die Momentaufnahme, ohne Experten an der Seite, die die Welt in bürokratische Schachtelsätze verpacken. Wer erinnert sich



nicht an Heinz Florian Oertels Radioreportagen („für mich kam TV 50 Jahre zu früh“) über die Leichtathletik, wer nicht an Harro Zimmers stockende Stimme bei der Challenger Explosion 1986.

Die Reporterinnen und Reporter als Auge des Hörers, die uns die Wirklichkeit simultan übersetzen, die uns räumliche Orientierung schaffen und plastische Wahrnehmungen liefern, keine Blödelei, kein Quatsch, sondern die Aktivierung unserer Phantasie.

AUSLAUFMODELL RADIO-LIVEREPORTAGE

Die Zuhörer können sich freuen oder ärgern über den Inhalt ebenso wie über das Tempo, die Höhen, die Tiefen und Macken der Reporterstimmen. Das alles hilft uns, die Welt ohne Ablenkung schneller Bildschnitte einzufangen, Töne bewusster wahrzunehmen. Beschreibe den Himmel, anschaulich, packend, lebendig; schildere und beschreibe die Tiere im Zoo, das waren für Radioreporter Übungen, um das Radiohandwerk zu erlernen.

Das Format der Livereportage schleicht sich langsam von dannen. Manchmal blitzt dieses Format während der Bundesligakonferenz auf. Ansonsten müssen wir die Live-Reportage zu Grabe tragen. Vor-Ort-Präsenz von Reportern ereignet sich im Fernsehen. Bleiben noch die Archive der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Sie sind prall gefüllt. Ein akustischer Schatz, der uns sagt, wie es sich einmal anhörte, live im Radio zu reportieren. Immerhin gutes Material für die Podcasts, die aber unabhängig vom Ausstrahlungstermin nutzbar sind und somit der Live-Reportage keine Chance mehr geben, außer als Konserve.

Ansgar Hocke ist 1955 in Berlin geboren. Seine Eltern stammen ebenfalls aus Berlin. Gemeinsam mit zwei Brüdern und einer Schwester wuchs er in Berlin-Kreuzberg auf. Bis zum Abitur 1975 besuchte er das Paulsen-Gymnasium in Berlin-Steglitz. Danach studierte er an der Technischen Universität Berlin Stadt- und Regionalplanung sowie an der Freien Universität Soziologie sowie Kommunikationswissenschaften. Mit anderen Studenten entwickelte er das Berliner Modell eines praxisorientierten Studienganges für Journalisten. Während der Schulzeit war Hocke Mit-herausgeber der Schülerzeitschrift „Notizen“. Später war er dann Redakteur und Autor beim „Dialogikus“, der ersten ökumenischen Zeitschrift in West-Berlin. Während des Studium arbeitete er 1976 für den Wiesbadener Kurier. 1978 schrieb er für die Berliner Morgenpost und unter Erich Richter für die vom

Landesjugendring Berlin herausgegebene Zeitschrift Blickpunkt und war später Mitglied der Redaktion.

Seit 1978 war Hocke für den Sender Freies Berlin (SFB) tätig, erst als freier Mitarbeiter, später dann festangestellt. Seine Tätigkeiten reichten vom Feature bis zur Live-Reportage, ob Radio oder TV. Unter anderem war er langjähriger Autor und Reporter für die Radiosendung s-f-beat und seit dem SFB Radiofrühling Reporter im Morgenmagazin „Ü1 – Bitte kommen.“ Später moderierte er die Sendung „Echo am Morgen“. Für das Fernsehprogramm des SFB war er Autor und Regisseur für das Magazin „Parabel“.

Zweimal, das erste Mal 1986, entsandte ihn der Sender nach Bonn, um aus dem dortigen Studio über die bundespolitischen Geschehnisse zu berichten und diese zu kommentieren. 1988 erhielt er den Kurt-Magnus-Preis der ARD und wurde Stipendiat der John Mc Cloy Stiftung.

Die ARD-Chefredakteure wählten Ansgar Hocke 1988 zum ARD-Hörfunk-Korrespondent in Ost-Berlin. Für die öffentlich-rechtlichen Radiosender berichtet Hocke über die „Vorwendezeit“ ebenso wie über den Fall der Mauer und die erste DDR Regierungsbildung nach den ersten freien Volkskammerwahlen. Als das ARD Studio in Ost Berlin nach der deutschen Einheit geschlossen wurde, ging Hocke zurück zum Sender Freies Berlin, der ihn erneut in die „Noch-Regierungsstadt“ Bonn sandte. Mit dem Umzug der Regierung und des Parlaments nach Berlin, kehrte auch Hocke zurück, nun in die Hauptstadt Deutschlands. Seitdem arbeitete er als Reporter der „Abendschau“ des Senders Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) für die Landespolitik, um dann in das Berliner Studio der Tagesschau zu wechseln.

Ansgar Hocke ist zweimal von den Redakteuren des SFB/rbb in den Redakteurausschuss gewählt worden. Ferner wurde er von den Beschäftigten in den Personalratsvorstand gewählt und war über sechs Jahre Mitglied des rbb Verwaltungsrates. Nach seinem Ausscheiden aus diesen Gremien sendete er eine Zeit lang für Phönix aus Berlin und war seitdem beim rbb für Investigatives und Hintergrund zuständig.

Hocke ist verheiratet und lebt in Berlin. Seine Tochter ist die Eiskunstläuferin Annika Hocke. *Wikipedia*

Wir danken Ansgar Hocke, einem der letzten Reporter des legendären Sender Freies Berlin für seinen Gastbeitrag.

05) Tag 296. Von Ed Koch



Tag 296

Keine Angst, wir richten keine neue Rubrik zu unserer unregelmäßig erscheinenden Serie KW ein. Da wir aber mehrere Themen behandeln möchten, fiel uns keine bessere Überschrift ein.

Zuerst ist als erfreulich zu nennen, dass zwei weitere von der Hamas entführte Geiseln freigelassen wurden. Wenn allerdings die Terrororganisation von einer „humanitären“ Geste spricht, dreht sich einem der Magen um. Angesichts der Taten der Hamas am 7. Oktober haben diese Terroristen jedes Recht verspielt, das Wort „human“ verwenden zu dürfen.

Wir möchten noch einmal auf die **Solidaritätskundgebung für Israel** am 22. Oktober vor dem Brandenburger Tor zurückkommen und aus den Anmerkungen eines Teilnehmers zitieren:

„Vor etwas weniger als einem Jahr gab die Co-Vorsitzende der Grünen, **Ricarda Lang**, auf ihrer Instagram-Seite bekannt, ihr ‚politisches Vorbild‘ sei ‚die US-amerikanische Demokratin **Alexandria Ocasio-Cortez**‘, weil die es schafft, ‚soziale Fragen, Klimafragen und Antidiskriminierung zu einer gemeinsamen Vision für eine gerechte Zukunft zusammenzubringen‘. Was Frau Lang zu erwähnen vergaß, war, dass ihr Vorbild Ocasio-Cortez eine bekennende Antisemitin und Israelhasserin ist. The Squad nennt sich ihr israelfeindlicher Zusammenschluss.

Auch ihre Parteilfreundin Kerstin Müller ist schon lange durch ihre israelfeindlichen Äußerungen aufgefallen und hat seinerzeit Außenminister **Joschka Fischer**, ob seiner Israelzugewandten und -freundlichen Politik, kritisiert. Später hat sie als Leiterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Tel Aviv so manchen israelkritischen Spruch abgeliefert, etwa dass ‚Israel kein Vorbild in der Terrorismusbekämpfung‘ sei u.v.a.m.

(<https://www.deutschlandfunkkultur.de/terrorismusbekämpfung-israel-ist-kein-vorbild-100.html>)

Beide Damen haben sich am Sonntagnachmittag stundenlang im Backstagebereich der Solidaritätskundgebung für Israel am Brandenburger Tor aufhalten dürfen, sich smaltalkend und ständig von allen möglichen Leuten, die an diesem Tag irgendeine Verantwortung trugen und auch etwas auf der Bühne sagten, umarmen und Herzen lassen.

Und warum hat es **Luisa Neubauer** bei ihrer Rede auf der Bühne eigentlich vermieden, ihre Busenfreundin **Greta Thunberg** sowie die Fridays-for-

Future-Sprecherin **Elisa Bas** beim Namen zu nennen und sich klipp und klar für alle hörbar von deren israelfeindlichen Haltungen zu distanzieren?

(<https://www.derwesten.de/politik/greta-thunberg-israel-gaza-palaestinenser-b-id300690594.html>)

(<https://www.watson.de/nachhaltigkeit/klima%20&%20umwelt/835666504-fridays-for-future-aktivistin-elisa-bas-empuert-mit-israel-aussagen>)

Nicht nur die Islamverbände verhalten sich da schwammig und zweideutig. Und wer weiß noch, dass 1991, als Israel aus dem Irak mit Scud-Raketen angegriffen wurde und sich das damalige Grünen-Bundesvorstandsmitglied **Hans-Christian Ströbele** öffentlich vehement gegen die Lieferung von Scud-Abwehrraketen an Israel aussprach, der aber gleichzeitig Geld sammelte für ‚Waffen an El Salvador‘, dabei unterstützt von der Mehrheit der Grünen. Später mehrmals in Kreuzberg-Friedrichshain direkt in den Bundestag gewählt.

Auch Sozialdemokraten wie **Gerhard Schröder**, **Sigmar Gabriel**, **Rudolf Scharping**, **Frank-Walter Steinmeier** und **Oskar Lafontaine** weigerten sich damals sehr öffentlichkeitswirksam, an Demonstrationen teilzunehmen, die unter dem Motto ‚Rettet Israel‘ standen.

Leider lag die Teilnehmerzahl bei nur 8.000, maximal 10.000 Menschen - keinesfalls bei 20.000 oder gar 25.000, wie fälschlicherweise verbreitet wurde. Bei wunderschönem Wetter und Mobilisierung durch sämtliche Medien ist das bei einer (fast) Vier-Millionen-Stadt eher enttäuschend, auch wenn man bedenkt, dass andere durch ihre Mobilisierung durch (a)soziale Medien binnen weniger Stunden ebenso viele und gar mehr zusammenbekommen.“

Anmerkung der Redaktion: Es ist eine Schande für Berlin, dass sich nur rund 10.000 Menschen auf den Weg zum Brandenburger Tor machten. Das war kein klares Zeichen für Israel. Erfreulich hingegen, dass die Kundgebung live bei Phoenix übertragen wurde.

Klingt wie Rinderwahnsinn

In der Presseschau des InfoRadios wurde heute Morgen ein Journalist zitiert, der sich über den Namen der neuen Partei lustig machte. BSW – **Bündnis Sahra Wagenknecht** – klingt wie BSE – Rinderwahnsinn. Tatsächlich ist es Wahnsinn, in dieser Zeit eine neue Partei zu gründen. Ganz im Gegenteil müssten sich linke Parteien zusammenschließen. Welche kämen dafür in Frage? Natürlich die Linke, die nie ihren Stallgeruch aus DDR-Zeiten als Nachfolgerin der SED ablegen konnte, obwohl es in dieser



Partei längst eine junge Generation gibt, die mit den alten Kadern nichts mehr gemein hat. Immerhin hat die Nachfolgepartei der SED, PDS, es 2007 hinkommen, sich mit der WASG, einer Abspaltung der SPD, zusammenzuschließen zur Partei **Die Linke**.

Und da sind wir schon beim Urfehler, der Schuld der SPD. Warum gab es die Abspaltung von der SPD, warum haben sich überhaupt die Grünen gegründet, obwohl ihre Themen eigentlich sozialdemokratisch sein müssten? Es ist der SPD nicht gelungen, so viel Volkspartei zu sein, um all diese Strömungen zu integrieren. Die SPD müsste die einzig wahre linke Partei in Deutschland sein, neben ihr dürfte es keine andere ernstzunehmende Linke geben.

Sahra Wagenknecht ist eine Marke, mehr nicht. Was hat diese Frau eigentlich bislang geleistet, außer ein paar Bücher geschrieben. Seitdem im Hintergrund **Oskar Lafontaine** ihr Leben bereichert, ist es noch schlimmer geworden. Vieles von dem, was Wagenknecht sagt, könnte auch von Oskar stammen. Die letzte verbleibende Linke im Parlament wird von Wagenknecht pulverisiert. Die Partei verliert ihren Fraktionsstatus und kann nur noch als „Gruppe“ mit deutlich weniger Rechten ihre Arbeit fortsetzen. Muss die dienstälteste (seit 2006) Bundestags-Vizepräsidentin **Petra Pau** ihren Sitz im Präsidium räumen, wenn die Linke ihren Fraktionsstatus verliert? Das wäre tragisch, weil Pau eine außerordentliche gute Vize-Präsidentin ist.

Pau gelang es nicht, in Marzahn-Hellersdorf ihr Mandat zu verteidigen. Das gewann ausgerechnet **Mario Czaja**, den der Regierende Bürgermeister **Michael Müller** während der Flüchtlingskrise als Sozialsenator schon rauswerfen wollte, und der von **Friedrich Merz** später als CDU-Generalsekretär tatsächlich in die Wüste geschickt wurde, womit wir nichts gegen Marzahn-Hellersdorf gesagt haben wollen.

Zehn Mitglieder der Fraktion haben am Montag die Partei verlassen, wollen aber noch in der Fraktion bleiben, bis die neue Partei, vermutlich im Januar 2024, an den Start geht. Was ist das für ein bescheuertes Verfahren. Die Existenz der Fraktion verdankt diese drei Personen, die weder Partei noch Fraktion verlassen wollen: **Gregor Gysi**, **Gesine Lötzsch** und **Sören Pellmann**. Sie gewannen ihre Wahlkreise direkt, was die Linke in die Lage versetzte, eine Fraktion mit 38 Sitzen bilden zu dürfen. Das heißt, 35 kamen über die Liste ins Hohe Haus. Die zehn Abtrünnigen haben kein Mandat, eine eigene Gruppe im Bundestag bilden zu dürfen, schon gar nicht unter der Firmenbezeichnung **Sahra Wagen-**

knecht. Korrekt wäre es, wenn alle zehn ihr Mandat niederlegten und den Weg für Nachrücker freimachten. Wer will aber schon aus reinem Anstand heraus auf das Geld* und all die schönen Extras, wie Bahn-Card 100 1. Klasse, verzichten? Ganz abgesehen von den Bundestags- und Wahlkreisbüros bis hin zur Nutzung des kostenlosen Taxiservice, dem Fahrdienst des Deutschen Bundestages? Das kann man doch keinem zumuten, der es sich unter dem gläsernen Eierbecher von **Norman Foster** gemütlich gemacht hat.

*Grundvergütung Bundestagsabgeordnete: 10.591,70 Euro. Kostenpauschale für Büros und Mitarbeiter 4.725,48 Euro, jeweils monatlich, versteht sich, plus 12.000 Euro jährlich für Büromaterial etc.

Da wir inzwischen gelernt haben, dass es Wähler gibt, denen die Inhalte der Parteiprogramme egal sind, kann es durchaus sein, dass Wagenknechts Bündnis „Für Vernunft und Gerechtigkeit“ tatsächlich irgendwo über fünf Prozent kommt. Die anstehende Parteigründung war gestern der Medien-Hit, der sogar Israel auf Platz zwei der Nachrichten verdrängt hat. Geschickt nutzten Wagenknecht und ihre Anhänger das Podium der Bundespressekonferenz, live übertragen von *Phoenix*, um darauf hinzuweisen, dass man jetzt Geld sammle. Vielen Dank, liebes öffentlich-rechtliche Fernsehen für diesen Werbeblock.

Goofy

Was ist bloß los mit unserer Jugend? Der sympathisch-trottelige Freund von **Donald Duck** und **Mickey Mouse**, **Goofy**, ist Namensgeber des Jugendwortes des Jahres. Goofy „bezeichnet eine tollpatschige, alberne Person oder Verhaltensweise, die andere zum Lachen bringt“. Nicht eine Jury aus Erwachsenen, sondern Kids zwischen zehn und 20 Jahren haben sich das Wort ausgesucht. „Side Eye“ und „NPC“ für Non-Player-Character, haben sich nicht durchgesetzt. „Side Eye“ ist ein Ausdruck, der in der Regel verwendet wird, um Missbilligung und/oder Ablehnung gegenüber einer Aussage, Handlung usw. auszudrücken“. (*Meine Meinung zu BSW*). Der Begriff NPC beschreibt jemanden, der nicht selbstständig denkt, ein „Mitläufer“ oder einfach nur unwichtig ist. Alternativ können damit auch Menschen beschrieben werden, die sich sinnlos zu verhalten scheinen, oder „etwas neben der Spur“ wirken. (*Klassische Beschreibung der Wähler vom BSW*).

Ed Koch



KW 42 Die Woche von Ed Koch

Wussten Sie eigentlich, dass in der Ukraine ein Krieg stattfindet? Am 24. Februar 2022 hat der russische Präsident Putin das Land überfallen und verfolgt seitdem das Ziel, die Ukraine in der bestehenden Form zu vernichten. Die Ukraine müsse von Nazis befreit werden, so der lupenreine Faschist Putin.

„Seit Beginn des Krieges in der Ukraine sind insgesamt fast 500.000 russische und ukrainische Soldaten getötet oder verletzt worden. Die Zahl der gefallenen russischen Soldaten werde auf bis zu 120.000 geschätzt und die Zahl der Verletzten auf 170.000 bis 180.000. In der Ukraine seien bei den Kämpfen rund 70.000 Soldaten ums Leben gekommen und 100.000 bis 120.000 verwundet worden. Einem Bericht zufolge werden 9.444 Todesfällen unter Zivilpersonen bestätigt. 16.940 Menschen seien verletzt worden.“ *New York Times / MDR / ZDF*

In den Medien, so **Christian Ehring** in extra3 am Donnerstag, sei immer nur Platz für einen Krieg. Und da der Krieg in Israel seit dem 7. Oktober der aktuellere ist, muss die Aufmerksamkeit für die Ukraine in den Hintergrund rücken. In beiden Fällen handelt es sich um Angriffskriege. Das Massaker von Butscha im März 2022 ist genauso ein terroristischer Akt wie der auf Israel.

„Seit dem Angriff der palästinensischen Terrororganisation Hamas auf israelisches Staatsgebiet am 7. Oktober 2023 sind bereits mehr als 1.400 israelische Todesopfer und mehr als 4.629 Verletzte in Israel verzeichnet worden. Im Gazastreifen sind durch Gegenschläge des israelischen Militärs gegen die Hamas 3.785 Menschen gestorben, mehr als 12.500 wurden verletzt. Im Westjordanland sind seit dem 7. Oktober 79 Todesopfer bestätigt worden.“
Stand: 20.10.2023 Quelle: Statista

Die Berichterstattung über den Krieg in Israel gleicht manchmal einer Sportberichterstattung. Das hat extra3 in seiner aktuellen Folge sehr gut herausgearbeitet. Als es um den Raketenanschlag in ein Krankenhaus im Gaza-Streifen ging, sagte US-Präsident Biden, dass diese vom „anderen Team“ abgefeuert worden sei. Vom „anderen Team“? Der Mann hat sie doch wohl nicht alle!

„Update vom 21. Oktober, 07.40 Uhr: Immer mehr unabhängige Stellen legen Beweise vor, dass die Explosion in einem Krankenhaus im Gazastreifen durch eine fehlgeleitete palästinensische Rakete ausgelöst

wurde. Das berichtet nun auch neben anderen der TV Sender France24, der sich auf Militärkreise innerhalb der EU beruft. Während die Behörden in Gaza von fast 500 Toten sprechen, geht der US-Geheimdienst von einer Opferzahl zwischen 100 und 300 aus.“

In den USA werden wegen der Berichterstattung über die Tragödie im Gaza-Krankenhaus schwere Vorwürfe gegen die Medien erhoben. Der Kongressabgeordnete **Dan Goldman** kritisierte die US-Medien auf Twitter. „Wenn die Medien nicht ‚unabhängig überprüfen‘ können, was auf der Grundlage von unbestreitbaren Videobeweisen, einem aufgezeichneten Gespräch zwischen zwei Terroristen, die zugeben, dass sie es getan haben, Ballistik und Lügen der Hamas - es war ein Parkplatz, kein Krankenhaus - geschehen ist, dann kann nichts ‚unabhängig überprüft‘ werden“, so das Mitglied der Demokraten.

Quelle: Frankfurter Rundschau

Natürlich müssen die Medien über den Terrorangriff der Hamas auf Israel berichten. Warum aber der von mir sehr geschätzte heute-journal Moderator **Christian Sievers** extra nach Israel reisen muss, um in Tel Aviv unter anderem den dortigen ZDF-Korrespondenten zu interviewen, erschließt sich mir nicht. Das ginge auch vom Studio in Mainz.

Der Fokus der Berichterstattung liegt mir im Augenblick zu sehr auf diese unsäglichen pro-palästinensischen Demonstrationen. Die Bilder von Bombeneinschlägen im Gaza-Streifen sind so schlimm wie alle Bilder, die das Leid des Krieges zeigen. Wieder einmal wird aber Ursache und Wirkung verwechselt. Es gäbe keinen einzigen Bombeneinschlag in Gaza, wenn nicht zuvor Israel angegriffen worden wäre.

Müssen aber Bilder gezeigt werden, wie ein totes Mädchen nach einem Raketenanschlag in Gaza aus den Trümmern des Hauses getragen wird? Und wenn diese Bilder irgendeinen Nachrichtenwert haben sollten, wäre es angebracht, gleich danach die Ursache einzublenden und Babys mit von Hamas-Terroristen abgetrennten Köpfen in Israel zu zeigen. Es gibt in diesem Krieg, den viele Medien als „Konflikt“ bezeichnen, kein ABER. Es ist auch nicht die Zeit über Versäumnisse auf dem Weg zu einer Zweistaatenlösung zu diskutieren. Hier geht es um einen Terrorakt, auf den reagiert werden muss. Die Hamas hat sich im Grenzgebiet zu Israel nicht mit der Armee angelegt, sondern willkürlich Zivilpersonen ermordet, verletzt und entführt. So wie die Hamas und andere arabische Terrororganisationen Israel vernichten wollen, ist es das gute Recht von Israel, die



Hamas auszurotten. Ob das mit einer Bodenoffensive gelingt, darf aber bezweifelt werden. Ein Krebsgeschwür wie die Hamas lässt sich nicht gänzlich vernichten. Niemand weiß, wie viele Terroristen mit in den Süden Gazas gezogen sind. Dass Ägypten keine Flüchtlinge aufnimmt, ist nur allzu verständlich. Es würde sich auch Terroristen ins eigene Land holen. Dass nun Hilfsgüter von Ägypten in den Gaza-Streifen gebracht werden können, ist zu begrüßen. Denn es gibt sie auch dort, die unschuldige Zivilbevölkerung, die sich aus den Klauen der Hamas nicht befreien kann.

Auf der Sonnenallee findet derweil eine Art Stellvertreterkrieg statt. Auch diese Demonstranten, die bei uns in Freiheit leben, verkennen die Ursache. Das Palästina-Problem lässt sich nicht in Neukölln, Dörsdorf oder Hamburg lösen. Im Augenblick geht es auch gar nicht darum, sondern um fast 200 Geiseln, die von Terroristen gefangen gehalten werden. Eine Befreiung dieser Geiseln durch eine Bodenoffensive in einem Gebiet, das weitestgehend untertunnelt ist, dürfte kaum gelingen. Zwei entführte Frauen sind inzwischen freigekommen.

Der militärische Arm der Hamas hatte mitgeteilt, die Frauen nach Verhandlungen mit Katar aus „humanitären Gründen“ freigelassen zu haben. Dies diene auch dazu, den Bürgern in den USA und der ganzen Welt zu zeigen, dass die „Behauptungen“ von Präsident Joe Biden und der „faschistischen“ US-Regierung über die Hamas unbegründet seien, hieß es in der Erklärung. Quelle: tagesschau

Alles, was über die Hamas, abgesehen von ihren Terrorverbündeten, jemals gesagt wurde, stimmt. Es sind Terroristen, denen die eigene Bevölkerung völlig egal ist, womit sie sich nicht von Putin unterscheiden. Die Hamas hat kein Interesse an einer friedlichen Lösung.

Heute, am Sonntag, dem 22. Oktober 2023, beginnt um 14:00 Uhr eine Solidaritätskundgebung für Israel am Brandenburger Tor. Um zu zeigen, dass die Mehrheit der Menschen gegen Antisemitismus aufsteht, hat sich ein großes zivilgesellschaftliches Bündnis zusammengetan. Es ist so breit aufgestellt, wie für kaum eine Kundgebung zuvor: Alle demokratischen Parteien des Bundestags, Deutscher Gewerkschaftsbund und Arbeitgeberverband, der Zentralrat der Juden, die evangelische und katholische Kirche, die muslimische Organisation Alhambra und viele mehr setzen gemeinsam ein Zeichen der Solidarität. Darüber hinaus haben 106 deutsche Firmen einen Aufruf verfasst: Nie wieder ist Jetzt!

Was noch?

Markus Söder hat einen tollen Vorschlag gemacht. **Olaf Scholz** soll sich von den Grünen und der FDP trennen und eine Koalition mit der Union eingehen. Natürlich ist das der übliche Populismus des Bayern, den immerhin 31 Prozent der von der *Forschungsgruppe Wahlen* für das ZDF Befragten für den besseren Bundeskanzler hielten. (Wüst 27%, Merz 23%).

In der Skala der wichtigsten Politiker rangiert Söder, trotz seines mäßigen Wahlerfolgs, auf Platz 2 hinter dem Verteidigungsminister **Boris Pistorius**. Scholz belegt (immerhin) Platz 3, Lindner 6, Habeck, einst Liebling der Nation, abgeschlagen auf Platz 8, hinter ihm nur noch Wagenknecht und Weidel. Mit der Arbeit der Bundesregierung sind nur noch 32 Prozent zufrieden, 49 Prozent meinen allerdings, dass es unter der Führung der Union nicht besser würde.

Die Sonntagsfrage sieht die Ampel gerade mal noch bei 34 Prozent (SPD 15, Grüne 14, FDP 5). Die Union käme auf 30 Prozent, die AfD auf 21 und die Linke auf fünf. **Sahra Wagenknecht** meint es tatsächlich ernst mit der Neugründung einer Partei, die BSW heißen soll, was für *Bündnis-Sahra-Wagenknecht* steht. „Ich spüre, dass es ganz viele gibt, die sich eigentlich von keiner Partei mehr vertreten fühlen“, sagte Wagenknecht laut dem mdr (Mitteldeutscher Rundfunk). Die neue Partei solle die politische Leerstelle füllen, die durch schlechte Wahlergebnisse der Linken entstanden sei und der Demokratie nicht guttue. Wagenknecht sieht sich dabei offenbar auch als Alternative zur AfD. SWR Aktuell

Wenn Wagenknechts Anhänger in der Fraktion aus dieser austreten, ihr Mandat aber nicht niederlegen, verliert die Linke ihren Fraktionsstatus. **Selbst der unverbesserliche Optimist Dietmar Bartsch** sieht für die Linksfraktion im Deutschen Bundestag keine Zukunft mehr. „Ich rechne damit, dass wir den Fraktionsstatus im Januar verlieren werden, wenn die neue Partei real gegründet wird“, sagt Bartsch am Freitag dem Tagesspiegel. Falls es nicht schon am Montag passiert. Tagesspiegel

Wäre es angesichts der gegenwärtigen Situation, mit zwei Kriegen, einer Flüchtlingskrise, die „Wir schaffen das“ von 2015 bei weitem übertrifft, nicht sinnvoll, eine All-Parteien-Regierung zu bilden? Mit den gespaltenen Restlinken und der AfD bliebe immer noch eine ausreichende Opposition übrig, die Bundestagsdebatten interessant blieben ließen.



Und Berlin?

Auch hier gab es in dieser Woche eine neue Umfrage. **CDU** leicht verbessert auf 29 Prozent, **SPD** minus 3,4 Punkte auf 15 Prozent, macht 44 Prozent für die jetzige Koalition. Das würde nicht reichen. Die **Grünen** verbessern sich leicht auf 19 Prozent, während die **FDP** mit vier Prozent draußen bliebe. Die **Linke** verliert 2,2 Punkte und landet auf zehn Prozent, während die **AfD** als Sieger aus der Umfrage hervorgeht: 5,9 Punkte Plus = 15 Prozent.

Eigentlich könnte Kai Wegner zufrieden sein. Die CDU des Regierenden Bürgermeisters ist in der Sonntagsfrage des Berlin Trends der Morgenpost und der RBB-Abendschau mit 29 Prozent die mit Abstand stärkste Partei. Allerdings hat Wegner dennoch ein Problem: Sein schwarz-roter Senat mit seiner pragmatischen Politik als Kontrast zum Dauerstreit von Rot-Grün-Rot ist in der Stadt keineswegs so beliebt, wie er es gerne hätte. Die Berlinerinnen und Berliner sind nach einem halben Jahr im Amt mit dem neuen Senat ebenso wenig zufrieden, wie sie das mit den Vorgängerregierungen waren. Die Werte für Wegners Team liegen sogar noch unter denen von SPD-Frau Franziska Giffey und ihren Senatskollegen, die Infratest dimap im November 2022 gemessen hatte. Mit der schwarz-roten Regierung sind aktuell 27 Prozent sehr zufrieden oder zufrieden, 68 Prozent gaben ein negatives Votum ab. Im November bewerteten 30 Prozent den damaligen Giffey-Senat insgesamt positiv, 66 Prozent zeigten sich weniger oder gar nicht zufrieden. Berliner Morgenpost

Berlin verschuldet sich weiter

Irgendwie könnte man den Eindruck gewinnen, dass uns die Schweden nicht mehr mögen. Nach zähen Jahren über den Konzessionsstreit um das Stromnetz, verkaufte es Vattenfall ziemlich genervt an Berlin. Die Rekommunalisierung wurde entsprechend gefeiert. Ein 2,2 Milliarden-Euro-Deal, der Berlins Kassen noch lange belasten wird.

Und nun will sich Vattenfall auch noch aus dem Wärmegeschäft herausziehen. Am Freitag meldete der Konzern: „Vattenfall und das Land Berlin haben heute eine Absichtserklärung unterzeichnet, mit der sie exklusive Verhandlungen über eine mögliche Transaktion der Vattenfall Wärme Berlin AG und deren Tochtergesellschaften vereinbaren. Eine Entscheidung seitens Vattenfall über den Verkauf wird wie geplant noch in diesem Jahr erwartet.“

„Das Wärmegeschäft von Vattenfall in Berlin beschäftigt rund 1.700 Mitarbeitende und versorgt rund 1,4 Millionen Wohneinheiten mit Warmwasser und Wärme. Vattenfall besitzt und betreibt 10 Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) sowie 105 kleine Blockheizkraftwerke und verschiedene andere Anlagen. Das Wärmenetz in Berlin hat eine Gesamtlänge von über 2.000 Kilometer. Im Zuge der Energiekrise und der Heizungsgesetzdiskussion in Deutschland ist die Nachfrage nach Fernwärmeanschlüssen in Berlin zuletzt um rund 70 Prozent gegenüber den Vorjahren gestiegen.“

In der Berliner Rundschau, Parteizeitung der CDU, wird Finanzsenator **Stefan Evers** als „Mann ohne Geld“ bezeichnet. Dennoch wird es vermutlich wieder irgendein Sondervermögen geben, aus dem ein paar Milliarden nach Schweden fließen werden.

Die Grünen haben sich auch zum Thema geäußert. Fraktionschef **Werner Graf** sagt: „Dass Berlin nun in Verhandlungen mit Vattenfall über die Rekommunalisierung der Fernwärme eintritt ist eine gute Nachricht und eine große Chance, die Wärmeversorgung in Berlin klimaneutral umzubauen. Der nun bevorstehende Umbau des Fernwärmenetzes ist eine große Herausforderung und wird größte Kraftanstrengungen benötigen. Dabei ist es entscheidend, dass wir Wärmetechnologien nutzen, die eine klimaneutrale Versorgung ermöglichen: Abwärme, Wärmepumpen und Geothermie. Dies wird große Investitionen benötigen, die auch mit hohen Kosten verbunden sind. Diese darüber hinaus anfallenden Kosten müssen sich unbedingt im Kaufpreis des Fernwärmenetzes widerspiegeln.“

Apropos Klima. Am Donnerstag fand auf dem EUREF-Campus die „Auftrittskonferenz zur Weiterentwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Berlin“ statt. Das war eine hochkarätig besetzte Veranstaltung mit über 300 Teilnehmenden, vom Bundeskanzler über den Regierenden Bürgermeister, drei Bundesministerinnen, Berliner Senatsmitglieder, Bundestagsabgeordnete und weitere Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Sport und Kultur sowie von Vereinen, Kommunen, Kirchen und Gewerkschaften. Vielleicht ist es mir bei meiner Presseschau entgangen, aber auch bei Google finde ich keine Berichterstattung über diese Konferenz. Gegenüber des Podiums war ein Kamerapodest aufgebaut worden, auf dem aber keine einzige Kamera stand. Das Thema scheint wohl nicht so wichtig zu sein. Wenigstens hat „die bedeutendste Publikation jenseits des S-Bahn-rings“ (Zitat Christian Gaebler) ausführlich berichtet.

07) Maaßen: „Zuwanderung nach Deutschland könnte in ein paar Minuten gestoppt werden“

19. 10. 2023



Es ist nicht Unwissen oder das Fehlen eines Experten-Maßnahmenpapiers bei der der Bundesregierung, das unser Land derzeit in den Abgrund reitet. Diese will vielmehr ganz bewusst und ideologiegeleitet hunderttausendfache Einwanderung, damit verbunden Verarmung der Bevölkerung und Unsicherheit sowie Angst in der Bevölkerung.

Von DAVID BERGER | In einem spannenden [Interview](#) spricht [Alexander Wallasch](#) mit Dr. Hans-Georg Maaßen über organisierten Widerstand gegen eine drohende neue Impfkampagne, über den Deutschlandpakt von Olaf Scholz als Simulation von Problembewusstsein und über den Gratismus von Habeck, das Unvermögen von Faeser und die Bonner Republik als Brutkammer der Krise.

Unser Fundstück der Woche aus dem Interview:

Ein Erlass an die Bundespolizei würde ausreichen



Um eine grundlegende Politikwende einzuleiten, braucht man noch nicht einmal ein Maßnahmenpapier. Man muss einfach nur ganz rational nach der Rechtslage handeln. Die Zuwanderung nach Deutschland kann man innerhalb von ein paar Minuten stoppen. Man muss nur einen Erlass an die Bundespolizei rausgeben, dass an den Grenzen zu unseren Nachbarstaaten Asylsuchende zurückgewiesen werden. Man kann durch einen einfachen Erlass die deutschen Botschaften anweisen, den massenhaften Missbrauch des Familiennachzugs zu beenden ...“

Auf den Einwand von Wallasch: „Jetzt hat ja schon Merkel gesagt, die Grenzen lassen sich nicht kontrollieren“ – antwortet Maaßen:

Grenzen lassen sich kontrollieren

„Das war eine inhaltlich falsche Aussage. Die Grenzen lassen sich kontrollieren und Zurückweisungen von Asylsuchenden an den Grenzen sind möglich. Mehr noch, es ist Aufgabe der Bundesregierung, die Grenzen zu schützen. Die Regierung Merkel hatte eindrucksvoll bei den G7-Gipfeln und während der Corona-Krise gezeigt, dass sich die Grenzen kontrollieren lassen, wenn Frau Merkel es wollte. In der Asylkrise wollte sie es nicht.“

Das ganze Interview lesen Sie hier: [Ohne Einschränkung der Meinungsfreiheit können sie ihre ideologischen Transformationsvorhaben nicht durchsetzen.](#)

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Asylchaos an deutsch-polnischer Grenze – „Schutzsuchende“ und „verlorene“ Dokumente: ein Lokalaugenschein

18. 10. 2023



Foto: Heimatkurier

Asylchaos in Sachsen: Alleine nach offiziellen Zahlen gelangen jeden Tag hunderte Ersetzungsmigranten aus dem afroarabischen Raum über Weißrussland und Polen in die Bundesrepublik nach Sachsen. Die Bewohner der grenznahen Ortschaften erleben diesen Ansturm täglich hautnah am eigenen Leib. Der [Heimatkurier](#) war jüngst in Deschka, einem kleinen Dorf in der Nähe von Görlitz, um aus erster Hand exemplarisch über die Zustände an der Grenze zu berichten.

DESCHKA – Das ostsächsische Dorf zählt nur wenige hundert Einwohner. Doch wie jeder Ort im bundesdeutschen Grenzgebiet leidet Deschka enorm unter dem aktuellen Migrationsdruck. Die Schlepperroute über Weißrussland und Polen hinein nach Sachsen ist eine der am stärksten frequentierten Routen in ganz Europa.



Grenzmarkierung bei Deschka, Blickrichtung Deutschland

Max Schreiber (Freie Sachsen) setzt sich besonders im Osten Sachsens [gegen das enorme Asylchaos ein](#). Auf Anfrage des *Heimatkuriers* sagte er: „In der Sächsischen Schweiz und dem Osterzgebirge ist die Lage völlig außer Kontrolle. Im Durchschnitt kommen hier täglich über 160 Personen an. Zusätzlich noch die Großschleusungen, bei denen ganze LKW Ladungen mehrmals pro Woche abgesetzt werden. Die Bundespolizei fungiert nur noch als Taxi und fährt die Menschen in die Erstaufnahmen. In den Wäldern findet man entsorgte Kleidung, Handys, Medikamente und jede Menge Dokumente und Ausweise.“



Zusendung: Verunfallter Schleuserbusses in der Nähe von Deschka

Allein in Deschka stranden täglich mehrere Dutzend Illegale – mehrere hundert jede Woche. Angelockt von den falschen Versprechungen eines migrationssüchtigen Kartells durchqueren stündlich Scharen afroarabischer Männer den kleinen Ort, um in der Bundesrepublik Asyl zu beantragen. Die Anwohner leiden darunter enorm. Am vergangenen Samstag, den 7. Oktober, war der *Heimatkurier* mit einem Team vor Ort, um mit den Einwohnern des Dorfes zu sprechen und über die Situation zu berichten.



Interview mit Anwohnern auf der Grenzbrücke

Nachdem einige Tage zuvor ein Bericht der Sächsischen Zeitung unter dem Titel „*Görlitz: Flüchtlingskrise – Das Dorf Deschka zwischen Wut und Mitleid*“ veröffentlicht wurde, begegneten uns die Anwohner zunächst mit einer gesunden Skepsis. Nach einem kurzen

Gespräch über die Arbeit des *Heimatkuriers* erklärten sie sich allerdings bereit, uns die Lage vor Ort zu schildern.



Zusendung: Bundespolizei kontrolliert illegalen Grenzübertritt in Deschka

An eben jener Brücke über die Neiße, an welcher wir miteinander sprachen, werden täglich mehrmals Gruppen von Illegalen aufgegriffen: „An manchen Tagen geht es bereits früh um ein Uhr in der Nacht los. Dann kommen die ersten, und das geht den ganzen Tag so weiter“, berichtet ein Augenzeuge. „Die meisten sammeln sich dann oben bei der Feuerwehr, oftmals 30–40 Leute auf einmal. Direkt gegenüber dem Kindergarten, wo unsere Enkel spielen!“ führt er weiter aus.



Zusendung: Gruppe von Migranten vor der örtlichen Feuerwache, direkt gegenüber vom Kindergarten

Seite E 132 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Auffällig ist, dass die klassische Art der Schlepperei zunehmend durch eine neue Taktik abgelöst wird. Die Grenze in einem abgedunkelten Transporter zu überqueren wird zwar noch immer praktiziert, doch längst hat ein neues Modell der illegalen Einreise Einzug gehalten. Wie ein Anwohner berichtet, entlassen die Schlepper die Migranten häufig schon auf polnischer Seite aus ihren Fahrzeugen und schicken sie zu Fuß ganz offen auf den Weg über die Grenze.



Bundespolizei patrouilliert an der Grenze

Der Umstand, dass auf deutscher Seite der Grenze die Bundespolizei nahezu omnipräsent ist, stört dabei weder die Schlepper, noch die Geschleppten. Im Gegenteil, für die Ersetzungsmigranten ist die deutsche Polizei sogar ein willkommener Anblick.



Patrouille der Bundespolizei, Blick von Polen aus

Seite E 133 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

„Die verstecken sich nicht einmal, sondern kommen einfach am helllichten Tag und rufen Asyl!“ erzählt ein Anwohner schockiert. Teilweise sprechen die frisch illegal eingereisten sogar einfach Passanten an und fordern direkt „Polizei rufen, Asyl!“, setzen sich dann irgendwo hin und warten, führt er weiter aus.



Zusendung: Migranten lassen sich sichtlich entspannt von der Polizei aufgreifen

„Die Polizei ist hier einfach nur ein großer Taxibetrieb“ klagt ein anderer Anwohner. Einmal aufgegriffen, geht es für die Migranten zuerst in das nächste Erstaufnahmezentrum, von dort in weitere Verteileinrichtungen bei Leipzig und Dresden, und danach in die gesamte Bundesrepublik.



Ortseingang Deschka

Seite E 134 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Sogar den Polizisten würde man anmerken, dass sie mittlerweile die Nase voll haben. Im Gespräch berichtet uns ein Dorfbewohner: „Ich bin letzte Woche früh zur Arbeit losgefahren, 6.15 Uhr. Vorn an der Kreuzung stand bereits die Polizei mit einem Trupp Migranten. Auf meine Nachfrage, wie viele es heute schon wieder sind, antwortete ein Beamter: Zwölf Mann. Vorhin haben wir auch bereits 16 eingeladen und fahren jetzt gleich zur nächsten Stelle. Dort sitzen wieder fünf. Meine Frau fährt immer um 7.15 Uhr auf Arbeit und schrieb mir dann an diesem Morgen, dass zu dieser Zeit schon wieder sechs Migranten an der Bushaltestelle saßen. So läuft das hier jeden Tag!“



Zusendung: Migranten warten auf Abholung durch die Polizei in Deschka

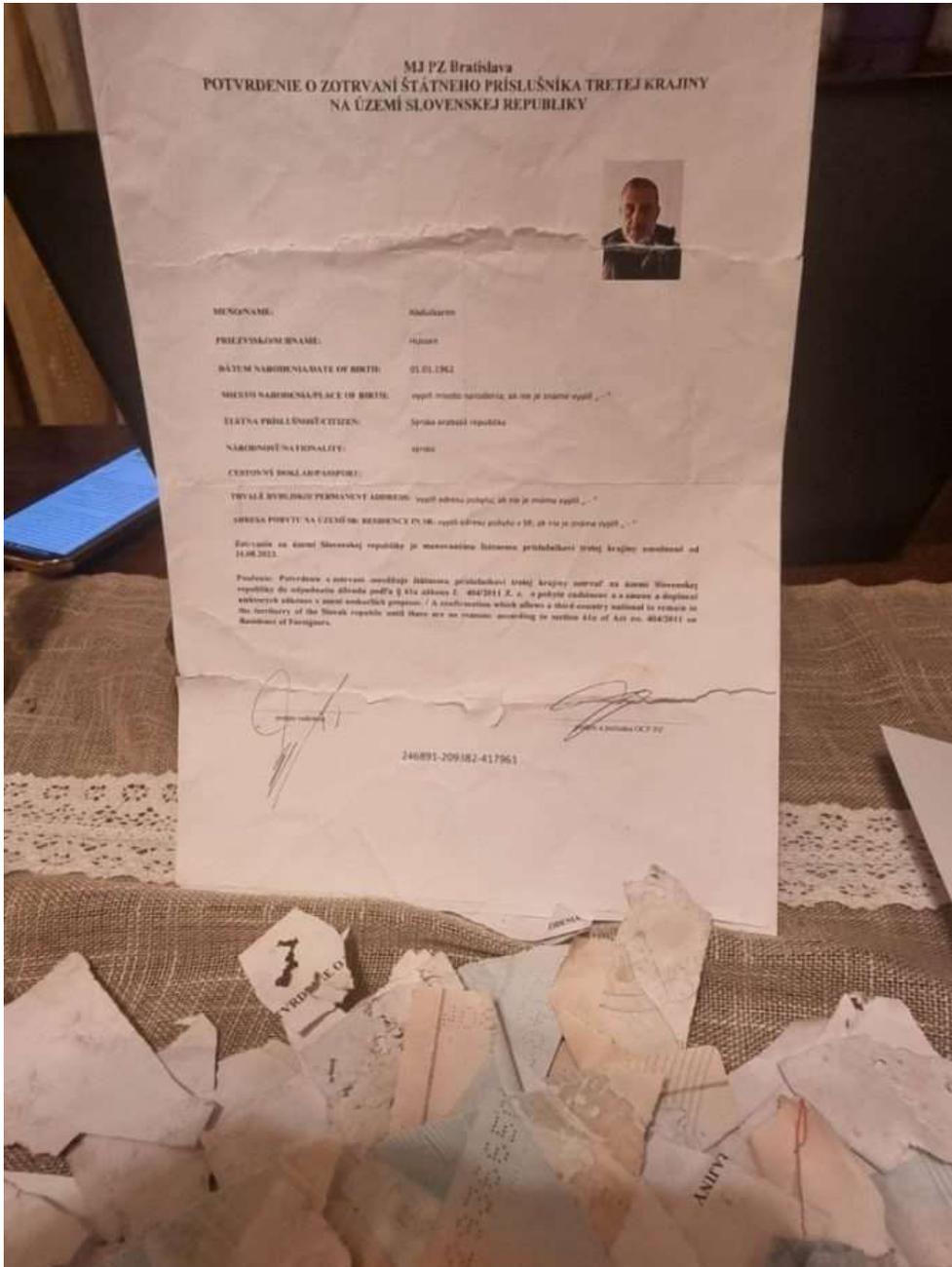
Augenzeugenberichten zufolge klettern die Migranten auf ihrem Weg durch das Dorf teilweise über Gartenzäune, und entsorgen dort ihre alte Kleidung sowie ihre Pässe – schließlich wollen sie ihren Flüchtlingsstatus nicht durch unnötige Details, wie ihr wahres Herkunftsland, gefährden.



Ein Anwohner zeigt uns weggeworfene und gefundene Pässe

Seite E 136 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

jeder Einwohner, wie viel Geld, Energie und Mittel für Ersetzungsmigranten aufgewandt werden. Angefangen bei den permanenten Polizeieinsätzen über die Unterbringung und Verwaltung bis zur Alimentierung der Fremden gibt die Landesregierung Unsummen aus. Derweil scheitert es im Ort seit über zehn Jahren an einer Renovierung des Kindergartens, da laut offizieller Aussage hierzu die finanziellen Mittel fehlen. Für das eigene Volk ist vor Ort kaum Geld da. Sportvereine brechen im Umkreis reihenweise weg, Kultur geht verloren. Derweil schreiben Lokalpolitiker Brandbriefe an die Landes- und Bundesregierung, ernten als Antwort jedoch nichts als Schweigen und Missachtung.



Zusendung: Fundstücke

Von den Politikern der Kartellparteien ist in dieser Frage keine Hilfe zu erwarten. Obgleich eine umfangreiche Remigrationspolitik jederzeit technisch umsetzbar wäre. Ein Anwohner aus Deschka meinte im Gespräch: „Würden die Migranten lediglich Sachleistungen bekommen, und müssten dafür auch noch nützliche Arbeit verrichten, wären am nächsten Tag von 100 Mann allerhöchstens noch 20 da. Unter den jetzigen Bedingungen kann man den Leuten noch nicht einmal einen richtigen Vorwurf machen.“



Gespräch mit Anwohnern

Polen selbst lässt die Migranten, obwohl es seine eigene Ostgrenze stark bewacht, ungehindert die Grenze zur Bundesrepublik passieren. Augenzeugen berichteten uns in Deschka, dass Schlepper ungehindert bis kurz vor die Grenze fahren können, dort die Migranten aussteigen und zu Fuß loslaufen lassen, um dann erst auf dem Rückweg durch die polnische Polizei aus dem Verkehr gezogen zu werden. Auf diese Weise bekämpft Polen zwar die Schlepper im eigenen Land, ohne sich jedoch mit den Migranten befassen zu müssen. Selbstverständlich kann man der polnischen Polizei diese Taktik kaum zum Vorwurf machen – sei sie auch noch so ärgerlich für uns. Schließlich wirkt die Propaganda der Bundesrepublik und ihrer Politiker global als einer der stärksten Pull-Faktoren für Massenmigration. Daher wird der polnische Staat bis auf weiteres argumentieren, man habe es in Deutschland schließlich nicht anders gewollt.



Grenzmarkierung in Deschka, Blickrichtung Polen

Seite E 138 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Das zeigt: Eine Rettung von außen wird es nicht geben. Die wahnsinnigen Zustände, welche hier in Deschka lediglich exemplarisch für unzählige weitere Städte an der Ostgrenze der Bundesrepublik beleuchtet wurden, müssen zum Anlass genommen werden, selbst eine Veränderung zu schaffen. Die Lage muss nicht erst noch schlimmer werden. Das rechte Lager befindet sich in einem Hoch. Unsere Möglichkeiten liegen da, wir müssen sie lediglich noch nutzen!

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [HEIMATKURIER](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Dazulassen auch unser Artikel „**Was auf der Flucht so alles verloren geht**“:

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Das Handwerk ist unzufrieden. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 618-12

14. Oktober 2023

48. Jahrgang

Das Handwerk ist unzufrieden

Vom 11. bis 13. Oktober 2023 fand auf dem **EUREF-Campus** eine Tagung des **Zentralverbandes des Deutschen Handwerks** statt. Höhepunkt der Veranstaltung war am Freitag, dem 13. Oktober, das ZDH-Forum. Die Vertreter aus allen Bereichen des Handwerks hatten die Frage *„Wieviel Fortschritt hat die Ampel für den Wirtschaftsstandort Deutschland gewagt?“* als Überschrift formuliert.

Zur Beantwortung der Frage waren die Generalsekretäre von SPD, Grünen und FDP, **Kevin Kühnert**, **Emily May Büning** und **Bijan Djir-Sarai** eingeladen worden. Aber auch der Vertreter der Opposition, CDU-Generalsekretär **Carsten Linnemann**, saß auf dem Podium.



Die erste Frage ging aber nicht an die Politiker, sondern an die rund 300 Vertreterinnen und Vertreter des Handwerks. Wie zufrieden seien sie mit der Arbeit der Bundesregierung: Gar nicht zufrieden: 52%, weniger zufrieden: 34%, zufrieden: 10%, sehr zufrieden: 1%. Die Ampel-Vertreter nahmen es gelassen hin und verließen nicht den Saal, denn das Ergebnis für die Opposition war auch nicht gerade überwältigend. Mit der Arbeit der Opposition sind 43% weniger zufrieden, 13% gar nicht, 30% zufrieden und 7% sehr zufrieden.

Das selbsterklärte Ziel der Ampelregierung: *„Mehr Fortschritt wagen“* muss aus Sicht von ZDH-Präsident **Jörg Dittrich** in der zweiten Halbzeit der Legislaturperiode mit deutlich größerer Entschlossenheit und mit mehr Mut auch zu grundsätzlichen Reformen

angegangen werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland zu erhalten.

„Es ist wieder Agenda-Zeit: Statt homöopathisch Symptome zu bekämpfen, braucht es einen Ruck und endlich eine echte mittelstandsfreundliche Standortpolitik. Es ist Zeit für Pragmatismus, Realpolitik und echte Reformen“, mahnte Dittrich beim ZDH-Forum vor den rund 300 Handwerksfunktionären an. An die Politik richtete der ZDH-Präsident den eindringlichen Appell, den vielen politischen Ankündigungen endlich Taten folgen zu lassen und zu handeln: Ziel aller politischen Entscheidungen müsse es sein, die Standortbedingungen in Deutschland langfristig zu verbessern, Initiativen zur Fachkräftesicherung nachhaltig zu stärken und Belastungen spürbar abzubauen.

Das Handwerk sei bereit, bei den großen Aufgaben mit anzupacken, das beweise es täglich. Aber das Handwerk könne als die Schlüsselbranche für eine erfolgreiche Transformation und Modernisierung des Landes nur dann seinen Beitrag leisten, wenn bei den Entlastungen endlich ernst gemacht werde: Dazu zählen ein deutlicher Bürokratieabbau, geringere Sozialabgaben, niedrigere Energiekosten sowie eine geringere Steuer- und Abgabenlast.

Der Verband sprach sich dafür aus, alle inländischen Potentiale zu heben und eine praktikable arbeitsmarktorientierte Zuwanderung zu ermöglichen. Für zwingend erforderlich hält Dittrich eine Bildungswende, um genügend Fachkräfte für die anstehenden Zukunftsaufgaben zu generieren, die Transformation zu bewältigen und das Handwerk zu stärken.

„Für Studierende werden in einem anderen Ausmaß Wohnheime gebaut und Auslandsaufenthalte finanziert. Außerdem müssen die Bildungsstätten als Hochschulen des Handwerks ganz anders als Unis und Fachhochschulen um ihre Mittel kämpfen.“ Diese Situation schrecke den potenziellen Nachwuchs qualifizierter handwerklicher Fachkräfte ab. Dabei sei das glatte Gegenteil gesellschaftlich gewünscht, da jeder und jede auf die handwerkliche Expertise und Arbeit angewiesen sei. Politik müsse die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung endlich gesetzlich festschreiben, verlangte der Handwerkspräsident.

Die Politiker gaben in ihren Eingangstatements zu, dass sie im täglichen Leben auf Hilfe angewiesen seien, weil sie keine besondere Begabung, eher zwei linke Hände, bei handwerklichen Tätigkeiten hätten. Das Podium war so aufgebaut, dass links SPD und



Grüne saßen und rechts CDU und FDP. Das passte bei den Meinungsäußerungen gut zusammen.



Auch wenn es **Carsten Linnemann** leid ist, ständig hören zu müssen, was alles in 16 Jahren CDU-Kanzlerschaft versäumt wurde, so blieb der Hinweis darauf nicht aus. Nicht alle Probleme, die die Ampel heute hat, sind selbst verursacht, sondern zum Teil geerbt.

Behandelt wurden in der 90-minütigen Diskussion alle Themen, die **Carsten Linnemann** und **Kevin Kühnert** schon in zahlreichen TV-Talk-Shows diskutiert hatten. Bei „**Maischberger**“ erklärten beide, wie sehr sie sich schätzen und sprachen sich mit Carsten und Kevin per Du an, bei „**Markus Lanz**“ ging es vornehmer per Sie zu. Beim ZDH vermied man direkte Ansprachen.

Linnemann musste sich von Kühnert Populismus vorwerfen lassen, beispielsweise bei Sätzen wie „*Je mehr Beamte Du hast, desto mehr Bürokratie*“, vor allem aber bei der leidigen Energiefrage, wo sich Linnemann und Djir-Sarai einig sind, dass man die Atomkraftwerke nicht nur hätte weiter am Netz lassen, sondern sie auch wieder reaktivieren sollen. Dass es keinen Sinn mache, ein totes Pferd reiten zu wollen, kann und will von Schwarz-Gelb nicht zur Kenntnis genommen werden. **Emily May Büning** erinnerte daran, dass **Angela Merkel** den Atomausstieg verkündet hatte. Und **Kevin Kühnert** ergänzte, dass die Atomkraft das Energieproblem nicht löse.

Einig waren sich die Politiker darin, dass der Umgang mit der Energiekrise gelungen sei, niemand musste im letzten Winter frieren und wird es auch nicht in diesem Winter erleiden. Dass die Stimmung im Land schlecht sei, wurde von keinem geleugnet. Manch gute Politik komme nicht gut rüber, beklagte **Kevin Kühnert**.

Linnemann beklagte, dass die Ampel keinen Plan und kein Ziel habe. Mit dem berüchtigten Heizungsgesetz habe man die Menschen überfordert. Auch das ist keine neue Erkenntnis. Der aktuelle **ARD-Deutschlandtrend** von **Infratest dimap** sieht die Ampel aktuell bei 33 Prozent (15 SPD, 13 Grüne, 5 FDP). Die Union liegt bei 29 und die AfD bei 23 Prozent. Koalitionsbildungen wären schwierig, Schwarz-Rot 44 und Schwarz-Grün 42 Prozent. Nur mit der FDP könnte man eine knappe Mandatsmehrheit erreichen. Die einzige satte Mehrheit brächten CDU/CSU und AfD mit 52 Prozent auf die Waage. Die AfD wäre sofort dabei, die Union wohl kaum.

Fazit der Veranstaltung: Die Handwerksvertreter können nicht sonderlich zufrieden sein, weil die Fragestellung weitestgehend unbeantwortet blieb. Aber schön, dass wir mal wieder darüber gesprochen haben.

Ed Koch

Quelle: ZDH
Fotos: Ed Koch

10) AfD-Chef Chrupalla attackierte Staatsanwaltschaft wegen Anschlag-Berichterstattung – Die ruderte daraufhin zurück

13. 10. 2023



In diesem Rettungswagen wurde der AfD-Chef in die Klinik gebracht.- Foto: Screenshot X

Chrupalla übt heftige Kritik an Staatsanwaltschaft

In einer Pressekonferenz nahm AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla erstmals persönlich Stellung zu den Vorkommnissen der Wahlveranstaltung von Ingolstadt am 4. Oktober. Heftige Kritik ertete dabei die ermittelnde Staatsanwaltschaft Ingolstadt.

Es war ein Anschlag

Am 4. Oktober wurde Chrupalla im Rahmen einer Wahlkampf-Veranstaltung in Bayern Opfer eines gegen seine Person gerichteten Anschlags. Genährt durch zweifelhafte Informationen der ermittelnden Staatsanwaltschaft, versuchten Mainstream-Medien und politische Gegner, den Anschlag als Wahlkampf-Manöver der AfD herunterzuspielen und Chrupalla vom Opfer zum Schwindler zu machen. Eine Tatsachen-Verdrehung, der der Politiker in seiner Pressekonferenz mit Fakten entgegentrat.

Einstich unwiderlegbar nachgewiesen

Demnach hatten noch am Tatort Beamte des Bundeskriminalamtes einen Blutfleck an Chrupallas rechtem Arm sowie an Hemd und Unterhemd festgestellt. Im Krankenhaus wurde dann ein Einstich an seinem Arm diagnostiziert und im Abschlussbericht festgehalten. In Dresden hat er den Einstich behandeln und pathologisch untersuchen lassen, so der

Politiker. Es wurde dort auch eindeutig ein Einstichkanal festgestellt. Weitere Befunde stünden noch aus. Festzustellen, welche Substanzen injiziert wurden, gestaltet sich schwierig und könne noch Wochen dauern.

Undurchsichtige Rolle der Staatsanwaltschaft

Eine hinterfragenswerte Rolle in dem Fall spielt die ermittelnde Staatsanwaltschaft. In einer Antwort auf die Abmahnung durch die AfD vom letzten Samstag verwickelte sich die Behörde in Widersprüche, was Informationen an Medien betraf, berichtete der Politiker und äußerte schwere Vorwürfe hinsichtlich der Informations- bzw. Desinformations-Politik der Behörde.

Staatsanwaltschaft macht Kehrtwende

In einer neuerlichen Pressemitteilung im Anschluss an Chrupallas Presskonferenz korrigierte die Staatsanwaltschaft nun ihre faktenbefreite Pressemitteilung der letzten Woche, wonach nur „eine oberflächliche Rötung bzw. Schwellung“, aber kein Einstich festgestellt worden sei. Sie bestätigte jetzt auch die drei Grund-Aussagen, wonach es eine Einstichstelle gegeben habe, die Verletzung diagnostiziert und Blut an Chrupallas Kleidung festgestellt wurde. Eine Wende um 180 Grad!

Warum die Staatsanwaltschaft die Fakten nicht anerkennen wollte, könne er nicht beurteilen, antwortete Chrupalla noch in der Pressekonferenz auf eine Journalistenfrage. Er sehe es aber als Skandal, dass man sich als Opfer in eine Rechtfertigung begeben muss, weil Falschinformationen in den öffentlichen Aussagen zum Standard geworden sind.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf unzensuriert.de

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Verbot Palästinensischer Solidaritätsbezeugungen in Berlin

13. 10. 2023



Bild: Servus TV

Seite E 143 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Nach angeblicher „Bewertung aller Umstände und Erkenntnisse“ verbot die Berliner Polizei am 11. Oktober zwei palästinensische Solidaritätskundgebungen in Berlin.

Auch eine dritte Demonstration, die sich generell gegen „Gewalt und Rassismus“ in Schulen richtete, wurde verboten.

Weiter Kundgebungen ebenfalls verboten

Im, seit „Corona-Zeiten“ bestens erprobten „Besten VerbotDeutschland aller Zeiten“ wurden daher auch zwei für den 11. Oktober geplante palästinensische Solidaritätskundgebungen noch am selben Tag von der Berliner Polizei verboten.

Wie die Berliner Sicherheitskräfte in ihren [Pressemeldungen vom 11. Oktober](#) schreiben, befürchtet die Polizei „basierend auf Erfahrungen der vergangenen Jahre und auch der jüngeren Vergangenheit volksverhetzende, antisemitische Ausrufe, Gewaltverherrlichungen sowie Gewalttätigkeiten.“

Wir haben vorsorglich einen Screenshot der Meldung gemacht, da diese kurzfristig nicht mehr aufrufbar war.

Zwei verbotene Versammlungen

Polizeimeldung vom 11.10.2023 |bezirksübergreifend

Mitte/Neukölln

Nr. 1873

Nach Bewertung aller Umstände und Erkenntnisse sowie der Abwägung sämtlicher Interessen – insbesondere dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit – hat die Polizei Berlin die für heute angezeigten Versammlungen

- **„Solidarität mit allen politischen Gefangenen am Tag der palästinensischen Gefangenen“**
Kundgebung, von 16.30 bis 18 Uhr, Pariser Platz mit 100 angezeigten Teilnehmenden
- **„Demo in Solidarität mit Palästina“**
Aufzug, von 16 bis 19 Uhr, Richardplatz – Hertzbergstraße – Sonnenallee – Hermannplatz – Kottbusser Damm – Kottbusser Tor mit 250 angezeigten Teilnehmenden

sowie die Durchführung jeder Ersatzveranstaltung bis zum 17. Oktober 2023 in Berlin verboten. Basierend auf Erfahrungen der vergangenen Jahre und auch der jüngeren Vergangenheit, weitergehenden Erkenntnissen und Erstellung einer Prognose hat die Prüfung der Versammlungsbehörde ergeben, dass die unmittelbare Gefahr besteht, dass es bei den Versammlungen zu

- volksverhetzenden, antisemitischen Ausrufen,
- Gewaltverherrlichungen,
- dem Vermitteln von Gewaltbereitschaft und dadurch zu Einschüchterungen sowie
- Gewalttätigkeiten kommt.

Seite E 144 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Die zwei verbotenen Versammlungen trugen die Titel „Solidarität mit allen politischen Gefangenen am Tag der palästinensischen Gefangenen“ und „Demo in Solidarität mit Palästina.“

Die Berliner Polizei verbot kurioser Weise ebenfalls am 11. Oktober zudem auch eine dritte Demonstration vor einer Schule im Berliner Stadtteil Neukölln unter dem Titel „Gegen Gewalt an Schulen.“

Demo gegen „Schulgewalt“ ebenfalls verboten

Zu der Demonstration hatten Elternvertreter aufgerufen, nachdem es am 9. Oktober in dieser Schule zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen einem Schüler und einem Lehrer gekommen war.

Wie die Polizei dazu am 9. Oktober mitgeteilt hatte, soll ein 14-jähriger Schüler den Streit ausgelöst haben, „weil er mit einer Palästina-Flagge als Umhang und einem Palästinensertuch um den Kopf zur Schule erschienen war“.

Auch das Verbot dieser Demonstration vor der Schule begründete die Polizei mit der Sorge vor „volksverhetzenden, antisemitischen Ausrufen, Gewaltverherrlichungen sowie Gewalttätigkeiten“.

Die Veranstalter der beiden palästinensischen Solidaritätskundgebungen warfen der Berliner Polizei nach besagten Verboten Rassismus vor und kündigten weitere Aktionen an.

Die Kundgebung sei „mit rassistischer Begründung“ untersagt worden, schreibt der Veranstalter, die Initiative Palästina, dazu auf ihrer Webseite.

„Wir werden uns jedoch nicht zum Schweigen bringen lassen. Wir informieren über kommende Schritte, um Palästina in Berlin auf die Straße zu bringen“, schreibt die Initiative Palästina weiter.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Bundestagspräsidentin erteilt AfD Ordnungsruf für Kritik an grünen Hamas-Freunden

14. 10. 2023



<https://unser-mittleuropa.com/bundestagspraesidentin-erteilt-afd-ordnungsruf-fuer-kritik-an-gruenen-hamas-freunden/>

Seite E 145 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Am Donnerstag debattierte der Bundestag über den Terrorangriff der Hamas auf Israel. Der israelische Botschafter in Deutschland, Ron Prosor, verfolgte die Aussprache als Ehrengast von der Tribüne. Der AfD-Abgeordnete Jürgen Braun kritisierte in seiner Rede die freundschaftliche Verbundenheit der Grünen bzw. ihrer Parteistiftung mit der Terrororganisation der Hamas (im Video oben bei Minute 2:59):

„Natürlich machen wir keine Terrorfinanzierung“, lautet das Dementi der Außenministerin Baerbock. Sie hat schon letztes Jahr hier im Bundestag rundheraus bestritten, was auf der Hand liegt: dass die Parteistiftung der Grünen Judenmörder finanziert. Was in Baerbocks heile Welt nicht reinpasst, wird einfach geleugnet. Dass dieser Angriff der Hamas überhaupt möglich war, ist nicht zuletzt die Folge grün-linker Realitätsverweigerung [...].“

Dafür erteilte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) Braun nachträglich einen Ordnungsruf. Nicht direkt während der Rede und vor den Augen des israelischen Botschafters. Es hätte wohl unschön ausgesehen und hätte Irritationen ausgelöst, wenn Kritik an der Hamas und ihren deutschen Freunden im Beisein des Botschafters sanktioniert worden wäre. Deshalb rügte Wolfgang Kubicki „namens und im Auftrag der Präsidentin“ Brauns Aussprechen der Wahrheit später, als über CO2-Speicherung geredet wurde ([siehe Plenarprotokoll S. 75](#)). Brauns Einspruch gegen diesen Ordnungsruf wurde von allen Fraktionen außer der AfD einen Tag später einstimmig [abgelehnt](#).

Dieser Beitrag erschien in längerer Form auf [PI-NEWS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

<https://www.pi-news.net/2023/10/baerbel-bas-erteilt-ordnungsruf-fuer-afd-kritik-an-gruenen-hamas-freunden/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) „Brandmauer mit tiefen Rissen“ – CDU macht sich für AfD „stark“

14. 10. 2023



Ploß (CDU) macht sich für AfD "stark".- Bild: Wikipedia

Der CDU-Abgeordnete Christoph Ploß forderte jüngst, dass ein AfD-Politiker Mitglied im Präsidium des Bundestags werden solle.

Seite E 146 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

An der inflationär verbal gehandelten ideologischen „Brandmauer gegen rechts“ will man jedoch nicht wirklich rütteln.

Ausgrenzung gescheitert?

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph Ploß hatte sich jüngst dafür stark gemacht, die politische Blockade gegen einen Sitz der AfD im Bundestagspräsidium nunmehr zu beenden.

Laut dem 38-Jährigen ginge es dabei nicht mehr um die, zur Wahl stehenden Personen, sondern vielmehr darum, einer Partei ein, ihr „laut Geschäftsordnung zustehendes Recht“ zu verwehren, schrieb er dazu in einem [Gastbeitrag für den Stern](#).

Schließlich seien die AfD-Politiker ja demokratisch legitimiert, und parlamentarische Minderheitenrechte in der Bundesrepublik wären ein hohes Gut.

Das Ausschließen der AfD aus dem Gremium „beschädigt auch unsere Demokratie als Ganzes, wenn der Eindruck entsteht, sie würde sich nicht an ihre eigenen Regeln und Grundsätze halten“.

Reaktion als „Angst vor den Wählern“?

Ploß sieht dieses Vorgehen auch mit Blick auf die Landtagswahlen in Hessen und Bayern als gescheitert.

Ähnliches hätte man auch in der Causa Trump oder dem Brexit erleben können.

„Auch der Blick ins europäische Ausland oder in die USA zeigt, dass reine Ausgrenzungs- und Isolationsstrategien nicht von Erfolg gekrönt sind.“

Zugleich distanzierte sich Ploß „sicherheitshalber“ mit deutlichen Worten ideologisch von der 2013 gegründeten AfD.

Er schrieb dazu, „die AfD ist eine mindestens in Teilen rechtsextreme Partei.“

Daher dürfe man als „Demokraten“ von der CDU nicht mit ihr zusammenarbeiten und sich nie von ihr abhängig machen. Deren Themen müsse man allerdings schon auf der Agenda haben, meint Ploß.

„Themenklau“ ja – Zusammenarbeit nein

Ploß versuchte sich hierzu an einem historischen Vergleich,

„Die Republikaner verschwanden wieder in der Bedeutungslosigkeit, nachdem SPD und CDU mit dem Asylkompromiss Anfang der 1990er Jahre die Sorgen der Menschen ernst nahmen.“

Auch die AfD sei erst 2015 nach dem Versagen der Merkel-CDU im Kontext der Flüchtlingskrise erstarkt. Aus diesen Fehlern müsse man lernen, so das etwas magere Fazit von Ploß.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Kissinger: „Deutsche Migrationspolitik war schwerer Fehler“

12. 10. 2023



Der Friedensnobelpreisträger und langjährige US-Außenminister Henry Kissinger (100) sieht Bilder und Videos von Hamas-Anhängern, die auf deutschen Straßen die barbarischen Morde in Israel bejubeln: als bittere Folge der deutschen Migrationspolitik.

Im Interview mit Axel-Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner für „Welt TV“ sagte Kissinger:

„Feierlichkeiten über das, was geschehen ist, das ja in technischer Hinsicht eine kriminelle Tat ist, empfinde ich als schmerzvoll. Es war ein großer Fehler, so viele Menschen mit einem kulturell und religiös vollkommen anderen konzeptionellen Hintergrund reinzulassen.“

Der deutschstämmige Kissinger fordert nach dem grausamen Hamas-Terror mit mehr als 1000 Toten für Israel nun die uneingeschränkte Unterstützung durch Deutschland, „im Extremfall auch militärisch“. Eine weitere Eskalation des aktuellen Krieges hält er nicht für ausgeschlossen, auch nicht einen israelischen Angriff auf Iran, von dem die Hamas unterstützt wird.

„Der Nahostkonflikt birgt die Gefahr einer Eskalation dadurch, dass weitere arabische Länder durch den Druck ihrer jeweiligen öffentlichen Meinung hineingezogen werden. Dann sind wir wieder da, wo wir 1973 waren.“

- so Kissinger weiter.

Israel habe den Palästinensern mit dem Abzug aus dem Gazastreifen 2005 ihr Land zurückgegeben, dafür aber dennoch keinen Frieden bekommen:

Seite E 148 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

„Man kann Leuten keine Zugeständnisse mehr machen, die durch ihre Taten gezeigt haben, dass es keinen Frieden geben wird. Es muss eine Strafe geben.“

Als US-Außenminister half Henry Kissinger vor 50 Jahren in unermüdlicher Reisediplomatie, den Jom-Kippur-Krieg zu beenden, als Israel schon einmal überraschend von arabischen Nachbarn überfallen worden war.

„Es war ein schwerer Fehler, so viele Menschen mit völlig unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Wahrnehmungen ins Land zu lassen.“

– so Kissinger.

Laut Kissinger sei es das Ziel der Hamas-Terrorgruppe, die gesamte arabische Welt gegen Israel zu mobilisieren und dann den Weg der Verhandlungen zu verlassen.

Wie damals beim Jom-Kippur-Krieg von 1973 sei eine arabische Koalition unter der Führung Ägyptens und Syriens gegen Israel entstanden. Und die heutige Situation wäre ähnlich.

Kissinger hält es außerdem für denkbar, dass Israel gegen den Iran vorgeht, wenn klar wird, dass der Iran an Angriffen auf Israel beteiligt ist.

Kissingers Ansicht nach wären Russlands Aggression und der neue Krieg der Hamas Angriffe auf das internationale System.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Die Lage ist mehr als ernst. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 618-08

11. Oktober 2023

48. Jahrgang

Die Lage ist mehr als ernst

So naiv wird hoffentlich niemand sein, den Terroranriff auf Israel als eine singuläre Aktion der Hamas zu bewerten. Das Akronym **HAMAS** bezeichnet die so genannte „*Bewegung des Islamischen Widerstands*“, die anlässlich der Intifada von 1987 im Gaza-Streifen als regionaler Ableger der Muslimbruderschaft durch **Scheich Ahmed Yassin** und weiteren Muslimbrüdern am 10. Dezember 1987 gegründet wurde und verharmlosend als „*radikalisierende Palästinenserorganisation*“ bezeichnet wird. **Hamas steht für Terror.** Diese „*Organisation*“ hat nur ein Ziel, nämlich den Staat Israel zu vernichten. Da fragt man sich, wie es möglich sein konnte, dass ein so genannter „*politischer Arm*“ der Hamas 2007 nicht nur zu Wahlen antreten, sondern diese auch gewinnen konnte. Seitdem fanden übrigens keine weiteren Wahlen statt.

Fakt ist, dass die Hamas den Gaza Streifen mit 2,2 Millionen Einwohnern regiert und verwaltet. Ohne Israel, also dem Land, das man vernichten will, könnten die Menschen nicht überleben, kommen doch von dort Strom, Wasser und Lebensmittel. Und, falls erforderlich, werden die Palästinenser in Israel auch kostenlos medizinisch versorgt. Wie verblendet muss man sein, um die Hand abbeißen zu wollen, die einen am Leben hält?

Es kann nur einen Grund geben. Die Hamas glaubt tatsächlich daran, Israel vernichten und auf dem Gebiet einen islamischen Staat errichten zu können. Die Hamas wird „*gesponsert*“, wie es die Journalistin **Eva Quadbeck** gestern bei **Markus Lanz** ausdrückte, vom Iran. Es muss aber endlich auch bis auf den Cent genau überprüft werden, wohin unsere Gelder fließen? In Schulen, Krankenhäuser oder in Raketen. **Die Zeit von Blankoschecks muss vorbei sein.**

<https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-10-oktober-2023-100.html>

Und weitere Fragen sind zu stellen: Wie konnten die Raketen, die dutzendweise auf Israel abgefeuert werden, überhaupt in den Gaza Streifen gelangen, ganz abgesehen von dem weiteren Kriegsgerät. Die Hamas hat am 7. Oktober bei ihrem Überraschungsangriff gezeigt, dass sie über hochausgebildete Terroristen verfügt, die ja schließlich irgendwo geschult werden mussten. Wie kann so eine Aktion unbemerkt

bleiben, von der viele andere außerhalb des Gaza Streifens gewusst haben müssen, nicht nur im Iran, sondern auch in der Türkei, Russland, dem Libanon und Syrien. Mozzad und CIA haben eklatant versagt, von unserem „*Nachrichtendienst*“ wollen wir erst gar nicht sprechen. Bis zum 23. Februar 2022 haben die meisten immer noch nicht daran geglaubt, dass Putin die Ukraine angreift. **Die größte Sorge, die wir uns machen müssen, ist die Unfähigkeit der Geheimdienste.** Der BND würde vermutlich erst aufwachen, wenn vor der Chausseestraße 96 ein russischer Panzer steht.

Man muss nicht an Verschwörungen glauben, um sich ausmalen zu können, dass der Angriff auf Israel von langer Hand vorbereitet wurde und viele geistige und tatkräftige Väter hat.

Der Zeitpunkt war im negativen Sinne genial gewählt, fast auf den Tag genau 50 Jahre nach Beginn des „*Jom-Kippur-Krieges*“ und in einer Zeit, in der die israelische Gesellschaft gespalten ist und sich um eine Justizreform streitet. Und in einer Zeit, in der die freie westliche Welt mit einem anderen Terrorakt beschäftigt ist, dem von Putin in der Ukraine.

Unsere Politiker, allen voran Bundeskanzler **Olaf Scholz**, sprechen von einer „*Staatsräson*“ gegenüber Israel. Wäre eine Unterstützung Israels etwas anderes als die Unterstützung der Ukraine? Würden wir Israel alles liefern, ohne Bedenken zu haben, in einen Krieg hineingezogen zu werden. Würde Deutschland auch die Bundeswehr entsenden?

Das Problem, das sich jetzt auftut, ist ein Konkurrenzkampf zwischen der Ukraine und Israel, den **Florian Neuhann** in einem Beitrag für das **ZDF** „*einen möglichen Ressourcenkonflikt*“ nennt. Der US-Senator **Josh Hawley**, ein Trump-Anhänger aus dem US-Bundesstaat Missouri, äußerte sich auf X wie folgt: „*Israel ist existenziell bedroht. Jede Hilfe für die Ukraine sollte sofort nach Israel umgeleitet werden.*“ Eine Einzelmeinung? Vielleicht. Putin dürfte sich freuen. Wie viele parallele Terrorangriffe vertragen wir? Da fällt einem spontan der Begriff „*Triage*“ aus Zeiten der Corona-Pandemie ein. Doch wer ist der Chefarzt, wenn es um die Ukraine und/oder Israel geht?

Die Haltung der freien Welt muss eindeutig sein. **Weder die Ukraine noch Israel darf untergehen. Die Feinde Israels sind auch unsere Feinde, weltweit und in Neukölln.**

Ed Koch

16) Neuwahlen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 618-06

9. Oktober 2023

48. Jahrgang

Neuwahlen

<Es sei an der Zeit, „dass in Deutschland die Verhältnisse geklärt werden“, sagte SPD-Chef Franz Müntefering kurz nach 18 Uhr in die Mikrofone der wartenden Journalisten, so gehe es nicht mehr weiter. Und dann verkündete er die Sensation: Er habe mit dem Bundeskanzler vereinbart, dem Präsidium der Partei vorzuschlagen, im Herbst eine vorgezogene Bundestagswahl abzuhalten.> Quelle: SPIEGEL

Dieses Zitat stammt aus dem Jahre 2005, als die SPD die Wahl in Nordrhein-Westfalen verloren hatte. **Gerhard Schröder** inszenierte ein Misstrauensvotum gegen sich selbst, um den Weg für Neuwahlen freizumachen. Das war verfassungsrechtlich problematisch, hat aber funktioniert und dem Land eine 16-jährige Kanzlerschaft von **Angela Merkel** beschert.

Und jetzt? Wäre es nicht mal wieder an der Zeit, „dass in Deutschland die Verhältnisse geklärt werden.“? In nur zwei Jahren haben SPD, Grüne und FDP das Vertrauen in die Bundesregierung und ihre Politik zerstört. Dabei haben sie doch so viel Gutes getan, sagt der Bundeskanzler. Fragen Sie aber mal die Ottilie Normalverbraucherin auf der Straße danach. Sie käme ins Grübeln.

Alle drei Ampel-Parteien haben vor allem wegen ihrer Kommunikationsschwäche Verluste einstecken müssen, die SPD in Hessen fast fünf und in Bayern nochmals über ein Prozent weniger als bei der letzten Wahl. Die Grünen haben in Hessen auch fünf Prozent verloren, können sich aber vermutlich dennoch in die Koalition mit der CDU retten. In Bayern sind es 3,2 Minuspunkte. Und die FDP kommt in Hessen mit fünf Prozent gerade noch in den Landtag bei Verlusten von 2,5 Prozentpunkten. In Bayern ist sie raus.

7,6 Prozent Plus für die CDU in Hessen. Das ist mächtig gewaltig für einen Ministerpräsidenten, den außerhalb des Bundeslandes kaum jemand kennt. Das Ergebnis der CSU in Bayern ist bescheiden, 0,2 Prozent weniger als vor fünf Jahren. Mit 37 Prozent stärkste Kraft, FJS dreht sich im Grabe um.

Dass man den Freien Wählern die Flugblattaftäre nicht übelgenommen hat, spricht für sich. 4,2 Prozent Plus für antisemitische Hetze. Die AfD ist schon längst kein Ostproblem mehr, nicht mit 18,4 Prozent in Hessen (+5,3%) und 14,6 Prozent in Bayern (4,4 %).

Die nächste Bundestagswahl findet im Herbst 2025 statt. Zwei Jahre Ampel sind um, zwei Jahre Ampel liegen noch vor uns. Was muss sich ändern, was kann sich überhaupt ändern? Grenzen dichtmachen und alle liberalen Werte einer freiheitlichen Gesellschaft abschaffen? Das hätten die Wähler der AfD gern. Wie kann aber der Spagat gelingen, nicht den Populisten gefallen zu wollen und trotzdem unsere Werte hochzuhalten? Ehrlich gesagt, ich weiß es nicht.

Im April 2021 stand die SPD bei 14 Prozent, mit 25,7 Prozent hat sie im September die Wahl als stärkste Partei gewonnen. Die Union stürzte von April bis September von 30 auf 24 ab und den Grünen ging es nicht besser, von 23 auf knapp 15 Prozent. Theoretisch hätte die SPD also zwei Jahre Zeit, um wieder an die Spitze zu kommen. Ein Problem heißt allerdings **Olaf Scholz**.

2021 war die Ausgangslage für Scholz günstig. Nach 16 Jahren **Angela Merkel** sehnten sich die Leute nach einem neuen Gesicht, wie 1998, als die meisten Menschen von 16 Jahren **Helmut Kohl** genug hatten und lieber **Gerhard Schröder** wählten. So viel Glück wie 2021 mit dem Unions-Kanzlerkandidaten **Armin Laschet** wird **Olaf Scholz** 2025 nicht haben. Der Kanzlerkandidat wird dann **Hendrik Wüst** heißen, weil bis dahin die Union erkannt haben wird, dass **Friedrich Merz** nicht die richtige Mann für diesen Job ist. Es dürfte äußerst unwahrscheinlich sein, dass **Markus Söder** mit dem aktuellen Ergebnis in Bayern eine Chance auf die Kanzlerschaft hätte.

Alle Meinungsforschungsinstitute, von INSA über Forsa, Infratest dimap bis zur Forschungsgruppe Wahlen sehen, wenn jetzt Neuwahlen stattfinden, die Union deutlich vorn gefolgt von der AfD, der SPD, den Grünen und der FDP. Alle gehen davon aus, dass die FDP wieder dabei sein wird. Die Linke pendelt um die fünf Prozent. Für sie wird entscheidend sein, ob **Sahra Wagenknecht** ihre eigene Partei gründet oder nicht.

In zwei Jahren kann viel geschehen. Die mir selbst gestellte Frage, ob jetzt Neuwahlen stattfinden sollten, beantworte ich mit einem klaren Nein. Die aktuelle Regierung ist für vier Jahre gewählt worden, und so lange soll sie gefälligst ihren Job machen. **Olaf Scholz** sollte allerdings beim Regieren endlich von *Valium* auf *Red Bull* umsteigen.

Ed Koch



KW 40

„Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten.“ Natürlich stimmt das nicht und man muss **Kurt Tuscholskys** sarkastischen Satz in die Zeit verorten, in der er lebte, 1890 bis 1935. Durch Wahlen wurde schon viel verändert, wenn auch nicht immer zum Guten. Was die heutigen Wahlen in Bayern und Hessen betreffen, stimmt zumindest der erste Teil des Satzes, denn in den beiden Bundesländern wird nach 18:00 Uhr alles so bleiben wie zuvor.

Stimmen die Prognosen, wird die CSU bei rund 37 Prozent bleiben, die SPD mit unbedeutenden neun Prozent abschneiden, die Grünen mit leichten Verlusten von 18 auf 16 Prozent zur Wahl von 2018. Interessant wird nur sein, wie viel die Freien Wähler und die AfD zulegen. Den Freien Wählern hat die Flugblattaffäre nicht geschadet, ganz im Gegenteil, sie werden von knapp zwölf auf vermutlich 15 Prozent zulegen. Und auch die AfD dürfte von zehn auf 14 klettern. Was sagt das vor allem über eine CSU aus, deren großer Häuptling **Franz-Josef Strauß** einst festlegte, dass rechts neben seiner Partei kein Platz für andere sei. Wenn den Rechten nicht einmal der größte Populist des Landes, **Markus Söder**, konservativ genug ist, fragt man sich, wo das hinführen soll. Die Koalition in Bayern zwischen CSU und Freien Wählern wird weitermachen können.

In Hessen dürfte es etwas knapper werden mit Schwarz-Grün. Das liegt nicht an der CDU, denn der wird ein Plus von fünf Prozent auf rund 32 vorausgesagt. Die Grünen sind das Problem, von 21 werden sie vermutlich auf 17 abrutschen. Die SPD ist chancenlos und wird vermutlich rund drei Prozent verlieren. Es gibt keine Koalitionsoption. Innenministerin **Nancy Faeser** hat nichts bewirkt. Die Ankündigung, nur als Ministerpräsidentin ins Bundesland zu wechseln, und ansonsten das zu bleiben, was sie ist, ist noch keinem vor ihr gut bekommen. **Angela Merkel** warf 2012 **Norbert Röttgen** aus dem Bundeskabinett, weil er die Wahl in NRW verweigert hatte. **Olaf Scholz** sollte sich ein Beispiel daran nehmen.

Brückentag

In dieser Woche gab es mal wieder einen Brückentag, von dem reichlich Gebrauch gemacht wurde. Die Rathäuser der Stadt waren weitestgehend verwaist. In Hamburg wurde der *Tag der deutschen Einheit*, unser Nationalfeiertag, begangen. Alle Überlegun-

gen, diesen Tag immer nur in der Hauptstadt zu begehen, schlugen fehl. Schließlich sind wir ein Bundesstaat und die Länder wollen auch mal feiern. Die Reden und das Programm in der Elbphilharmonie waren interessant. *Was sagt die Kuh? Moin Moin Moin Moin*. Bei solchen Liedern geht einem das Herz auf.

Die Feiern zum 3. Oktober bei uns sind aber immer noch erträglicher als in den Ländern, die ihren Nationalfeiertag dazu nutzen, ihr Kriegsgerät über die Alpen rollen zu lassen.

Babylon Berlin

Die Fernseh-Woche stand ganz im Zeichen von **Babylon Berlin**. Alle zwölf Folgen der vierten Staffel in vier Tagen. Das war eine Herausforderung. Hardcore Fans konnten sich alle Episoden in der Mediathek hintereinander anschauen. Es war ein TV-Ereignis, geradezu ein Fest. Die Fortsetzung der spannenden Geschichte Berlins aus den ersten drei Staffeln, von den zwanziger Jahren bis zur Katastrophe.

In der vierten Staffel geht es um das Jahr 1931. Die Schlägertrupps der SA waren längst unterwegs und die Berliner Polizei ließ sie gewähren, von kleineren Eingriffen abgesehen. Die Anschläge auf jüdisches Leben hatte schon zwei Jahre vor der so genannten Machtergreifung dramatische Züge angenommen.

Wenn wir uns aktuell über Clankriminalität aufregen, sollten wir einen Blick zurückwerfen. Was die Berliner Clans heute veranstalten, ist Kindergarten im Gegensatz zu dem, was in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre in der Stadt los war. Immer wieder fällt der Blick nicht nur in die Tanzpaläste, wo ausschweifend gefeiert wurde, sondern auch in die ärmlichen Wohnverhältnisse. Besonders übel wird einem beim Thema Hygiene. Das nannte man wohl Katzenwäsche.

Für uns Berliner ist die Serie auch wegen der Drehorte besonders interessant. Das Rote Rathaus muss wieder die Rote Burg, das Polizeipräsidium am Alex, spielen. Wer im Film dort hineingeht, landet im Foyer des Rathauses Schöneberg.

Leider viel zu spät gesendet, aber auch in der Mediathek verfügbar ist *Babylon Berlin in Concert*. Mitte September im Theater des Westens aufgenommen, wird der Soundtrack zur Serie präsentiert. Unbedingt anschauen. Das Ende der vierten Staffel lässt Fragen offen, und diese werden sicherlich in Staffel fünf beantwortet. Es geht also weiter mit *Babylon Berlin*, vermutlich Ende 2024.



Die Amis haben eine Macke

Unendlich dankbar müssen wir den westlichen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs sein, dass sie uns die Demokratie aufgezwungen haben. In fast 75 Jahren haben sich weite Teile der Bevölkerung daran gewöhnt. Wenn die Demokratie zu anstrengend ist, sollte einen Ausreiseantrag stellen, mögliche neue Heimatländer mit unkomplizierten klaren Strukturen gibt es genügend.

Frankreich, Großbritannien und die USA haben 1949 vermutlich nicht gedacht, dass die deutsche Demokratie um einiges besser werden würde als ihre. Wir sind kein Zentralstaat wie Frankreich, wir haben kein Wahlsystem, das die Parteien nicht nach ihrer prozentualen Stärke im Parlament repräsentiert wie in Großbritannien, und bei uns gewinnen die mit den meisten Stimmen, anders als in den USA. Unsere repräsentative Demokratie in einem föderalen Staat ist ein Erfolgsmodell, aber kein Exportschlager.

Das Parlament ist die wichtigste Institution unseres Landes, versehen mit zahlreichen Kontrollmechanismen wie zum Beispiel dem Bundesverfassungsgericht, das demokratischer zusammengesetzt ist als der Supreme Court in den USA. Über die Wahl des Präsidenten, aktuell der Präsidentin, herrscht weitestgehend Konsens. **Bärbel Bas** wurde 2021 mit 78 Prozent (576 von 736 Stimmen) gewählt. Sie ist die Präsidentin aller Abgeordneten.

Das Parlament der USA heißt Repräsentantenhaus. Und dort gelten andere Regeln, was nicht allein damit zu tun haben dürfte, dass es nur zwei Parteien gibt. Derzeit verfügen die Republikaner über 222 Sitze und die Demokraten über 213. Und wer Sprecher, also Parlamentspräsident werden möchte, muss dies allein mit den Stimmen seiner Partei erreichen. Was für ein dummes System.

Kevin McCarthy ist als Sprecher des Repräsentantenhauses abgewählt worden, weil er im Haushaltsstreit bereit war, mit Präsident **Joe Biden** Kompromisse zu schließen. Kompromisse sind das Wesen der Demokratie. Warum wissen das einige Republikaner nicht? Die Abwahl hätte durch die Abgeordneten der Demokraten verhindert werden können, zum Beispiel durch Stimmenthaltung. Aber nein, sie stimmten mit den Hardlinern der Republikaner gemeinsam für die Abwahl McCarthys. Die Amis haben eine Macke. So funktioniert Demokratie doch nicht in

einem zivilisierten Staat. Und nun ist das Geschrei groß, weil die Parlamentsarbeit lahm liegt. Als wenn einem deshalb nicht schon übel genug wäre, bietet sich ausgerechnet **Donald Trump** an, den Posten zu übernehmen. Er ist nicht Mitglied des Parlaments. Es ist aber tatsächlich möglich, einen Nicht-Parlamentarier zum Vorsitzenden zu wählen. US-Politiker sollten zu uns kommen und lernen.

„Wir sind im Krieg!“

Das sagte Israels Ministerpräsident **Benjamin Netanjahu** nach massiven Angriffen auf sein Land aus dem Gazastreifen am Samstagmorgen. Der israelische Geheimdienst Mossad sah den Angriff nicht voraus. Der Hamas ist es sogar gelungen, Geiseln zu nehmen. Die Rache Israels mit blutig.

Widerwärtig

Der Tagesspiegel berichtet gestern: „Der Berliner Clan-Chef Arafat Abou-Chaker teilte am Samstag auf seinem Instagram-Profil eine Karte von Israel mit den zahlreichen Orten der Raketenangriffe der Hamas. Darauf ist der Satz zu lesen: ‚Ich liebe es, so was zu sehen‘. Abou-Chakers Instagram-Account folgen fast 250.000 Menschen.“

„Die palästinensische Organisation Samidoun feierte am Samstag die Terrorangriffe als ‚Sieg des Widerstands‘ und verteilte laut einem Foto auf der Sonnenallee in Neukölln Süßigkeiten. Bei der Verteilaktion der PFLP-nahen Gruppe sollen auch zwei Journalisten von Welt TV bedrängt worden sein. Mehrere Journalisten hatten auf X darüber berichtet. Demnach sollen die beiden Reporter von Welt TV zwei gesprächsbereite Männer zu den Angriffen der Hamas auf Israel interviewt haben. Danach seien sie von einer Gruppe umringt und bedrängt worden, die Aufnahmen wieder zu löschen. Weil sie keinen anderen Ausweg sahen, taten sie dies auch.“ Es ist unglaublich, was für Leute wir in unserer Stadt ertragen müssen.

Auch wenn wir in diesen Stunden auf Israel schauen, dürfen wir nicht vergessen, dass der Krieg in der Ukraine unvermindert anhält. Vergleiche hinken, was ist aber der Unterschied zwischen Terrorangriffen der Hamas und Putins? 51 Menschen, darunter ein sechsjähriges Kind, sind bei einem russischen Angriff auf ein Café und ein Geschäft in der ostukrainischen Stadt Hrosa getötet worden, ein Sechstel der Dorfbewölkerung. Es handelt sich um eine gezielte Aktion. *tagesschau*



In dieser Situation streiten in den USA die Politiker um den Haushalt und die weitere Unterstützung der Ukraine. Die Finanz-Lücke, die das Chaos in den USA verursachen könnte, kann allein von Europa nicht geschlossen werden.

Und Bundeskanzler **Olaf Scholz** zögert mal wieder. Er will der Ukraine die dringend benötigten Taurus-Raketen nicht liefern. Er befürchtet, in den Krieg „hineingezogen zu werden.“ Bei allem Respekt, aber hat dieser Mann seit dem 24. Februar 2022 nichts mitbekommen? Nicht allein die Ukraine, sondern die freie Welt ist von Putin angegriffen worden. Es handelt sich hier nicht um eine interne post-sowjetische Auseinandersetzung. Man kann zur Ukraine stehen, wie man will und hat zweifelsohne Recht, wenn man dieses Land immer noch als hochgradig korrupt bezeichnet. Aber, es war auf dem richtigen Wege nach Europa, wo es hingehört.

Viel zu lange hat der Westen das Treiben von Putin auf der Krim und in der Ostukraine tatenlos hingenommen und sogar noch die Gaslieferungen ausgeweitet. Schon 2014 hätte man die Ukraine militärisch in die Lage versetzen müssen, die russischen Streitkräfte wieder von der Krim zu vertreiben. Putin versteht nur eine Sprache, nämlich konsequente Härte. Wenn Putin sterben sollte, dann daran, dass er sich über **Olaf Scholz** totgelacht hat.

Der Weg muss zu Ende gegangen werden. Wir sind Kriegspartei, wie die USA und alle anderen freien Länder auch. Semantische Verrenkungen über die Frage, ob wir Kriegspartei sind oder nicht, helfen nicht weiter. Wir liefern Waffen, haben aber mit dem Krieg nichts zu tun? Wie dumm muss man sein, um das zu glauben?

Was noch?

Die Bundesnetzagentur hat der **Deutschen Post** verboten, **das Briefporto zu erhöhen**. Über die Reaktion der Post kann man nur lachen. Dann dauere es eben länger, bis zu drei Tagen, ehe ein Brief zugestellt werde, gibt die Post trotzig bekannt. Dadurch würde sich wenig ändern. Die Zustellung von Briefen innerhalb Berlins dauert ohnehin oft mehrere Tage. Von einem Tag zu anderen einen Brief dem Empfänger aushändigen zu können, ist die Ausnahme. Wenn es um einen wirklich wichtigen Brief geht, gibt es nur diese Möglichkeiten: Einwurfeinschreiben, oder, je nach Bedeutung, Einschreiben, am besten mit Rückschein. Innerhalb von Berlin empfehle ich, den Brief direkt beim Empfänger abzugeben.

100 Jahre Flughafen Tempelhof

100 Stunden wird der Geburtstag des Flughafens Tempelhof gefeiert. Heute und noch morgen. Das Programm finden Sie im Internet. Zum Thema Flughafen Tempelhof fällt mir nur ein Satz ein: „Ein Flughafen ist ein Flughafen!“



So sehr ich es schätze, dass auf dem Tempelhofer Feld STADT UND LAND Drachen fliegen, die PSD-Bank für Kinderherzen auf der Landebahn Radfahren und das Rheinländische Figurentheater den Grüffelo auftreten lässt, so sehr schmerzt es, dass es diesen Flughafen nicht mehr gibt. Im Oktober 2008 hatte ich kurz vor dem endgültigen Aus Gelegenheit, in einem Kleinflugzeug in Tempelhof zu landen. Der Anflug über die Stadt war ein unvergessliches Erlebnis. Belassen wir es bei diesem nostalgischen Rückblick.

Ed Koch

Fotos: paperpress-Archiv

01) Die Wüste lebt – ufaFabrik, Lüül. Von Ed Koch



Die Wüste lebt

Der Bezirk Tempelhof galt lange Zeit als Kultur-Wüste. Das war so, als er noch allein sein durfte, und hat sich nicht viel verändert, als er diesen unsäglichen Zusammenschluss mit Schöneberg eingehen musste. Schöneberg ist der kleinere Teil des Fusionsbezirks, aber dort spielt die gesellschaftliche und politische Musik. Bürgermeister und Volksvertretung sitzen im Rathaus Schöneberg, und dort weht die Regenbogenflagge, die ich in Tempelhof noch nirgends gesehen habe.

ABER: 1979 hat sich für Tempelhof Entscheidendes verändert, die **ufaFabrik** entstand. Lange Geschichte, nachzulesen in 138 Artikeln auf www.paperpress.org. Seit dieser Zeit lebt die Tempelhofer Kulturwüste. Neben vielen sozialen Projekten sorgt das **Internationale Kultur Centrum ufaFabrik** für hochklassige Unterhaltung, mit Ausstrahlung weit über die Grenzen des Alt-Bezirks und Berlins hinaus. Gerade gestern haben wir auf zehn Seiten das November-Programm des IKC veröffentlicht.

Einschub: Es gibt immer wieder Fragen, warum beispielsweise das Kongresszentrum in Hamburg CCH und in Berlin ICC heißt, oder sich die ufaFabrik IKC nennt. Für alle, die von selbst nicht darauf kommen, würden Sie gern in ein IKZ oder KZH gehen?

Ja, die Wüste lebt, und wie. Nicht nur im Oscar prämierten Film von **James Algar** aus dem Jahre 1953 über die Sierra Nevada, die man nun wirklich nicht mit Tempelhof vergleichen kann. Die Sommerbühne der ufaFabrik ist im wohlverdienten Winterschlaf, aber im **Theatersaal**, dem **Wolfgang Neuss** und dem **Variété Salon** ist umso mehr los.

Gestern Abend waren im **Theatersaal The Wedding Singer** mit einem Musical über Liebe und Leid zu sehen. Zeitgleich trat im **Wolfgang Neuss Salon Erika Ratcliffe** auf, „halb Japanerin, halb Österreicherin“, eine Kombination, die sie selbst als „Jackpot“ bezeichnet. Ihr Programm trägt den Namen „Bad Boy“, „eine schwarzhumorige Hommage an ihr turbulentes Leben“ in Berlin, eine „sarkastische Selbstentblöbung“. Den Zuschauern wurde in der Vorankündigung die Beantwortung der Fragen „Wo ist der Unterschied zwischen Depression und Burn-out? Was sind die Vorteile eines Filmrisses? Wie streitet man sich richtig mit dem:der Partner:in in der Öffentlichkeit? Weshalb verwenden Ladys nur Mini-Tampons? Brauchen Feminist:innen eine bessere PR?“ versprochen.

Der Autor dieses Beitrages kann Ihnen die Antworten nicht geben, denn er hatte sich gestern Abend für die dritte, ebenfalls zeitgleiche Veranstaltung im Variété Salon entschieden.

Lüül

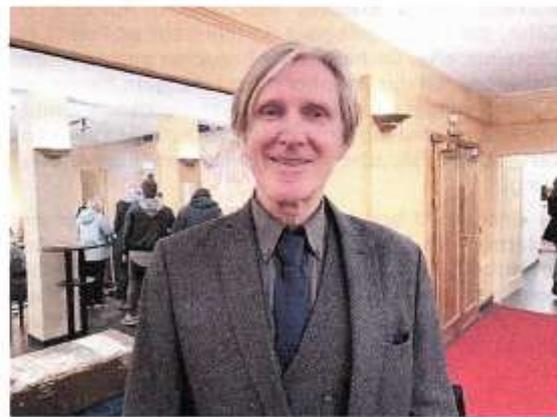


Foto: Ed Koch

Obwohl ich nun wirklich schon lange in Berlin lebe, habe ich das erste Mal durch einen Beitrag meines Kollegen **Frank Schubert** von **Lüül** erfahren.

https://www.paperpress-newsletter.de/pdfs/573_jaenuar_2020/573-03%20-%2004.01.2020%20-%20Lueuel.pdf

Es hat lange, viel zu lange gedauert, ehe ich ihn selbst kennenlernen durfte. Nach dem Konzert habe ich mich sofort für den Bezug seines Newsletters angemeldet. <https://luul.de/>

Lüül, bürgerlich **Lutz Graf-Ulbrich**, ist rund einhalb Jahre jünger als **Klaus Hoffmann**, mit dem ihn auch der Bezug zu Charlottenburg verbindet. Berlin ist das Thema beider Sänger, die sich persönlich nicht kennen, ebenso ihr Hang, die große weite Welt zu erkunden, wobei Frankreich nur eine Land ist, das beiden am Herzen liegt.

Lüül ist viel rumgekommen und hatte in seinem Leben eine ganze Reihe von Band-Projekten, so auch die „17 Hippies“. Wie ein Hippie kommt Lüül weiß Gott nicht daher. Ganz im Gegenteil und so wie ich es mag: Anzug, Krawatte! Das war freilich nicht immer so, in früheren Aufnahmen sieht man ihn auch in anderen Outfits.



Zu seinen bekanntesten Liedern gehört „West-Berlin“ aus dem Jahre 2015. Das ist die beste Kurzgeschichte der Stadt, erzählt in 4:33. „Unser Meer war der Wannsee, unsere Insel West-Berlin. Alles war möglich, wenn die Sonne schien!“ Googeln und anhören!

Sein Lied von der Fahrt *morgens in der U-Bahn* beschreibt dieses Erlebnis anschaulich. Apropos U-Bahn, der nächstgelegene Bahnhof zur ufaFabrik ist Ullsteinstraße. Da hatten die Besucher gestern Pech. Mal wieder ist der Bahnhof nach kräftigem Regen mit Wasser vollgelaufen und gesperrt worden. Vermutlich kamen deshalb viele Besucher zu spät zum Konzert. Zu den Besuchern gibt es am Ende eine Anmerkung.

In einem Lied berichtet er von der Fahrt mit einem Solarboot ab Tegel. Woran erinnert mich das? Ach ja, wobei Lüül sicherlich nicht mit dem gelben Solarboot der DHL unterwegs gewesen sein wird. Den „Party People“ in Friedrichshain ist ebenso ein Song gewidmet wie den Rentnern. Ein „Statement zur Situation“ hat Lüül mit seinem Lied „Ich bin die Freie Rede“ abgegeben. Die Corona-Pandemie verarbeitet Lüül in dem Lied „Die Welt hält an.“ Beide Lieder und noch viele weitere befinden sich auf dem Album „Der stille Tanz“, das mit dem Preis der deutschen Schallplattenkritik ausgezeichnet wurde.

Es gab auch weniger nachdenkliche Lieder, so zum Beispiel die sehr schöne Hommage an **Fredy Sieg** (1878-1962). Sie wissen doch: „Zickenschulze aus Bernau nahm sich schon die vierte Frau, und nun ham wer dann de Nacht ooch de Hochzeit mitjmacht.“ Eine wunderbare Interpretation dieses zeitlosen Klassikers. Übrigens eine weitere Parallele zu **Klaus Hoffmann**, der „Zickenschulzes Hochzeit“ auch im Repertoire hat. Apropos **Klaus Hoffmann**, sein Konzert in der **Bar jeder Vernunft** am 27. November ist ausverkauft.

Hinweis: Für das Konzert „Ein Nachmittag mit Klaus Hoffmann“ am Sonntag, dem 31. Dezember 2023, 15:00 Uhr, in der Komödie (derzeit im Theater am Potsdamer Platz) sind noch Karten verfügbar!

Lüüls Konzert in der ufaFabrik war grandios. Ein richtig schöner Abend, während sich draußen der Herbst von seiner hässlichsten Seite zeigte.

Nicht vergessen werden darf Lüüls tolle Band. Er selbst ist natürlich für den Gesang zuständig und zupft verschiedene Gitarren und ein Banjo. **Arne Neumann** am E-Bass und **Rob Cummings** am Schlagzeug und den Bongos. Das Instrumentarium

von **Kerstin Kaernbach** ist aber besonders beeindruckend. Sie bereicherte das Konzert mit ihrer Geige, der Bratsche, der singende Säge, einer Flöte und dem Theremin, ursprünglich Aetherophon oder auch Ätherwelleninstrument genannt. *Es wurde 1920 erfunden und ist das einzige verbreitete Musikinstrument, das berührungslos gespielt wird und dabei direkt Töne erzeugt. Sein Name geht auf den Erfinder, den Russen Lew Termen, zurück, der sich in den USA Leon Theremin nannte.*

Das Instrument fand ich so grandios, dass ich Ihnen dazu noch etwas mehr Informationen anbieten möchte. „Beim Theremin steuert die Position der Hände gegenüber zwei Elektroden (als „Antennen“ oder Spielantennen fungierende Metallstäbe als Hochfrequenzsender) die Tonhöhe sowie die Lautstärke. Die Ausgabe des Tones erfolgt nach Verstärkung über einen Lautsprecher. Obwohl das Theremin in vielerlei Hinsicht eine Pionierrolle im Instrumentenbau einnahm, blieb sein Gebrauch auf musikalische Nischen beschränkt. Dabei kam es in so verschiedenen Bereichen wie neuer Musik, Science-Fiction-Filmen und experimenteller Pop-Musik zum Einsatz. Erst seit den 1990er Jahren hat es sich etwas popularisiert.“ Quelle: Wikipedia

Da kann ich ja froh sein, in dieser Nische gewesen zu sein.



LÜÜL und seine Band beim Schlussapplaus. Foto: Ed Koch

Sollten Sie am 10. November zufällig in München sein, können Sie dort **LÜÜL** live erleben. In Berlin feiert er, laut Eintrag auf seiner Internetseite, seinen 71. Geburtstag am 30. November 2023 im **AI Hamra**. Am 7. Dezember ist er ab 20:00 Uhr zu Gast in der **Dorotheenstädtischen Buchhandlung**. Im ersten Teil des Abends stellt er sein Buch vor, und danach gibt's Musik. Auf dem Programm stehen „Nichtliebe Weihnachtsgedichte.“ Offenbar ein Abend für Weihnachtshasser.

Auf der Internetseite der Buchhandlung gibt es einen Vorgeschmack darauf, was den Gast erwartet. Wenn Sie noch einen Eindruck für Ihre Weihnachtskarten



benötigen, ist der folgende Text vielleicht ein guter Hinweis:

Weihnachtslied, chemisch gereinigt.

Erich Kästner.

*Morgen, Kinder, wird's nichts geben!
Nur wer hat, kriegt noch geschenkt.
Mutter schenkte euch das Leben.
Das genügt, wenn man's bedenkt.
Einmal kommt auch Eure Zeit.
Morgen ist's noch nicht so weit.*

*Doch ihr dürft nicht traurig werden,
Reiche haben Armut gern.
Gänsebraten macht Beschwerden,
Puppen sind nicht mehr modern.
Morgen kommt der Weihnachtsmann.
Allerdings nur nebenan.*

*Lauft ein bisschen durch die Straßen!
Dort gibt's Weihnachtsfest genug.
Christentum, vom Turm geblasen,
macht die kleinsten Kinder klug.
Kopf gut schütteln vor Gebrauch!
Ohne Christbaum geht es auch.*

*Tannengrün mit Osrambirnen –
lernt drauf pfeifen! Werdet stolz!
Reißt die Bretter von den Stirnen,
denn im Ofen fehlt's an Holz!
Stille Nacht und heilige Nacht –
Weint, wenn's geht, nicht!
Sondern lacht!*

*Morgen, Kinder, wird's nichts geben!
Wer nichts kriegt, der kriegt Geduld!
Morgen, Kinder, lernt fürs Leben!
Gott ist nicht allein dran schuld.
Gottes Güte reicht so weit...
Ach, du liebe Weihnachtszeit!*

Anmerkung I: Der Varieté Salon

Ein Jahr bevor 1979 die Kommune um **Juppy**, der übrigens am 11. November 75 Jahre alt wird, das heutige Gelände der *ufa*Fabrik am Teltowkanal entdeckte, probte Lüül mit seiner Band schon in diesem Raum. Das ungenutzte Gelände gehörte damals der Stadt, die zumindest bereit gewesen war, die Räume nicht ganz leer stehen zu lassen.

Die *ufa*Fabrik trägt den Namen Ufa nicht, – Achtung alter Gag – weil sie am Ufa, pardon Ufer, des Teltowkanals liegt. Das Gelände gehörte der 1917 gegründeten „Universum-Film AG (UFA)“. Die technische Nachbearbeitung der Filme fand in der Viktoriastraße

statt. 1937 übernahm die NSDAP die UFA und zentralisiert die Filmwirtschaft des Deutschen Reiches, um sie für Propaganda-Zwecke zu nutzen. Der Varieté Salon diente damals als Vorführraum. Der Legende nach soll sich hier NS-Propagandaminister **Joseph Goebbels** die Wochenschauen und Spielfilme angeschaut haben, ehe sie in die Kinos kamen.

Anmerkung II: Publikumsbeschimpfung

Zum Schluss muss ich doch noch ein Wort über das Publikum verlieren. Natürlich saßen die meisten brav auf ihren Stühlen, eine nicht unerhebliche Anzahl nervte jedoch. Die Angabe auf den Tickets 20:00 Uhr als Beginn eines Konzerts, hat offenbar für viele Besucher die gleiche Bedeutung wie die Ampelschaltung Rot für Fahrradfahrende. Es kann nicht allein am geschlossenen U-Bahnhof gelegen haben, dass auch weit nach Konzertbeginn immer noch Leute in den Saal kamen.

Dass die Theater und Konzertsäle nicht allein vom Kartenverkauf leben können, sondern auch vom Verkauf von Getränken, ist verständlich. Für die Pause ist das in Ordnung. Wenn aber im Saal Tische stehen, ist das natürlich die Einladung dafür, auch Getränke mit hineinzunehmen. Auch das wäre noch zu ertragen.

Dass man aber während des Konzerts den Saal verlässt, um Nachschub zu holen, weil man es ohne Bier und Wein nicht bis zur Pause schafft, ist anstrengend für die, die gern der Musik ungestört gelauscht hätten. Und dann gibt's auch noch jene, deren Blase über eine verminderte Aufnahmefähigkeit verfügt, so dass das oben reingeschüttete Getränk gleich wieder abfließen muss. Besonders eine Dame im Publikum, die ständig raus und rein rannte, hat wohl noch nie etwas von „*Always Discreet*“ gehört. Die 64 Inkontinenzeinlagen gibt's schon für 28,44 Euro bei Amazon.

Letztlich konnten aber die Trinker und Blasenschwachen meinen Konzertgenuss nicht verhindern.

Ed Koch

02) Dringender Handlungsbedarf. Von Ed Koch



Dringender Handlungsbedarf

Gestern fand auf dem EUREF-Campus die „Auftakt-konferenz zur Weiterentwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Berlin statt.“

Wir wissen, dass bei vielen beim Blick auf das Thema gleich die Klappen runtergehen. Aber vielleicht nehmen Sie sich die Zeit, mal reinzulesen, auch wenn es schwerfällt. Der Sänger **Peter Fox** war einer von zwanzig Mitgliedern des hochkarätig zusammengesetzten Referententeams, das sich zwischen 09:00 und 17:00 Uhr der Herausforderung stellte: „Zukunft gestalten – Transformation, gemeinsam, jetzt!“



v.l. Peter Fox, Staatsministerin Sarah Ryglewski, Bezirksbürgermeister Oliver Ingel und Umweltstaatssekretärin Britta Behrendt.

Peter Fox sagte selbstkritisch: „Die Frage ist, wenn man viele Menschen erreichen will und der Zeitgeist tendenziell eher zynisch ist, dass es nicht so leicht ist, eine Sprache zu finden, die die Leute nicht sofort als Müsli-Kultur wahrnehmen.“ Das Thema habe einen elitären Anstrich. **Luisa Neubauer** sei eben „keine Neuköllner Atze, sondern spreche eine elitäre Sprache.“ Zugegeben, wer sich die acht Stunden auf dem EUREF-Campus reingezogen hat, dem schwirte schon ein wenig der Kopf, der Dank größeren Kaffee-konsums wenigstens nicht schlappmachte. Es geht um das existenziellste Thema der Menschheit zu einer Zeit, in der Kriege an zwei verschiedenen Orten stattfinden, dessen Ausbreitung zu einem Flächenbrand noch längst nicht gebannt ist.

„Der Schutz von Umwelt und Klima ist laut einer Befragung für 57 Prozent sehr wichtig und steht damit auf Platz fünf der wichtigsten Themen. Gegenüber den letzten Erhebungen in den Jahren 2020 (65 Prozent) und 2018 (64 Prozent) zeichnet sich allerdings ein leichter Rückgang ab.“ Zeit also, sich des Themas anzunehmen. Die Einschläge des Klimawandels werden immer heftiger. Hitze und Sturmfluten sind längst mehr als gelegentlich auftretende Wetterphänomene. Bevor wir weiter auf die Konferenz einge-

hen, möchten wir Ihnen einen Überblick geben, aus dem hervorgeht, wie lange wir uns schon mit dem Thema beschäftigen, ohne bislang große Erfolge erzielt zu haben.

1992 haben sich die Vereinten Nationen zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung bekannt. In Rio de Janeiro verabschiedeten sie ein globales Aktionsprogramm. Mit der Agenda 21 erklärte sich jeder der mehr als 170 Unterzeichnerstaaten bereit, das Leitbild national in allen Politikbereichen unter Beteiligung von Gesellschaft und Wirtschaft umzusetzen. Auch Deutschland hat unterzeichnet und beschloss 2002 erstmals eine Nachhaltigkeitsstrategie.



2015 haben die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in ihrer Agenda 2030 17 globale Nachhaltigkeitsziele definiert. Deutschland hat zugesagt, diese 17 Nachhaltigkeitsziele im eigenen Land umzusetzen und auch anderen Ländern dabei zu helfen. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist dafür die Grundlage.

Am 10. März 2021 hat das Bundeskabinett die Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Schwerpunkte sind sechs große Transformationsbereiche, in denen noch größerer Handlungsbedarf besteht: Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit, Energiewende und Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Nachhaltiges Bauen und Verkehrswende, nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme, schadstofffreie Umwelt.

An der Weiterentwicklung beteiligt waren alle Ministerien und der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung unter dem Vorsitz des Kanzleramtschefs, Nachhaltigkeitsakteure sowie Bürgerinnen und Bürger. 2023/2024 wird die Nachhaltigkeitsstrategie turnusgemäß erneut weiterentwickelt.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist inhaltlich umfassend und nicht abschließend angelegt. Sie ist Grundlage für politische Reformen wie auch für ein



verändertes Verhalten von Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher. Weit über die ökologischen Aufgaben hinaus dient das Konzept als Handlungsanleitung für eine umfassende zukunftsfähige Politik. Es geht um übergreifende Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Entwicklung für alle Generationen.

Klar ist bereits jetzt: Alle Staaten werden ihre Anstrengungen zur Erreichung der Sustainable Development Goals deutlich verstärken müssen. Dies gilt auch für Deutschland. Wenn wir weiter machen wie bisher, werden wir – trotz aller bereits getroffenen wichtigen Entscheidungen und spürbaren Fortschritten – die SDGs nicht erreichen. Senat Berlin / Bundesregierung



Umweltsenatorin Manja Schreiner und der Bundestagsabgeordnete Helmut Kleebank, Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung.



Blick in den Veranstaltungssaal

Zu den Referenten gehörten zwei Bundesministerinnen, eine Staatsministerin und eine Staatssekretärin, Sportler, Künstler, Vertreter von Verbänden wie dem Naturschutzing oder Brot für die Welt sowie Vertreter der Wirtschaft. Bundeskanzler **Olaf Scholz** und der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** wurden per Videobotschaft zugeschaltet. Beide konnten persönlich nicht anwesend sein, weil sie zeitgleich im Bundestag beziehungsweise Abgeordnetenhaus Regierungserklärungen vorgetragen ha-

ben. Wegen der Fülle der Informationen werden wir uns auf ein paar wenige Statements der Beteiligten konzentrieren. Weitere Informationen zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie finden Sie unter www.dialog-nachhaltigkeit.de. Dort werden auch in Kürze die Zusammenfassungen der Workshops veröffentlicht.

Zuvor noch ein Wort, wie die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aussieht.

„Eine Zukunft, in der Natur und Klima geschützt werden, weniger Menschen Not leiden und die Gesellschaft zusammenhält. Nachhaltigkeit bedeutet: Nur so viel Holz schlagen, wie auch nachwachsen kann; vom Ertrag – und nicht von der Substanz leben. Mit Blick auf die Gesellschaft heißt das: Jede Generation muss ihre Aufgaben lösen und darf sie nicht den nachkommenden Generationen aufbürden. Über Nachhaltigkeit entscheidet jeder selbst mit. Nachhaltige Entwicklung heißt, mit Visionen, Fantasie und Kreativität die Zukunft gestalten, Neues wagen und unbekannt Wege erkunden. Es geht darum, wie wir in Zukunft leben wollen, wie wir auf die Fragen der globalisierten Welt in Wirtschaft und Gesellschaft antworten wollen.“

Der Autor dieses Beitrages hat große Bedenken, ob die Atzes dieser Welt, nicht nur in Neukölln, zu so viel Eigeninitiative bereit und fähig sind, oder ob nicht der böse Spruch für viele gilt: Nach mir die Sintflut!

Das Statement von **Manja Schreiner** glich einem Weckruf. Sie sieht derzeit keinen Raum für zu viel Optimismus. Die Erreichung der Ziele habe sich durch den Krieg verlangsamt. Die Bemühungen müssen verstärkt werden, um einen realistischen Weg erreichen zu können. Die regionale Ebene muss gestärkt werden. Berlin bekenne sich zur Agenda 2030 und nehme seine Verantwortung wahr.

Die Berlinspezifischen Transformationsfelder seien, Menschliches Wohlergehen, Teilhabe und gesellschaftlicher Fortschritt, Resilienter, also widerstandsfähiger Lebensraum der Zukunft, Nachhaltige Wirtschaft, Finanzen und Konsum sowie Infrastruktur und Mobilität. In der Berliner Umsetzungsalianz sollen die Bezirke eine zentrale Rolle spielen.

Besonders bemerkenswert war der Redebeitrag von **Gunda Röstel**, der stellvertretenden Vorsitzenden des Rats für Nachhaltige Entwicklung. Sie sprach unverklausuliert Klartext. Die wortgewaltige Sächsin ist seit 2004 kaufmännische Geschäftsführerin der Stadtentwässerung Dresden GmbH und gehört seit 2011 dem Aufsichtsrat der EnBW an.



Gunda Röstel war Mitbegründerin des „Neuen Forums“ in der DDR und von 1996 bis 2000 Sprecherin des Bundesvorstands der Grünen. „Im sozialen Bereich hinken wir sträflich hinterher.“, sagte sie. „Wenn das Klimageld nicht kommt, werden wir Schiffbruch erleiden!“

Gute Bildung müsse gesichert werden. Seit Jahrzehnten verlassen jedes Jahr 50.000 junge Menschen ohne Abschluss die Schulen. „Das ist eine Ver-sündigung an der Zukunft unserer Kinder und schlecht für die Wirtschaft. Wir suchen Fachkräfte.“ Der Hinweis auf den Bildungsföderalismus in Deutschland sei keine Ausrede mehr.

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie müsse den Brückenschlag in die Gesellschaft finden. Es muss ein Leitbild geben, was gutes Leben sei. „Gutes Leben in einer intakten Umwelt mit sozialer und solidarischer Ausrichtung nach innen wie nach außen, mit einer leistungsfähigen Wissenschaft, einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Wirtschaft, die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen für uns bietet. Wir brauchen eine achtzigmillionenfache Verhaltensveränderung. Und wenn sich die lohnen muss, dann brauchen die Menschen eine Motivation, die sie verstehen.“ Nachhaltigkeit müsse Staatsziel und das Grundgesetz geändert werden, so **Gunda Röstel**.



Deutliche Worte fand auch die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes **Yasmin Fahimi** (r.). Sie setzt sich ein gegen Armut und für Wirtschaftsentwicklung. Falsch wäre in dem Prozess zu sagen, „das soll die Politik ma-

chen.“ Frau Fahimi sagte, dass es keinen Zielkonflikt geben dürfe. Klimaneutrales Wirtschaften und Industrie müssen möglich sein. Eine starke Industrie brächte das notwendige Geld in unserem Land. Eine begrüßenswerte Aussage, denn ohne Geld lassen sich die Ziele nicht umsetzen.

Steffi Lemke, Bundesumweltministerin, und **Svenja Schulze**, zuständig im Bundeskabinett für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, waren auf der Konferenz mit Keynotes vertreten. Frau Lemke wies auf den Veranstaltungsort, den EUREF-

Campus, hin, einem passenden Ort, der zeige, was Nachhaltigkeit bedeute.



In ihrem Redebeitrag wollte sie nichts beschönigen. Die Pandemie und der Angriffskrieg auf die Ukraine haben den weltweiten Fortschritt bei der Bekämpfung von Armut und Hunger, bei der

Förderung der Bildung, bei der Gleichstellung der Geschlechter und beim Umwelt- und Naturschutz zu-nichte gemacht. Sie räumte aber ein, dass ohne Pandemie und Krieg die Bilanz auch nicht viel besser aussähe. Deshalb dürften wir keine Zeit verlieren und müssten es ernst nehmen mit dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen.

Die Ministerin verwies auch auf Erfolge der internationalen Gemeinschaft und nannte als Beispiele das globale Weltnaturschutzabkommen von Montreal, das UN-Hochseeschutzabkommen und die Weltchemikalienkonferenz (jährlich sterben 1,5 Millionen Menschen an Bleivergiftungen). Alles zusammen bezeichnete sie als Paradigmenwechsel. „Wir brauchen Fortschritte in allen Bereichen.“

Svenja Schulze stellte aus ihrem Bereich drei zentrale Themen vor: **Frauen, Klima und Geld**. Die Nachhaltigkeitsziele können nur erreicht werden, wenn Frauen stärker in den Fokus genommen werden. Frauen machen die Hälfte der Menschheit aus und sie brauchen mehr Rechte, mehr Ressourcen und mehr Repräsentanz in der Gesellschaft. Dass sie diese nicht haben, sei ungerecht und auch gefährlich. Die Welt kann nicht einfach auf die Hälfte ihres Potenzials verzichten. Im Haushalt 2024/25 fließen 93 Prozent ihres Ministeriums in Vorhaben, die die Gleichstellung voranbringen. In Frauen zu investieren, heißt, das volle Potenzial einer Gesellschaft auszuschöpfen.

Ohne effektiven Klimaschutz kann keines der Ziele erreicht werden. Die Folgen des Klimawandels bedrohen schon jetzt grundlegende Menschenrechte und treffen die ärmsten der Welt am härtesten. Klimaschutz ist eine Frage von weltweiter sozialer Gerechtigkeit. Klimaschutz kostet Geld, aber Nichtstun ist deutlich teurer, so **Svenja Schulze**.

Der Auftakt ist gemacht, jetzt geht's an die Umsetzung.

Ed Koch

03) Der Traum vom Eigenheim. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 618-20

18. Oktober 2023

48. Jahrgang

Der Traum vom Eigenheim

Berlin ist eine Mieterstadt. 2019 waren von den 1,9 Millionen Wohnungen in der ganzen Stadt rund 80 Prozent Mietwohnungen. Am Ende des Jahres 2022 konnten rund 172.700 Einfamilienhäuser in Berlin gezählt werden. Wir wollen Sie hier aber nicht mit Statistiken langweilen. Tatsache ist, dass auch in Berlin der Traum vom Häuschen mit Garten gelebt werden kann.



Quelle: Brücke Osteuropa

Das ist vor allem auch in Lichtenrade der Fall, einem der südlichsten Ortsteile Berlins. Auf dem Foto erkennt man die unvermeidlichen Hochhausiedelungen, aber auch das weite Land, auf dem Einfamilienhäuser stehen. Die Interessen der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer vertritt seit 120 Jahren der Grundeigentümerverschein Berlin-Lichtenrade e.V. Anlass genug zum Feiern.



Rund 200 Vereinsmitglieder und Gäste kamen am 17. Oktober in das Gemeinschaftshaus Lichtenrade, wo sie im großen Saal von **Frank Behrend**, dem Vereinsvorsitzenden begrüßt wurden. Genauer gesagt, im **Wolfgang-Krueger-Saal**.

Krueger war von 1980 bis 1997 Bezirksstadtrat und ab 1991 zusätzlich Bezirksbürgermeister von Tempelhof. Er verkörperte den klassischen Typ des „Dorfschulzen“, mit dem man gern ins Gespräch kam.

Ins Gespräch kamen die Gäste der Jubiläumsfeier auch, aber erst nach den obligatorischen Reden. Um 1900 lebten 851 Menschen in Lichtenrade. 2022

waren es 52.575. Zehn Kilometer sind es vom Platz der Luftbrücke bis nach Alt-Lichtenrade. Endlos erscheint die Fahrt dorthin über die B96. Vor allem jetzt, wo mal wieder an allen Stellen gebaut wird und der Lichtenrader Damm nur einspurig befahrbar ist.

Erst nach dem Krieg ging das Vereinsleben wieder richtig los. Den Deutschen wird ja ein Hang zu Vereinsgründungen nachgesagt, schließlich gibt es 616.000 e.V. im Land. In Lichtenrade hatten sich die Grundeigentümer in sieben Vereinen organisiert, aber 1947 erkannt, dass man nur gemeinsam stark ist. Und so wurde fusioniert, aus sieben machte man einen Verein, der heute mit rund 3.000 Mitgliedern zu den größten in Berlin zählt.

Beim Lesen der ebenso beeindruckenden wie detailgenauen Chronik des Vereins (<https://hwgv-lichtenrade.de/ueber-uns/chronik.html>) sind wir auf das Bayerische Viertel gestoßen, wo es einen Haus- und Grundbesitzerverein gab. Googelt man diese Ortsangabe, landet man in Schöneberg, denn dort gibt es auch ein Bayerisches Viertel, das allerdings außer dem Bayerischen Platz und den nach Landshut und München benannten Städten wenig Bayerisches zu bieten hat. Salzburg, Innsbruck und Kufstein gehören nur in den Köpfen Ewiggestriger zu Deutschland, und zu Bayern schon gar nicht. Da ist der bayerische Bezug in Lichtenrade wesentlich größer: Kronach, Bamberg, Nürnberg, Regensburg, Augsburg, Würzburg, Aschaffenburg, das ist ein Bayerisches Viertel.



v.l. **Matthias Steuckardt** (stellvtr. Bürgermeister), **Dr. Jan-Marco Luczak** (Bundestag), **Oliver Schworck** (Bezirksstadtrat), **Roman Simon** und **Christian Zander** (Abgeordneter) sowie **Eva Majewski** (Bezirksstadträtin).

Der Grundeigentümerverschein ist eine starke Stimme in Lichtenrade, da traut sich kein Politiker der Einladung nicht zu folgen. Mit dem Hinweis, dass **Klaus Wowereit** als Regierender Bürgermeister zum 100.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch - Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press - Postfach 42 40 03 - 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.

Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Jubiläum anwesend war, kündigte **Frank Behrend** mit leichtem kritischen Unterton **Oliver Friederici**, den Staatssekretär für Gesellschaftlichen Zusammenhalt, als Vertretung für **Kai Wegner** an. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist das, was der Eigentümerverein praktiziert, so gesehen, war der Gastredner genau der richtige. **Klaus Wowereit** als Lichtenrader hatte es, nebenbei bemerkt, nicht so weit zur damaligen Jubiläumsfeier, während **Kai Wegner** aus Spandau anreisen musste.



Einen Bürgermeister gab es dann aber doch noch auf dem Podium, nämlich den Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, **Jörn Oltmann**. Selbstkritisch auf seine Partei schauend ließ er nicht unerwähnt, dass das so genannte „Heizungsgesetz“ schlecht kommuniziert wurde und zu Verunsicherungen bei Hauseigentümern führte. Dafür gab es Applaus. Jetzt sei das Gesetz aber gut, so Oltmann, wofür es keinen Applaus gab.

„Eigentum ist durch das Grundgesetz geschützt. Aber: Eigentum verpflichtet auch. Und: Immobilien-eigentum wirft viele Fragen aus den unterschiedlichsten Bereichen auf. Baurecht, Mietrecht, Steuerrecht, Erbrecht, Nachbarschaftsrecht/Nachbarschaftsstreit, Finanzierung, Versicherungen, Betriebskostenabrechnungen, Wohnungsabnahmen sind nur einige Stichwörter. Als Interessenvertreter für Haus, Wohnung und Grundstück geben wir mit unseren Leistungen und Serviceangeboten kompetente Antworten. Von Eigentümers zu Eigentümers, aus der Praxis für die Praxis.“, steht auf der Internetseite des Vereins. Dreimal pro Woche können sich die Mitglieder kostenlos während der Sprechzeiten beraten lassen.

Das Leben in den Eigenheimsiedlungen in Lichtenrade ist sehr angenehm. Hier kann man sich wohlfühlen. Und wenn man ein Eigenheim besitzt, hat man eigentlich alles erreicht, was das Leben zu bieten hat. Der Ortsteil Lichtenrade ist, vermutlich

deswegen, konservativ geprägt. 1990 erlangte **Joachim Palm** für die CDU 60,9 Prozent bei der Abgeordnetenhauswahl. 1999 brachte es **Norbert Atzler** sogar auf 62,8 Prozent, mehr als **Franz-Josef Strauß** 1978 in Bayern mit 59,1 Prozent und **Willy Brandt** 1963 in Berlin mit 61,9 Prozent.

Nur 2016 und 2021 schwächelte die CDU etwas und kam nur auf 33,8 bzw. 35,6 Prozent, um dann bei der Wiederholungswahl 2023 49,6 Prozent zu erreichen. Die SPD ging mit exakt 30 Prozent weniger als Zweiter durchs Ziel.

Verständlich also, dass die CDU ihre Lichtenrader pflegt und natürlich vor allem die gesellschaftlichen Gruppen wie den Grundeigentümerverein. Auf dem Gruppenfoto auf Seite 1 unten ist nur ein Sozialdemokrat zu sehen, Stadtrat **Oliver Schworck**. Zu ihm, aber auch zum Grünen Bezirksbürgermeister, dessen Partei im Februar 9,7 Prozent erreichte, waren die Anwesenden dennoch sehr freundlich und versperrten ihnen nicht den Weg zum Buffet.



Frank Behrend, der selbst aus der Immobilienbranche kommt, ist seit 2007 Vorsitzender des Vereins. Sein Vater **Kurt A. Behrend** leitete den Verein von 1970 bis 1996.

Behrend kritisierte in seiner Rede, dass oft abwertend über Hauseigentümer gesprochen werde. Sie schaffen aber Wohnraum, nicht nur für sich. Auch sei es nicht ehrenrührig, Wohneigentum als Kapitalanlage zu schaffen. In der Jubiläumsbroschüre finden sich deutliche Worte des Präsidenten des Eigenheimverbandes Deutschland e.V., **Wolfgang Kuhn**. Er schreibt: *„Die Entscheidung der Stadt Hamburg, in Neubaugebieten keine Einfamilienhäuser mehr zuzulassen, ist die Kapitulation vor dem Turbokapitalismus und vertreibt letztlich auch noch die Oma aus ihrem Häuschen. Das Verbot reiht sich ein in die Reihe der Entscheidungen und Maßnahmen, die sich gegen das Wohnungseigentum richten, jedoch unterm Strich auch für Mieter keine Vorteile bringen.“*

Der Traum vom Eigenheim ist bei vielen Menschen vorhanden. Nichts geht über die eigenen vier Wände. In Lichtenrade ist dieser Traum wahrgeworden.

Ed Koch
(auch Fotos)

04) Neue Kita in Berlin. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 618-19

17. Oktober 2023

48. Jahrgang

Neue Kita in Mariendorf

Am 15. Februar 1960 wurden an der Ecke Rathaus- und Kurfürstenstraße in Mariendorf zwei Einrichtungen für Kinder und Jugendliche eingeweiht.



Foto: Dutta

Links eine Kita, rechts ein Jugendfreizeitheim. Fotos oben damals, unten heute.



63 Jahre später haben beide Einrichtungen ihr Erscheinungsbild komplett verändert. Das Jugendfreizeitheim, das heute „Beats 42“ heißt, wurde zwischen 2017 und 2022 zwar nicht abgerissen, aber grundsaniert, so dass nur eingeweihte Bauarbeiter noch wissen, wo die alten tragenden Wände stehen. Die benachbarte Kindertagesstätte wurde komplett abgerissen und neu errichtet.



Gastgeber und Ehrengäste: Jugendstaatssekretär **Falko Liecke** (r.), die Geschäftsleiter des Kita Eigenbetriebs Berlin Süd-West, **Ralf Wernicke** (l.) und **Sonya Mayoufi** (5.v.l.), die Verwaltungsratsvorsitzenden und Jugendstadträte aus Steglitz-Zehlendorf, **Carolina Böhm** (2.v.l.), und Tempelhof-Schöneberg, **Oliver Schworck** (3.v.l.), die Bezirksbürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf, **Maren Schellenberg** (4.v.l.), der stellvertretende Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, **Matthias Steuckardt** (5.v.r.), die Architektin **Astrid Hiljegerdes** (4.v.r.), die Regionalleiterin des Eigenbetriebs **Natalie Brückner** (2.v.r.) und die überglückliche Leiterin der neuen Kita **Martina Heerwagen** (3.v.r.)

Und da vor allem neu errichtete Kitas wichtig sind, ließ es sich Jugendstaatssekretär **Falko Liecke** nicht nehmen, den Neubau persönlich einzuweihen. In der ursprünglichen Kita wurden zuletzt 75 Kinder betreut, 144 werden es künftig sein.

Schneller als das Freizeitheim konnte der Kita-Neubau in nur eineinhalb Jahren realisiert werden. Über die Farbe der Außenfassade der Kita, die eher an eine Feuerwache erinnert, kann man geteilter Meinung sein. Wichtiger ist, wie es drinnen aussieht und was dort passiert. Nach vielen Preissteigerungen hat das schicke Bauwerk rund 9,2 Millionen Euro gekostet. 3,2 Millionen Euro musste der Eigenbetrieb beisteuern, was ihn hart an die Grenze des Möglichen gebracht hat. Die weitere Finanzierung des Bauprojektes erfolgte durch Sondermittel aus dem SIWA-Fonds (Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt) des Landes Berlin in Höhe von 2,0 Millionen Euro sowie weiteren 2,5 Millionen aus Landesmitteln und Fördermitteln aus dem Bundesprogramm zum bedarfsgerechten Ausbau von Krippenplätzen in Höhe von 1,5 Millionen Euro.

Und da Verwaltungsabläufe eben dauern, hat die Kita zur Eröffnung erst eine vorläufige Betriebserlaubnis für 25 Kinder, diese wird jedoch in Kürze angepasst und erweitert, so dass es zum Jahresende 83 Kinder und demnächst dann 144 sein werden. Damit hat sich die ursprüngliche Kapazität mehr als verdoppelt. Zwölf pädagogische Fachkräfte werden in der Kita tätig sein.



Sie lenken die Geschicke des Kita Eigenbetriebs Berlin Süd-West, die Geschäftsleiter **Ralf Wernicke** und **Sonya Mayoufi**, und die Verwaltungsratsvorsitzenden **Carolina Böhm** und **Oliver Schworck**, die in Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg die jeweiligen Jugendämter leiten. Zum Kita Eigenbetrieb gehören 19 Kitas in Tempelhof-Schöneberg und 18 in Steglitz-Zehlendorf.

Alle Fotos: Ed Koch



Hingucker im Eingangsbereich ist die große Treppe, die in die hellen freundlichen Räume der Kita in die erste Etage führt, die genauso schön sind wie die im Erdgeschoss.

Das Gebäude wurde nach aktuellen energetischen Anforderungen erbaut. Im Gebäude wurde flächendeckend Fußbodenheizung ver-

legt. Beheizt wird der Baukörper mit einer Gas-Brennwerttherme in Kombination mit einer Gas-Absorptions-Wärmepumpenanlage. Besonderer Wert wurde auf die Schallreduzierung im Gebäude gelegt.

Die Küche wird vom FSD (Stiftung zur Förderung sozialer Dienste) Lwerk Berlin-Brandenburg gemeinnützige GmbH aus der Kita Mariendorfer Damm 123 beliefert. Unter dem Aspekt Chancen durch Vielfalt und aktive Teilhabe bietet das Lwerk Menschen mit psychischen Erkrankungen und anderen Behinderungen, die derzeit nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, berufliche Rehabilitation in unterschiedlichen Handwerks- und Dienstleistungsbereichen an. Es wurden also alle Aspekte berücksichtigt, die heutzutage zu einem modernen Neubau dazugehören.



Für jedes Bauvorhaben gibt es einen Menschen, der die Rolle des Bauherren übernimmt und der von der Planung bis zur Fertigstellung alles im Blick hat. Und das ist beim Kita Eigenbetrieb Süd-West **Thomas Kuntze**. Der Bauzeitraum war ambitioniert, hat aber

für den Innenbereich gereicht. Das Außengelände, das in der kühlen Jahreszeit ohnehin wenig genutzt wird, ist noch im Entstehen.



Aber schon jetzt kann man erkennen, dass hier ein wunderbarer Spielplatz entstehen wird. Seit heute ist der Kinder- und Jugendcampus Mariendorf wieder komplett. Jugendstadtrat **Oliver Schworck** hofft, dass die Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen so gut funktionieren wird wie in früheren Zeiten, inzwischen seit 63 Jahren.

Bleibt letztlich nur noch, den Kinder viel Spaß in ihrer neuen Kita zu wünschen.

Ed Koch

05) Ab heute wird die Bude warm. Von Ed Koch (Einleitung) und Vattenfall



Ab heute wird die Bude warm

Obwohl sich die Sonne noch sehen lässt, ist es doch schon recht kühl. Seit ein paar Tagen sind die Heizkörper in meiner Wohnung bereits warm. Sehr angenehm. Wenn ich auf meine Heizkostenabrechnung schaue, wird mir eher kühl ums Herz und klamm im Portemonnaie. Je nach politischer Sichtweise sind entweder Putin oder Merkel/Schröder Schuld, und die Grünen sowieso.

Für Vattenfall beginnt heute die Heizperiode. Die dazugehörige Pressemitteilung wollen wir Ihnen nicht vorenthalten:

Vattenfall Wärme Berlin startklar für die Heizperiode

Lange zeigte sich der Oktober recht mild, doch zuletzt war es so weit: An drei aufeinanderfolgenden Tagen sank die Temperatur abends um 21 Uhr unter 12 Grad Celsius. Für die Vattenfall Wärme Berlin beginnt damit heute offiziell die Heizperiode.



„Wir werden alles dafür tun, die Berlinerinnen und Berliner in der kalten Jahreszeit zuverlässig mit Wärme zu versorgen“, betont **Uwe Scharnweber**, Leiter des Fernwärmesystems bei Vattenfall. „Damit uns das gelingt, haben wir die zurückliegenden Sommermonate intensiv genutzt und die nötigen Vorbereitungen getroffen.“

Der letzte Winter war auf Grund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine geprägt durch die angespannte Lage auf den Energiemärkten. Gut vorbereitet und zuversichtlich schaut die Vattenfall Wärme Berlin nun auf die bevorstehende Heizsaison: „Unsere Brennstoffvorräte sind auf einem hohen Niveau und werden kontinuierlich und planmäßig aufgestockt“, sagt Uwe Scharnweber.

Er fügt hinzu: „Wir haben unsere Abläufe optimiert und unsere Notfallpläne gemeinsam mit den zuständigen Behörden geschärft“. Die Netzreparaturen und notwendigen Revisionen der Erzeugungsanlagen liegen im Zeitplan. Darüber hinaus sind auch die

Gasspeicher in Deutschland bereits gut gefüllt und LNG-Terminals stehen als alternative Bezugsquellen zur Verfügung.

Das Thema Gassparen wird uns dennoch auch durch diesen Winter begleiten. Dazu können auch die Berlinerinnen und Berliner ihren Beitrag leisten: „Trotz der derzeitigen stabilen Situation können wir keine vollständige Entwarnung geben. Daher bleibt Energiesparen weiterhin wichtig“, sagt Scharnweber. Gemeinsam mit seinen Partnern der EnergieEinsparInitiative wirbt Vattenfall aktiv für konsequente Einsparanstrengungen. „Dies ist der Hebel, den wir alle weiterhin in der Hand haben, um gut durch den Winter zu kommen und zugleich das Klima zu schonen.“



Die Vattenfall-Zentrale am Bahnhof Südkreuz

Darüber hinaus arbeitet Vattenfall mit aller Kraft daran, die Energie- und Wärmewende weiter voranzutreiben und unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu werden. Geplant ist, 2030 vollständig aus der Kohleverbrennung auszusteigen und das Berliner Fernwärmesystem mit 30 Großbauprojekten um- und auszubauen.

Bereits heute betreibt Vattenfall in Berlin das größte Fernwärmenetz Westeuropas mit umgerechnet rund 1,4 Millionen angeschlossenen Wohneinheiten. Mehr als 2.000 Kilometer Trassenleitungen versorgen diese mit 80 bis 135°C heißem Wasser, das in den Häusern in Nutzwärme für Heizung und Gebrauchswarmwasser umgewandelt wird. Im Zuge der Energiekrise und Heizungsdiskussion ist die Nachfrage nach Fernwärmeanschlüssen in Berlin zuletzt um rund 70 Prozent gegenüber den Vorjahren angestiegen. Nützliche Tipps zum Energiesparen finden Sie unter folgendem Link: energieeinsparinitiative.berlin

Quelle und Fotos: Vattenfall
Einleitung: Ed Koch

06) Clusterkonferenz. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 618-17

17. Oktober 2023

48. Jahrgang

Clusterkonferenz

Es wäre sehr schade, wenn Sie allein beim Blick auf die Überschrift diesen Newsletter schon gelöscht hätten. Denn es ging am 16. Oktober im Ullsteinhaus in Mariendorf um unsere Zukunft. Clusterkonferenzen gibt es wie Sand am Meer, ist offenbar der Zeitgeist. Cluster? Häh? Cluster bedeutet: „als einheitliches Ganzes zu betrachtende Menge von Einzelteilchen.“



Warum kann man sowohl die Überschrift als auch die Inhalte nicht so formulieren, dass auch die Menschen verstehen, worum es geht, um die es geht. Denn alles, was auf der Konferenz besprochen wurde, soll unser Leben vereinfachen und erträglicher machen.

Es ging um „Verkehr, Mobilität und Logistik, die Mobilität der Zukunft – Chancen durch Transformation“. Transformation! Noch so ein Begriff, mit dem außerhalb der Fachblase, die Experten natürlich „bubble“ nennen, kaum jemand etwas anfangen kann.

Unter einer Transformation wird ein grundlegender Wandel verstanden. In gesellschaftlicher Perspektive werden mit dem Begriff sprunghafte Veränderungen in der politischen, wirtschaftlichen oder technologischen Entwicklung beschrieben.

Wir sind also mittendrin im grundlegenden Wandel. Es sind aber erhebliche Zweifel erlaubt, ob die Politik die richtigen Rezepte hat, um den sprunghaften Veränderungen zu begegnen. Beispiel: Die Zahl der Autos steigt weiter an. Die Politik verkleinert den Raum, in dem sich Autos bewegen können. Was ist die Folge davon?

„SPD und CDU wollen ein bis zu 10 Milliarden Euro starkes Sondervermögen einrichten, um damit Maßnahmen für den Klimaschutz zu finanzieren.“ Zitat: taz

Klingt gut, auch wenn man weiß, dass ein „Sondervermögen“ „Sonderschulden“ sind, die auch als Schattenhaushalt bezeichnet werden können. Bei der hochkarätig besetzten Konferenz ging es dem Autor dieses Beitrages immer wieder durch den Kopf,

warum nicht alle diese guten Ideen problemlos umgesetzt werden. Beispiel:



Andreas Schwager, Leiter des Projektes nachhaltige Zustell- und Logistiklösungen der DHL Group, hält landauf landab fast immer den

inhaltsgleichen Vortrag über ein kleines gelbes Solarboot, mit dem rund 350 Pakete vom Spandauer zum Westhafen geschippert und dort zugestellt werden. Nur zwischen den Zeilen wird einem klar, welche Probleme es dabei gibt. Schließlich kann nicht jeder übers Wasser fahren, irgendwo anhalten und Pakete ausliefern. Nur durch eine sehr gut funktionierende Kooperation mit der BEHALA (Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH) funktioniert das. Die BEHALA verfügt aber nicht an jedem möglichen Anlegeplatz über das Recht, dort parken zu dürfen. Immer und immer wieder ist die Politik gefragt, die mit langwierigen Antragsverfahren die innovative Wirtschaft ausbremst.



Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey** wurde mit einem Videogrußwort zugeschaltet. Persönlich konnte sie nicht anwesend sein, weil zeitgleich der Wirtschaftsausschuss tagte, übrigens ein Termin, der schon Anfang des Jahres

feststand, also nicht überraschend kam. „Berlin hat sich das Ziel gesetzt bis spätestens 2045 klimaneutral zu werden und bis 2030 die CO₂ Emissionen um 70 Prozent zu reduzieren.“, erklärte sie zum wiederholten Male. Sie will Berlin zum bedeutendsten Standort in Deutschland wieso, möglichst in Europa und darüber hinaus machen. Das ist sehr ehrenwert. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste es zuerst eine Verwaltungsreform geben, die der Wirtschaft hilft, die Klimaziele erreichen zu können.

Kommen wir noch einmal auf die Deutsche Post, also die DHL-Group zurück. Überall im Stadtbild findet man die gelben Paketstationen, solarbetrieben, versteht sich. Überall? Ausschließlich auf Privatgrundstücken, warum aber nicht auf öffentlichem Straßenland? Es gibt beeindruckende Berechnungen, wie viel CO₂ gespart werden könnte, wenn Pakete nicht einzeln zugestellt werden müssten, sondern in den Stationen abgelegt würden. Der Onlinehandel hat noch

1



längst nicht seinen Zenit überschritten. Immer mehr Zustellfahrzeuge werden unterwegs sein. Das Land muss Genehmigungsverfahren, die dem Klimaschutz dienen, verkürzen. Sonst bleiben 2030 und 2045 nur Zahlen ohne Bedeutung.



Live dabei war Brandenburgs Wirtschaftsminister **Prof. Dr.-Ing. Jörg Steinbach**. Er sprach offen die Regulationshindernisse und den dringend notwendigen Bürokratie-

abbau an. „Wir stehen uns oft selbst im Wege.“ Selbsterkenntnis ist ja bekanntlich der erste Weg zur Besserung. Zu seinen Zielen und Herausforderungen sagte Steinbach, dass er das Wasserstoffnetz so aufbauen will wie das Stromnetz.

Steinbach hat das zweifelhafte Vergnügen, im brandenburgischen Landtag gegenüber der AfD-Fraktion zu sitzen und bekommt jeden Zwischenruf mit. Schuld an allem Elend, Energiepreise, Inflationsrate etc. ist das Embargo gegen Russland, so die AfD. Jegliche Veränderung wird von dieser Partei abgelehnt. Acht Milliarden Menschen bevölkern derzeit den Globus. Bald werden es zehn Milliarden sein. Wenn man die vorhandenen Ressourcen hochrechnet, so Steinbach, wird die Rechnung nicht aufgehen. Ob beispielsweise die deutsche Automobilindustrie schon aufgewacht ist, wagt er zu bezweifeln. Die großen Investitionen in Brandenburg kommen nicht aus Deutschland, sondern aus dem Ausland, siehe TESLA. Stolz ist Steinbach, dass Brandenburg das Land mit der dynamischsten Wirtschaftsentwicklung in Deutschland ist.

Es würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen, wenn wir auf alle Vorträge ausführlich eingingen, obwohl sie es verdient hätten.

Die Konferenz fand im „The Drivery“ im Ullsteinhaus statt. „Das ist neben dem innovativsten Coworking Space mitten in Berlin, auch einen Makerspace, ein Hub für Innovationen und Mobilität.“ Hier sind zahlreiche Start-ups tätig, von denen sich einige vorstellten. Am Thema Fachkräftemangel kam natürlich auch diese Veranstaltung nicht vorbei, wobei man immer wieder staunen muss, wie überrascht sich viele davon zeigen, hätte man sich doch schon längst ausrechnen können, wann sich bestimmte Jahrgänge aus ihren Jobs verabschieden.

Dr. Daniel Hesse, Abteilungsleiter Technologie und Innovation der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG),

hielt einen Vortrag über Herausforderungen und Innovationen im ÖPNV, „dem Rückgrat der Mobilitätswende“. Tolle Ideen, die nur zu begrüßen sind. Warum aber dauert bloß alles so lange. Bisher ist in vielen Bereichen der ÖPNV kein attraktiver Ersatz für das eigene Auto. Und solange sich das nicht ändert, stehen Kfz und Bus gemeinsam im Stau.



Ein Projekt möchten wir Ihnen noch vorstellen, trotz seines sperrigen Namens: „ReTraNetz-BB“, BB steht für Berlin-Brandenburg. Der Projektleiter **Robert Drewnicki** (auf dem Foto

mit seinem DHL-Kollegen **Andreas Schwager**) sprach zum Thema „Fachkräfte und Qualifikation – Schlüssel für eine erfolgreiche Transformation.“ Das ist des „Pudels Kern“. Ohne Fachkräfte geht gar nichts, ob sie allerdings immer so lange ausgebildet werden müssen, wie es derzeit üblich ist, kann bezweifelt werden.

Das „Transformationsnetzwerk für die Fahrzeug- und Zulieferindustrie in der Region Berlin-Brandenburg“ ist ein Projekt der IG Metall, zu einhundert Prozent gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages. Höher angesiedelt kann ein Projekt kaum sein.

„Die Fahrzeug- und Zulieferindustrie sieht sich mit einer komplexen Umbruchsituation konfrontiert: Der globale Klimawandel erfordert einen konsequenten Umstieg zum Elektroantrieb und die Digitalisierung verändert Produktentwicklung und Produktionsprozesse tiefgreifend. Darüber hinaus muss sich die Automobilindustrie mit den Chancen und Risiken zukünftiger Mobilitätskonzepte und -dienste auseinandersetzen, die ein breiteres Spektrum an Kompetenzen als die Fahrzeugproduktion voraussetzen. Das Ziel des Projekts ReTraNetz-BB ist es, die in der Region Berlin-Brandenburg ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen aus der Fahrzeug- und Zulieferindustrie sowie deren Beschäftigte bei notwendigen Transformationsprozessen hin zu CO₂-neutraler Mobilität und Produktion zu unterstützen.“

Es ist alles vorhanden, was die Transformation ermöglicht. Wie sagt **Kai Wegner** immer so treffend? „Machen!“

Ed Koch
(auch Fotos)

07) Klare Ansichten. Mit Angelika Syring sprach Ed Koch



Klare Ansichten



Foto: Ed Koch

Angelika Syring

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)

Seit dem 16. September ist **Angelika Syring** Co-Bundesvorsitzende der AGS, gemeinsam mit dem bisherigen Vorsitzenden **Ralph Weinbrecht**. Sie ist im Jahr 2000 als Quereinsteigerin ohne den Umweg über die Jusos in Spandau in die SPD eingetreten. Sie ist gelernte Rechtsanwalts- und Notariatsfachangestellte und war als Bürovorsteherin bei Rechtsanwälten und Notaren tätig. Heute ist sie Außenhandels- und Immobilienkauffrau und geschäftsführende Gesellschafterin der AREAL Liegenschaften GmbH.

Als Grund für den Parteieintritt gibt sie unter anderem den Namen **Gerhard Schröder** an, dessen Umgang mit ihm sie nicht in Ordnung findet. In Spandau baute sie die brach liegende AGS erst wieder auf und ist heute noch stolz darauf, bestimmte Projekte durchgesetzt zu haben, wie zum Beispiel die Schulsanierungsoffensive und das Straßenmanagementgesetz (*Berliner Immobilien- und Standortgemeinschafts-Gesetz - BIG*). Den Zustand der Schulen findet sie fürchterlich. Es grenzt an Körperverletzung, was man den Kindern mit diesen Schulen antue.

In ihrer Spandauer Zeit hat sie Kontakte zu den Wirtschaftsabteilungen vieler Botschaften aufgebaut und wurde dort oft zu Veranstaltungen eingeladen. So entstand auch ein Kontakt zur russischen Botschaft. Sie ist nach wie vor Mitglied in der deutsch-russischen Wirtschaftsallianz, die nichts mit Putins Krieg gegen die Ukraine zu tun haben will. Es werde eine

Zeit nach Putin geben und dann könnten diese Verbindungen wertvoll sein, sagt sie im Interview mit paperpress. Zu den Gaslieferungen aus Russland hat sie ebenso eine klare Meinung. Sie hält es für verkehrt, ohne ein Votum der Bevölkerung diese eingestellt zu haben. Die Sanktionen gegen Russland haben nicht den gewünschten Effekt erzielt. Heute kauft Deutschland Gas von Ländern, zum Beispiel aus Indien, die es zuvor aus Russland bezogen haben.

Parallel zum AGS-Vorsitz in Spandau war Angelika Syring bis 2020 auch Landesvorsitzende der AGS Berlin. Einen Tag vor ihrer Wahl zur Bundesvorsitzenden wurde im Willy-Brandt-Haus das 70-jährige Jubiläum der AGS gefeiert. *„Mehr als 27.000 Selbständige und Unternehmer sind Mitglieder in der SPD und der AGS. Die AGS hat sich in den vergangenen 70 Jahren zur zentralen Schnittstelle in der Partei für Wirtschaft und Mittelstand entwickelt. Das Ziel unserer politischen Arbeit ist es, Marktwirtschaft und soziale Partnerschaft miteinander zu verbinden. Die AGS steht heute auch für eine innovative Wirtschaftspolitik. Wir arbeiten für eine starke deutsche und europäische Wirtschaft mit neuen und sicheren Arbeitsplätzen und möchten, dass Deutschland und Europa auch in Zukunft mit High-Tech, Know how und Qualität auf den Märkten der Welt in einer Spitzenposition vertreten ist.“*, heißt es auf der Internetseite der AGS.

Als nächstes steht die Verleihung des Innovationspreises am 17. November 2023 auf dem Programm. Ausgezeichnet werden Start Ups, die Neues im Technologiesektor entwickelt haben. Der Preis ist international angelegt in Verbindung mit anderen sozialdemokratischen Organisationen in Frankreich, Spanien, Schweden, den Niederlanden und Italien.

Die AGS hat einen Antrag in den Bundesparteitag eingebracht, der sich mit Luft- und Raumfahrt befasst. Deutschland hinke, so Angelika Syring, in diesem Bereich hinterher. Man müsse sich von allem lösen, was abhängig mache. Deshalb sei mehr Forschung und Entwicklung auch für Deutschland nötig. Bei der Bundeswehr gibt es ein eigenes Weltraumkommando, zu dem Kontakt bestehe. Apropos Bundeswehr. Angelika Syring setzt sich dafür ein, dass die Wehrpflicht wieder eingeführt werde. Die jungen Menschen müssten etwas für ihr Land tun.

Die SPD wird mit Wirtschaft oft wenig in Zusammenhang gebracht. Die AGS könnte hier einen Beitrag leisten, der dem widerspricht.

Mit Angelika Syring sprach Ed Koch

08) Strom. Von Ed Koch

paperpress

seit 1976



Nr. 618-14

15. Oktober 2023

48. Jahrgang

Strom

Ohne Strom läuft so gut wie nichts. Ohne Strom könnte ich Ihnen nicht mitteilen, dass er mal wieder teurer wird, denn mein Computer würde nicht funktionieren. Über den Ursprung des Stroms machen wir uns wenig Gedanken, schließlich kommt er aus der Steckdose und ist, Werbebotschaften zum Trotz farblos, also weder gelb noch blau noch grün. Welche Farbe Sie sich auch wünschen mögen, Sie bekommen denselben Strom wie Ihr Nachbar, auch wenn Sie grünen und der gelbe bestellt hat. Der ehemalige Chef der Stromnetz Berlin GmbH, **Dr. Helmar Rendez**, hat mir das einmal ganz einfach erklärt. Alle Erzeugungsarten von Strom fließen in einen großen Pool aus dem wir versorgt werden. Es ist also ein Gemisch.

*Eigentlich gibt es elektrischen Strom schon immer, da er keine Erfindung, sondern ein Naturphänomen ist. Vor über 2000 Jahren wurde dieses Phänomen entdeckt und seitdem erforscht und nutzbar gemacht. Circa 550 v. Chr., entdeckte der griechische Mathematiker und Philosoph **Thales von Milet** die elektrische Ladung von Teilchen. Nachdem er einen Bernstein an einem trockenen Tierfell rieb, blieben Stroh und kleine Federn daran hängen. Zwar konnte er dieses Phänomen nicht erklären, gilt seitdem aber als der Entdecker der Elektrizität.*

1672 erfand der deutsche Physiker **Otto von Guericke** eine Maschine, die elektrische Ladungen erzeugen kann. Diesen ersten Generator nannte er selbst **Elektrisiermaschine**. Durch eine sich drehende Schwefelkugel konnten Funken erzeugt werden. Mithilfe dieser Maschine beobachtete er verschiedene Phänomene wie die **Elektrolumineszenz (Leuchtwirkung)**, die **Influenz (Leitung von elektrischer Ladung)** sowie, dass sich zwei gleich elektrisierte Körper abstoßen. Quelle: [fischerfutureheat](http://fischerfutureheat.com)

Seit dem achten Jahrhundert ist der Begriff Strom belegt und leitet sich aus dem Althochdeutschen Wort „*stroum*“, später „*ström*“ oder „*sträm*“ ab und bedeutet „*großer Fluss mit starker Strömung*“. Seit dem 18. Jahrhundert ist das Wort Strom nicht mehr auf die Flüssigkeit beschränkt. Der Name des schwedischen Staatskonzerns *Vattenfall* bedeutet „*Wasserfall*“ und ist eine Abkürzung für den ursprünglichen Namen *Kungliga Vattenfallstyrelsen* (deutsch: königliche Wasserfallbehörde). In Schweden würde man nie auf die Idee kommen, Strom zu privatisieren. In Berlin schon. Da wurde das Stromnetz des

Berliner Elektrizitätswerks BEWAG Anfang des 21. Jahrhunderts in mehreren Schritten an *Vattenfall* verkauft. So gesehen blieb das Berliner Stromnetz immer in staatlicher Hand, halt in schwedischer statt in deutscher. Mitarbeiter der *Vattenfall Stromnetz Gesellschaft* sprachen scherzhaft häufig davon, dass man die Gewinne wieder an **Königin Silvia** überweisen müsse, eine gebürtige Deutsche, womit unser Stromnetz ja eigentlich nie allein schwedisch war.

Für 2,14 Milliarden Euro kaufte das Land Berlin im Juli 2021 das Stromnetz von *Vattenfall* zurück und zahlt seitdem den Kredit ab. Ob das ein gutes Geschäft für uns ist, lassen wir einmal dahingestellt. Für *Vattenfall* schon. Die Annahme, dass die Strompreise sinken würden, wenn das Netz wieder in staatliche Hand kommt, ist leider falsch. Was bei der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe gelang, wird sich auf das Stromnetz nicht übertragen lassen.

Die Wasserbetriebe gelten als erfolgreiches Beispiel einer Rekommunalisierung. Seit dem Erwerb durch das Land Berlin im Jahr 2013 sank die Trinkwassergebühr pro Kubikmeter deutlich von 2,027 Euro auf 1,694 Euro – also um 16 Prozent. Die Schmutzwassergebühr wurde seither in mehreren Schritten von 2,464 Euro pro Kubikmeter auf 2,155 Euro gesenkt – also um zwölf Prozent. Die Wasserpreise in Berlin sollen stabil bleiben. Darauf haben sich SPD und CDU geeinigt! Quelle: Tagesspiegel

Netzentgelte werden leicht erhöht

„*Berliner Haushalte müssen für das Jahr 2024 mit einem moderaten Anstieg bei den Netzentgelten rechnen. Höhere Kosten – insbesondere für die Beschaffung von Energie zum Ausgleich von Verlusten – führen zu einer leichten Erhöhung.*“, teilte die Stromnetz Berlin GmbH am Freitag mit.

„*Konkret bedeutet das: Die Netzentgelte für Berliner Haushaltskunden setzen sich auch im Jahr 2024 aus einem unveränderten jährlichen Grundpreis in Höhe von 39,70 Euro und einem veränderten Arbeitspreis in Höhe von 9,21 Cent je Kilowattstunde (bisher 8,93 ct/kWh) zusammen. Der Jahrespreis für den Messstellenbetrieb für eine moderne Messeinrichtung (Eintarifzähler) ist mit 20,00 Euro konstant geblieben. Für den Berliner Durchschnitts-Haushalt mit einem Jahresstromverbrauch von 1.950 Kilowattstunden (kWh) bedeutet dies in der Summe eine Steigerung um rund zwei Prozent oder etwa 0,46 Euro im Monat. Ursächlich für den leichten Anstieg der Netzentgelte von Stromnetz Berlin sind weiterhin hohe Energiepreise. Hiervon sind alle Netzbetreiber im*



gesamten Bundesgebiet betroffen, sowohl auf der Verteilungsnetz- als auch auf der Übertragungsnetzebene." Es ist also egal, wem das Stromnetz gehört, wenn die Kosten steigen, steigen sie.

Staatliche Zuschüsse

Es würde aber alles noch viel teurer werden, wenn nicht die Bundesregierung eingriffe. „Für die vier deutschen Unternehmen der Übertragungsnetzebene (ÜNB) hat der Gesetzgeber angekündigt, im Jahr 2024 erneut kosten- und entgeltentlastende Bundesfinanzmittel - diesmal in Höhe von 5,5 Milliarden Euro - zur Verfügung zu stellen, um die ansonsten zu erwartenden deutlich höheren Entgeltsteigerungen der bundeseinheitlichen ÜNB-Netzentgelte abzdämpfen. Die dank dieses Einsatzes von Bundesmitteln nur leicht gestiegenen ÜNB-Entgelte sind bereits Bestandteil der Netzentgeltkalkulation der Stromnetz Berlin GmbH, sodass auch alle Berliner Kunden von der staatlichen Entlastungsmaßnahme profitieren werden.“

In der Pressemitteilung gibt es ein „Achtung“: „Für den Bundeszuschuss zu den Netzentgelten der Übertragungsnetzbetreiber fehlt derzeit noch die gesetzliche Grundlage.“ Wollen wir hoffen, dass diese geschaffen wird, denn in zweieinhalb Monaten beginnt 2024.

Es ist egal, bei wem Sie Ihren Strom beziehen, denn „Die Netzentgelte sind ein Bestandteil des Strompreises und werden über die Stromtarife aller in Berlin tätigen Stromlieferanten gleichermaßen erhoben. Sie machen durchschnittlich etwa ein Fünftel des Strompreises aus. Netzentgelte setzen sich zusammen aus den Kosten für den Transport der Elektrizität, den Kosten für den Betrieb der Stromzähler, die Verbrauchsmessung und -abrechnung sowie den Kosten des vorgelagerten Übertragungsnetzes.“

Und das steht auf der Rechnung

Jeweils im Februar teile ich meinem Stromverkäufer den Verbrauch, elektronisch versteht sich, mit und in Windeseile erreicht mich die Abrechnung. Ich habe nie den Stromanbieter gewechselt, sondern bin immer bei Vattenfall geblieben. Auf meinem Ordner, in dem sich die Abrechnungen befinden steht **BEWAG**. Mit der Rechnung werden viele Grafiken zugestellt, aus denen der Verbrauch und die Kostenverteilung hervorgehen. Der durchschnittliche Jahresstromverbrauch für eine Person liegt bei 1.500 Kilowattstunden. Mit knapp 1.100 liege ich deutlich darunter. 2018 musste ich 35 Euro Vorauszahlung leisten, bis

2022 stieg sie an auf 39 Euro. Und dann kam der Sprung zum Jahr 2023 auf 52 Euro, also 13 Euro mehr, was einer Erhöhung um 33 Prozent entspricht.

39 Prozent meiner Stromkosten sind die Anteile für Strombeschaffung und Stromvertrieb, also 143,31 Euro von 371,05 Euro Rechnungsbetrag. Der dicke Posten von 61 Prozent setzt sich aus zehn Einzelpositionen zusammen, von der EEG-Umlage (3,72%) über Offshore-Netzzulage (1,2%) und der Konzessionsabgabe (6,52%). Konzessionsabgabe? 2017, haben wir im Archiv gefunden, betrug die Konzessionsabgabe der Stromnetz Gesellschaft an das Land Berlin 148,4 Millionen Euro. Und diese Konzessionsabgabe zahlt jetzt das Landesunternehmen an den Landshaushalt?

Das Netznutzungsentgelt macht auf meiner Abrechnung 24,33 Prozent = 90,29 Euro aus. Es gibt zwei Schrauben in der Abrechnung, an die der Staat drehen könnte, um den Strompreis zu senken: Stromsteuer (5,59%) und die Umsatzsteuer (15,97%). Bei Wegfall dieser beiden Positionen würden auf meiner Rechnung 79,98 Euro weniger stehen. Ganz naiv gefragt: Der Staat finanziert seinen 5,5 Milliarden Zuschuss also aus den 21,56% Steuern? Linke Tasche – Rechte Tasche.

Was hilft also: Strom sparen. Aber wie? Im Dunkeln sitzen beim Fernsehen? Hilft das? Eier roh statt gekocht essen? Ekelhaft! Den Computer ausgeschaltet lassen? Ja, eine gute Idee, das mache ich gleich, wenn ich diesen Newsletter versandt habe.

Angesichts der Weltlage fällt es schwer, Ihnen einen schönen Sonntag zu wünschen. Aber, bei zwölf Grad scheint die Sonne. Gehen Sie spazieren, stromfrei ohne Handy.

Ed Koch

09) Für ein funktionierendes Berlin. Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 618-13

14. Oktober 2023

48. Jahrgang

Für ein funktionierendes Berlin

Wenn Parteien zu Empfängen einladen, sind das natürlich in erster Linie Werbeveranstaltungen, wogegen nichts zu sagen ist. Außerdem haben die Bürger auch ein Recht darauf zu erfahren, was die Parteien planen. Veranstaltungen dieser Art bieten aber vor allem Gelegenheit, ins Gespräch zu kommen, denn auf der Gästeliste stehen Vertreter der freien Träger, des Sports, der Schulen, Kultur und Wirtschaft.

Bei Currywurst und Kartoffelsuppe, Bier, Wein und Wasser kamen die Gäste der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg im Ratskeller schnell ins Gespräch. Berühmt waren früher die kleinen Brötchen, von denen viele in den Taschen der Gäste von Aschinger am Zoo verschwanden. Und da der Ratskeller in **Babylon Berlin** die Kulisse für das nicht mehr vorhandene Aschinger gab, waren die handlichen Brötchen als Beigabe zur Kartoffelsuppe geradezu zwingend.

Bevor es aber an die Suppentöpfe ging, mussten Gastgeber und Gäste zuerst an ein paar Demonstranten vor dem Ratskeller vorbei.



Die **Bürgerinitiative Mariendorf-Nord** spricht sich für den Erhalt der lebenswerten Umwelt und gegen eine geplante Bebauung von Teilen zweier Friedhöfe aus, wo 220 Wohnungen entstehen sollen. „*Allen gerecht zu werden*“, heißt es in einem Flugblatt, „*kann die Stadtentwicklung nicht (Bauen! Bauen! Bauen!), aber sie ist verpflichtet, sich heute für nachhaltigen Klima- und Artenschutz einzusetzen.*“ Baustadträtin **Eva Majowski** wird beim Vorbeigehen die Botschaft vernommen haben.



Zweite Hürde vor dem Büffet waren die obligatorischen Reden, in denen die Politiker ihre Botschaften verkündeten. Der Fraktionsvorsitzende **Patrick Lie-**

sener bat die Anwesenden zu Beginn um eine Schweigeminute für die Opfer des Terrorangriffs der Hamas auf israelische Bürger, darunter viele Kinder, die bestialisch ermordet wurden. Das aktuelle Thema spielte auch in den weiteren Reden eine große Rolle.

Der stellvertretende Bezirksbürgermeister **Matthias Steuckardt** lobte in seinem Statement die beiden Bezirksamtskollegen **Tobias Dollase** (Schule, Sport und Kultur) und **Eva Majewski** (Stadtentwicklung). Er selbst musste auf das Lob für seine Arbeit bis zur Rede des Regierenden Bürgermeisters **Kai Wegner** warten.



Die CDU Tempelhof-Schöneberg ist nach der Wahl im Februar zwar stärkste Partei geworden, stellt drei von sechs Bezirksamtsmitgliedern und ist mit 19 Mandaten die mit Abstand größte Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung, der Bezirksbürgermeister gehört allerdings den Grünen an und der BVV-Vorsteher der SPD. Das ist dem Umstand geschuldet, dass es in TS eine Zählgemeinschaft aus Grünen, SPD und Linken gibt. Als undemokratisch bezeichnete Steuckardt, dass die CDU nicht den Vorsteher stellen dürfe, sei es doch üblich, dass dieser Posten jeweils der stärksten Partei zufalle, auch wenn es dafür keine gesetzliche Verankerung gibt.

Unerwähnt ließ Steuckardt, dass 2006 die SPD die CDU als stärkste Kraft ablöste, der beliebte CDU-Vorsteher **Rainer Kotecki** aber im Amt bleiben durfte. Damals gab es eine rot-schwarze Zählgemeinschaft und eine entsprechende Absprache: die SPD stellte den Bezirksbürgermeister und die CDU den Vorsteher. Politik ist eben die Kunst des Möglichen und auf Kompromisse angewiesen. Unter den Gästen des Empfangs war auch der aktuelle SPD-Vorsteher **Stefan Böltes**, der die Kritik von **Matthias Steuckardt** gelassen zur Kenntnis nahm: „*Es ist jetzt halt mal so.*“ **Kai Wegner** verwies später in seiner Rede darauf, dass es nach der nächsten Wahl ganz anders aussehen werde.

10) GASAG gewinnt. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 618-11

13. Oktober 2023

48. Jahrgang

GASAG gewinnt



GASAG-Zentrale auf dem EUREF-Campus

Wann und ob überhaupt Berlins Traditionsunternehmen GASAG rekommunalisiert wird, weiß niemand so genau. Eines ist aber sicher, nämlich dass Berlin weiterhin sein Gas von der GASAG beziehen wird, woher sonst? In einer gestern veröffentlichten Pressemitteilung heißt es:

GASAG gewinnt erneut Stadtvertrag für Gas – und ist damit seit über 176 Jahren Energiepartner Berlins

GASAG hat das Vergabeverfahren für den Gasbezug des Landes Berlin wieder gewonnen. Dies hat die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe als federführende Behörde Ende September mitgeteilt. Ab 2024 wird die GASAG für die nächsten drei Jahre jährlich rund 930 Millionen Kilowattstunden Erdgas und Biogas an die rund 2.300 Abnahmestellen sowie für die öffentlichen Gaslaternen des Landes liefern. Die GASAG versorgt damit Berlin seit 1847 ohne Unterbrechung mit Energie.



GASAG-Vorstand Matthias Trunk (r.) und EUREF-Vorstandssprecherin Karin Teichmann beim Besuch von Bauelector Christian Gaebler in der Campus-Energiewerkstatt.

Matthias Trunk, GASAG-Vorstandsmitglied: „Wir freuen uns, dass wir weiterhin die zahlreichen Gebäude, Dienststellen und auch die historischen Gaslaternen in Berlin beliefern können. Nach der durchaus angespannten Lage während der Gaspreiskrise können wir wieder einen sehr wettbewerbsfähigen Preis für das Land Berlin realisieren.“

In einer europaweiten Ausschreibung setzte sich die GASAG mit dem besten Angebot gegen die Wettbewerber durch. Bei den Wertungskriterien Preis und Ökologie hat das Unternehmen insgesamt die höchste Punktzahl erreicht. Neben Erdgas liefert die GASAG auch Biogas, mit dem das Land Berlin rund 14.000 Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen kann. Diese Menge entspricht dem CO₂-Ausstoß von etwa 5.000 Einfamilienhäusern.



Das GASAG Kundenzentrum auf dem EUREF-Campus

Hinter den rund 2.300 Abnahmestellen liegen große Objekte wie Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser oder Universitäten, die einen Energiebedarf von mehreren Megawatt aufweisen. Aber auch Abnahmestellen, die nur wenige Kilowattstunden benötigen. Ein Chemielabor in einer Schule oder ein Gasherd in einem Kindergarten zählen ebenso zu den beliebtesten Objekten des Landes und profitieren ebenso von der Erfahrung sowie dem Service der GASAG. Dabei reicht das Portfolio beispielsweise vom elektronischen Rechnungsversand bis hin zur Beratung bei der Heizungsmodernisierung.

Zusammenstellung zum Kommentierung: Ed Koch
Quelle: GASAG
Fotos: Ed Koch

11) Wo leben wir eigentlich? Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 618-10

12. Oktober 2023

48. Jahrgang

Wo leben wir eigentlich?

Noch nicht gefrühstückt und schon ist mir schlecht. Bei der Morgenlektüre lese ich im **Tagesspiegel**, dass der jüdische Sportverein **TuS Makkabi** aus Sicherheitsgründen seinen Spielbetrieb einstellt.

„Auch beim Berliner Fußball-Oberligisten TuS Makkabi sind die Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten spürbar. Der Verein, der diesen Sommer durch die erste Teilnahme eines jüdischen Vereins im DFB-Pokal überhaupt deutschlandweit zum Gesprächsthema wurde, hat das am Sonntag geplante Spiel gegen die TSG Neustrelitz abgesagt, den Spiel- und Trainingsbetrieb eingestellt.“, berichtet der Tagesspiegel.

„Wir sind eine multikulturelle Truppe bei Makkabi, die Spieler kommen aus 16 verschiedenen Nationen. Aber weil wir ein jüdischer Verein sind, sind wir auch immer alarmiert“, sagte Mannschaftskapitän **Doron Bruck** dem Tagesspiegel. **Alon Meyer**, Präsident von Makkabi Deutschland, sagte der **„Frankfurter Allgemeinen Zeitung“** in einem am Mittwoch erschienenen Interview: „Dass wir aufgrund einer Eskalation im Nahen Osten einen sicheren Spiel- und Trainingsbetrieb eines jüdischen Vereins nicht mehr aufrechterhalten können, ist eine absolute Niederlage für uns alle.“

Auf die Frage, was zu tun sei, um dem entgegenzuwirken, sagte Meyer: „Wir müssen Taten folgen lassen! Dass wir diese Organisationen, Institutionen und Vereine, die nichts Besseres zu tun haben, als diese Unmenschlichkeiten noch zu feiern, dass wir die nicht noch weiter mit Steuergeldern unterstützen. Dass wir nicht zulassen, hier Demonstrationen und Kundgebungen, die die Vernichtung des Staates Israel und Judenhass im Allgemeinen propagieren, zu veranstalten, sondern sie mit aller Härte unseres Rechtsstaates bestrafen, um Freiheit und die demokratische Werteordnung vehement zu verteidigen.“

Wo leben wir eigentlich? Wer gerade die TV-Serie „**Babylon Berlin**“ gesehen hat, wo Extremisten in braunen Uniformen jüdische Bürger verprügelnd und ihre Geschäfte zerstörend durch die Stadt zogen, der wird unter andern Vorzeichen daran erinnert, was sich heute in unserer so liberalen und weltoffenen Stadt zuträgt. Neukölln ist sicherlich nicht überall, aber Neukölln allein reicht schon aus, um das in Jahrzehnten mühsam aufgebaute Verhältnis zur jüdischen Community nachhaltig zu zerstören. Wenn es uns nicht gelingt, jüdisches Leben in Berlin zu schützen, wird das verheerende Auswirkungen haben.

Wer mit einer Kippa auf dem Kopf durch die Straßen läuft, kann sich nicht darauf verlassen, unbeschadet nach Hause zu kommen. Auf der anderen Seite müssen wir Demonstrationen ertragen, auf denen palästinensische Flaggen gezeitigt und antisemitische Parolen gerufen werden. Die Polizei schreitet ein, das ist anzuerkennen.

Wir haben es in Berlin mit einer großen hasseerfüllten arabischen Gesellschaft zu tun, aus der heraus die Eltern ihren Kindern beibringen, dass alles Jüdische vernichtet gehört. Das ist keine Verallgemeinerung, auch wenn es viele Menschen gibt, die eher für Toleranz als Gewalt stehen. Ich habe es jahrelang selbst als Leiter einer Jugendfreizeiteinrichtung erlebt, dass das Wort „**Jude**“ von Jugendlichen, die nicht älter als zwölf, 13 oder 14 Jahre waren, als Schimpfwort für alle verwendet wurde, die sie nicht leiden konnten. Auf Nachfragen, warum sie das sagen, wussten sie keine schlüssige Antwort. Auch Verbote halfen wenig, dann haben sie eben nicht in der Freizeiteinrichtung, sondern draußen unliebsame Gleichaltrige mit dem Schimpfwort belegt.

Es ist, und das predige ich seit Jahrzehnten, die Schuld der Eltern, ihren Kindern nicht beizubringen, was Empathie ist. Sie lernen nicht zu Hause, dass man Konflikte auch mit Worten und Argumenten lösen kann. Auch verlieren zu lernen, gehört dazu. Ich kann mich an einen Jugendlichen erinnern, der nach einem verlorenen Kartenspiel in unserem Clubraum, dem Sieger einen Faustschlag und eine blutige Nase verpasste. OK. Hausverbot für eine bestimmte Zeit. Und was geschieht zwischendurch? Es ist nicht möglich, diesen, ich bitte für den Begriff um Verzeihung, „**verseuchten**“ Jugendlichen Toleranz und Empathie beizubringen, wenn ihnen zu Hause ein anderes Weltbild vermittelt wird. Das schafft kein Lehrer und kein Sozialarbeiter.

Es hat leider auch wenig Sinn, diesen Jugendlichen die Video-Clips zu zeigen, auf denen die Hamas-Terroristen Babys den Kopf abschlagen, weil sie sofort, Ursache und Wirkung ignorierend, auf die Reaktionen der israelischen Armee verweisen, bei denen auch Zivilisten getötet werden. In der Bergpredigt heißt es: „**Ihr habt gehört, Auge um Auge, Zahn um Zahn. Ich aber sage euch: Leistet dem, der euch etwas Böses antut, keinen Widerstand, sondern wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann halt ihm auch die andere hin.**“ Mit dieser Weisheit gäbe es den Staat Israel heute nicht mehr.

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 93 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

12) 40 Jahre Tempelhofer Forum



paperpress

seit 1976



Nr. 618-09

12. Oktober 2023

48. Jahrgang

40 Jahre Tempelhofer Forum



Das Tempelhofer Forum hat Anfang Oktober mit einem Empfang im Rathaus Schöneberg sein 40-jähriges Jubiläum gefeiert. Zu dem Empfang hatte Jugendstadtrat **Oliver Schworck**

Dozentinnen und Dozenten, ehemalige Jugendstadträte und Jugendamtsdirektoren, Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sowie den Vorstand und die Mitglieder des Trägervereins Tempelhofer Forum e.V. in den John-F.-Kennedy-Saal des Rathauses Schöneberg eingeladen.



In seiner Begrüßung sagte **Oliver Schworck**: „Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg gratuliert dem Tempelhofer Forum herzlich zu seinem Jubiläum und ist stolz auf einen Träger, der nicht müde wird, das wichtige Thema Fortbildung in der pädagogischen Arbeit voranzutreiben. Gerade in der bezirklichen Verwaltung war es nicht immer üblich oder – so wie heutzutage – sogar selbstverständlich, den eigenen Horizont in regelmäßigen Abständen zu erweitern und immer wieder neue Aspekte in die Arbeit aufzunehmen. Das Tempelhofer Forum hat in allen Fragen, die sich damit befassen, was den Kindern in unseren Einrichtungen direkt zugutekommt, mit viel Beharrlichkeit und Qualität Akzente gesetzt. Der Träger ist weit über den Bezirk hinaus bekannt und als kompetente Einrichtung anerkannt. Ich wünsche dem Team des Tempelhofer Forums auch für die Zukunft alles Gute und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.“

1983 wurde das Tempelhofer Forum als Plattform und Veranstaltungsreihe für Fortbildungen der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten gegründet. Die Idee dazu hatte **Sally Dobriner**, der seinerzeit Mitarbeiter des Kita-Beraterteams des Jugendamtes Tempelhof war. Von ihm stammt auch

der Name. Neben **Sally Dobriner** waren **Christel Kümmel** und **Janina Linek** die Dozentinnen und Dozenten der ersten Jahre.



Foto v.l. Christel Kümmel, Janina Linek und Sally Dobriner.

Das Tempelhofer Forum hatte keinen festen Standort, sondern zog mit seinen Angeboten von Kita zu Kita. Der Nachfolger des Gründungsstadtrates **Udo Keil**, **Dietrich Schippel**, integrierte 1997 das Tempelhofer Forum in das Jugendfreizeitheim Mariendorf (heute Beats 42).



Foto v.l. Dietrich Schippel, Sally Dobriner und Klaus-Ulrich Reipert.

Der Betrieb einer Jugendfreizeit- und einer Fortbildungseinrichtung war durch zeitliche Überschneidungen der Nutzung oft ein wenig problematisch. Schippels Nachfolger, **Klaus-Ulrich Reipert**, und dessen Jugendamtsdirektor **Henning Till**, lösten im Jahr 2000 das Problem. Reipert war zu diesem Zeitpunkt in Personalunion Jugend- und Baustadtrat. Als letzterer verfügte er über eine geeignete Immobilie an der Gottlieb-Dunkel-Straße, dem ehemaligen Verwaltungsgebäude des Tempelhofer Parkfriedhofs.

2001 übernahm **Angelika Schöttler** das Jugendressort und überführte das Tempelhofer Forum 2005 in die freie Trägerschaft, allerdings weiterhin mit finanzieller Förderung durch das Jugendamt. Nach der Fusion von Tempelhof und Schöneberg verzichtete man auf eine Namensänderung und blieb bei der bekannten Bezeichnung Tempelhofer Forum.



Foto: v.l. Wolfgang Mohns, Wolfgang (Ed) Koch, Birger Holz und Andreas Schwager.

Gründungsvorsitzende des Tempelhofer Forum e.V. waren **Klaus-Ulrich Reipert** und **Henning Till**. Seit 2011 leiten **Andreas Schwager** und **Wolfgang Mohns** den Verein. Die Geschäfte führen **Birger Holz** und **Wolfgang (Ed) Koch**. Koch leitet das Tempelhofer Forum seit 1997 und ist als Geschäftsführer heute für die Bereiche Verwaltung und Finanzen zuständig. Holz ist seit 2018 Geschäftsführer für die Seminarkoordination und -durchführung.

Birger Holz kam vor zehn Jahren als Seminarteilnehmer zum Tempelhofer Forum und wurde von der langjährigen Dozentin **Heidemarie Götting** unter ihre Fittiche genommen. Seitdem leitet Holz einen großen Teil der Seminare. In diesem Jahr hat er den ersten Fachtag zur „Gewaltfreien Erziehung“ am 30. April initiiert und geleitet. Im kommenden Jahr findet ein Workshop- und Fachtag zur „Gewaltfreien Kindheit“ am 29. und 30. April statt. Mitveranstalter ist, wie in diesem Jahr **BilderKraft**, Kooperationspartner sind der **Deutsche Kinderschutzbund Berlin e.V.**, das **Jugendamt Tempelhof-Schöneberg**, der **Kita Eigenbetrieb Süd-West**, das **Nachbarschaftszentrum in der ufaFabrik e.V.**, das **Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V.** und der Experte für Kinderrechte und Kinderschutz, **Prof. Dr. Jörg Maywald**, Mitbegründer des Berliner Kinderschutz-Zentrums. Die Schirmherrschaft hat Jugendstaatssekretär **Falko Liecke** übernommen. Informationen und Anmeldungen unter www.tempelhoferforum.de

Das Haus in der Gottlieb-Dunkel-Straße musste das Jugendamt 2014 leider abgeben, so dass sich das Tempelhofer Forum eine neue Bleibe suchen musste. Dank der damaligen Geschäftsführerin des Nachbarschafts- und Selbsthilfeszentrums, **Renate Wilkening**, fand das Tempelhofer Forum seinen neuen Standort in der **ufaFabrik**. Auf dem Jubiläumsempfang konnte die Nachfolgerin von Frau Wilkening, **Sarah-Maria Soldanskí**, begrüßt werden, die Anfang Oktober ihre neue Tätigkeit übernahm. Das NUSZ und das Nachbarschaftsheim Schöneberg sind

Gründungsmitglieder des Tempelhofer Forum e.V. Später kamen der Kita-Eigenbetrieb Süd-West und die freien Träger Omas Garten e.V. und CPYE e.V. dazu.



Foto v.l.: Jugendamtsdirektor **Rainer Schwarz**, **Ed Koch**, Stadtrat **Oliver Schworck**, der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses **Marius Feldkamp** und seine Stellvertreterin **Corinna Volkmann**.

Als das Tempelhofer Forum vor 40 Jahren gegründet wurde, ging es hauptsächlich um Fortbildungen für Erzieherinnen in Kitas, die damals noch „Tanten“ genannt wurden. „Onkels“ gab es kaum, denn der Männeranteil lag in den Kitas fast bei null. Die Tagespflege war seinerzeit noch eine Randerscheinung. Etwas abwertend wurde von „Tagesmutter“ gesprochen. Das hat sich zum Glück geändert. Heute heißt der zuständige Bereich des Jugendamtes Tagesbetreuung für Kinder, womit Kitas und Tagespflege gemeint sind, und auch die zum Schulbereich gehörenden Horte. An die Beschäftigten dieser Einrichtungen richten sich die Angebote des Tempelhofer Forums sowie an alle anderen in sozialpädagogischen Berufen tätige Personen, aber auch an Eltern und andere Interessierte.

Das Tempelhofer Forum ist sicherlich die kleinste Bildungseinrichtung Berlins ohne hauptamtliche, sondern nur auf Honorarbasis tätige Mitarbeiter. Rund 120 Seminarveranstaltungen, an denen bis zu 1.200 Fachkräfte teilnehmen, finden im Jahr statt.



Ohne Sponsoren kommt heute niemand mehr zurecht. Das Tempelhofer Forum wird aktiv unterstützt durch **Sven Regen** und **Sebastian Preißler** (links oben) vom **PIEREG** Druckcenter Berlin und **Tobias Kellermann** (links unten) von der Designwerkstatt **stilbrand**.

Fotos: Jugendamt Tempelhof - paperpress

13) Nachhaltigkeitsnetzwerk



paperpress

seit 1976



Nr. 618-04

5. Oktober 2023

48. Jahrgang

Nachhaltigkeitsnetzwerk

Mehr Nachhaltigkeit, mehr Innovation, mehr Kooperation: Der **EUREF-Campus** und der **Flughafen Düsseldorf** etablieren ein Netzwerk für grünen Luftverkehr und nachhaltige Mobilität. Dies gaben die Unternehmen gestern, am 4. Oktober, auf der **Expo Real** bekannt. Vordringliche Handlungsfelder der Innovationspartnerschaft sind verstärkte Technologieimpulse für die Energieeffizienz im Gebäudesektor und Technologien zur Dekarbonisierung der luft- und landseitigen Verkehre, etwa durch die Produktion und Bereitstellung von Sustainable Aviation Fuel (CO₂-neutrales Kerosin). Die Projekte der Innovationspartnerschaft werden durch die im EUREF-Talent Campus vertretenen Universitäten der Region wissenschaftlich eng begleitet.

In einem gemeinsamen Pressegespräch mit **Dr. Stephan Keller**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, und **Christophe de Maistre**, Zone President Schneider Electric DACH, stellten **Lars Redeligg**, Vorsitzender der Geschäftsführung des Flughafens, und **Karin Teichmann**, Vorstandssprecherin der EUREF AG, das gemeinsame Nachhaltigkeitsnetzwerk auf dem Düsseldorfer-Stand der Expo Real vor.



„Noch befindet sich der EUREF-Campus Düsseldorf im Bau, und trotzdem können wir heute schon mit dieser Partnerschaft ein erstes wegweisendes Innovationsprojekt vorstellen“, erklärte **Dr. Stephan Keller**. „Das zeigt eindrucksvoll, welch großer Gewinn der Campus für unsere Region sein wird, wenn hier ab 2024 die intelligentesten Köpfe in Unternehmen, Start-ups und wissenschaftlichen Einrichtungen zusammenarbeiten, um Zukunftsideen für Energie, Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz zu entwickeln.“

„Wir alle wissen, dass die Luftverkehrsbranche zu einem Teil der Mobilitätswende werden muss, wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen“, sagte **Lars Redeligg**. „Wir freuen uns, dass wir dieses Thema direkt vor unserer Tür gemeinsam mit der EUREF-Community weiter vorantreiben, unsere Expertise einbringen und entscheidende Synergien schaffen können. Diese Innovationspartnerschaft wird einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit am Standort und der gesamten Branche leisten.“

„Die Umstellung des Flugverkehrs auf grüne Treibstoffe ist ein wesentliches Zukunftsthema“, fügte **Christophe de Maistre** hinzu. „Dabei können wir in dieser Innovationspartnerschaft mit unserem Know-how rund um nachhaltige Hardware-, Service- und Software-Lösungen umfassend beraten – für noch mehr Intelligenz in Gebäuden und in der Mobilität.“

„Partnerschaftlich zu agieren ist Pflicht, wenn wir in Deutschland die Energie- und Mobilitätswende schaffen wollen. Die enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in diesen Themenfeldern ist daher Teil der EUREF-DNA“, ergänzte **Karin Teichmann**. „Durch die direkte Nachbarschaft zum Flughafen und die große Innovationsbereitschaft der Betreibergesellschaft ist es in jeder Hinsicht naheliegend, unsere Kompetenzen zu bündeln.“



Gemeinsam mit den starken Technologiepartnern der EUREF-Community bauen wir am Flughafen-Fernbahnhof einen Mobilitäts-Hub für NRW. In intensiver Zusammenarbeit mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und der Stadt Düsseldorf werden wir damit auch international wichtige Akzente setzen.“

1



In direkter Nachbarschaft des Flughafens Düsseldorf errichtet die EUREF AG mit dem EUREF-Campus Düsseldorf ein weiteres internationales Schaufenster der Energie- und Mobilitätswende mit insgesamt rund 105.000 m² Brutto-Grundfläche (BGF). Nachhaltigkeit und Innovationen rund um Energie, Mobilität, Klima- und Umweltschutz sind die Grundpfeiler des EUREF-Campus, der von der Planung bis hin zum Betrieb die höchsten Energiestandards erfüllt und Start-ups, Firmen, Verbände und wissenschaftliche Einrichtungen zu einer synergetischen Community zusammenbringt, um neue Klimaschutztechnologien zu entwickeln.



Gemeinsam mit Mietern wie **Schneider Electric**, **SPIE Deutschland & Zentraleuropa** und der **Landesgesellschaft für Energie und Klimaschutz NRW.Energy4Climate** wird ein lebendiger Zukunftsort der Energiewende geschaffen, der dank einer hochtechnisierten Energiezentrale, der Einbindung des angrenzenden Baggersees in die thermische Versorgung sowie der Nutzung von erneuerbaren Energien beispielhaft ist. Vier Universitäten und Hochschulen beteiligen sich am Aufbau und an der Durchführung der Studiengänge auf dem EUREF-Campus Düsseldorf: die **Universitätsallianz Ruhr** mit der **Technischen Universität Dortmund**, der **Ruhr-Universität Bochum** und der **Universität Duisburg-Essen** sowie die **Hochschule Düsseldorf**.

Der Flughafen Düsseldorf hat den Klimaschutz fest im Blick

Bis 2030 strebt der Flughafen Düsseldorf in Übereinstimmung mit den Zielen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen eine CO₂-Reduzierung von 65 Prozent an. 65 Prozent bedeuten für den

Flughafen Düsseldorf eine Emissionsmenge von 20.713 t Kohlendioxid im Scope1 und 2. Bis spätestens 2035 will der Flughafen dem Ziel der Stadt Düsseldorf folgend klimaneutral sein. Ab dem Jahr 2045 sollen die Emissionen auf Netto Null sein. Im Rahmen dieser Ziele hat der Airport eine Vielzahl von Projekten umgesetzt: Neben zweier Blockheizkraftwerke betreibt der Flughafen Photovoltaikanlagen auf den Dächern von zwei Flugzeughallen sowie einer Freiflächenanlage.



Die Jauch-Kuppel

Der Airport ist an das zentrale Fernwärmenetz der Stadt angeschlossen und deckt seinen extern eingekauften Strombedarf seit Januar 2022 komplett mit TÜV-zertifiziertem Grünstrom. Auch der Fuhrpark wird sukzessive auf elektrische Antriebe umgestellt: Bis 2030 sind 50, bis 2045 sind 100 Prozent geplant. Seit 2012 nutzt der Airport ein intelligentes, prädiktives Management System, das nicht nur überall und zu jeder Zeit die richtige Raumtemperatur bereitstellt, sondern das auch die verschiedenen am Airport zur Verfügung stehenden Energiequellen im Blick hat und so zielgenau, bedarfsgerecht und kostenoptimiert den Energieverbrauch vorrausschauend steuert. 2017 wurde die Nutzung auf den Flugsteig A ausgeweitet, wo der Energiebedarf seitdem um 22 Prozent gesenkt werden konnte.



Sonnenaufgang über dem Flughafen Düsseldorf Foto: Ed Koch

Quelle: Flughafen Düsseldorf / EUREF AG
Fotos: EUREF AG

Österreich (Seiten E 177 – E 181)

01) Gefälligkeitsinterview verweigert: ORF reagiert mit Versetzung und Kündigung langjähriger Journalistin

16. 10. 2023



Öffentlich-rechtliche Medien in Europa wehren sich vehement gegen den Vorwurf der Staatsnähe. In Österreich muss sich der ORF nun einer Klage der Journalistin Sonja Sagmeister stellen. Diese war versetzt worden, nachdem sie ein Gefälligkeitsinterview verweigert hatte.

„Strukturellen Machtmissbrauch“ wirft die Journalistin Sonja Sagmeister dem ORF, der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt in Österreich, vor. Derzeit geht sie gegen die Kündigung vor, die das Medium der langjährigen Mitarbeiterin vor einigen Wochen ausgesprochen hatte. Der ORF hatte der Wirtschaftsjournalistin die Kündigung kurz vor einem bevorstehenden Gerichtstermin ausgesprochen. Die zuvor 29 Jahre lang beim Sender beschäftigte Sagmeister hatte eine Versetzung angefochten.

Sagmeister seit 1994 für den Sender tätig

Regelmäßigen Zuschauern der Hauptnachrichtensendung „Zeit im Bild“ und der ORF-„Pressestunde“ war Sagmeister gut bekannt. Als Korrespondentin war sie unter anderem in Brüssel, aber auch in Griechenland in den Jahren der Eurokrise beschäftigt.

Wie die „Kronen Zeitung“ [berichtet](#), wurde ein geplantes Interview mit Wirtschaftsminister Martin Kocher (ÖVP) zum Stein des Anstoßes. Dieses sollte im vergangenen Oktober stattfinden – und Vorgesetzte gaben Sagmeister im Vorfeld Instruktionen, wie dieses ablaufen solle.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf EPOCH TIMES

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Vor 660 Jahren wurde Tirol mit Österreich vereint

Um 1250 hatte **Graf Albert** von Tirol das Land zu einer Einheit zusammengeschlossen. Seine **Stammburg Tirol** gab dem Land den Namen und sein Wappen. Der rote Adler in den Farben des Reiches wurde das Wappen Tirols. Die spätere Erbin **Margarethe Maultasch** war kaum regierungsfähig, und so huldigten die versammelten Stände Tirols am 11. September 1363 dem **Herzog Rudolf** von Österreich als Landesherrn. [Bitte lesen Sie hier weiter \(SID-Aussendung\)..](#)

<https://suedtirol-info.at/vor-660-jahren-wurde-tirol-mit-oesterreich-vereint/>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 114, 2023

Wien, am 03. Oktober 2023

Vor 660 Jahren wurde Tirol mit Österreich vereint



Das Wappen Tirols (Bild vom Altar des Schlosses Tirol um 1370).

Nachstehende Pressemitteilung hat der von ehemaligen politischen Häftlingen gegründete „Südtiroler Heimatbund“ (SHB), der für die Selbstbestimmung Südtirols eintritt, an die Medien versandt. Die Internetplattformen „Unser Tirol 24“ und „Südtirol-News“ haben diese Mitteilung auch veröffentlicht.

Um 1250 hatte Graf Albert von Tirol das Land zu einer Einheit zusammengeschlossen. Seine Stammburg Tirol gab dem Land den Namen und sein Wappen. Der rote Adler in den Farben des Reiches wurde das Wappen Tirols.



Margarethe Maultasch (zeitgenössischer Stich)

Die spätere Erbin Margarethe Maultasch war kaum regierungsfähig und so huldigten die versammelten Stände Tirols am 11. September 1363 dem Herzog Rudolf von Österreich als Landesherrn. Margarethe Maultasch dankte feierlich ab und reiste nach Wien, wo sie bis zu ihrem Tode lebte.



Herzog Rudolf von Österreich (zeitgenössischer Stich)

Am 29. September 1363 wurde die Übergabeurkunde ausgestellt, an welcher die Siegel von Margarethe Maultasch und von 14 Tiroler Landesherren hängen. Damit ging die Grafschaft Tirol auf das Haus Habsburg über. Diese Urkunde befindet sich heute im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.



Die Übergabeurkunde vom 29. September 1363 (Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien)

Am 29. September 1963 gedachte das Volk von Tirol in Innsbruck dieses bedeutenden Ereignisses mit der Enthüllung eines Gedenksteines und mit würdigen Feiern. Der Landeshauptmann von Nordtirol, Eduard Wallnöfer, erklärte in seiner Festrede: *„Auf diese festliche Stunde fallen schwere Schatten: Nicht dem ganzen Tiroler Volk wurde nach 1918 die freie Entscheidung seiner Zukunft gegönnt. Entgegen der feierlich proklamierten Selbstbestimmung wurde der Süden des Landes durch die Siegermächte wider das Recht und wider die Geschichte gewaltsam abgetrennt und dem Nationalstaat Italien zwangsweise eingegliedert. Wir alle kennen den Leidensweg, den das Südtiroler Volk in den zwanziger und dreißiger Jahren, insbesondere unter der faschistischen Herrschaft, gehen musste.“*

An den Feiern und an dem Festzug in Innsbruck nahmen mehr als 30.000 Menschen teil, die wie die ÖVP-Zeitung „Volksblatt“ meldete, immer wieder in den Ruf **“Freiheit für Südtirol”** ausbrachen.

Auch heute bekennen wir, dass wir den Tag herbeisehnen, an dem das ganze Tirol wieder mit Österreich vereint sein wird.



Roland Lang
Obmann des Südtiroler Heimatbundes SHB

S ü d t i r o l (Seite E 182)

01) AHBT begrüßt Dornauers Bekenntnis zur Doppelstaatsbürgerschaft

Der **Andreas Hofer-Bund für Tirol** (AHBT) begrüßt das Bekenntnis von Tirols SPÖ-Landeshauptmann-Stv. Georg Dornauer zur Doppelstaatsbürgerschaft! Obmann Alois Wechselberger, MAS sieht nun ÖVP, Grüne und Neos unter Zugzwang! [Hier geht es zur ganzen Aussendung.](#)

<https://drive.google.com/file/d/1Z8NcYOZhkYKx5WwEU-Ou1PIFLIL1E7tt/view>



Andreas-Hofer-Bund für Tirol

gegr. 1919

PRESSEMITTEILUNG

23.10.2023

Doppelpass für Südtiroler wieder im Rennen!

Andreas Hofer-Bund für Tirol (AHBT) begrüßt Bekenntnis von SPÖ-Landeshauptmann-Stv. Georg Dornauer zur Doppelstaatsbürgerschaft! Alois Wechselberger sieht nun ÖVP, Grüne und Neos im Zugzwang!

Innsbruck, Bozen, Trient: Der AHBT zeigt sich über Georg Dornauers bejahenden Zugang zur Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler sehr erfreut. Naturgemäß begrüßen wir diesen pro-tirolerischen Richtungswechsel der SPÖ, der einerseits durch einen weltoffenen und heimatverbunden sozialdemokratischen Landeshauptmann-Stellvertreter Georg Dornauer, andererseits durch den tragischen Fall der 104jährigen Südtiroler Uroma, Hermine Orian, befeuert wurde, heißt aus dem AHBT-Vorstand.

Das Bekenntnis der Tiroler SPÖ zum Doppelpass sei nicht nur ein Bekenntnis für Recht und Gerechtigkeit, es ist auch eine politisch- solidarische Ansage, dass wir Tiroler, dies- und jenseits des Brenners zusammengehören. Der AHBT sieht die SPÖ mit Georg Dornauer und Hans Peter Doskozil wieder auf Dr. Bruno Kreisky-Kurs. Der ehemalige sozialdemokratische Außenminister und Bundeskanzler mit jüdischen Wurzeln, war nicht nur für den sogenannten kleinen Mann, den Arbeitern und Pensionisten, da, er war - und dies ist bis heute unstrittig - der Spitzenpolitiker Österreichs, der Süd- und Gesamtirol als politischer Anwalt und als echter, wahrhaftiger Freund beistand! Wir sehen besonders die ÖVP in Land und Bund gefordert, ihre jahrzehntlange Blockadehaltung, besonders ihr unehrliches und unehrenhaftes „politisches Spiel“ betreffend des Doppelpasses für Südtiroler aufzugeben. „Auch wenn unsere Gespräche mit Landeshauptmann Anton Mattle kürzlich gut verlaufen sind, zählen für uns nicht wohlwollende Worte und Zusagen, es müssen in erster Linie konkrete Taten in einem vorgegebenen Zeitfenster folgen. Die Zeiten des ewigen Hinausschiebens und der leeren Versprechungen müssen vorbei sein,“ so AHBT-Obmann Alois Wechselberger.

+43 699 177 00 266 und/oder 0699 151 86 080

Andreas-Hofer-Bund-Tirol (AHBT)

info@andreashoferbund.tirol

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 124, 2023

Wien, am 25. Oktober 2023

Polen (Seiten E 183 – E 186)

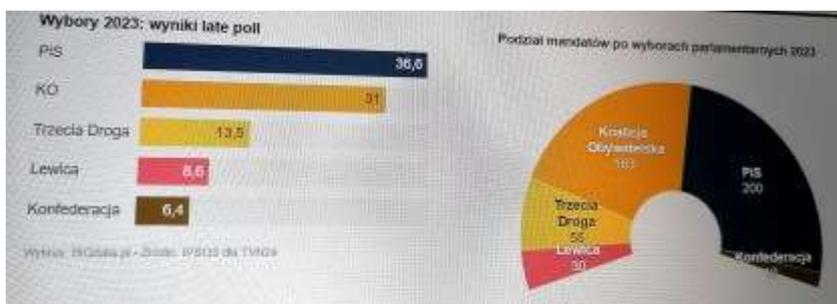
01) Wahlen in Polen: Sieg ohne Mehrheit

16. 10. 2023



Der „Ipsos“-Exit-Poll um 21 Uhr kam zu folgendem Ergebnis:

200 Sitze für die regierende „PiS“, 163 für die von Donald Tusk geführte „KO“, 55 für den konservativ-liberalen „Dritten Weg“, 30 für die „Neue Linke“ und 12 für die „Konföderation“. „Ipsos“ gilt in Polen als Autorität: Bei den Wahlen 2019 war das Endergebnis fast genau richtig.



Sitzverteilung und Mandate (PiS – KO – Dritter Weg – Neue Linke – Konföderation)

Die „All-Polish Research Group“ ([OGB](#)) veröffentlicht ein etwas anderes Ergebnis:

178 Sitze für die „PiS“, 155 für „KO“, 63 für den „Dritten Weg“, 38 für die „Neue Linke“ und 25 für die „Konföderation“.

Auf Basis beider Exit-Polls hat zwar die „PiS“ die Wahlen klar gewonnen hat, verfügt aber über keine für eine Regierungsbildung erforderliche Mehrheit von 231 Sitzen.

Optionen der Regierung

Die „PiS“ hat keinen natürlichen Koalitionspartner:

Denn die kleineren Parteien, die in dieser Legislaturperiode mit ihr regierten, traten im Geiste der rechten Einheit und um eine Zersplitterung der Stimmen zu vermeiden, auf einer gemeinsamen Liste an. In den letzten Wochen zeichnete sich die Möglichkeit ab, dass die rechts der „PiS“ stehende „Konföderation“ – die in den meisten kulturpolitischen Fragen mit der „PiS“ übereinstimmt – als Koalitionspartner in Betracht gezogen werden könnte, obwohl die Partei mit niemandem eine Koalition eingehen möchte – wie sie im Wahlkampf mehrere Male deponierte. Die „PiS“ müsste also im Falle einer Koalition ihre soziale Wirtschaftspolitik etwas liberaler gestalten, und das scheint keine unmögliche Aufgabe zu sein.

Laut Exit Polls könnte die „PiS“ aber auch mit der „Konföderation“ keine Regierung bilden: Nach „Ipsos“-Daten hätten beide 212 Sitze, nach OGB-Daten 203, was nicht ausreicht.

Somit bliebe der „PiS“ nur ein schwieriger und unangenehmer Weg:

Sie müsste die Opposition entweder davon überzeugen, für eine „PiS“-geführte Minderheitsregierung zu stimmen, oder aber: Die „PiS“ müsste versuchen mehr als ein Dutzend Abgeordnete zu ködern, sie sich vor wenigen Wochen noch als Subversive des Rechtsstaates und Verräter Europas bezeichnet hatten. Hätte keiner dieser Möglichkeiten Erfolg, könnte es Widerstand geben.

Optionen für die Tusk-Opposition

Doch auch für die oppositionelle „KO“ ist die Situation nicht viel einfacher: Trotz ihres natürlichen Verbündeten, dem „Dritten Weg“ ist, elcher ebenfalls einen kompletten Epochenwechsel verspricht, reichen deren beide 231 Mandate nicht aus. Laut „Ipsos“ und „OGB“ kämen beide nur auch 218 Sitze. Allerdings verfügt die Opposition noch über eine Art „Reserve“ in Form der „Neuen Linken“, und laut „Ipsos“ und „OGB“ bekäme eine solche Regierung mit 248 bzw. 256 Mandaten bequem eine Mehrheit. Allerdings: Die Positionen der „Neuen Linken“ und des „Dritten Wegs“ in allen kulturpolitischen Fragen, einschließlich der Abtreibung, in Einklang zu bringen, ist sehr schwierig:

Denn die eine „Hälfte“ des Dritten Weges, „Polen 2050“, unter der Führung von Szymon Hołownia, ist eine kulturkonservative, abtreibungsfeindliche Kraft, während die Neue Linke die liberalste Abtreibungsgesetzgebung einführen will, die es gibt.

Somit sind auch die möglichen Wege der Opposition nicht einfach. Entweder werden sie eine politisch schwierige und instabile Koalition mit der „KO“, dem „Dritten Weg“ und der „Neuen Linken“ bilden, oder sie werden eine der beiden kleineren Formationen überspringen und sie als externen Unterstützer für eine Minderheitsregierung nehmen. Sonst bleibt nur erneut die Opposition.

Dieser Artikel erschien in Erstveröffentlichung bei [MANDINER](#), unserem ungarischen Partner der Europäischen Medienkooperation

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Protestmarsch der polnischen Opposition vor Wahlen

02. 10. 2023



Bild: AFP

Im Vorfeld der Parlamentswahlen fand am 1. Oktober in Warschau eine große Demonstration der Opposition statt.

Mehr als eine Million Menschen sollen sich dabei der Aktion angeschlossen haben.

„Marsch der Millionen Herzen“

Polens größte Oppositionspartei, die des ehemaligen Premierministers Donald Tusk, Platforma Obywatelska (Bürgerplattform), hatte eine groß angelegte Protestaktion im Zentrum von Warschau organisiert.

Die Partei übertrug den Marsch in ihren sozialen Netzwerken. Der sogenannte „Marsch der Millionen Herzen“, wie ihn die Organisatoren taufte, fand genau zwei Wochen vor den nächsten Parlamentswahlen statt, die für den 15. Oktober angesetzt sind.

Tusk erklärte dazu, „wir stehen auf, um das Böse zu bekämpfen und diese Behörden von Angesicht zu Angesicht zur Rechenschaft zu ziehen, damit Polen wieder frei von Lügen, Hass und Diebstahl sein kann. Dies ist unsere Zeit.“

Nach Angaben Tusks nahmen mehr als eine Million Menschen an der Kundgebung teil. Offizielle Angaben über die Zahl der Demonstranten wurden noch nicht veröffentlicht. Wie ein Korrespondent von [RIA Nowosti berichtete](#), gab es mindestens mehrere zehntausend Teilnehmer.

Vorwürfe an Regierungspartei

Die Opposition wirft der Regierungspartei Prawo i Sprawiedliwość, PiS (Recht und Gerechtigkeit), zahlreiche Rechtsverstöße, das Bestreben, das Land aus der Europäischen Union heraus zu bringen, Finanzbetrug und die Einschränkung der Frauenrechte vor. Die Regierungspartei bestreitet all diese Vorwürfe.

Mit der Kundgebung hofft die Opposition, dass diese zu einem Wendepunkt vor den Wahlen wird und dabei hilft, neue Stimmen zu gewinnen. Stand heute kann die Bürgerplattform mit mehr als 20 Prozent der Stimmen rechnen. Die PiS verfügt über eine verlässliche Wählerschaft von etwa 30 Prozent der Wahlberechtigten.

Auch die Anhänger der linken Kräfte hatten beschlossen, sich Tusks Marsch anzuschließen, um die Einheit der Ziele der Opposition zu demonstrieren.

Bedingungslose EU-Hörigkeit zum Wohle Polens?

Am Protest nahm auch der Warschauer Bürgermeister Rafał Trzaskowski teil, der angekündigt hatte, für die polnische Präsidentschaft kandidieren zu wollen. Darüber hinaus war auch der ehemalige Außenminister der Regierung von Donald Tusk, Radosław Sikorski, anwesend.

Er war bis 2007 Mitglied der Partei PiS und ist derzeit Mitglied der Bürgerplattform. Nach der Sabotage der Pipelines Nord Stream 1 und 2 hatte er sich in einem Tweet bei den USA dafür bedankt. Sikorski ist mit der US-amerikanischen Journalistin Anne Applebaum verheiratet, die für ihre Hassreden gegen Russland bekannt ist.

Bleibt nun die Frage im Raum, ob diese „Massen“ in ihrer bedingungslosen EU-Unterstützung das Land in eine bessere Zukunft zu führen im Stande sind.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien (Seiten E 187– E 194)

01) Liechtenstein schlägt Tschechischer Republik gemeinsamen Fonds vor

Vertreter des Fürstenhauses: „Es geht um Gerechtigkeit, nicht um Geld“

Wie mehreren heutigen Tageszeitungen bzw. Online-Ausgaben (Mf Dnes, Lidové noviny, Parlamentní listy) zu entnehmen ist, könnte es im langjährigen Konflikt zwischen der **ČR** und dem **Fürstentum Liechtenstein** zu einer anderen als gerichtlichen Lösung kommen.

Die Möglichkeit wäre, einen gemeinsamen Fonds zu schaffen, wo das in Tschechien befindliche „Eigentum“ Liechtenstein auch gemeinsam verwaltet wird. Die Rede ist von Immobilien im Wert von 30 bis 35 Milliarden Kronen - aktuell wird immer noch auf die Entscheidung des Europäischen Gerichts für Menschenrechte gewartet: Liechtenstein wäre sogar bereit, seine Staatenklage beim Gericht zurückzunehmen, wie ein Vertreter der Stiftung Liechtenstein erklärte: Liechtenstein geht es nicht um das Geld, sondern um die Gerechtigkeit.

In den Artikeln erfahren wir ebenso, dass Schweizer, österreichische oder skandinavische Staatsbürger inzwischen entschädigt wurden, nur Liechtenstein nicht. Auch die Meinung des Historikers **Jan Županič** steht hier, dass die Angehörigen des Hauses Liechtenstein **keine Kollaborateure** im Zweiten Weltkrieg waren. Der Journalist **Robert Oppelt** titelt seinen Artikel entsprechend mit der Überschrift „Streit um Schlösser sollte beendet werden“.

(Peter Barton, Prag)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 124, 2023

Wien, am 25. Oktober 2023

02) Gericht rehabilitierte nach 47 Jahren „Pepa“ Janíček

Das Urteil im Schauprozess von 1976 gegen den Sänger der Underground-Band „Plastic People of the Universe“ (PPU), **Josef „Pepa“ Janíček**, gilt als Auslöser für die **Entstehung der Charta 77** im darauffolgenden Jahr. Die Band verweigerte sich konsequent den staatlichen Auflagen und spielte ohne Rücksicht auf die Zensurbehörden ihre eigenen Songtexte. 1976 wurde die Band verboten und ihre Mitglieder nach einem Konzert in Bojanowitz / Bojanovice bei Prag verhaftet. Janíček verbüßte eine halbjährige Haftstrafe. Am 12. Oktober 2023 wurde er vom zuständigen Bezirksgericht Prag-West – nach 47 Jahren (!) - rehabilitiert. [Der „Powidl“ berichtet darüber hier.](https://www.powidl.info/politik/gericht-rehabilitierte-nach-47-jahren-das-schauprozess-urteil-gegen-josef-pepa-jan%C3%AD%C4%8Dek)

<https://www.powidl.info/politik/gericht-rehabilitierte-nach-47-jahren-das-schauprozess-urteil-gegen-josef-pepa-jan%C3%AD%C4%8Dek>

Schauprozess von 1976: Gericht rehabilitierte nach 47 Jahren Josef "Pepa" Janíček

12 Oct

Das Urteil im Schauprozess von 1976 gegen den Sänger der Underground-Band "Plastic People of the Universe" (PPU), Josef "Pepa" Janíček, gilt als Auslöser für die Entstehung der Charta 77 im darauffolgenden Jahr. Die Band verweigerte sich

konsequent den staatlichen Auflagen und spielte ohne Rücksicht auf die Zensurbehörden ihre eigenen Songtexte. 1976 wurde die Band verboten und ihre Mitglieder nach einem Konzert in Bojanovice (Bojanowitz) bei Prag verhaftet. Janíček verbüßte eine halbjährige Haftstrafe. Am 12. Oktober 2023 wurde er vom zuständigen Bezirksgericht Prag-West rehabilitiert.



Josef "Pepa" Janíček.- Bild: Michal Klajban – Vlastní dílo, [CC BY-SA 3.0](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/)

Das Bezirksgericht Prag-West hat entschieden, dass die Inhaftierung Janíček's rechtswidrig war. Die vorsitzende Richterin Kamila Lamrová erklärte, Janíček habe dem tschechischen Untergrund angehört und sei vom kommunistischen totalitären Regime verfolgt worden. Sein Anwalt Lubomír Müller zeigte sich über die Rehabilitierung seines Mandanten höchst erfreut. "Es ist eine moralische Genugtuung zu zeigen, dass der Mann unschuldig im Gefängnis saß", sagte Müller nach der Gerichtsverhandlung.

Janíček, damals Leadsänger der Plastic People, wurde zusammen mit anderen Musikern nach einem Untergrundkonzert in Bojanovice von den Sicherheitskräften verhaftet. Die Staatsanwaltschaft erhob daraufhin Anklage gegen dreizehn Personen.

"Das Wichtigste, was sie störte, war, dass wir uns frei fühlten und die Leute, die zu den Konzerten kamen, auch", erklärte Janíček den Grund für das harte Durchgreifen des kommunistischen Regimes gegen den Untergrund.

Der Prozess gegen die "Plastic People of the Universe", in Tschechien auch bekannt als der "Plastik"-Prozess, war ein fingierter politischer Prozess gegen die Band als einer der bekanntesten Protagonisten des tschechoslowakischen Untergrundes. Die Angeklagten wurden nach §202 ("Erregung öffentlichen Ärgernisses") verurteilt.

Die Plastic People wurden im September 1968, einen Monat nach der Niederschlagung des Prager Frühlings, gegründet. Josef Janíček war unter den Mitgliedern der ersten Stunde. Die Musik der Gruppe war stark von Frank Zappa, aber auch von The Velvet Underground und den Doors beeinflusst. Die Band drückte mit ihren Texten eine Haltung der Gegenkultur aus, machte in ihren Liedern aber keine expliziten politischen Aussagen. 1970 wurde den

Bandmitgliedern die Lizenz als Musiker entzogen - sie durften zwar auftreten, jedoch kein Geld mit ihrer Musik verdienen. Dennoch wurden die Plastic People, vor allem bei den Jugendlichen, immer populärer. 1976 reagierte das Regime mit dem Verbot und den anschließenden Prozessen.

Die Schauprozesse führte einen großen Teil der Regimekritiker in der Tschechoslowakei zusammen. Als Reaktion auf die Urteile der Politjustiz kam es zur Entstehung der Charta 77. In deren Manifest wurde auf "Prozesse gegen junge Musiker" Bezug genommen.

Der erste Staatspräsident der Tschechoslowakei nach der Wende und erste Präsident der Tschechischen Republik, Václav Havel, war großer Fan der Plastic People of The Universe. 1998 gab die Band anlässlich des Staatsbesuchs Havels bei Bill Clinton in Washington ein Konzert im Weißen Haus. 2006 traten die Plastic People anlässlich des 70. Geburtstages Havels im Berliner Festspielhaus auf.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 123, 2023

Wien, am 24. Oktober 2023

03) Innenminister Rakušan: Rückführungspolitik der EU muß strenger werden

Die Europäische Union müsse die **Rückführungspolitik** für gescheiterte Asyl-Antragsteller in ihre Herkunftsländer strenger gestalten. Tschechiens Innenminister **Vít Rakušan** (Stan) sagte dies vergangenen Donnerstag in Luxemburg bei einem Treffen mit seinen Amtskollegen der EU-Mitgliedsstaaten.

Ein **gemeinsames Vorgehen** sowie ein besserer Informationsaustausch sind dem Minister zufolge dringend von Nöten. Dies beweise auch das Attentat in Brüssel am Montag. Das derzeit verhandelte EU-Migrationspaket müsse angenommen werden, so Rakušan weiter.

Laut EU-Kommissarin **Ylva Johansson** sei eine effektivere Rückführungspolitik Priorität für alle EU-Mitgliedsstaaten. Vor allem Menschen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen, müssten wesentlich schneller abgeschoben werden können, so Johansson.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 123, 2023

Wien, am 24. Oktober 2023

04) Getränkekonzern Kofola kauft Apfel- und Kaffeeplantagen

Der tschechische Getränkekonzern Kofola will mehrere **Apfelplantagen** in der Gegend von **Mährisch Schönberg** / Šumperk kaufen und Miteigentümer einer **Kaffeeplantage** in Kolumbien werden. Darüber informierte das Unternehmen am Freitag in einer Pressemitteilung. Die Kosten für die Transaktionen, die bis Jänner 2024 abgeschlossen sein sollen, sollen einige Dutzend Millionen Kronen betragen.

Kofola hat bereits in der Vergangenheit einen Produzenten von Teemischungen gekauft und sich in Eigenregie dem Anbau und der Verarbeitung von Kräutern gewidmet. Der Konzern zählt zu den größten Anbietern nichtalkoholischer Getränke in Mitteleuropa. Die Firma hat elf Standorte in fünf Ländern.

PS.: es sei darauf hingewiesen, daß der Gründer des heute so erfolgreichen, börsennotierten Unternehmens der [Wahl-Troppauer Gustav Hell](https://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_H/Hell_Gustav_1843_1921.xml) war.

https://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_H/Hell_Gustav_1843_1921.xml

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 122, 2023

Wien, am 23. Oktober 2023

05) Abgeordnetenhaus billigt Sparpaket der Regierung

Das tschechische Abgeordnetenhaus hat vergangenen Freitag das umstrittene Sparpaket der Regierung verabschiedet. Dafür stimmten insgesamt **108 Abgeordnete**, neben Vertretern der Koalitionsparteien auch ein fraktionsloser Parlamentarier. **86 Oppositionsabgeordnete** waren dagegen. Die Abgeordneten hatten zuvor über rund **siebzig Änderungsvorschläge** abgestimmt, die überwiegend von der Opposition vorgelegt worden waren.

Die Regierungskoalition will mit ihrem sogenannten **Konsolidierungspaket** das Haushaltsdefizit abbauen. Der Entwurf sieht die Änderung von rund sechzig Gesetzen vor. Insgesamt soll er dem Staatshaushalt in den nächsten zwei Jahren **150 Milliarden Kronen** (6,1 Milliarden Euro) bringen. Geplant ist eine Kombination aus Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen. So werden beispielsweise Steuerbefreiungen abgeschafft und nur noch zwei Mehrwertsteuersätze eingeführt. Die Opposition, aber auch die Gewerkschaften bezeichnen die Maßnahmen als **unsozial**.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 120, 2023

Wien, am 18. Oktober 2023

06) Kantar: Jede dritte Stimme für Babiš

Bei den Wahlen ins Abgeordnetenhaus im September dieses Jahres hätte die oppositionelle Partei **Ano** unter **Andrej Babiš** mit 33,5 Prozent der Stimmen glatt gewonnen. Sie würde ca. die gleiche Zahl an Stimmen wie im Mai erhalten. Die regierende Demokratische Bürgerpartei (**ODS**) wäre mit großem Abstand von 12 Prozent der Stimmen auf dem zweiten Platz gelandet, das sind fünf Prozentpunkte weniger als im Frühjahr. Die drittplatzierte Partei Freiheit und direkte Demokratie (**SPD**) hätte 9,5 Prozent der Stimmen erhalten, im Mai lag ihr Stimmenanteil bei acht Prozent. Das ergibt sich aus dem aktuellen Wahlmodell des **Meinungsforschungsinstituts Kantar** für das tschechische Fernsehen (ČT).

Demzufolge würden noch drei Parteien der Regierungskoalition, **Piraten** (8,5 Prozent), die Bürgermeisterpartei **Stan** (7,5 Prozent) und die Partei **Top 09** (5 Prozent) weiterhin ins Abgeordnetenhaus einziehen. Weder der fünfte Koalitionspartner, die **Christdemokraten**, noch eine andere Partei hätten im September die Fünf-Prozent-Hürde überschritten.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 116, 2023

Wien, am 09 Oktober 2023

07) Reaktionen aus Tschechien auf das Slowakei-Wahlergebnis

Die Slowakei ist jenes Nachbarland, das Tschechien am nächsten steht. Darum wurden die dortigen Parlamentswahlen am vergangenen Samstag besonders aufmerksam verfolgt und [das Ergebnis vielfach kommentiert](#).

<https://deutsch.radio.cz/mahnungen-und-glueckwuensche-reaktionen-aus-tschechien-auf-die-wahlen-der-8795996>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 114, 2023

Wien, am 03. Oktober 2023

Mahnungen und Glückwünsche: Reaktionen aus Tschechien auf die Wahlen in der Slowakei

02.10.2023



[volume](#)

Mahnungen und Glückwünsche: Reaktionen aus Tschechien auf die Wahlen in der Slowakei

Länge 4:47

Robert Fico,- Foto: Ondřej Deml, ČTK

Die Slowakei ist jenes Nachbarland, das Tschechien am nächsten steht. Darum wurden die dortigen Parlamentswahlen am Samstag hierzulande aufmerksam verfolgt und das Ergebnis vielfach kommentiert.

Der erste tschechische Politiker, der öffentlich auf das Wahlergebnis in der Slowakei reagierte, war Andrej Babiš. Der Chef der Oppositionspartei Ano – und selbst gebürtiger

Slowake – gratulierte Robert Fico am frühen Sonntagmorgen auf der Plattform X zum Sieg. Er wünsche dem Land eine Regierung, die in Europa entschlossen die Interessen der Slowaken verteidige, so Babiš weiter.

Andere Politiker in Tschechien hielten sich mit den Glückwünschen für Robert Fico und seine Partei Smer eher zurück. Vielmehr hieß es in vielen Kommentaren diplomatisch, dass das Wahlergebnis in der Slowakei respektiert werden müsse. Dieses fällt mit knapp 23 Prozent für Smer aus, die zweitstärkste Partei Progresívne Slovensko (Progressive Slowakei) folgt mit einem fünfprozentigen Abstand. Der tschechische Premier, Petr Fiala (Bürgerdemokraten), betonte in seiner Stellungnahme auf X die tiefgehenden historischen Verbindungen und freundschaftliche Beziehungen der beiden Länder. Er wünsche den Slowaken eine gute Regierung und glaube an die Fortsetzung der engen Zusammenarbeit, schrieb Fiala und geht damit konform mit dem tschechischen Präsidenten. Staatsoberhaupt Petr Pavel sagte am Sonntag vor Journalisten:



Petr Pavel.- Foto: René Volfík, iROZHLAS.cz

„Nun beginnen die Koalitionsverhandlungen, und erst diese werden zeigen, welche Regierung die Slowakei haben wird. Dann wird klar, in welche Richtung das Land geht und inwiefern unsere Wege auch in Zukunft übereinstimmen oder aber auseinanderführen werden. Ich bin überzeugt, dass es in unserem Interesse ist, wenn sich diese Wege weiterhin so nah wie möglich bleiben.“

Das meint auch die Chefin des tschechischen Abgeordnetenhauses, Markéta Pekarová Adamová (Top 09). In den Inlandssendungen des Tschechischen Rundfunks kommentierte sie das Wahlergebnis im Nachbarland:



Markéta Pekarová Adamová.- Foto: Tschechischer Rundfunk

„Es ist das große Comeback von Robert Fico. Er hat die besten Chancen, die Regierung zu bilden, und auch genügend Koalitionspartner dazu. Für Tschechien ist nun wichtig, die konstruktiven und sehr guten Beziehungen der letzten Jahre aufrechtzuerhalten. Es wäre für beide Seiten wirklich schlecht, wenn dies nicht weitergeführt würde.“

In den Reaktionen aus dem Regierungslager Tschechiens klingen zwischen den Zeilen die Bedenken mit, die die Wahl Robert Ficos hierzulande auslöst. Der 59-Jährige hat sich von seiner früheren, eher traditionellen sozialdemokratischen Ausrichtung entfernt und ist inzwischen zu einem markanten Populisten geworden. Zu seinen Forderungen gehören eine Politik der Härte in Sachen Migration sowie das Ende der aktiven Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland. Damit hat Fico sich Analytikern zufolge deutlich in die ideologische Nähe etwa eines Viktor Orbán begeben. Ficos Wahlkampf bezeichnete die tschechische EU-Kommissarin Věra Jourová im öffentlich-rechtlichen Tschechischen Fernsehen (ČT) am Sonntag dann auch als „beispiellose Desinformationsmassage“:



Věra Jourová- Foto: Tschechisches Fernsehen, ČT24

„Wir konnten beobachten, in welchem hohem Maß der slowakische Informationsraum vonseiten der extremen Rechten und auch von krenltreuen Quellen überschwemmt wurde. Als größtes Schreckgespenst wurde dabei das Argument benutzt, dass die Wahlen manipuliert und ausländische Mächte Einfluss ausüben würden.“

Fico zugewandt gibt sich hingegen die Opposition in Tschechien. Auf die Glückwünsche von Andrej Babiš folgten auch die von Tomio Okamura, dem Chef der Rechtsaußenpartei „Freiheit und direkte Demokratie“ (SPD). Er ergänzte seinen Kommentar auf X mit den markigen Worten, dass es immer besser sei, mit Patrioten zusammenzuarbeiten als mit Menschen, die nach Okamuras Worten „fremde Interessen“ vertreten. Und Anovizevorsitzender Karel Havlíček bewertete im Tschechischen Rundfunk den Erfolg von Ficos Partei Smer als einen Sieg des Pragmatismus über die Ideologien:



Karel Havlíček.- Foto: Michaela Danelová, Tschechischer Rundfunk

„Ich sehe hier eine Chance zur Belebung der Visegrád-Gruppe. Denn dieser Verbund wurde von der Slowakei und auch von der tschechischen Regierung in den letzten paar Jahren vernachlässigt. Ansonsten denke ich nicht, dass die Slowakei – so wie es einige Schwarzseher behaupten – sich nun Richtung Osten orientieren wird.“

Diesbezüglich fand auch der Politologe Josef Mlejnek von der Prager Karlsuniversität entwarnende Worte. Gegenüber der Presseagentur ČTK äußerte er die Vermutung, dass die Außenpolitik der neuen slowakischen Regierung wahrscheinlich gemäßiger ausfallen werde, als Ficos Rhetorik im Wahlkampf habe vermuten lassen.

Autoren: [Daniela Honigmann](#) , Lucie Pávová | Quelle: Český rozhlas

S l o w a k e i (Seiten E 195 – E 199)

01) Slowakei folgt Ungarn: Keine Waffen mehr an die Ukraine

26. 10. 2023

Die Slowakei werde keine Waffen mehr an die Ukraine liefern. Dies kündigte der slowakische Ministerpräsident Robert Fico kaum einen Tag nach der Bildung seiner Regierung, im Parlament an – wie „[France24](#)“ berichtet.

Damit löste der neue slowakische Ministerpräsident sein Versprechen seiner Kampagne ein, fügte aber hinzu, die Ankündigung betreffe nicht die humanitären Hilfslieferungen, mit denen man in Kiew weiterhin noch rechnen kann.

„Ich unterstütze keine Militärhilfe für die Ukraine. Die beste Option für das Land ist ein sofortiger Stopp der Militäroperationen. Die EU muss sich von einem Waffenlieferanten zu einem Friedensstifter wandeln.“

- sagte Fico, der auch die EU-Sanktionen gegen Russland verurteilte.

„Ich werde nicht für Sanktionen gegen Russland stimmen, bis ich Analysen darüber sehe, wie sie sich auf die Slowakei auswirken.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Linke Öko-Diktatur des Tiefen Staates in Slowakei: Staatspräsidentin verweigert neue Fico- Regierung

20. 10. 2023



Ministerpräsident Fico mit Staatspräsidentin Caputova

Seite E 196 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Die slowakische Präsidentin Zuzana Caputova hat die Ernennung der neuen slowakischen Regierung verschoben. Der Grund: Sie könne die Ernennung eines Klima-Katastrophen-Leugners zum Umweltminister nicht akzeptieren.

Somit also kann der Sieger der slowakischen Parlamentswahlen, Robert Fico, vorerst keine Regierung bilden, weil Caputova die Ernennung von Rudolf Huliak zum Umweltminister verweigert.

Fragwürdiger „wissenschaftlicher Konsens“

Rudolf Huliak, Politiker der rechtsextremen, prorussischen „Slowakischen Nationalpartei“ (SNS), glaubt eben nicht an die Bedrohung durch die Klimakrise. Laut einer Erklärung des Präsidentsamtes sei Caputova der Ansicht, dass Huliak das reibungslose Funktionieren des Ministeriums nicht gewährleisten kann, da er die langfristige Umweltpolitik der Regierung und die internationalen Verpflichtungen der Slowakei ablehnt.

„Ein Kandidat, der den wissenschaftlichen Konsens über den Klimawandel nicht anerkennt und behauptet, dass es keine wirkliche Klimakrise gibt, kann kein Ministerium leiten und vertreten, dessen Hauptaufgabe es ist, die Natur, die Landschaft und das Klimasystem der Erde zu schützen.“

- so Caputova wörtlich.

Un-dogmatischer Umweltminister

Außerdem fügte die Präsidentin hinzu: Kein Kandidat wäre zur Leitung des Umweltministeriums geeignet, wenn er öffentlich die Anwendung von Gewalt gegen Vertreter von Natur- und Landschaftsschützern billigt, deren Ansichten von seinen eigenen abweichen.

Huliak, auch Bürgermeister von Očová, hatte einem Umweltschützer konkret mit dem Erhängen gedroht. Außerdem ist er schon lange gegen den absoluten Schutz von Braunbären.

Mächtige Soros-NGOs sind alarmiert

Deshalb haben sich Naturschützer in einem offenen Brief gegen dessen Ernennung ausgesprochen, auch „Greenpeace“ hat dagegen protestiert. Und auch Caputova gilt vielen in der Slowakei als verlängerter Arm von Soros „Open Society“.

Huliak meinte erst kürzlich: Wenn er Premierminister wäre, würde er als erstes nach Moskau reisen, um sich bei Wladimir Putin für die slowakische Militärhilfe für die Ukraine zu entschuldigen.

Fico wies die Argumente der Präsidentin zurück und schrieb, wenn die Parteiführung auf Huliak bestehe, werde er ihn nominieren.

Außerdem dürften ganz andere Beweggründe der Brüsseler Links-Eliten und des Tiefen-NGO-Staates hinter der Blockade stecken: Denn die neue Fico-Regierung hat angekündigt die Regulierung von ausländisch finanzierten NGOs zu verschärfen. Die Alarmglocken dürften also in Brüssel sehr schrill läuten: Hat dies doch bereits Ungarn bereits getan vorgemacht, wonach der EU-Gerichtshof der dies für illegal erklärte.

„Heute endet die Herrschaft der politischen NGOs in der Slowakei“

so Fico. Und er fügte hinzu: Alle ausländisch finanzierten NGOs würden als ausländische Agenten eingestuft werden. Außerdem betonte: Dass das von seiner „Smer“ geführte Außenministerium von nun an nicht länger Sprachrohr ausländischer Interessen mehr wäre, und: Es werde eine Politik nach slowakischen Zielen betrieben.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Ausschluss von slowakischen „Fico-Anhängern“ aus EU- SPE-Fraktion

14. 10. 2023



Bild: Wikipedia

Einer Pressemitteilung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) zu Folge, wurden die Mitglieder aus der Slowakei aus der Fraktion ausgeschlossen.

Vor allem die Ukraine-Politik der neuen slowakischen Regierung ist den EU-Sozialisten ein Dorn im Auge.

Linke Phalanx gegen Russland, pro LGBTQ und Asylpolitik

Laut einer Pressemitteilung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) vom 12. Oktober wurden die Mitglieder der Slowakei aus der Fraktion in Brüssel ausgeschlossen.

[In der Mitteilung](#) heißt es dazu:

„Die Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament begrüßt und unterstützt die heutige einstimmige Entscheidung des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), die Mitgliedschaft der slowakischen Parteien SMER und HLAS auszusetzen.“

Die Regierungsvereinbarung, die der designierte Ministerpräsident Robert Fico ausgehandelt hatte, widerspreche „progressiven Werten und Prinzipien“. Zur Begründung wird auf die Ukraine-Politik, aber auch auf Aussagen zu Migration und LGBTQ+ verwiesen.

Seite E 198 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

In der Vergangenheit hatte Fico versprochen, er werde „die Kontrollen an den Grenzübergängen wiederherstellen, damit kein einziger illegaler Migrant in die Slowakei gelangt“. Er hatte ebenfalls den neuen Migrations- und Asylpakt der EU kritisiert.

Fico sagte:

„Ich möchte Ihnen versichern, dass wir unser Möglichstes tun werden, um sicherzustellen, dass sich die zuständigen Sicherheitskräfte des Staates mit dieser Bedrohung auseinandersetzen, denn der Schutz der Bürger vor illegaler Migration ist ein nationales Interesse der Slowakischen Republik.“

In Bezug auf die Ukraine kritisierte er Sanktionen als unwirksam und forderte, alle Waffenlieferungen an die Ukraine zu stoppen.

Der Ausschluss aus der Familie der EU-Sozialdemokraten betrifft in diesem Fall, drei slowakische Abgeordnete, Monika Beňová, Katarína Neveďalová und Róbert Hajšel.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Nun auch Slowakei – Keine Waffenlieferungen mehr an Ukraine

09. 10. 2023



Wahlsieger Fico mit Regierungsbildung betraut.- Bild: Vladimir Simicek/AFP

Die scheidende slowakische Regierung hat nun am 6. Oktober bekanntgegeben, sie werde die Waffenlieferungen an die Ukraine vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlergebnisse einstellen.

Pro- russischer Robert Fico mit Regierungsbildung betraut

Unterdessen wurde der Wahlsieger, der pro-russische Robert Fico offiziell mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

Die slowakische Übergangsregierung hat am 6. Oktober erklärt, dass sie keine weitere militärische Hilfe an die Ukraine leisten werde, da die politischen Parteien, die eine solche Unterstützung ablehnen, nach den Wahlen am vergangenen Wochenende Gespräche zur Bildung einer Koalition führen würden.

„Die scheidende Regierung der Slowakei wird kein weiteres militärisches Material in die Ukraine schicken“, erklärte dazu ein Regierungssprecher.

Das Verteidigungsministerium des Landes erwäge jedoch die Entsendung eines neuen Hilfspakets.

Die linkspopulistische Smer-Partei des ehemaligen Premierministers Robert Fico hatte die Parlamentswahlen am 30. September gewonnen.

Bereits im Wahlkampf hatte sie unter anderem versprochen, keine Waffen mehr in die Ukraine zu liefern, eine mögliche NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu blockieren und sich gegen antirussische Sanktionen zu stellen.

Die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová hatte Fico am 2. Oktober mit der Bildung einer Koalitionsregierung beauftragt. Dafür hat Fico nun bis zum 16. Oktober Zeit.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn (Seiten E 200 – E 203)

01) Orbán in Brüssel: Wer Migration befürwortet, unterstützt auch Terrorismus

28. 10. 2023



„Migration bedingt Terrorismus – EU will Geld für Migration in Ukraine“

Der Ministerpräsident erklärte: Seine und die Position Ungarns sind klar:

„Ungarn ist gegen den Terrorismus, deshalb unterstützen sie auch keine Migration, denn diejenigen, die Migration unterstützen, unterstützen auch den Terrorismus.“

- so Ministerpräsident Orbán am Donnerstag in Brüssel.

Bei seiner Ankunft auf dem zweitägigen EU-Gipfel äußerte Orbán die Hoffnung, dass auch Brüssel erkennen werde, dass es einen offensichtlichen Zusammenhang zwischen Terroranschlägen und Migration gebe.

Er erwähnte, dass die EU von den Mitgliedstaaten mehr Geld wolle, um die Ukraine bei die Aufnahmepolitik im Zusammenhang mit Migration zu forcieren. Er erklärte: Seine und die Position Ungarns sind klar:

Er wolle weder Migranten noch der Ukraine kein Geld geben, höchstens auf der Grundlage eines sehr gründlichen Vorschlags. Den aktuellen Vorschlägen fehlen jedoch ernsthafte fachliche und politische Argumente.

„Lasst uns euch mehr Geld geben!“ – Das wir nicht funktionieren. Das werden wir ablehnen.“

„Ungarn will Frieden in der Ukraine“

Auf den Ukraine-Krieg angesprochen, antwortete der Ministerpräsident: Ungarn habe einen Friedensplan und beabsichtige, alle Kommunikationskanäle mit Russland offen zu halten, in der Hoffnung, letzteren zu verabschieden.

Ungarn sei das einzige Land, das sich im Interesse aller Europäer für den Frieden einsetze. Ungarn hat eine transparente und sehr klare Friedensstrategie und versuche alles, um Frieden zu erreichen. Deshalb müssten alle möglichen Kommunikationskanäle mit den Russen offen gehalten werden, sonst gebe es keine Chance auf Frieden.

„Selbstverteidigungsrecht Israels“

In Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt meinte er: Ungarn setze sich für das Selbstverteidigungs-Recht Israels ein, um sicherzustellen, dass so Hamas-Terror vom 7. Oktober gegen den Staat Israel nie wieder geschehe. Außerdem wies er auf die Notwendigkeit humanitärer Hilfe hin.

Warnung vor neuer Flüchtlingswelle

Sowohl aus ungarischer als auch aus europäischer Sicht gelte:

Sollten Israel oder Ägypten im Mittelmeerraum instabil werden, würde dies umgehend neue Migrationsströme aus der Region nach Europa auslösen. Deshalb müssten diese Länder stabilisiert werden, da Stabilität in der Region im Interesse der Europäer sei, betonte der Ministerpräsident.

Georgien und EU-Beitrittsstatus

Angesprochen auf eine Frage zu Georgien, äußerte Orban die Hoffnung, dass die EU-Staats- und Regierungschefs in der Gipfel-Abschlussklärung, Georgien den Status eines Beitrittskandidaten verleihen werden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Orban trifft Putin in China: „Wir brauchen Frieden“

17. 10. 2023



Während des Seidenstraßen-Gipfels in China, der bis morgen Mittwoch dauert, empfing der Kremlchef Orbán in einem Gästehaus der chinesischen Führung.

Der ungarische Ministerpräsident erklärte: Für den gesamten Kontinent, einschließlich Ungarns, sei es von entscheidender Bedeutung, dass es ein Ende der Flüchtlingsströme, der Sanktionen und der Kämpfe gebe.

Ministerpräsident Viktor Orbán führte heute am Dienstag in Peking bilaterale Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin – wie der Pressechef des Ministerpräsidenten, Bertalan Havasi, der ungarischen Nachrichtenagentur „MTI“ mitteilte.

Die beiden Staatsoberhäupter besprachen die ungarisch-russische Zusammenarbeit in den Bereichen Gas- und Ölversorgung sowie Kernenergie.

Orbán betonte bei dem Treffen die Bedeutung des Friedens. Er erklärte, dass es für den gesamten Kontinent, einschließlich Ungarns, von entscheidender Bedeutung sei, dass der Flüchtlingsstrom, die Sanktionen und die Kämpfe beendet werden, sagte Havasi in der Erklärung.

Trotz der EU-Sanktionen gegen Russland verfolgte Budapest von Anfang des Krieges an eine pragmatische Beziehung zu Russland und versucht an bilateralen Kontakten mit Moskau zu retten, was möglich sei – so Orbán. Und es hat nicht zuletzt wegen seiner aufrecht erhaltenen energiewirtschaftlichen Kontakte recht bekommen: Erhält es doch von Russland anders als Deutschland noch Pipelinegas. Orbán lobte – laut russischer

Seite E 203 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Staatsmedien – dass neben dem Energieriesen „Gazprom“ auch der Atomkonzern „Rosatom“ ein guter Partner bleibe. Ungarn wolle also die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland fortsetzen.

Putin gibt sich zufrieden

Putins Einschätzung:

„Ungeachtet dessen, dass die heutigen geopolitischen Bedingungen die Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung der Kontakte und zur Entwicklung der Beziehungen ziemlich einschränken, kann es dennoch Zufriedenheit hervorrufen, dass wir unsere Beziehungen mit vielen Ländern Europas erhalten und ausbauen. Eines dieser Länder ist Ungarn.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w e n i e n (Seite E 204)

- Keine Berichte -

Serbien (Seiten E 205 – E 207)

01) Serbien – Mehrheit gegen EU-Beitritt und „pro BRICS“

17. 10. 2023



Bild: AFP

Eine relative Mehrheit der Serben hat sich nunmehr gegen einen EU-Beitritt ausgesprochen.

Sollte der Beitritt an die Anerkennung der abtrünnigen Provinz Kosovo geknüpft werden, ist die Ablehnung hingegen überwältigend.

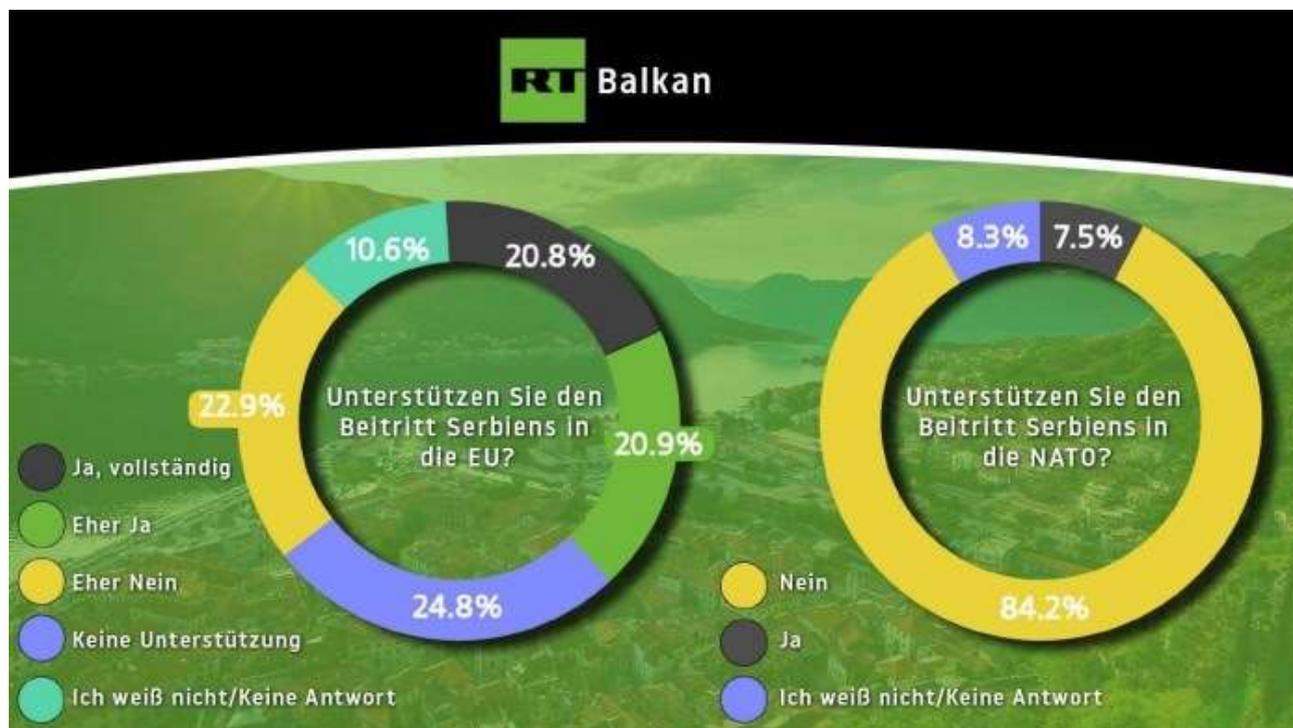
Auch NATO-Beitritt wird strikt abgelehnt

Dies geht aus einer Studie hervor, die ein serbisches [Umfrageinstitut für RT](#) auf dem Balkan durchgeführt hatte.

Laut aktuellen Meinungsumfragen gibt es immer mehr Serben, die nicht nur einen NATO-Beitritt ablehnen, sondern auch den Beitritt zur EU.

Diese Beitritte sind allerdings ein, von der politischen Führung des Landes seit Jahren angestrebtes Ziel.

Die Umfragen wurden vom analytischen Portal Neues Serbisches Politisches Denken (NSPM) im Auftrag von RT auf dem Balkan durchgeführt.



„Etwa 41 Prozent der Bürger haben demnach eine allgemein positive Einstellung zur europäischen Integration, von denen nur 21 Prozent sie voll und ganz unterstützen.“

Die gleiche Anzahl wählte die Option „eher ja als nein“.

Im Gegensatz dazu sind 25 Prozent der Bürger strikt gegen einen EU-Beitritt, während 22,9 Prozent von ihnen „eher nein als ja“ antworteten.

Der Trend bestätigt sich also erneut.

Es sind also mehr Menschen dagegen als dafür, obwohl die Unterstützung für die Integration immer dann noch geringer ist, wenn sie auch die Anerkennung des Kosovo als Bedingung beinhaltet“, erklärte dazu Forschungskordinator Đorđe Vukadinović.

Striktes „nein“ zu Anerkennung des Kosovo

Im Januar des Jahres sprachen sich 47,6 Prozent der Bürger gegen einen EU-Beitritt aus, während 79,2 Prozent der Befragten angaben, dass sie die Integration nicht unterstützen würden, wenn die Bedingung die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo wäre.

Seite E 207 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Vergleicht man die Zahl der Personen, die sich in der letzten Umfrage eindeutig für die europäische Integration aussprachen (21 Prozent), mit der Zahl von 38,3 Prozent der Serben, die sich offen für die BRICS aussprachen, so zeigt sich, dass es annähernd doppelt so viele Bürger gibt, die unbeirrt engere Beziehungen zu Russland, China und Indien befürworten, als es EU-Optimisten gibt.

Weitere 33,1 Prozent der Bürger unterstützen die BRICS prinzipiell, wenn auch etwas zögerlich, d. h. eher befürwortend als ablehnend. Laut Vukadinović ist dies „besonders spektakulär“, wenn man bedenkt, dass nur 5,3 Prozent der Menschen diese Vereinigung überhaupt nicht unterstützen.

Der politische Analyst kommt zum Schluss, dass die öffentliche Meinung in Serbien definitiv und überzeugend auf der Seite der BRICS steht, selbst im Vergleich zur Idee eines EU-Beitritts, der seit Jahren auf jede erdenkliche Weise von Politik und Medien aktiv propagiert wird. Einen theoretisch möglichen NATO-Beitritt lehnen 84 Prozent der Serben ab.

Hohe Unzufriedenheit mit „Westen“

„Ein solches Ergebnis sagt indirekt etwas über den Grad der Unzufriedenheit der serbischen Bürger mit dem westlichen Vorschlag aus. Die Tatsache, dass drei Viertel der Bürger die BRICS unterstützen, ist nicht nur ein Ausdruck des Wunsches der Menschen, sich dieser Organisation anzunähern, sondern auch ein Indikator für die Unzufriedenheit mit dem Westen, dem Druck aus Brüssel und Washington“, schließt Vukadinović.

Eine weitere NSPM-Umfrage ergab, dass 78,9 Prozent der Befragten kategorisch Nein zu antirussischen Sanktionen sagten. „Wir stellen diese Frage in Umfragen seit Mai 2022, also seit 16 Monaten, und die Ergebnisse schwanken nur um zwei bis drei Prozent, trotz einer massiven Kampagne für Sanktionen in prowestlichen Medien und bei der Opposition. Ein Effekt von zwei bis drei Prozent ist jedoch nichts. Der Protest der serbischen Bürger gegen die Sanktionen ist also zu einer Konstante geworden, an der sich wohl nichts ändern wird“, betont Vukadinović.

Die Gründe für diese Haltung sind hinlänglich bekannt. Neben der traditionellen Russophilie gibt es auch schmerzhaftere Erinnerungen an die Sanktionen, die Serbien in den Neunzigerjahren erlebt hatte, sowie den bekannten „serbischen Inat“ (ein Phänomen der serbischen Mentalität – Sturheit und der Wunsch, sich den Umständen zu widersetzen sowie Leidenschaftlichkeit).

Im konkreten Fall richtet sich der Widerstand der Bürger nun gegen die Auferlegung der westlichen Hegemonie.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Weißrussland (Seite E 208)

- Keine Berichte -

Ukraine (Seiten E 209 – E 215)

01) EU-Hoffnungs-Kandidat Ukraine: Ex-Oppositions-Abgeordneter Oleh Zarjow nach Attentat in kritischem Zustand

28. 10. 2023



Der vom Kiewer Regime verfolgte ukrainische Ex-Parlamentarier Oleh Zarjow liegt nach einer Schusswunde in sehr ernstem Zustand auf der Intensivstation – wie Wladimir Rogow, Leiter der in Saporoschje ansässigen Bewegung „Wir stehen an der Seite Russlands“ berichtet.

„Olegs Zustand ist sehr ernst. Er befindet sich derzeit auf der Intensivstation. Es gab keine Messerstechereien. Oleg wurde angeschossen. Ich bitte das orthodoxe Volk, für die Gesundheit des Dieners Gottes Oleg zu beten.“

- so Rogow auf seinem Telegram-Kanal.

Pro-russischer Politiker

Von 2002 bis 2014 war Zarjow stellvertretender Vorsitzender der „Werchowna Rada“, der „Partei der Regionen“ im ukrainischen Parlament. Bei vorgezogenen Wahlen am 25. Mai 2014 hatte er für das Amt des ukrainischen Präsidenten kandidiert, zog dann aber seine Kandidatur zurück.

Im Jahr 2014 unterstützte er die Donbass-Republiken und wurde Parlamentspräsident von „Neurussland“.

Schließlich allerdings soll er laut Medienberichten seine politische Karriere aufgeben und sich auf die Leitung von Kliniken am Schwarzen Meer konzentriert haben.

Seite E 210 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Als kurz vor dem Anschlag die „Financial Times“ unter Berufung auf westliche Geheimdienste berichtete, Zarjow strebe angeblich einen Machtwechsel in der Ukraine an, dementierte er dieses Gerücht und bezeichnete alles als eine „*komische Situation*“:

„*Schauen Sie mich an, ich werde nicht einmal ins Fernsehen eingeladen, weil ich nicht wichtig genug bin, ich bin der Direktor eines Sanatoriums in Jalta.*“

Hohe Haftstrafe durch das Kiewer Regime

In der Ukraine wurde Zarjow in Abwesenheit zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er „*die territoriale Integrität der Ukraine verletzt*“ und „*versucht hat, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen*“, weil er den Donbass und den Russischen Frühling unterstützt hatte

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Siehe zu Oleh Zarjow auch: < https://de.wikipedia.org/wiki/Oleh_Zarjow >

02) Putin bekräftigt vor China-Reise Lob für Pekings Friedensvorschläge

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/putin-bekraeftigt-china-reise-lob-pekings-friedensvorschlaege-38771070>

Krieg in der Ukraine

Aktualisiert am 16.10.2023, 16:32 Uhr



Wladimir Putin (r) gibt Wang Guan, Moderator der China Media Group, nach einem Interview die Hand. Der russische Präsident sieht Chinas Vorschläge für Friedensverhandlungen für die Ukraine weiter als einen möglichen Weg zur Beendigung des Krieges. © *Sergei Bobylev/Pool Sputnik Kremlin/AP/dpa*

Lesedauer: 1 Min.

Teilen

Wladimir Putin reist am Dienstag nach China. Vor der geplanten Reise betont der Kremlchef ein weiteres Mal, dass er in Chinas sogenanntem "Friedensplan" eine realistische Grundlage für eine friedliche Lösung des Krieges in der Ukraine sehe.

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

Der russische [Präsident Wladimir Putin](#) sieht [Chinas](#) Vorschläge für Friedensverhandlungen für die Ukraine weiter als einen möglichen Weg zur Beendigung des Krieges. Pekings Empfehlungen könnten eine realistische Grundlage für Friedensvereinbarungen werden, sagte Putin in einem am Montag vom Kreml veröffentlichten Interview mit dem chinesischen Fernsehen. Der Kremlchef reist an diesem Dienstag nach Peking, um dort Partei- und Staatschef Xi Jinping zu treffen und am Seidenstraßen-Gipfel teilzunehmen.



[Analyse Krieg in der Ukraine](#)

[Chinas 12-Punkte-Plan: "Ein Dokument des politischen Zynismus"](#)

[02. März 2023 von Adrian Arab](#)

Putin: Ukraine blockiert Friedensverhandlungen

Zugleich warf Putin der [Ukraine](#) vor, keine Friedensverhandlungen zuzulassen: "Wie kann man Verhandlungen führen, wenn sie das nicht wollen und ja auch noch ein normatives Dokument veröffentlicht haben, das diese Verhandlungen verbietet?" Voraussetzung für den Beginn von Verhandlungen sei eine Aufhebung des Dekrets und eine Bereitschaft zu Gesprächen, sagte Putin. Kiew hatte immer wieder erklärt, dass die russischen Truppen erst abziehen müssten, bevor verhandelt werden könne. Chinas Friedensinitiative war in der Ukraine und im Westen auf Skepsis gestoßen, weil das Land als Verbündeter Russlands gilt und den Krieg nie verurteilt hat.

Russland griff die Ukraine auch am Montag wieder mit Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern an. Die ukrainische Flugabwehr berichtete am Morgen, dass zwei Marschflugkörper abgeschossen und elf von zwölf Drohnenschlägen abgewehrt worden seien. Im Gebiet Dnipropetrowsk gab es laut Behörden Schäden nach einem Raketeneinschlag.

Intensive Gespräche zwischen Putin und Xi Jinping geplant

Bei ihrem Treffen in [Peking](#) wollen Putin und [Xi Jinping](#) nach Kremlangaben auch über anderen Fragen der internationalen Politik sprechen. Erwartet wird, dass sie die Lage im Nahen Osten erörtern.

Bei dem Seidenstraßen-Forum, das zuletzt 2019 stattfand, werden zahlreiche Staatsgäste anderer Länder erwartet. Putin reist inzwischen wieder ins Ausland, nachdem der Internationale Strafgerichtshof im März einen Haftbefehl gegen ihn erließ. Eine Festnahme

droht ihm in Peking nicht. China ist dem sogenannten Römischen Statut des Gerichtshofes im niederländischen Den Haag nie beigetreten und kann deshalb den Haftbefehl ignorieren. (dpa/lag)

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/chinas-12-punkte-plan-dokument-politischen-zynismus-37867930>

Analyse Krieg in der Ukraine

Chinas 12-Punkte-Plan: "Ein Dokument des politischen Zynismus"

Aktualisiert am 02.03.2023, 16:39 Uhr



Der stellvertretende Ständige Vertreter Chinas, Dai Bing, spricht am zweiten Tag der 11. Dringlichkeitssitzung der Vereinten Nationen zum Konflikt in der Ukraine im Hauptquartier der Vereinten Nationen am Donnerstag, den 23. Februar 2023 in New York City. © IMAGO/UPI Photo/John Angelillo

Lesedauer: 5 Min.

Teilen

- **China hat einen 12-Punkte-Plan zur Beendigung des Ukraine-Kriegs vorgelegt.**
- **Experten halten es für unrealistisch, dass sich Peking mit seinen Positionen als "ehrlicher Makler" positionieren kann.**
- **Auch der Termin der Veröffentlichung lässt Zweifel an den Motiven der chinesischen Führung aufkommen.**

Eine Analyse
von [Adrian Arab](#)

Dieser Text enthält eine Einordnung aktueller Ereignisse, in die neben Daten und Fakten auch die Einschätzungen von Adrian Arab sowie ggf. von Expertinnen oder Experten einfließen. Informieren Sie sich über [die verschiedenen journalistischen Textarten](#).

Das Papier war mit Spannung erwartet worden, am traurigen Jahrestag war es dann so weit: Rund ein Jahr nach Beginn des Ukraine-Krieges veröffentlichte das chinesische Außenministerium am Freitag [eine Initiative zur Beilegung des Ukraine-Konflikts](#).

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

Unter dem Titel "[Chinas](#) Position zur politischen Beilegung der Ukraine-Krise" [formulierte China zwölf Punkte, in denen es unter anderem an die "Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität aller Länder" appellierte](#). Das allgemein anerkannte Völkerrecht, einschließlich der Ziele und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, müsse strikt eingehalten werden.

In einem weiteren Punkt forderten die Chinesen eine "Abkehr von der Mentalität des Kalten Krieges". Kein Land dürfe die eigene Sicherheit auf Kosten eines anderen verfolgen, die Sicherheit einer Region solle nicht durch die Stärkung oder den Ausbau von Militärblöcken erreicht werden. Ein Postulat, das sich offenkundig gegen den Westen und die [USA](#) richtete.

China will "konstruktive Rolle" spielen

Zwar verspricht China in dem rund 800 Wörter umfassenden Konvolut, bei der Wiederaufnahme von Gesprächen zwischen [Russland](#) und der [Ukraine](#) eine "konstruktive Rolle" einzunehmen. Worin diese jedoch konkret besteht und was sich China von solchen Gesprächen erhofft, bleibt unklar: Neben der Formel, alle Parteien sollten "rational bleiben und Zurückhaltung üben", enthält das Papier dazu wenig Konkretes. Einzig bei der Frage des Einsatzes von Atomwaffen wird China unmissverständlich: Diese dürften "nicht eingesetzt und Atomkriege nicht geführt werden". Auch die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen sei abzulehnen.

Gemessen an den hohen Erwartungen, mit denen westliche Diplomaten auf das Papier gesetzt hatten, darf man die zwölf Punkte als Enttäuschung bezeichnen. Das liegt vor allem daran, dass der Plan wenig Neues enthält und wie schon seit Beginn des Krieges den USA unterstellt, den Konflikt angeheizt zu haben. Statt Russland als klaren Aggressor zu benennen, ist von einer "Kalten-Krieg-Mentalität" die Rede - eine Formel, [die China seit Beginn des Krieges bemüht und von der manche gehofft hatten, sie könnte einer klaren Benennung des Verursachers weichen](#).

Auch das Bekenntnis zu Souveränität und territorialer Integrität wird in dem Papier eingeschränkt mit dem Verweis, dass die Sicherheit des einen Staates nicht auf Kosten des anderen gehen dürfte. Diese Formulierung könnte auch Kreml-Sprecher Dmitri Peskow so unterschreiben, ist sie denn kaum von der Position zu unterscheiden, mit der Russland seinen Krieg gegen die Ukraine öffentlich rechtfertigt.

Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik in Kiel, glaubt vor diesem Hintergrund nicht, dass der chinesische Plan Russland und die Ukraine deutlich näher an

ein Kriegsende bringen wird. Vielmehr handele es sich "weitgehend um die Wiederholung bekannter Prinzipien des Völkerrechts und der Diplomatie, an die sich China ohnehin nicht hält und die Russland mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine massiv verletzt hat", so Krause. Zwar könnten die chinesischen Punkte ein Ausgangspunkt für Verhandlungen sein. "Aber man darf nicht vergessen, dass dieses Papier nach vorheriger Absprache mit Russland veröffentlicht wurde", erklärt der Experte.



[Krieg in der Ukraine](#)

Kritik an Chinas "Zwölf-Punkte-Plan": Wichtige Frage nicht beantwortet

[24. Februar 2023](#)

Veröffentlichung des Plans zu brisantem Zeitpunkt

Als bedeutend schätzt Krause den Zeitpunkt der Veröffentlichung ein. Dieser fiel in eine Woche, [in der die USA öffentlich berichteten, China stehe kurz davor, Waffen nach Russland zu schicken](#). Dass China zeitgleich mit seiner Friedensinitiative vorgeprescht sei, müsse daher kein Zufall sein. "Im besten Fall ist das Papier ein Versuch, sich in der westlichen Öffentlichkeit positiv zu positionieren", so Krause. "Im schlimmsten Fall ist es eine Vertuschungsaktion für geplante Waffenlieferungen Chinas an Russland." Dann sei das Positionspapier ein "Dokument des politischen Zynismus".

Was China mit seiner Initiative wirklich bezweckt, ist auch deshalb nicht ganz leicht zu dechiffrieren, weil [Pekings](#) grundsätzliche Haltung zum Krieg je nach Betrachtungsweise unterschiedlich interpretiert werden kann. Als gesichert gilt nur, dass eine vernichtende Niederlage Russlands für China problematisch wäre, weil es Peking einen seiner wichtigsten Verbündeten nehmen könnte, sollte Putin die Folgen einer Niederlage politisch nicht überleben.

Beide Länder verbindet, dass sie strategische Partner sind, wenn es darum geht, die Dominanz der westlichen Weltordnung zu beenden. Zudem scheint die Chemie zu stimmen: Die beiden Führer, Xi in Peking und Putin in Moskau, verstehen sich gut, in den letzten Jahren haben sie sich mehrfach besucht.

[Dass Peking Moskau mehrfach demonstrativ den Rücken gestärkt hat, hat jedoch auch pragmatische Gründe](#). Neben stark vergünstigten Energielieferungen, von denen Peking profitiert, kann China mit Blick auf Taiwan auch davon profitieren, dass der Westen massives politisches und militärisches Kapital im Ukraine-Krieg investiert. Das Kalkül: Der Krieg bindet die Aufmerksamkeit des Westens und lenkt von China ab.

Gleichzeitig hat China auch durchblicken lassen, eher auf ein Ende des Krieges hinzuarbeiten als auf eine Endlosschleife. China bevorzuge "ein niedriges

Seite E 215 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Spannungsniveau zwischen [Moskau](#) und Washington, weil ein völliger Abbruch der Beziehungen und Feindseligkeiten zwischen diesen beiden nuklearen Supermächten aus chinesischer Sicht gefährlich und daher unerwünscht sind", erklärt Xuewu Gu, Professor für International Relations an der Universität Bonn.

Hinzu komme, dass die Auswirkungen des Krieges eine Annäherung Chinas an Europa als mögliches Gegengewicht zu einer amerikanischen Übermacht unmöglich machten, den Ausbau der 'Neuen Seidenstraße' verlangsamten und das internationale Umfeld chinesischer Unternehmen zunehmend beeinflussen könnten.



[Analyse Krieg in der Ukraine](#)

[Chinesische Waffenlieferungen an Russland: Was würde das bedeuten?](#)

[28. Februar 2023 von Marie Illner](#)

China als Vertreter des globalen Südens

Für China, das sich als Schutzpatron zahlreicher Länder des globalen Südens versteht, kommt das Problem hinzu, dass die konjunkturellen Auswirkungen des Krieges nicht nur in europäischen Portemonnaies spürbar sind. Hohe Inflationsraten, Energieknappheit und Lieferschwierigkeiten sind längst über den Westen auf den gesamten Globus übergeschwappt und Kritik daran findet sich implizit auch in Chinas 12-Punkte-Plan wieder.

So fordert Peking, Getreideexporte aus der Ukraine zu erleichtern, Lieferketten zu stabilisieren oder einseitige Sanktionen fallen zu lassen - [ein Vorschlag, der vor allem in afrikanischen Staaten sehr populär ist](#). "China will sich mit diesem Vorstoß auch als Interessenvertreter des globalen Südens präsentieren", so Björn Alpermann, Professor für Contemporary Chinese Studies an der Universität Würzburg.

All diese verschiedenen Interessen haben eines gemeinsam: China geht es bei seinem Vorstoß vermutlich weniger um die Ukraine als darum, im Großmachtkonflikt mit dem Westen zu punkten. Ob sich Peking in den kommenden Wochen tatsächlich in eine Position manövrieren kann, in der es einen Frieden mit der Ukraine moderieren kann, ist daher mehr als fraglich.

R u s s l a n d (Seiten E 216 - E 255)

01) Putin: Westen will mittels Hasses die Ausweitung des Nahostkonflikts zur Neuen Weltordnung

26. 10. 2023



„Neue Weltordnung des Neo-Kolonialismus“

Der Westen schüre religiösen Hass und Intoleranz, um die Welt zu „*teilen und zu erobern*“, und um so eine „*neue Weltordnung*“ der Herrschaft und des Kolonialismus aufrechtzuerhalten, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Mittwoch.

Bei einem Treffen mit Führern russischer Religionsgemeinschaften im Kreml sprach Putin den anhaltenden Nah-Ost-Konflikt an und warnte:

„*Islamophobie, Antisemitismus und Russophobie*“ würden als Waffen gegen eine multipolare Welt eingesetzt. Putin weiter: „*Der Westen sieht, dass der Prozess der Schaffung einer multipolaren Weltordnung an Dynamik gewinnt. Und um die demgegenüber die Entwicklung unabhängiger, souveräner Länder zu bremsen, soll die Mehrheit der Welt gespalten werden.*“

Diese westlichen Kräfte wollen, dass eine „*Epidemie der Gewalt und des Hasses*“ nicht nur den Nahen Osten, sondern ganz Eurasien erfasst, warnte er.

„*Muslime werden gegen Juden aufgehetzt, den Ungläubigen wird der Krieg erklärt. Schiiten gegen Sunniten, orthodoxe Christen gegen Katholiken. In Europa werden Blasphemie und*

Vandalismus gegen muslimische Schreine ignoriert. In vielen Ländern werden NS-Verbrecher und Antisemiten, deren Blut von Holocaust-Opfern an ihren Händen klebt, auf offizieller Ebene offen verherrlicht. In der Ukraine bewegen sie sich in Richtung eines Verbots der kanonischen orthodoxen Kirche und einer Vertiefung des Schismas in der Kirche“, fügte der russische Präsident hinzu.

All diese Maßnahmen zielen darauf ab,...

...„die Instabilität in der Welt zu erhöhen, Kulturen, Völker und Weltreligionen zu spalten und Konflikte zwischen den Zivilisationen zu verursachen. In der Zwischenzeit sprechen sie von einer Art 'neuer Weltordnung', deren Wesen sich nicht geändert hat: Heuchelei, Doppelmoral, Exklusivitätsansprüche, globale Dominanz, die Aufrechterhaltung eines im Wesentlichen neokolonialen Systems.“, so Putin weiter.

Putin sprach allen Israelis, die bei den Anschlägen vom 7. Oktober Familienmitglieder verloren haben, sein Beileid aus, warnte aber, dass „unschuldige Menschen nicht für Verbrechen anderer zur Rechenschaft gezogen werden sollten“ und dass der Kampf gegen den Terrorismus „nicht auf der Grundlage des berüchtigten Prinzips der kollektiven Verantwortung geführt werden kann“. ([vadhajtasok](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Die Fragen von China Media Group an Wladimir Putin zur Weltpolitik

19. 10. 2023



16. Oktober 2023 im Kreml: Präsident Putin gibt der China Media Group ein Interview

Von REDAKTION | Einen Tag vor Reise von Wladimir Putin nach Peking, um am «Dritten Belt & Road Forum» in Peking persönlich teilzunehmen, gab die Präsidentschaftskanzlei

Russlands der China Media Gruppe die Gelegenheit, Fragen an Wladimir Putin zu richten, welche die Bevölkerung der Volksrepublik China besonders bewegt und interessiert. Es zählt mittlerweile zu den Gepflogenheiten beider großen Nationen vor bedeutenden Gipfeltreffen Stellungnahmen höchster Regierungsvertreter persönlich abgeben und öffentlich bekannt machen zu lassen.

Was einen Staatsmann von Welt von politischen «Gesinnungsopportunisten» unterscheidet

Wang Guan: Herr Präsident!

Zunächst einmal möchte ich Ihnen zu Ihrem Geburtstag, den Sie kürzlich feierten, gratulieren. Wie war es?

Wladimir Putin: Ich danke Ihnen sehr. Ich habe ihn mit Freunden und meiner Familie gefeiert. Es lief fein!

Wang Guan: Ich muss sagen, dass Sie in großartiger Form wirken. Wie schaffen Sie es, sich Zeit für körperliche Betätigungen zu gönnen?

Wladimir Putin: Gott sei Dank, ja. Ich denke, das ist in erster Linie notwendig, um hart arbeiten zu können. Sport ist kein Selbstzweck. Aber es ist ein Mittel, um wirklich wichtige Ziele zu erreichen, eine Gelegenheit, hart zu arbeiten und notwendige Ergebnisse zu erzielen.

Wang Guan: Wir sind einige Informationsmaterialien durchgegangen und fanden, dass Sie in den Jahren zwischen 2015 und 2017 mit dem Hockeytraining begannen und Eishockey erlernten. Sie haben sich so gut geschlagen und viele Tore erzielt.

Wladimir Putin: Ja, ich habe erst vor zehn Jahren mit dem Eislaufen begonnen. Davor war ich nicht mal in der Lage, auf Schlittschuhen zu stehen. Aber vor zehn Jahren habe ich es versucht und dann angefangen zu spielen, und ich bin immer noch dabei. Es macht mir Spaß. Mannschaftssportarten sind sehr interessant und aufregend: Sie verlangen Aufmerksamkeit und ermöglichen eine Pause vom Alltag.

Wang Guan: Sie haben also Schlittschuhlaufen und Eishockey gleichzeitig erlernt?

Wladimir Putin: Ja, natürlich. Für mich war es genau dasselbe.

Ich hoffe, dass sich auch die sportliche Zusammenarbeit mit unseren chinesischen Freunden aktiv weiterentwickeln wird. Wushu [eine Form der traditionellen chinesischen Kampfkunst] ist in Russland sehr populär. Ich hoffe, es nimmt noch zu. Wir möchten unseren chinesischen Freunden auch unsere nationalen Kampfkünste, wie wir sie nennen, zeigen, wie zum Beispiel das Sambo-Ringen (Selbstverteidigung ähnlich dem Jiu-Jitsu).

Ich werde dieses Thema auf jeden Fall während meines Besuchs mit Ihrem Präsidenten ansprechen und vorschlagen, dass wir beidseitig zusammenarbeiten und ihn ersuchen, Initiativen von jungen Menschen und Sportlern zu unterstützen, um die Zusammenarbeit im Sport fördern.

Wang Guan: So, lassen Sie uns mit dem Interview beginnen.

Wladimir Putin: Bitte, fahren Sie fort.

Wang Guan: Herr Präsident!



Zunächst einmal möchte ich Ihnen dafür danken, dass Sie sich bereit erklärten, der China Media Group ein Interview zu geben. Ich weiß, dass Sie seit den letzten zwei Jahren das erste Mal einem chinesischen Fernsehsender ein Interview geben.

Im März 2023 wurde eine gemeinsame russisch-chinesische Erklärung verabschiedet, aus der hervorgeht, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf dem höchsten Stand aller Zeiten wären.

Sie sagten kürzlich im Valdai-Diskussionsklub, dass die russisch-chinesische Zusammenarbeit einen wichtigen stabilisierenden Faktor in globalen Angelegenheiten darstelle. Könnten Sie bitte die Entwicklungsperspektiven der russisch-chinesischen Beziehungen nach Ihrer Einschätzung näher erklären?



Wladimir Putin: Die Beziehungen zwischen Russland und China – ich sage Ihnen, was mir zu Ihrer Frage sofort einfällt – haben sich weder nach dem momentanen globalen Umfeld orientiert, noch basieren sie auf kurzfristigem politischen Opportunismus: Die russisch-chinesischen Beziehungen sind über zwanzig Jahre in umsichtiger, schrittweisen Entwicklung gewachsen. Bei jedem Schritt haben sich die russische wie auch chinesische Seite von den ihres Erachtens nationalen Interessen leiten lassen. Während sie die andere Seite ermutigten, den nächsten Schritt zu tun, haben beide Seiten stets die Meinungen und Interessen der jeweils anderen Seite berücksichtigt. Wir haben immer versucht, einen Kompromiss zu finden, selbst bei komplizierten Fragen, die noch aus alten Zeiten herrührten.

Unsere Beziehungen waren immer von gutem Willen geprägt. Das hat uns geholfen, die offenen Fragen der Grenzziehung nach 40 Jahren zu lösen. Unser gemeinsamer Wunsch, alle möglichen Hindernisse für unseren gemeinsamen Fortschritt in der Zukunft zu beseitigen, war so groß, dass es uns gelang, einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss zu finden. Danach begannen wir, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen, ebenfalls schrittweise, indem wir Nischen, die zuvor noch andere Länder in unseren Beziehungen besetzt hielten, auszufüllen, aber nicht so effektiv gestalten konnten, wie unsere wechselseitige Zusammenarbeit auf einem bestimmten Gebiet. Zum Beispiel im Energiebereich, der in unseren Beziehungen einen besonderen Platz einnimmt. Russland steht heute bei chinesischen Partnern an erster Stelle, wenn es sich beispielsweise um die Lieferung von Energie nach China, gemessen am Wert, dreht.

China wurde nach und nach zum ersten Handelspartner Russlands, was den Handelsumsatz betrifft und Russland stieg progressiv auf den sechsten Platz unter den Handels- und Wirtschaftspartnern Chinas auf.

Das möchte ich noch anmerken: Wir hatten zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Verhältnisse bei den Exporten und Importen. Wir haben unsererseits versucht, den Bedarf der chinesischen Wirtschaft zu decken und unsere chinesischen Freunde haben unsere Ansichten zu einigen Ungleichgewichten, insbesondere im Handel mit Industriegütern, nie ignoriert. Wir haben die Handelsbilanz Schritt für Schritt und Jahr für Jahr erhöht und verbessert. Auf diese Weise kommen wir in fast allen Bereichen voran.



Ganz zu schweigen von der Rolle, welche die russisch-chinesischen Beziehungen zur Sicherung der Stabilität in der Welt spielen. Die Beziehungen zwischen Russland und China bilden dafür einen grundlegenden Faktor.



Ganz zu schweigen von der Rolle, welche die russisch-chinesischen Beziehungen zur Sicherung der Stabilität in der Welt spielen. Die Beziehungen zwischen Russland und China bilden dafür einen grundlegenden Faktor.

Seite E 221 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

All dies zusammen bringt uns zum Schluss, dass wir uns in die absolut richtige Richtung sowohl im Interesse des chinesischen wie auch russischen Volkes bewegen.

Wang Guan: Herr Präsident!

Sie haben gerade die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und China erwähnt. Einst wurde das Ziel formuliert, bis 2024 einen Handelsumsatz von 200 Milliarden US-Dollar zu realisieren. Tatsächlich sind beide Seiten im Jahr 2022 diesem Ziel nahegekommen und wir konnten viele Veränderungen spüren.

Als ich dieses Mal nach Moskau kam, sah ich, dass die Straßen und Geschäfte, einschließlich der Online-Handelsplattformen, zunehmend von chinesischen Marken geprägt sind. Gleichzeitig wird russisches Gas in die Haushalte chinesischer Verbraucher geliefert und russische Fleisch- und Molkereiprodukte finden sich auch immer häufiger in chinesischen Geschäften.

Wie lassen sich die Aussichten der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern einschätzen?

Wladimir Putin: Unsere Wirtschaftsbeziehungen diversifizieren sich von Jahr zu Jahr.

Wie ich bereits sagte, betreiben wir eine umfangreiche Zusammenarbeit, beispielsweise im Bereich der Energie, welche sehr vielfältig ist. Dabei geht es nicht nur um die Lieferung von Öl und Gas. Im Erdölsektor steht eine Pipeline im Dauerbetrieb und die Fördermengen werden gesteigert.

Gleiches gilt für die Gaspipeline Power of Siberia, was gute Aussichten bereitet: Wir haben schon ein Abkommen für die fernöstliche Route unterzeichnet. Eine weitere Route – Power of Siberia 2 – welche durch die Mongolei führt, befindet sich jetzt in der Ausarbeitung.

Auch Kohle- und Stromlieferungen nehmen zu und wir bauen weiterhin Kernkraftwerke: Wir bauen nicht nur die Blöcke für zwei Kraftwerke, sondern arbeiten an einem schnellen Neutronenreaktor, was völlig neue Formen an Beziehungen in diesem Hochtechnologie-Energiesegment eröffnet, weil es die Voraussetzungen für einen geschlossenen Kreislauf schafft, der praktisch keine Abfälle hinterlässt.

Auch in anderen Branchen sehen wir sehr gute Aussichten. Das betrifft den Automobilbau, Schiffbau, Flugzeugbau und Elektronik. Ich habe den Automobilbau erwähnt. Sehen Sie, gerade gestern hatte ich mit einigen Leuten gesprochen, die man als ausgewiesene Automobilkenner mit großer und langer Erfahrung bezeichnen darf: In aller Aufrichtigkeit, ohne zu wissen, dass wir heute dieses Interview führen werden, sagten mir meine Gesprächspartner: Wissen Sie, chinesische Autos gewinnen auf unserem Markt, nicht nur weil andere [Marken] zurückgehen, das ist nicht der einzige Grund. Ihre Qualität ist besser. Die Qualität chinesischer Autos werde immer besser, so dass unsere Konsumenten, vor allem was das Preis-Leistungs-Verhältnis angeht, stärker zu Produkten chinesischer Hersteller griffen.

Sie haben die Landwirtschaft erwähnt. Ja, auch hier wird unsere Zusammenarbeit ausgebaut. Es gibt gewisse Probleme bei der Versorgung mit Fleischerzeugnissen etc., aber die Arbeit geht weiter. Wir sind uns des Interesses der chinesischen Verbraucher nicht nur an landwirtschaftlichen Erzeugnissen bewusst, sondern auch an der Lieferung einiger Produkte, die die Volksrepublik China selbst benötigt, um auf ihrem eigenen Territorium landwirtschaftliche Erzeugnisse herzustellen.

Wir arbeiten an der Entwicklung einer beträchtlichen Anzahl von Industrien und diese Zahl nimmt vor allem in letzter Zeit aufgrund unserer Zusammenarbeit im Bereich von Hochtechnologie stetig zu.

Wang Guan: Können wir das Ziel von 200 Milliarden Dollar [im gegenseitigen Handel] in diesem Jahr festmachen, was meinen Sie?

Wladimir Putin: Ich habe keine Zweifel – oder, um es vorsichtig auszudrücken, ich bin mir fast sicher. In der vergangenen Periode hatten wir ein Handelswachstum von 32 Prozent, was ein sehr gutes Ergebnis darstellt. Es gibt allen Grund zur Annahme, dass wir bis zum Ende des Jahres die 200-Milliarden-Dollar-Marke einstellen werden.

Wang Guan: Herr Präsident, in Bezug auf die Belt & Road Initiative [Neue Seidenstraße] möchte ich nun über Energie sprechen. Wir arbeiten in Bereichen wie erneuerbare Energien, Bekämpfung des Klimawandels und der UN-Klimaagenda zusammen.

Wie schätzen Sie die Auswirkungen unserer Zusammenarbeit in diesen Bereichen sowohl auf die ganze Welt wie auch ganze Menschheit ein?

Wladimir Putin: Wissen Sie, wenn wir über die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung [UN Sustainable Development Goals – SDGs] sprechen, gibt es mehr als ein, zwei oder drei davon – ich meine, es sind an die 17. Der Kampf für die Umwelt und der Kampf gegen den Klimawandel sind beides sehr wichtige Bereiche, aber sie sind nicht die einzigen.



Man darf zum Beispiel den Kampf gegen die Armut nicht vergessen. Wie kann man den Menschen in afrikanischen Ländern sagen: Ihr bekommt kein Öl, ihr bekommt keine Erdölprodukte...



Man darf zum Beispiel den Kampf gegen die Armut nicht vergessen. Wie kann man den Menschen in afrikanischen Ländern sagen: Ihr bekommt kein Öl, ihr bekommt keine Erdölprodukte, ihr müsst euch ausschließlich auf erneuerbare Energiequellen verlassen – auf Wind- und Solarenergie zum Beispiel und so ähnlich. Die sind für die Entwicklungsländer weitgehend unerschwinglich. Werden die Menschen also verhungern oder was sonst? Es sollte daher ein Gleichgewicht geben; alle Entscheidungen haben ausgewogen zu erfolgen.

Wenn wir in diesem Zusammenhang über die Belt & Road Initiative von Präsident Xi Jinping sprechen: Ich glaube, es war vor etwa zehn Jahren, als er die Idee aufbrachte. Ich denke, dass sie genau zum richtigen Zeitpunkt kam und sich gut entwickelt, denn im Mittelpunkt dieser Idee steht der Versuch, die Fähigkeiten vieler Länder zu bündeln, um gemeinsam Entwicklungsziele zu erreichen.

Heute hat dieses Konzept von Präsident Xi Jinping auf die eine oder andere Weise rund 147 Länder, das sind zwei Drittel der Weltbevölkerung erfasst. Ich denke also, dass dies schon heute einen Erfolg darstellt. Es handelt sich dabei um eine gute, richtige und technologisch ausgerichtete Initiative, die sich immer weiterentwickelt.

Ja, wir sehen, dass einige Leute es als Versuch der Volksrepublik China ansehen, jemanden unterzukriegen, aber wir sehen das anders: Wir sehen nur den Wunsch zur Zusammenarbeit. Unsere eigenen Vorstellungen über die Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsunion, zum Beispiel über den Aufbau eines Groß-Eurasiens, stimmen völlig mit den chinesischen Vorstellungen überein, die im Rahmen der Belt & Road Initiative vorgeschlagen werden.

Sehen Sie, unsere Länder, die Eurasische Wirtschaftsunion, haben als Ergebnis unserer Zusammenarbeit 24 Milliarden Dollar an Investitionen erhalten. Was gibt es daran auszusetzen? Gleichzeitig entscheidet jedes Land im Rahmen bilateraler oder multilateraler Formate selbst, was vorteilhaft oder aber abträglich erscheint. Niemand zwingt den Ländern etwas auf. Doch, es stimuliert und schafft Voraussetzungen zur Entwicklung.



Amur Brücke: Verbindung von Heilongjiang Provinz, PRC mit Amur State, Russland

Das Gleiche gilt für die Entwicklung von Logistik- und Infrastruktureinrichtungen. Wir haben vor kurzem mit China zwei Brücken über den Amur Fluss eröffnet. Ich denke, das ist gut für die Menschen, denn so können mehr Menschen miteinander kommunizieren, und es ist gut für die Wirtschaft, weil es uns ermöglicht, den Handel weiter zu entwickeln.

Wir begrüßen also diese Initiative von Präsident Xi Jinping, wir arbeiten zusammen, wir sind bereit und wir werden weiter zusammenarbeiten.

Wang Guan: Herr Präsident, Sie haben auch gesagt, dass die Angleichung der EAEU und der Belt & Road Initiative ein sehr wichtiges Projekt sei zu einer alles umfassenden Integration. Sie werden an dem Belt & Road Gipfel teilnehmen. Was erwarten Sie?

Wladimir Putin: Ich denke, dazu wird uns einiges einfallen... Wie erwähnt, haben die Länder der Eurasischen Wirtschaftsunion durch Zusammenarbeit im Rahmen der Belt and Road Initiative bereits Investitionen in der Höhe von 24 Milliarden Dollar gesichert. Und das Volumen wächst, weil die Zahl der für beide Seiten vorteilhaften Projekte steigt. Sie sind

nicht nur für die Länder von Vorteil, die im Rahmen dieser Initiative Kredite erhalten. Sie sind auch für die Volksrepublik China von Vorteil, weil sie Produktaufträge im Zuge der Umsetzung dieser Projekte erhält und dies zugleich Voraussetzungen für eine noch größere Entwicklung schafft. All das geschieht auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens.

Wir haben gemeinsame Projekte. Vielleicht ist es noch zu früh, um in Details einzusteigen, aber ich bin sicher, dass Verträge unterzeichnet werden. Neue Kontakte zwischen Wirtschaftsakteuren werden geknüpft werden. Regierungschefs, verschiedene Ministerien und Abteilungen, die direkt zusammenarbeiten, werden sich treffen. Ich möchte jetzt nicht alles aufzählen. Ich habe mich mit den Vorschlägen der russischen Regierung in verschiedenen Bereichen vertraut gemacht. Sie erstrecken sich über viele eng bedruckte Seiten und jedes Projekt daraus, kann Arbeit für ein Jahr oder auch für ein Jahrzehnt sorgen. Daher erfüllen mich die Informationen von meinen Kollegen mit den nur besten Erwartungen.

Wang Guan: Wir haben auch gesehen, dass die internationale Gemeinschaft unterschiedliche Meinungen über die Belt and Road Initiative vertritt. Was sind Ihrer Meinung nach die Vorteile der Belt & Road Initiative, die sich innerhalb von 10 Jahren von einer Art Initiative zu einem real umgesetzten Projekt entwickelt hat, das der gesamten Menschheit Vorteile bringt?

Wladimir Putin: Wissen Sie, der Hauptvorteil des von der chinesischen Seite vorgeschlagenen Konzepts der Zusammenarbeit besteht meines Erachtens darin, dass im Rahmen dieser Arbeit niemandem etwas aufgezwungen wird. Alles geschieht im Rahmen der Suche nicht nur nach akzeptablen Lösungen, sondern nach Projekten und Wegen zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels, die für alle akzeptabel sind. Das ist es, was das heutige China unter der Führung von Präsident Xi Jinping beim Aufbau von Beziehungen zu anderen Ländern so einzigartig macht: Niemand zwingt jemandem etwas auf, niemand nötigt jemandem etwas auf, sondern man offeriert nur die Möglichkeit dazu. Und, wie ich schon sagte, wenn es Schwierigkeiten gibt, werden Kompromisse gesucht und immer gefunden. Dies unterscheidet meiner Ansicht nach die vom chinesischen Präsidenten vorgeschlagene Belt & Road Initiative von denen anderer Länder, die behaftet mit einem schweren kolonialen Erbe versuchen, viele Vorhaben in der Welt vermeintlich umzusetzen.

Wang Guan: Unsere bilateralen Beziehungen umfassen auch viele Interessen und gemeinsame Projekte, auch im humanitären Bereich und im Sport. Um nur ein Beispiel zu nennen: Nach Angaben des Bildungsministeriums der Russischen Föderation hat sich die Zahl der russischen Studenten, welche die Unified State Examination in Chinesisch ablegen, verdoppelt. Aus heutiger Sicht haben russische Literatur und Musik zweifellos mehrere chinesische Generationen beeinflusst.



Die zweifache Juniorenweltmeisterin Alexandra Trussova über dem Eis

Auch die jungen russischen Eiskunstläuferinnen – [Alexandra] Trussova, [Kamila] Walijewa, [Anna] Schtscherbakowa – haben wir mit Spannung verfolgt. Sie haben eine große Fangemeinde im chinesischen Internet, und chinesische Internetnutzer bezeichnen sie sogar als unvergleichliche Feen, die nur einander ebenbürtig scheinen. Glauben Sie, dass die humanitäre und sportliche Zusammenarbeit von großem Wert für unsere Freundschaft ist?

Wladimir Putin: Das ist sie in der Tat. Die sportliche Zusammenarbeit als Teil der humanitären Zusammenarbeit ist sehr wichtig, weil sie einen direkten Kontakt zwischen den Menschen herstellt. Es ist keine Überraschung, dass unsere Sportler in China Fans haben, denn sie sind echte Stars. Auch wir verfolgen die Erfolge der chinesischen Athleten mit großem Respekt und schauen uns immer an, wie die Arbeit organisiert ist.

Wang Guan: Gibt es Sportler oder Sportarten, die Sie mit besonderem Interesse verfolgen?

Wladimir Putin: Natürlich wissen wir über chinesische Sportler Bescheid. Wir verfolgen zum Beispiel die Turner und noch andere Sportarten. Es ist wichtig, dass China die Arbeit im Hochleistungssport auf ein gutes professionelles Niveau gebracht hat.

Zweifellos ist es ebenso wichtig, Kontakte auf anderen, bescheideneren Ebenen zu knüpfen. Ich spreche von der Zusammenarbeit im Sport, von Kontakten zwischen den Regionen, von Wettbewerben zwischen Universitäten und zwischen chinesischen Provinzen und Gliedstaaten der Russischen Föderation.

Ich denke, wir sollten auch darüber nachdenken. Ich denke, das wäre sehr interessant. Soweit ich weiß, wird dies im Rahmen der interregionalen Zusammenarbeit bereits getan. Meine Kollegen schenken dem auch die nötige Aufmerksamkeit. Ich bin sicher, dass es so weitergehen wird und es auf diese Art und Weise fortgesetzt wird.

Wissen Sie, was wichtig ist? Dass unsere sportliche Zusammenarbeit frei von politischen oder wirtschaftlichen Zwängen ist.

Leider ist der moderne internationale Sport mehr und mehr vom Kommerz durchdrungen. In unseren Sportbeziehungen gibt es so etwas nicht und ich hoffe, das wird auch nie der Fall sein.

Wang Guan: Herr Präsident, Sie haben einmal gesagt, dass Ihr Leben vielleicht einen ganz anderen Verlauf genommen hätte, wenn Sie nicht Judo trainiert hätten. Wie wollten Sie das verstanden wissen?

Wladimir Putin: Jeder weiß und es ist kein Geheimnis, dass ich aus einer einfachen Arbeiterfamilie stamme und früher viel Zeit außer Haus verbrachte. Ich weiß nicht, wie mein Leben verlaufen wäre, wenn ich mich nicht für Sport interessiert hätte. Es ist eigentlich egal, welche Art von Sport ich betrieben hätte, wichtig ist, dass ich ihm viel Aufmerksamkeit geschenkt habe. Und sofort zeigten sich Prioritäten, mich nicht auf dem Hof zu behaupten, nicht in einer, sagen wir, nicht sehr disziplinierten Jugendumgebung, sondern mich auf Sportplätzen zu bewähren, in meinem Fall auf Tatamimatten [von Judo]. Zugleich bildet sich bestimmte Einstellungen zu den Beziehungen gegenüber anderen Menschen heraus: Wie man diese Beziehungen aufbaut, wie man Partnern mit Respekt begegnet, wie man alles vermeidet, was die Beziehungen zwischen Menschen irgendwie untergraben könnte, und so weiter. Sport ist erzieherisch – das ist sehr wichtig!

Daher ist die Entwicklung unserer Zusammenarbeit in diesem Bereich äußerst wichtig. In der heutigen Welt, in der es so viele Bedrohungen durch das Internet, die illegale Verbreitung von Drogen u.a. gibt, sind sportliche Aktivitäten für junge Menschen eine äußerst wichtige Sache zur Bildung des Charakters und der richtigen und starken Lebenseinstellung.

Wang Guan: Herr Präsident, vor kurzem haben Sie im Valdai-Diskussionsklub von einer fairen Multipolarität gesprochen, von der Notwendigkeit einer solchen. Sie erwähnten auch ein Phänomen wie den Hegemonismus im Bereich der Moral und Ethik, im Wertesystem. Sie sagten auch, dass eine regelbasierte Ordnung eine Manifestation kolonialen Denkens sei. Warum glauben Sie das?

Wladimir Putin: Sie haben gerade „regelbasierte Ordnung“ gesagt. Haben Sie diese Regeln jemals gesehen? Nein, das haben Sie nicht, denn niemand hat sich mit irgendjemandem darauf geeinigt. Wie kann man also von einer Ordnung sprechen, die auf Regeln beruht, die niemand je gesehen hat? Nach gesundem Menschenverstand ist das Unsinn. Aber es ist vorteilhaft für diejenigen, die einen solchen Ansatz verfolgen.



***Denn, wenn niemand die Regeln gesehen hat,
bedeutet das nur, dass diejenigen, die über
sie sprechen, sie von Zeit zu Zeit selbst
zu ihrem eigenen Vorteil erfinden:
Das ist der koloniale Ansatz ...***



Seite E 227 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Denn wenn niemand die Regeln gesehen hat, bedeutet das nur, dass diejenigen, die über sie sprechen, sie von Zeit zu Zeit selbst zu ihrem eigenen Vorteil erfinden: Das ist der koloniale Ansatz.

Denn die kolonialen Länder haben immer geglaubt, dass sie Menschen ersten Ranges wären. Schließlich haben sie immer davon gesprochen, dass sie ihren Kolonien die Aufklärung brächten, dass sie zivilisierte Menschen wären, die anderen Nationen, die sie als zweitklassige Menschen betrachten, die Vorteile der Zivilisation bringen wollten. Kein Wunder, dass die heutige politische Elite, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, von ihrem Exzeptionalismus spricht. Das ist die Konsequenz dieser kolonialen Denkweise, d. h., wenn sie sich in den Vereinigten Staaten für exzeptionell halten, bedeutet das, dass andere Menschen, eigentlich alle Menschen, nur zweitklassige Menschen wären. Wie könnte man das sonst verstehen? Das sind dann die Überreste kolonialen Denkens, nichts anderes!

Unser Ansatz ist ein ganz anderer. Wir gehen von der Tatsache aus, dass alle Menschen gleich sind und alle Menschen die gleichen Rechte haben: Die Rechte und Freiheiten eines Landes und einer Nation enden dort, wo die Rechte und Freiheiten von Menschen eines ganz anderen Staates beginnen. Das ist die Art und Weise, wie sich eine multipolare Welt schrittweise entwickeln sollte. Das ist genau das, was wir anstreben und das ist die Grundlage für unser Zusammenspiel mit China auf der internationalen Bühne.

Wang Guan: BRICS hat sich kürzlich von fünf auf 11 Länder erweitert. Welchen historischen Prozess spiegelt die BRICS-Erweiterung Ihrer Meinung nach wider? Außerdem wird Russland im Jahr 2024 den Vorsitz in BRICS übernehmen. Welche Rolle wird Russland Ihrer Meinung nach in Zukunft und während seiner Präsidentschaft von BRICS spielen?



Wladimir Putin: Zunächst einmal möchte ich sagen, dass der Erweiterungsprozess selbst ziemlich unruhig verlief. Es war ein herausfordernder, ich würde sogar sagen schwieriger Dialog. Aber vor allem dank der Bemühungen unseres Vorsitzenden, des Präsidenten der

Seite E 228 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Republik Südafrika, Cyril Ramaphosa – ich möchte seine Rolle besonders hervorheben – ist es uns gelungen, zu diesem Konsens zu gelangen und eine Einigung zu erzielen.

Was bildet den Kern des Erweiterungsprozesses? Der Prozess basiert auf objektiver Realität. Die multipolare Welt entsteht in der Tat von selbst. Wir können diesen Prozess beschleunigen oder jemand könnte versuchen, ihn zu verlangsamen und vielleicht sogar eine At Reduzierung des Tempos beim Aufbau einer multipolaren Welt erwirken. Wie auch immer, die Entstehung bleibt unvermeidlich. Sie entsteht ganz von selbst aufgrund des wachsenden Potenzials vieler Länder, darunter nicht zuletzt des wachsenden Potenzials der Volksrepublik China. Indien wächst in Asien, Indonesien wächst ebenfalls, viele andere Nationen in Lateinamerika wie Brasilien und Russland kommen wieder auf die Beine und gewinnen an Stärke. Unsere Länder haben ihre Probleme, aber welche Länder haben sie nicht? Irgendwelche Probleme gibt es immer. Aber darum geht es nicht, es geht darum, unser Potenzial auszubauen und dieses Wachstum ist offensichtlich – auch im wirtschaftlichen Bereich.

Was die BRICS betrifft, so war das Verhältnis zwischen den Volkswirtschaften der G7 und der BRICS zum Zeitpunkt des Gipfels in Johannesburg, gemessen an der Kaufkraftparität, bereits zugunsten der BRICS.

Nachdem sechs Mitglieder den BRICS-Staaten beigetreten waren, verschob sich dieses Verhältnis noch mehr zugunsten der BRICS. Auch dies ist ein Ausdruck des objektiven Prozesses der Bildung einer multipolaren Welt.

Das bedeutet, dass alle, die sich den BRICS angeschlossen haben, die Idee und das Konzept der Bildung einer multipolaren Welt unterstützen. Niemand will die zweite Geige gegenüber einem Hegemonen spielen, alle wollen gleiche Rechte. Und wenn sie den BRICS beitreten, sehen sie, dass wir dieses Ziel durch gemeinsame Anstrengungen im Rahmen der Erweiterung und Stärkung eines solchen Formats erreichen können.

Wang Guan: Herr Präsident, Sie sind mit der Geschichte sehr vertraut. In der Tat sind Sie derjenige, der Geschichte schreibt. Sie wissen, dass es die Meinung gibt, dass einige Modelle der zwischenstaatlichen Beziehungen, wie z.B. die Realpolitik, überhaupt nicht dazu beigetragen hätten, die Probleme zu lösen, mit denen die Menschheit im Hinblick auf ihre Entwicklung konfrontiert wäre.

Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die Ideen von Herrn Xi Jinping über den Aufbau einer Schicksalsgemeinschaft für die Menschheit sowie seine Initiativen im Bereich der globalen Entwicklung, der globalen Sicherheit und der globalen Zivilisationsinitiative und für welche Werte stehen sie an einer solchen historischen Weggabelung?

Wladimir Putin: Vielen Dank, dass Sie dieses Thema ansprechen. Soweit ich weiß, wurden diese Ideen zum ersten Mal etwa 2013 während des Besuchs von Präsident Xi Jinping in Moskau in allgemeiner Form formuliert, als er am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen [MGIMO] vortrug und dies zum ersten Mal zur Sprache brachte.

Natürlich ist dies ein globaler Ansatz zur Geschichte der Menschheit. Es ist klar, dass alles miteinander verknüpft ist. Und heute, da sich eine multipolare Welt herausgebildet, sind diese Ideen sogar noch wichtiger geworden. Er sprach darüber im Jahr 2013 und heute werden diese Ideen tatsächlich umgesetzt. Das ist äußerst wichtig.

Ich möchte noch einmal auf den Anfang zurückkommen: Wir alle, und insbesondere Herr Xi Jinping, lassen uns nicht von opportunistischen Erwägungen des aktuellen Augenblicks

leiten. Wir versuchen, die Situation umfassend zu bewerten und in die Zukunft zu blicken. Sehen Sie, er hat hier im Jahr 2013 über die Bildung einer globalen Welt und die Verbindung der Schicksale aller Länder der Erde gesprochen und dann die Belt and Road Initiative ins Leben gerufen. Dies ist die praktische Umsetzung dessen, worüber er in der Theorie gesprochen hat.

Ich habe den Eindruck, dass sich Präsident Xi Jinping und die Politik der Volksrepublik China dadurch auszeichnen, dass sie konsistent auf gemeinsame Ziele hinarbeiten, während sie die Essenz der laufenden Geschehnisse erkennen.

Wang Guan: Herr Präsident, Sie haben Xi Jinping 40 Mal gesehen. Was für ein Mensch, was für eine Führungspersönlichkeit ist Xi Jinping Ihrer Meinung nach? Könnten Sie uns einige Geschichten erzählen, die Sie gemeinsam erlebt haben?



***Die Sache ist die, dass Präsident Xi Jinping mich als seinen Freund bezeichnet und ich nenne ihn auch meinen Freund. Wir haben hier ein Sprichwort:
«Sag mir, wer dein Freund ist,
und ich sage dir, wer du bist.»***



Wladimir Putin: Die Sache ist die, dass Präsident Xi Jinping mich als seinen Freund bezeichnet und ich nenne ihn auch meinen Freund. Wir haben hier ein Sprichwort: «Sag mir, wer dein Freund ist, und ich sage dir, wer du bist.» Wenn ich also jetzt Präsident Xi Jinping loben würde, würde ich mich unwohl fühlen, als ob ich mich selbst loben wollte. Ich werde also versuchen, objektiv zu bleiben. Er ist zweifellos einer der anerkanntesten Führer der Welt.

Es ist gut, dass Sie sich an seine Rede auf der MGIMO [Moskauer Institut für Internationale Beziehungen] im Jahr 2013 erinnern haben und ich habe sie mit der Belt and Road Initiative in Verbindung gebracht. Ich wiederhole es zum dritten Mal, aber es ist sehr wichtig: Er ist eine Führungspersönlichkeit, die keine momentanen Entscheidungen auf der Grundlage einer aktuellen Situation trifft, sondern die Situation bewertet, sie analysiert und in die Zukunft blickt. Das ist sehr wichtig. Genau das unterscheidet einen Staatsmann von Welt von den Leuten, die wir als „Gesinnungsopportunisten“ bezeichnen, die nur für einen kurzen Moment auftauchen, um sich auf der internationalen Bühne aufzuspielen und dann zu verschwinden.

Natürlich ist Präsident Xi Jinping völlig anders. Er ist aufmerksam, gelassen-überlegend, geschäftstüchtig und ein zuverlässiger Partner – das wollte ich unterstreichen. Wenn wir uns auf etwas einigen, können wir sicher sein, dass beide Seiten ihren Teil der Abmachung einhalten werden.

Was unsere Treffen angeht: Ja, wir hatten viele, und das ist gut so. Sie haben sie wahrscheinlich gezählt, ich weiß es nicht mehr genau, wie viele – vielleicht 40 Treffen. Einmal – ich weiß das Jahr nicht mehr, ich glaube, es war bei einem APEC-Treffen, ich

meine in Indonesien – ich hatte Geburtstag und wir haben diesen Anlass gemeinsam gefeiert. Später fiel eine Veranstaltung in Duschanbe [Hauptstadt Tadschikistans] mit seinem Geburtstag zusammen und wir feierten ihn im Rahmen unserer gemeinsamen Arbeit auch dort.



Der Panzerkreuzer Aurora in St. Petersburg und Symbol der Oktober Revolution 1917
Quelle: Fiss, CC BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons

Wir hatten eine großartige Reise während des Besuchs von Präsident Xi Jinping in Russland, als wir nach St. Petersburg fuhren und das Kreuzfahrtschiff Aurora besichtigten, eine Bootsfahrt auf der Newa machten und ein sehr langes, ausführliches, absolut neutrales und freundschaftliches Gespräch über die bilateralen Beziehungen und die Weltlage führten. Es war eine sehr angenehme Atmosphäre, wir aus unseren Herzen sprachen, alle Fragen und Probleme durchgingen und alles diskutierten. Es war sehr sachlich, sehr ruhig und freundschaftlich, eine Atmosphäre, in der man sich wie zu Hause fühlte. Wie Sie wissen, hat er uns zuletzt im März besucht. Auch das war ein sehr guter, geschäftsmäßiger Besuch, der für die zukünftige Entwicklung unserer Beziehungen von großer Bedeutung ist. Ich hoffe, dass wir beim nächsten Treffen, das in China geplant ist, an diese Tradition anknüpfen werden.

Wang Guan: Was die ukrainische Frage betrifft: Herr Präsident, wie beurteilen Sie die Aussichten auf eine friedliche Beilegung der Ukraine-Krise? Wann wird sich der Frieden durchsetzen können?

Sie haben auch das chinesische Dokument erwähnt, das eine politische Lösung für die Beilegung der ukrainischen Krise vorsieht. Was halten Sie davon?

Wladimir Putin: Wir sind unseren chinesischen Freunden dankbar, dass sie versuchen, über Wege zur Beendigung dieser Krise nachzudenken. Ich möchte Sie jedoch daran erinnern, dass die Feindseligkeiten in der Ukraine nicht mit unserer speziellen Militäroperation

begannen, sondern schon viel früher einsetzten – im Jahr 2014, als die westlichen Länder, nachdem sie sich als Garanten für die Vereinbarungen zwischen Präsident Janukowitsch und der Opposition angeboten hatten, diese Garantien innerhalb weniger Tage vergaßen und – schlimmer noch – einen Staatsstreich unterstützten. Beamte der US-Regierung haben sogar zugegeben, viel Geld dafür ausgegeben zu haben – fünf Milliarden, sagten sie, wenn ich mich recht entsinne -, und jetzt haben wir das, was passieren musste.



Ich werde mich nicht damit aufhalten, ob es sich um eine Revolution oder eine Farbrevolution gehandelt habe, aber es war auf jeden Fall ein Staatsstreich. Ja, es ging um Fehler, die die damalige [ukrainische] Führung gemacht hat, aber diese Fehler hätten durch demokratische Verfahren behoben werden müssen und nicht durch militante Kämpfer auf der Straße. Aber die westlichen Länder haben sich anders entschieden – sie haben einen Staatsstreich unterstützt. Und dann begannen sie, im Wesentlichen stellvertretend für das Kiewer Regime, die Feindseligkeiten im Südosten der Ukraine, im Donbass, und setzten diese Feindseligkeiten acht Jahre lang fort und töteten Frauen und Kinder. Der Westen schenkte dem keine Beachtung oder tat so, als würde er es nicht bemerken.

Selbst als in Minsk, Weißrussland, Vereinbarungen unterzeichnet wurden, die so genannten Minsker Vereinbarungen, tat Russland alles, um diesen Weg zur Beilegung des Konflikts zu beschreiten. Sie haben uns das auch nicht erlaubt.

Darüber hinaus erklärte die ukrainische Führung schließlich, dass ihr diese Minsker Vereinbarungen einfach nicht gefielen und sie sie nicht einhalten würde.

Verschärft wurde dies durch die Versuche der Vereinigten Staaten, die Ukraine in die NATO zu ziehen, was zu einer Eskalation des Konflikts führte.

Ich möchte Sie daran erinnern, als die Ukraine ihre Unabhängigkeit erlangte – oder proklamierte -, die Unabhängigkeitserklärung das grundlegende Dokument war, dem die

ukrainische Unabhängigkeit zugrunde lag: Der wichtigste Grundsatz dieser Unabhängigkeitserklärung lautete, dass die Ukraine ein neutraler Staat sei.

Doch im Jahr 2008 verkündeten sie ohne triftigen Grund – es war keine Krise in Sicht, dass die Ukraine in der NATO willkommen wäre. Und warum? Das versteht bis heute niemand.



Und so verschärften sie Jahr für Jahr die Spannungen. Schließlich kam es zur Krise von 2014, und die Feindseligkeiten brachen aus. Damit wurde die Eskalation auf eine neue Stufe gehoben.



Und so verschärften sie Jahr für Jahr die Spannungen. Schließlich kam es zur Krise von 2014, und die Feindseligkeiten brachen aus. Damit wurde die Eskalation auf eine neue Stufe gehoben. Daher war der Beginn der militärischen Sonderoperation nicht der Beginn eines Krieges, sondern ein Versuch, diesen zu beenden.

Was die Frage betrifft, was getan werden muss und wie es getan werden muss, um den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu beenden: Wir haben uns nie dagegen ausgesprochen. Im Übrigen haben wir in Istanbul eine Vereinbarung getroffen, die bestätigt, dass wir dazu bereit sind, vorausgesetzt, dass – ich betone – die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands respektiert würden. Die ukrainische Seite hat sehr strenge Sicherheitsanforderungen gestellt, und wir haben sie nahezu akzeptiert. So wie wir jedoch unsere Truppen aus der ukrainischen Hauptstadt Kiew zurückgezogen hatten, hat die ukrainische Seite alle Vereinbarungen in Flammen aufgehen lassen. Dieselben Vereinbarungen, die auf dem Papier von den Leitern der Verhandlungsparteien paraphiert worden waren – nicht das Paket selbst, sondern das Memorandum über diese Vereinbarungen.

Sie kündigten dann an, dass sie versuchen würden, Russland zu besiegen und einen Sieg auf dem Schlachtfeld zu erringen, um Russland eine strategische Niederlage zu bereiten. Sie starteten eine aktive Militäroperation, die so genannte Gegenoffensive. Sie dauert seit dem 4. Juni an. Bislang wurden keine Ergebnisse erzielt, sondern nur massive Verluste. Die Verluste sind einfach riesig, im Verhältnis eins zu acht.

Natürlich kennen wir die Vorschläge unserer chinesischen Freunde. Wir schätzen diese Vorschläge sehr. Ich denke, sie sind absolut realistisch und könnten die Grundlage für Friedensvereinbarungen bilden. Aber leider ist die Gegenseite nicht bereit, in Verhandlungen einzutreten. Der ukrainische Präsident hat sogar ein Dekret erlassen, das allen – auch ihm selbst – verbietet, mit uns in Verhandlungen zu treten. Wie können wir verhandeln, wenn sie nicht dazu bereit scheinen und sogar eine Verordnung erließen, die solche Verhandlungen verboten hat?

Wenn also die ukrainische Seite dazu bereit ist, dann sollte sie als erstes das Dekret aufheben und ihre Bereitschaft zu Verhandlungen bekunden. Wir sind dazu bereit, auch auf der Grundlage der Vorschläge unserer chinesischen Freunde.

Wang Guan: Herr Präsident, China hat stets sein Interesse an der Schaffung einer allseitigen, gemeinsamen und unteilbaren Sicherheit zum Ausdruck gebracht. Gibt es eine Chance, die Positionen in der Ukraine-Frage zu schlichten?

Wladimir Putin: Ja, das haben wir auch immer gesagt. Wir haben gesagt, dass die Sicherheit einer Gruppe von Staaten nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten aufgebaut werden kann. Die Sicherheit muss für alle gleich sein.

In diesem Zusammenhang ist es für uns äußerst wichtig, dass die Ukraine außerhalb jeglicher Blöcke bleibt. Bereits 1991 wurde uns – von der damaligen US-Regierung – gesagt, dass die NATO nicht weiter nach Osten expandieren würde. Seitdem hat es fünf Erweiterungswellen der NATO gegeben, und jedes Mal haben wir unsere Bedenken geäußert. Jedes Mal wurde uns gesagt: «Ja, wir haben euch versprochen, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, aber das waren mündliche Versprechen – gibt es ein Papier mit unserer Unterschrift darauf? Kein Papier? Auf Wiedersehen.»

Sie sehen, es ist sehr schwierig, mit solchen Leuten einen Dialog zu führen. Ich habe bereits das Beispiel des iranischen Atomprogramms angeführt. Die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm waren sehr, sehr langwierig. Es wurde eine Einigung erzielt, ein Kompromiss gefunden und Dokumente unterzeichnet. Dann kam eine neue US-Administration und die hat alles auf den Müll geworfen, als hätte es diese Vereinbarungen nie gegeben. Wie können wir uns auf irgendetwas einigen, wenn jede neue Regierung wieder von Neuem beginnt – jedes Mal einen neuen Ankick?

Das gilt für jede Frage, für jedes Thema, auch für das, über das wir gerade sprechen. Deshalb besteht einer der wichtigsten Punkte darin, gleiche Sicherheit für alle zu gewährleisten und darauf hat Russland ebenso Anspruch wie jeder andere Staat. Wenn wir sagen, dass die NATO uns über die Ukraine bedroht, wünschen wir, dass unsere Bedenken gehört werden.

Wang Guan: Vielen Dank für das Gespräch. Ich danke Ihnen.



Wladimir Putin: Es war mir eine Freude, dies für die chinesischen Zuschauer und Zuhörer zu tun. Ich möchte Ihnen von ganzem Herzen danken und den Bürgern unseres freundlichen Nachbarn, der Volksrepublik China, meine besten Wünsche übermitteln!

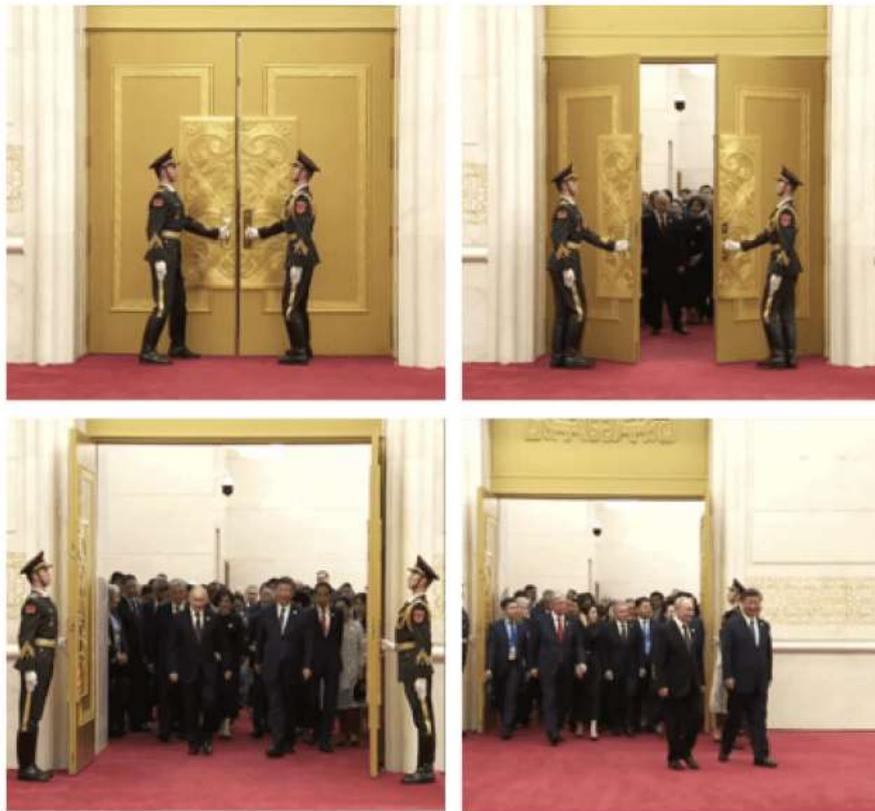
Ich danke Ihnen.

****Übersetzung aus dem Englischen: Unser-Mitteuropa*

Nur wenige Tage nach dem Interview und der Ankunft von Wladimir Putin in Peking



**Willkommens Banquet zum «Dritten Belt & Road Forum»:
Gastgeber Xi Jinping und sein Staatsgast Nr. 1: Wladimir Putin**



17. Oktober 2023 – Der chinesische Präsident Xi Jinping und seine Frau Peng Liyuan gaben am Dienstag in Peking ein Bankett zur Begrüßung der Gäste, die in China am dritten Belt and Road Forum für internationale Zusammenarbeit teilnehmen.

03) Exklusiv: Moskau: „Ukrainische Gegenoffensive gescheitert, Russland führt Offensivoperationen durch“

14. 10. 2023



Vom westlichen Mainstream noch verheimlicht:

Die vier Monate andauernde ukrainische „Gegenoffensive“ habe keines ihrer Ziele erreicht – so der russische UNO-Botschafter Wassili Nebensja, am Freitag vor dem Sicherheitsrat.

„Seit einigen Tagen gehen die russischen Truppen zu offensiven Kampfhandlungen über, praktisch entlang der gesamten Frontlinie. Daher kann die sogenannte ukrainische Gegenoffensive offiziell als abgeschlossen betrachtet werden.“

- sagte Nebensja.

90.000 Tote, 1900 zerstörte Panzer

Laut seiner Angaben hätten vier Monate ukrainischer Angriffe nur zu „Hundertern von zerstörten Einheiten westlicher Ausrüstung“ und

...“Zehntausenden von Menschenleben geführt, die vom Kiewer Regime rekrutiert wurden, von denen die meisten nicht einmal kämpfen wollten.“

Einige der Glücklicheren hätten sich ergeben und überlebt, fügte Nebenzia hinzu.

Die Verluste der Ukraine werden auf „mehr als 90.000 Menschen“, 1900 Panzer und 557 gepanzerte Fahrzeuge geschätzt, so die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin vor dem Internationalen „Waldai“-Debattierklub Waldai in der vergangenen Woche.

Westen heizte Massaker an

Anstatt das „Massaker“ an den Ukrainern an der Front zu beenden,

Seite E 236 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

...„versorgt der Westen sie weiterhin wie Drogenabhängige mit Waffen und verlängert damit ihre Qualen.“

- sagte Nebensja vor dem UN-Sicherheitsrat.

„Lassen Sie mich betonen, dass das, was gegen Russland steht, nicht die Streitkräfte der Ukraine sind, deren Ressourcen fast erschöpft sind, sondern die kollektive Militärmaschinerie der NATO-Länder und ihre vereinten Verteidigungsindustrien.“

- fügte der russische Gesandte hinzu.

„Der Zynismus unserer ehemaligen westlichen Partner ist einfach erstaunlich“

- sagte er und zitierte die jüngste Aussage der niederländischen Verteidigungsministerin Kajsja Ollongren, dass die Bewaffnung der Ukraine ein „sehr billiger Weg“ sei, um Russland zu bekämpfen.

Friedliche Koexistenz mit der Ukraine

Eine Ukraine, die in Frieden mit ihren Nachbarn lebt und die Rechte aller ihrer Bürger respektiert, „hatte und hat eine Zukunft“, so der russische Gesandte abschließend. „Selenskyjs kriminelles Neonazi-Regime hat keine“.

Der Chef des ukrainischen Militärgeheimdienstes, Kirillo Budanow, räumte am Donnerstag ein, dass die Offensive nicht nur „verzögert“, sondern auch „völlig außerhalb des Zeitplans“ verlaufen sei, und fügte hinzu, dass die Erklärung dafür – laut „oroszhirek.hu“ – geheim sei.

Gerüchte bezüglich des Scheiterns der Gegenoffensive gab es bereits vor einem Monat durch „business-news“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Russlands Auslandnachrichtendienst-Chef: Westen versucht mit Terrorgruppen global zu destabilisieren

14. 10. 2023



Sergey Naryschkin – Chef des Auslandnachrichtendienstes Russlands

„Diktat des Westens“ mit extremistischen Gruppen erzwingen

Die drohenden Niederlagen des Westens auf ihren diversen Kriegsschauplätzen scheinen atlantische Falken zu verführen, künftig dubiose Methoden zu ergreifen. Das erläuterte der Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes (SVR), Sergej Naryschkin, in der vorigen Woche. Er ließ wissen, dass auf der ganzen Welt eine immer größere Zahl „aufstrebender Mächte“ gemäß ihrer Außenpolitik nach mehr Unabhängigkeit strebten und die niedergehende Hegemonie des Westens zurückweise. Der Westen versuche nun verzweifelt, seine globale Dominanz mit anderen und hybriden Methoden – wozu auch terroristische Mittel zählten – anderen Ländern aufzuzwingen.

Naryschkin sagte im Zuge eines Treffens der Geheimdienstchefs der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in Baku:

„Der Westen, angeführt von den USA, kann seine Vorherrschaft auf globaler Ebene nicht länger aufrechterhalten [...] „Aufstrebende Machtzentren sich nicht mehr bereit sich dem aggressiven Diktat des Westens zu beugen.“

In ihrem Bestreben eine unipolare Weltordnung fortzuschreiben, versuchten die USA vorsätzlich wichtige Weltregionen zu destabilisieren, meinte Naryschkin. Washington und seine Verbündeten in London und Paris zögerten nicht, verschiedene destruktive Kräfte der

internationalen Bühne zu manipulieren, wenn es darum gehe ihre Ziele zu realisieren, erklärte er und fügte hinzu, dass die Liste jene Kräfte internationale Terrorgruppen, radikale Islamisten und ultranationalistische Bewegungen umfasse.

Naryschkin zufolge haben die Anstrengungen der USA den Friedensprozess in Syrien unterbrochen und die Lage in Afghanistan verschlechtert.



Zuletzt hatte sich der Westen Afrika zugewandt, indem er verschiedene militante Gruppierungen zu Angriffen auf die Infrastruktur in Mali und der Zentralafrikanischen Republik mutmasslich ermutige, sagte der russische Spionagechef...



Zuletzt hatte sich der Westen Afrika zugewandt, indem er verschiedene militante Gruppierungen zu Angriffen auf die Infrastruktur in Mali und der Zentralafrikanischen Republik mutmaßlich ermutige, sagte der russische Spionagechef unter Berufung auf „zuverlässige Informationen“, die seiner Behörde vorlägen.

Der Westen orchestrierte „Sabotageoperationen gegen afrikanische Nationen, die mit Russland befreundet sind“, erklärte Naryschkin und fügte hinzu, dass die als G7 bekannte Gruppe der sieben größten Industrieländer, ebenfalls „aktiv gegen Russland“ agiere.

Der Westen beherberge und unterstütze offen verschiedene „separatistische terroristische Strukturen, die zum Umsturz der russischen Staatsordnung und zur Verletzung seiner territorialen Integrität aufrufen“, sagte der hohe russische Offizielle und nannte als Beispiel das Forum so genannter „Freier Nationen des Post-Russlands“.

Das Forum sei ein loser Zusammenschluss verschiedener Oppositionsaktivisten sowie ethnischer – und regionaler Separatistenbewegungen und setze sich unter den Schlagworten „Entkolonialisierung“ und „De-Okkupation“ offen für eine Zerschlagung Russlands ein.



Karte der zerschlagenen Russischen Föderation, wie vom Forum geplant & propagiert

Im März wurde das Forum in Russland zu „unerwünschten Organisation“ erklärt. Zuvor fanden schon drei Treffen besagten Forums statt, zwei davon in Polen und das dritte in der Tschechischen Republik. Für Dezember wäre das vierte Treffen in Schweden geplant.

„Es ist für jeden vernünftigen Menschen offensichtlich, dass die Bekanntmachung solcher ... Wünsche dazu führen, Eurasien in einen schrecklichen ethnischen und religiösen Konflikt zu stürzen“, sagte Naryschkin und bezeichnete dies als Beweis für die Absicht Washingtons, „den eurasischen Kontinent in Brand zu stecken.“

Der Westen spiele „mit dem Feuer“ und „die Zukunft der Weltordnung stehe auf dem Spiel“, warnte er und rief „verantwortungsvollere globale und regionale Akteure“ auf, ihre Kräfte zu bündeln, um ihre Bemühungen zu koordinieren und die vom Westen angezielte Destabilisierung zu verhindern und eine multipolare Weltordnung herbeizuführen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Die offizielle Reaktion Russlands auf den jüngsten Krieg zwischen Israel und Hamas

09. 10. 2023



Bild: shutterstock

Von ANDREW KORYBKO | Weit davon entfernt, für Palästina zu sein, wie viele in der Alt-Media-Community fälschlicherweise denken, glaubt Russland, dass es genauso viel Schuld an allem hat wie Israel.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Zakharova, veröffentlichte am Samstag die folgende Erklärung als Reaktion auf den jüngsten Krieg zwischen Israel und der Hamas, der nach dem groß angelegten hinterhältigen Angriff der Gruppe ausgebrochen ist:

„Russland ist zutiefst besorgt über die scharfe Eskalation des palästinensisch-israelischen Konflikts.

In diesem Zusammenhang möchten wir unsere grundsätzliche und konsequente Haltung bekräftigen, dass dieser seit 75 Jahren andauernde Konflikt nicht mit Gewalt gelöst werden kann, sondern ausschließlich auf politischem und diplomatischem Wege, durch einen vollwertigen Verhandlungsprozess auf der Grundlage des bekannten internationalen Rechtsrahmens, der die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit einer Hauptstadt in Ost-Jerusalem vorsieht, der in Frieden und Sicherheit mit Israel koexistiert, beigelegt werden kann.

Wir betrachten die derzeitige massive Eskalation als eine weitere äußerst gefährliche Manifestation eines Teufelskreises der Gewalt, der sich aus der chronischen Nichteinhaltung der entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen und ihres

Seite E 241 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Sicherheitsrates und der Blockierung der Arbeit des Nahost-Quartetts der internationalen Vermittler, bestehend aus Russland, den Vereinigten Staaten, der EU und den Vereinten Nationen, durch den Westen ergibt.

Wir rufen die palästinensische und die israelische Seite auf, einen sofortigen Waffenstillstand zu schließen, auf Gewalt zu verzichten, Zurückhaltung zu üben und mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft einen Verhandlungsprozess einzuleiten, der auf einen umfassenden, dauerhaften und lang ersehnten Frieden im Nahen Osten abzielt“.

Die Erklärung ist zwar kurz und bündig, verrät aber dennoch viel über Russlands Einstellung zu diesem Konflikt, was viele Mitglieder der Alt-Media-Community (AMC) überraschen dürfte, die fälschlicherweise annahmen, dass Russland Palästina favorisiert.

Zunächst einmal ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass Zakharova die Kohärenz der Position ihres Landes betont, die in der friedlichen Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates im Einklang mit dem Völkerrecht besteht. Das zweite Detail ist, dass beide Staaten dann in Frieden und Sicherheit koexistieren sollen. Wenn man zwischen den Zeilen liest, bedeutet dies, dass von Palästina keine glaubwürdige Sicherheitsbedrohung für Israel ausgehen sollte, die Israel zu militärischen Maßnahmen, auch präventiv, veranlassen könnte.

Nur wenige in der AMC sind sich dessen bewusst, aber Präsident Putin unterstützt nachdrücklich das Recht Israels, sich selbst zu verteidigen, insbesondere gegen das, was seine Führung als Terrorismus ansieht, die Anhänger Palästinas aber als legitimes Mittel zur nationalen Befreiung nach Jahrzehnten der Besatzung betrachten. Dieser Artikel hat Dutzende von Äußerungen des russischen Staatschefs zu Israel von der offiziellen Kreml-Website aus den Jahren 2000–2018 zusammengetragen, um zu zeigen, wie leidenschaftlich er in dieser Frage ist.

Er fügt dem Rest der Erklärung bezüglich des „Teufelskreises der Gewalt“ und der daraus resultierenden Aufforderung, „einen sofortigen Waffenstillstand zu implementieren“, einen Kontext hinzu, dessen Wortlaut von den Anhängern Palästinas kritisiert wurde, da sie jedes Mal, wenn Kämpfe ausbrechen, gleich die Schuld auf ihre Seite schieben, wenn jemand das sagt. Wer jedoch den oben genannten Artikel liest, erfährt, dass Russlands oberster Politiker absolut kein Verständnis für die umstrittenen Mittel hat, mit denen einige Palästinenser die Unabhängigkeit anstreben.

Präsident Putin ist der Meinung, dass der Kampf der Palästinenser friedlich bleiben sollte, aber wenn Gewalt unvermeidlich ist, dann sollten sich beide Parteien an das Völkerrecht halten. Die Tötung und Entführung unbewaffneter Siedler-Zivilisten, insbesondere von Kindern, ist seiner Ansicht nach inakzeptabel. Er betrachtet dies als Terrorismus und ist der Meinung, dass dies eine Rolle bei der Aufrechterhaltung des Konflikts gespielt hat. Das soll nicht heißen, dass Israel unschuldig ist, sondern nur, dass Russland solche Taktiken niemals gutheißen kann, nachdem sie in den 1990er und 2000er Jahren gegen Israel eingesetzt wurden.

Obwohl einige Palästinenser Anschläge begehen, die Präsident Putin aufrichtig als Terroranschläge betrachtet, ist die russische Regierung nicht der Ansicht, dass dies ihre nationale Befreiungsbewegung diskreditiert. Diese Verbrechen definieren diese Bewegung nicht, und obwohl sie aus der Sicht des Kremls niemals gerechtfertigt werden können, kann man argumentieren, dass sie teilweise das Ergebnis der Verzweiflung dieser Menschen

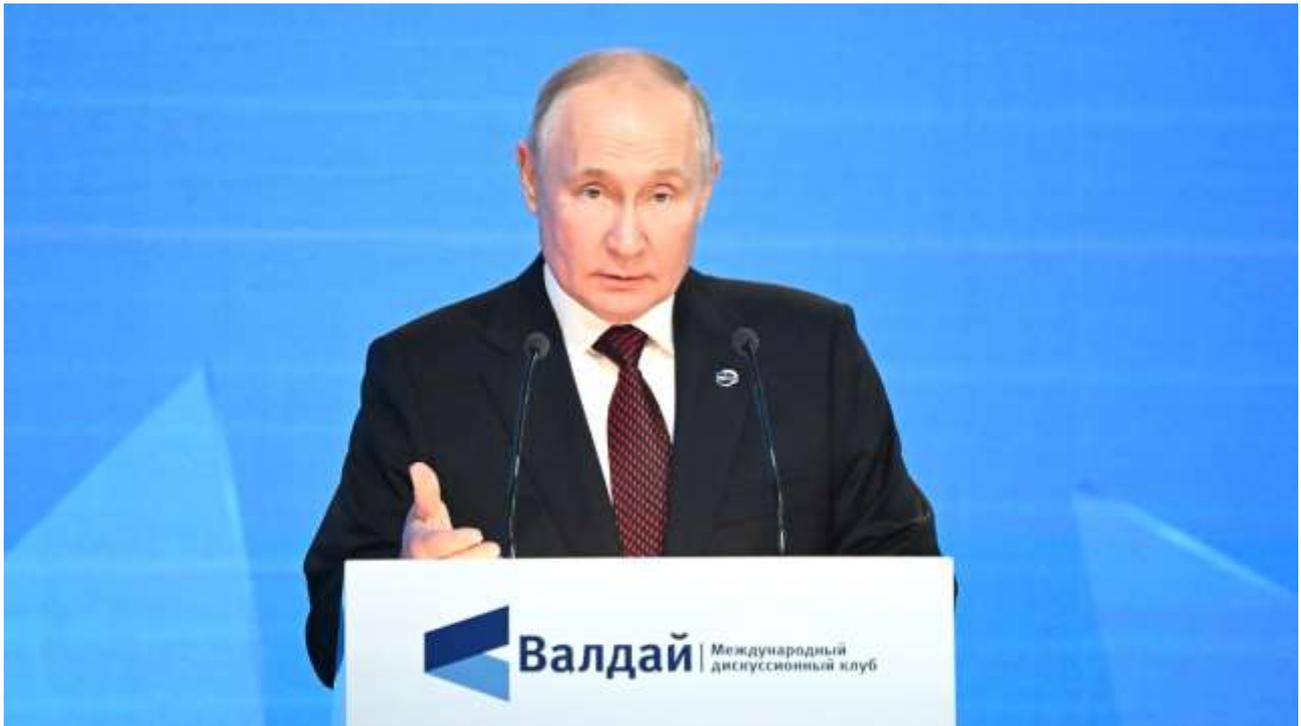
sind. Dies erklärt, warum Russland Israel regelmäßig auffordert, die einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats umzusetzen, um das Leid dieser Menschen zu lindern.

Quelle: [Interpreting Russia's Official Reaction To The Latest Israeli-Hamas War](#)

Aus: *UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

06) Wladimir Putin am Valdai Club: Sechs Grundsätze für neues multipolares Weltsystem

07. 10. 2023



5.10.2023: Der russische Präsident mit seiner Grundsatzrede zur neuen Weltordnung
Bilder: © Valdai Discussion Club

**Verehrte Teilnehmer der Plenarsitzung,
liebe Kollegen, meine Damen und Herren,**

ich freue mich, Sie alle in Sotschi und wie der Moderator schon sagte, zum Treffen des zwanzigjährigen Jubiläums des «*Valdai International Discussion Clubs*» begrüßen zu dürfen.

Unser oder besser Ihr Forum, welches traditionsgemäß führende Politiker und Wissenschaftler, Experten und Aktivisten der Zivilgesellschaft aus vielen Ländern der Welt zusammenbringt, hat damit seinen hohen Stellenwert als wichtige intellektuelle Plattform einmal mehr unterstrichen. Die Valdai-Diskussionen spiegeln die wichtigsten Prozesse der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts in ihrer Gesamtheit und Komplexität wider. Ich bin sicher, dass dies auch heute der Fall sein wird, so wie es wahrscheinlich auch in den vorherigen Tagen, als Sie miteinander diskutierten, der Fall war und es so bleiben wird, weil wir im

Seite E 243 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Grund vor der Aufgabe stehen eine neue Welt zu errichten. In diesen entscheidenden Phasen tragen Sie, liebe Kollegen, die extrem wichtige Rolle und Verantwortung der Intellektuellen.

In den Jahren der Arbeit des Clubs haben sich sowohl in Russland als auch in der Welt gravierende, wenn nicht enorme Veränderungen vollzogen. Zwanzig Jahre sind nach historischen Maßstäben kein langer Zeitraum, aber eine Epoche, während der die gesamte Weltordnung zusammenbricht, scheint die Zeit zu verkürzen.

Ich denke, Sie werden mir zustimmen, dass sich in den letzten 20 Jahren mehr ereignet hat als in den Jahrzehnten vieler historischer Perioden zuvor: Es waren qualitative Veränderungen, die einen grundlegenden Wandel der Prinzipien internationaler Beziehungen bewirkten.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hofften alle, dass die Staaten und Völker die Lehren aus den aufwendigen und zerstörerischen militärisch-ideologischen Konfrontationen des vergangenen Jahrhunderts gezogen, die Schädlichkeit und Zerbrechlichkeit unseres vernetzten Planeten erkannt und verstanden hätten, dass die globalen Probleme der Menschheit gemeinsames Handeln und die Suche nach kollektiven Lösungen erfordern. Egoismus, Überheblichkeit und die Missachtung der echten Herausforderungen würden unweigerlich in eine Sackgasse führen, genau wie die Versuche der mächtigeren Länder ihre Konzepte und Interessen anderen aufzuzwingen. Dies hätte jedem klar sein müssen. Das sollte es auch, aber es stellte sich heraus, dass dem nicht so war – nein!

Als wir vor fast 20 Jahren zum ersten Mal im Club zusammentrafen, hatte unser Land eine neue Entwicklungsphase eingeschlagen. Russland hatte nach Auflösung der Sowjetunion eine äußerst schwierige Phase der Wiederherstellung durchgestanden. Wir brachten uns mit aller unserer Kraft und gutem Willen in den Prozess des Aufbaus einer neuen, nach unserer Meinung gerechteren Weltordnung ein. Glücklicherweise ist unser Land in der Lage einen großen Beitrag zu leisten, sodass wir unseren Freunden, Partnern und der ganzen Welt etwas anzubieten haben.

Bedauerlicherweise wurde unsere Bereitschaft der konstruktiven Teilnahme missverstanden und als Unterwerfung und Zustimmung dafür aufgefasst, dass die neue Weltordnung von denen eingerichtet würde, die sich selbst zu den Gewinnern des Kalten Krieges erklärten. Es wurde als Eingeständnis gewertet, dass Russland bereit wäre, dem Kielwasser anderer zu folgen und sich nicht von eigenen nationalen Interessen, sondern von den Interessen anderer leiten ließe.

In diesen Jahren haben wir mehr als einmal davor gewarnt, dass dieser Ansatz nicht nur in eine Sackgasse führe, sondern auch die zunehmende Gefahr eines militärischen Konflikts in sich berge.



***Aber niemand hat auf uns gehört oder wollte es.
Die Arroganz unserer sogenannten Partner im
Westen hat sich ins Unermessliche gesteigert.
Ich kann es nur so ausdrücken.***



Aber niemand hat auf uns gehört oder wollte es. Die Arroganz unserer so genannten Partner im Westen hat sich ins Unermessliche gesteigert. Ich kann es nur so ausdrücken.

Die Vereinigten Staaten und ihre Satelliten haben einen steten Kurs in Richtung Hegemonie eingeschlagen – militärisch, politisch, wirtschaftlich, kulturell und sogar moralisch und wertebasiert. Von Anfang an war uns klar, dass der Versuch, ein Monopol zu errichten, zum Scheitern verurteilt wäre. Die Welt ist zu komplex und vielfältig, um sie einem einzigen System zu unterwerfen, selbst wenn es auf die gewaltige und akkumulierte Macht des Westens nach Jahrhunderten der Kolonialpolitik gestützt wäre. Viele Ihrer Kollegen sind heute abwesend, doch sie leugnen nicht, dass ein Großteil des westlichen Wohlstands durch das Ausbeuten von Kolonien über die Jahrhunderte realisiert worden ist. Das ist eine Tatsache. Im Wesentlichen wurde dieses Niveau der Entwicklung durch das Ausplündern des gesamten Planeten erreicht.

Die Geschichte des Westens ist im Wesentlichen eine Chronik endloser Expansion. Der westliche Einfluss in der Welt entspricht einer riesigen militärisch-finanziellen Pyramide, die ständig neuen «Treibstoff» braucht, um sich selbst zu stützen, mit natürlichen -, technologischen – und menschlichen Ressourcen, die anderen gehören. Aus diesem Grund kann und wird der Westen nicht aufhören. Unsere Argumente, Mahnungen, Appelle an die Vernunft oder Vorschläge wurden einfach überhört.

Ich habe dies sowohl unseren Verbündeten als auch unseren Partnern öffentlich erklärt. Es gab sogar einen Moment, als ihr braver Diener vorschlug: «*Vielleicht sollten wir auch der NATO beitreten?*» «*Aber nein!*», die NATO brauche kein Land wie das unsere – «*Nein!*» Ich möchte wissen, was sie sonst noch brauchen. Wir dachten, wir gehörten dazu, hätten einen Fuß in der Tür. Was hätten wir denn sonst tun sollen? Es gab keine ideologische Konfrontation mehr. Was war das Problem? Ich denke, das Problem fußt auf geopolitischen Interessen und ihrer Arroganz gegenüber anderen: Ihre Selbstüberschätzung war und ist das Problem!

Wir müssen auf den immer stärker werdenden militärischen und politischen Druck reagieren. Ich habe schon oft gesagt, dass nicht wir es waren, die den so genannten “*Krieg in der Ukraine*” lostraten. Ganz im Gegenteil, wir versuchen ihn zu beenden. Wir waren es nicht, die 2014 einen Putsch in Kiew inszenierten – einen blutigen und verfassungsfeindlichen Coup d’état. Wenn immer solches an anderen Orten geschähe, hörten wir sofort von allen internationalen Medien – vor allem natürlich von denen, die der angelsächsischen Welt unterstehen: Das sei inakzeptabel, das sei unmöglich, das sei antidemokratisch. Aber der Putsch in Kiew war möglich. Sie nannten sogar die Summe, die sie für diesen Putsch ausgegeben hatten. Plötzlich war alles akzeptabel.

Zu dieser Zeit hat Russland sein Bestes getan, um die Menschen auf der Krim und in Sewastopol zu unterstützen:

- **Wir haben nicht versucht, die Regierung zu putschen oder die Menschen auf der Krim und in Sewastopol einzuschüchtern und ihnen mit ethnischen Säuberungen nach Nazi-Art zu drohen.**
- **Wir haben nicht versucht, den Donbass durch Beschuss und Bombardierung zum Gehorsam zu zwingen.**
- **Wir haben nicht gedroht, jeden zu töten, der seine Muttersprache sprechen will.**

Sie wissen, jeder hier ist eine informierte und gebildete Person. Man kann Millionen von Menschen, welche die Realität aus den Medien als real auffassen, sich einer Gehirnwäsche – entschuldigen Sie den Ausdruck – unterziehen. Aber Sie hier wissen, was wirklich los war: Sie [das Regime der westlichen Putschisten] haben neun Jahre lang bombardiert, geschossen und Panzer eingesetzt. Krieg, ein echter Krieg gegen den Donbass wurde entfesselt. Und niemand hat die toten Kinder im Donbass gezählt. Niemand – insbesondere im Westen – weinte um die Toten.



Der Krieg, den das Regime in Kiew mit aktiver und direkter Unterstützung des Westens startete, befindet sich heute in seinem zehnten Jahr und Russlands militärische Sonderoperation zielt darauf ab, ihn zu beenden.





Der Krieg, den das Regime in Kiew mit aktiver und direkter Unterstützung des Westens startete, geht in sein zehntes Jahr und Russlands militärische Sonderoperation zielt darauf ab, ihn zu beenden. Und sie erinnert uns daran, dass einseitige Schritte, egal wer sie unternimmt, unweigerlich Reaktionen auslösen. Wie wir wissen, erzeugt jede Aktion eine Gegenreaktion. Das ist es, was jeder Staat mit Verantwortung, jedes souveräne und unabhängige Land, dass sich selbst respektiert zu tun hat.

Jedem ist klar, dass in einem internationalen System, in dem Willkür herrscht, in dem alle Entscheidungen von denen getroffen werden, die sich für einzigartig, ohne Sünde und allein im Recht hielten, jedes Land angegriffen werden kann, nur weil es einem Hegemon missfällt, der jegliches Augenmaß – und ich möchte hinzufügen, jeglichen Sinn für die Realität – verloren hat.

Leider müssen wir einräumen, dass unsere westlichen Partner den Sinn für die Realität verloren und alle Grenze überschritten haben, doch vergeblich.

Die Ukraine-Krise ist kein Territorialkonflikt, das möchte ich klarstellen. Russland ist das flächenmäßig größte Land der Welt, und wir haben keinerlei Interesse an der Eroberung weiterer Gebiete. Wir haben noch viel zu tun, um Sibirien, Ostsibirien und den Fernen Osten Russlands richtig zu erschließen. Hier geht es nicht um einen territorialen Konflikt oder auch einen Versuch, ein regionales geopolitisches Gleichgewicht herzustellen. Es geht um eine viel umfassendere und grundlegendere Frage, nämlich um die Prinzipien, auf denen die neue Weltordnung beruhen wird.

Dauerhafter Frieden setzt voraus, dass Sicherheit herrschte, Meinungen respektiert und ein Gleichgewicht auf der Welt hergestellt würde und niemand gezwungen werden könnte, so zu leben oder sich so zu verhalten, wie es dem Hegemonen gefiele, selbst wenn es der Souveränität, den wahren Interessen, Traditionen und Bräuchen von Völkern und Ländern entgegenstände. Nach einem solchen Schema würde das Konzept jeder Souveränität in Abrede gestellt und verzeihen Sie den Ausdruck, auf dem Müll landen.

Es ist offensichtlich, dass Block-Denken nach dem Ansatz, die Welt in einer ständigen Konfrontation "Wir-gegen-sie" zu halten, eindeutig ein böses Erbe des 20. Jahrhunderts ist. Es ist ein Produkt der westlichen politischen Kultur, zumindest in ihrer aggressivsten Ausprägung. Ich wiederhole: Der Westen – zumindest ein bestimmter Teil westlicher Eliten – braucht immer einen Feind. Sie brauchen einen Feind, um die Notwendigkeit militärischer Einsätze und Expansionen zu rechtfertigen. Aber es dient auch dazu, um die interne Kontrolle innerhalb eines bestimmten Systems besagten Hegemonen sowie innerhalb von Blöcken – innerhalb von NATO oder anderen militärisch-politischen Blöcken – aufrechtzuerhalten. Es muss einen Feind geben, damit sich alle um den "Führer" scharen können.

Es ist nicht unsere Angelegenheit, wie andere Staaten ihr Leben ausrichten. Wir sehen jedoch, wie die herrschende Elite in vielen Ländern die Gesellschaften zwingt, Normen und Regeln zu akzeptieren, die das Volk – oder zumindest eine beträchtliche Anzahl von Bürgern; in einigen Ländern sogar die Mehrheit – nicht bereit ist zu akzeptieren. Dies zwingt sie ständig Rechtfertigungen für ihr Handeln zu erfinden, um wachsende innere Probleme auf äußere Ursachen zurückzuführen oder nicht-existierende Bedrohungen herbeizureden und über Gebühr aufzublasen.

Russland ist ein beliebtes Thema für diese Politiker. Daran haben wir uns im Laufe der Geschichte natürlich gewöhnt. Aber sie versuchen jedem, der nicht bereit ist, blind diesen westlichen Eliten blind zu folgen, ein Feindbild zu verpassen. Das haben sie in gewissen Situationen und zu gewisser Zeit mit der Volksrepublik China gemacht und auch mit Indien versucht, obwohl sie es zugleich umwerben, wie wir sehr deutlich sehen können. Wir erkennen und sehen die Szenarien in Asien sehr gut – alles ist klar. Die indische Führung – das möchte ich sagen – verhält sich unabhängig und stark national. Meiner Meinung nach sind diese Versuche sinnlos, aber sie werden trotzdem fortgesetzt.

Sie versuchen, die arabische Welt – auch selektiv – als Feind darzustellen; sie tun das selektiv und handeln vorsichtig. Doch im Großen und Ganzen läuft es darauf hinaus, sogar aus Muslimen ein feindliches Umfeld zu machen.



***In der Tat verwandelt sich jeder, der unabhängig
und im eigenen Interesse handelt, für die
westlichen Eliten zum Hindernis, das es
zu beseitigen gilt.***





In der Tat verwandelt sich jeder, der unabhängig und im eigenen Interesse handelt, für die westlichen Eliten zum Hindernis, das es zu beseitigen gilt.

Der Welt werden künstliche geopolitische Zusammenhänge aufgezwungen und zugleich geschlossene Blöcke geschaffen. Wir sehen dies in Europa, wo seit Jahrzehnten eine aggressive Politik der NATO-Erweiterung betrieben wird sowie im asiatisch-pazifischen Raum und in Südasien, wo man versucht, eine offene und integrative Kooperationsarchitektur zu zerstören. Ein auf Block-Ansatz – wir sollten das Kind beim Namen nennen – schränkt die Rechte und Freiheiten von Staaten in ihrer eigenen Entwicklung ein, im Versuch sie eine *«Zwangsjacke» mit Verpflichtungen* zu stecken. Es läuft in gewisser Weise und ganz offensichtlich auf den Verlust eines Teils ihrer Souveränität hinaus, oft nur gefolgt vom Zwang nach Lösungen neben dem Bereich der Sicherheit, vor allem in dem der Wirtschaft, wie es derzeit in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa geschieht. Es ist nicht nötig, dies jetzt zu erklären. Falls erforderlich, können wir in der Diskussion nach meinen einleitenden Bemerkungen ausführlich darüber sprechen.



... sie [versuchen] das internationale Recht durch eine "regelbasierte Ordnung" zu ersetzen, was immer das heißen mag. Es ist nicht klar, welche «Regeln» das wären und wer sie erfunden hat. Es ist einfach Unsinn...



Seite E 249 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Um diese Ziele zu erreichen, versuchen sie, das internationale Recht durch eine *“regelbasierte Ordnung”* zu ersetzen, was immer das auch heißen mag. Es ist nicht klar, welche «Regeln» das wären und wer sie erfunden hat. Es ist einfach Unsinn, aber sie versuchen, diese Idee in die Köpfe von Millionen der Leute zu verpflanzen: *«Du hast nach den Regeln leben?»* Was sind das für Regeln?

Und tatsächlich, wenn Sie erlauben, stellen unsere westlichen *«Kollegen»*, vor allem die aus den Vereinigten Staaten, diese Regeln nicht nur willkürlich auf, sondern belehren uns, wer sie wie zu befolgen und wie man sich insgesamt zu verhalten hätte. All dies geschieht in einer unverhohlenen ungehobelten Weise. Es entspricht einer weiteren Ausprägung kolonialer Mentalität. Ständig hören wir: *«Sie müssen – Sie sind dazu verpflichtet – wir möchten Sie ernsthaft warnen»*.

Wer sind Sie eigentlich, sich das herauszunehmen? Welches Recht haben Sie, andere zu warnen? Das ist einfach unglaublich. Vielleicht sollten diejenigen, die all das sagen, ihre Arroganz ablegen und aufhören, sich gegenüber der Weltgemeinschaft, die ihre Ziele und Interessen genau versteht, so zu verhalten und dieses Gehabe einer kolonialen Ära endlich ablegen? Manchmal möchte ich ihnen sagen: *«Reibt Euch die Augen – diese Zeiten sind längst vorüber und werden nie wiederkehren!»*

Ich will dazu noch eines sagen: Jahrhunderte lang hat solches Verhalten zu einer Wiederholung von einer Sache geführt – zu großen Kriegen, für die verschiedene ideologische und krypto-moralische Rechtfertigungen erfunden wurden. Heute ist dies besonders gefährlich. Wie Sie wissen, verfügt die Menschheit über die Mittel, den gesamten Planeten mit Leichtigkeit zu zerstören. Die ständige Bewusstseinsmanipulation hat ein unglaubliches Ausmaß angenommen und führt zum Verlust des Realitätssinns. Es ist klar, dass ein Ausweg aus diesem Teufelskreis gefunden werden muss. Soweit ich es verstehe, liebe Freunde und Kollegen, ist das der Grund, warum sie in den Valdai-Club gekommen sind.

Russlands außenpolitisches Konzept hat unser Land als originären Zivilisationsstaat klassifiziert. Diese Formulierung spiegelt klar und deutlich wider, wie wir nicht nur unsere eigene Entwicklung, sondern auch die wichtigsten Grundsätze der internationalen Ordnung verstehen, von der wir hoffen, dass sie sich durchsetzen wird.

Aus unserer Sicht ist Zivilisation ein vielschichtiger Begriff, der verschiedenen Interpretationen erfuhr. Dazu gibt es auch eine offene ausgesprochene koloniale Interpretation: Es gäbe eine *«zivilisierte Welt»*, die dem Rest als Modell diene mit Standards, woran sich jeder zu halten hätte. Diejenigen, die damit nicht einverstanden wären, würden mit dem Knüppel des *«aufgeklärten Meisters»* in die *«Zivilisation»* getrieben. Doch, diese Zeiten, wie ich schon sagte, gehören der Vergangenheit an, denn unser Verständnis von Zivilisation hat sich komplett gewandelt.

Erstens: Es gibt viele Zivilisationen, und keine ist einer anderen über- oder unterlegen. Sie sind gleichwertig, da jede Zivilisation ein einzigartiger Ausdruck der eigenen Kultur, ihrer Traditionen und der Bestrebungen ihres Volkes darstellt. Jeder von uns empfindet sie anders. In meinem Fall verkörpert sie zum Beispiel die hohen Ziele des Volkes – meines Volkes, zu dem ich glücklicherweise gehöre.

Herausragende Denker aus der ganzen Welt, die das Konzept eines zivilisationsbasierten Ansatzes befürworten, haben sich eingehend mit der Bedeutung des Konzepts *“Zivilisation”* auseinandergesetzt. Es ist ein komplexes Phänomen, das sich aus vielen Komponenten

zusammensetzt. Ohne zu tief in die Philosophie einzusteigen, was hier vielleicht nicht angebracht wäre, wollen wir versuchen, es pragmatisch zu beschreiben, so wie sie auf die aktuellen Entwicklungen zutrifft.

Zu den wesentlichen Merkmalen eines Zivilisationsstaates gehören Vielfalt und wirtschaftliche Unabhängigkeit, die meines Erachtens zwei Schlüsselemente darstellen. Der heutigen Welt ist Uniformität fremd. Jeder Staat und jede Gesellschaft möchte seinen eigenen Entwicklungsweg beschreiten. Dieser ist in der Kultur und den Traditionen verwurzelt und von der Geografie und den historischen Erfahrungen, von den alten wie auch den neuzeitlichen, sowie von den Werten der Menschen geprägt. Es handelt sich um eine komplexe Synthese, aus der eine eigenständige Zivilisationsgemeinschaft hervorgeht. Ihre Heterogenität und Vielfalt bilden den Schlüssel zur Nachhaltigkeit und Entwicklung.

Russland hat sich im Laufe der Jahrhunderte zu einer Nation mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Ethnien entwickelt. Die russische Zivilisation kann nicht auf einen einzigen gemeinsamen Nenner gebracht werden, aber sie kann auch nicht geteilt werden, da sie als eine einzige geistig und kulturell reiche Einheit gedeiht. Die Aufrechterhaltung der soliden Einheit einer solchen Nation ist keine leichte Aufgabe.

Im Laufe der Jahrhunderte standen wir vor den größten Herausforderungen: Wir haben sie gemeistert, manchmal unter großen Opfern, aber wir haben jedes Mal unsere Lehren für die Zukunft gezogen und unsere nationale Einheit und die Integrität des russischen Staates stärken können.

Diese Erfahrungen, die wir gesammelt haben, sind heute von unschätzbarem Wert. Die Welt wird immer vielfältiger und die Komplexität der Prozesse lässt sich nicht mehr mit Methoden eines einfachen Managements über einen Kamm scheren, wie wir sagen, doch einige Staaten gewohnt sind.



Dem ist noch etwas Wichtiges hinzuzufügen: Ein wirklich effektives und stabiles Staatssystem kann nicht von außen aufgezwungen werden. Es wächst auf natürliche Weise aus den zivilisatorischen Wurzeln der Länder und Völker...



Dem ist noch etwas Wichtiges hinzuzufügen: Ein wirklich effektives und stabiles Staatssystem kann nicht von außen aufgezwungen werden. Es wächst auf natürliche Weise aus den zivilisatorischen Wurzeln der Länder und Völker, und in dieser Hinsicht liefert Russland ein Beispiel, wie es im wirklichen Leben und in der Praxis abläuft.

Zivilisatorischer Rückhalt ist eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg in einer modernen Welt: In einer chaotischen und leider gefährlichen Welt, welche ihre Orientierungspunkte verloren hat. Immer mehr Staaten kommen zum Schluss und werden sich ihrer eigenen Interessen und Bedürfnisse gewahr sowie ihrer Möglichkeiten und Grenzen, ihrer Identität mit dem Grad der Verflechtung der sie umgebenden Welt.

Ich bin überzeugt, dass die Menschheit sich nicht auf eine Zersplitterung rivalisierender Segmente zubewegt – nicht auf eine neue Konfrontation zwischen den Blöcken, aus welchen Motiven auch immer oder auf den seelenlosen Universalismus einer neuen Globalisierung. Im Gegenteil, die Welt ist auf dem Weg zu einer Synergie unter Staats-Zivilisationen, großen Räume und Gemeinschaften, die sich als solche begreifen.

Zugleich ist die Zivilisation kein universelles Konstrukt, das für alle gilt – so etwas gibt es nicht. Jede Zivilisation ist anders, jede ist kulturell autark und schöpft ihre ideologischen Prinzipien und Werte aus ihrer eigenen Geschichte und Traditionen. Der Respekt vor sich selbst ergibt sich natürlich aus dem Respekt vor den anderen, aber er setzt auch den Respekt der anderen voraus.



Deshalb zwingt eine Zivilisation niemandem etwas auf, lässt aber auch nicht zu, dass ihr etwas aufgezwungen wird. Wenn sich jeder an diese Regel hält, könnten wir eine harmonische Koexistenz und kreative Interaktion unter allen Teilnehmern in den internationalen Beziehungen sicherstellen.



Deshalb zwingt eine Zivilisation niemandem etwas auf, lässt aber auch nicht zu, dass ihr etwas aufgezwungen wird. Wenn sich jeder an diese Regel hält, könnten wir eine harmonische Koexistenz und kreative Interaktion unter allen Teilnehmern in den internationalen Beziehungen sicherstellen.

Seine zivilisatorische Ausrichtung zu schützen, stellt selbstredend eine große Verantwortung dar. Es betrifft auf externe Übergriffe zu reagieren, die Entwicklung enger und konstruktiver Beziehungen zu anderen Zivilisationen herzustellen und was am wichtigsten ist, Stabilität und Harmonie im Inneren aufrechtzuerhalten. Wir alle können sehen, dass das internationale Umfeld heute, wie ich schon sagte, leider instabil und hinlänglich aggressiv geworden ist.



Und noch eine sehr wichtige Sache: Selbstverständlich darf niemand seine Zivilisation verraten. Das wäre auch ein Weg ins universelle Chaos - unnatürlich und widerlich, würde ich sagen.



Und noch eine sehr wichtige Sache: Selbstverständlich darf niemand seine Zivilisation verraten. Das wäre auch ein Weg ins universelle Chaos – unnatürlich und widerlich, würde

ich sagen. Wir für unseren Teil haben immer versucht, Lösungen anzubieten, welche die Interessen aller Seiten berücksichtigen, und werden dies weiter tun. Aber unsere Kollegen im Westen scheinen Konzepte angemessener Selbstbeschränkung mit Kompromissen und Bereitschaft zu Zugeständnissen zu Gunsten eines für alle akzeptablen Ergebnisses, vergessen zu haben. Nein, sie sind buchstäblich nur von dem einem Ziel besessen: Ihre Interessen durchzusetzen, hier und jetzt, und zwar um jeden Preis. Wenn das ihre Wahl scheint, werden wir sehen, was passiert.

Es scheint paradox, aber die Situation kann sich schon morgen ändern – das ist ein Problem. Beispielsweise kann es zu innenpolitischen Verschiebungen nach Wahlen kommen: Heute noch kann ein Land darauf bestehen, etwas um jeden Preis durchsetzen zu wollen, aber morgen schon kann sich die innenpolitische Lage geändert haben und eine andere, manchmal sogar gegenteilige Idee würde mit demselben Druck und derselben Unbekümmertheit durchgedrückt werden.

Ein eindrucksvolles Beispiel ist das iranische Atomprogramm. Eine US-Regierung hat eine Entscheidung durchgesetzt. Dann kam die nachfolgende Administration, hat alles umgedreht und es ging in die genau gegenteilige Richtung. Wie kann man unter solchen Bedingungen arbeiten? Was blieben die Leitlinien? Worauf kann man sich noch verlassen? Wo sind die Garantien? Sind das die «Regeln», von denen man uns erzählt? Das ist nur Nonsense.

Warum geschieht dies, und warum scheint es niemanden zu stören? Die Antwort ist, weil strategisches Denken durch kurzfristige Eigeninteressen ersetzt worden ist, und zwar nicht einmal von Ländern oder Nationen, sondern von wechselnden Einflussgruppen. Dies erklärt die unglaubliche Verantwortungslosigkeit politischer Eliten, die nach den Maßstäben des Kalten Krieges alle Furcht und Schande abgelegt haben und sich für fehlerfrei halten.

Der zivilisatorische Ansatz stellt sich diesen Tendenzen entgegen, weil er sich auf die grundlegenden und langfristigen Interessen der Staaten und Völker stützt, Interessen, die nicht von der aktuellen ideologischen Umständen diktiert werden, sondern von der gesamten historischen Erfahrung und dem Erbe der Vergangenheit, auf dem die Idee einer harmonischen Zukunft beruht.

Wenn sich alle von einer solchen Einstellung leiten ließen, gäbe es meines Erachtens viel weniger Konflikte auf der Welt und die Methoden der Resolutionen wären viel rationaler, weil sich alle Zivilisationen, wie ich sagte, gegenseitig respektieren würden und nicht in Versuchung verfielen, jeden aufgrund eigener Vorstellungen zu ändern.

Geschätzte Freunde, ich habe mit Interesse den Bericht gelesen, den der Valdai-Club für das heutige Treffen vorgelegt hat. Er sagt, dass man versuche, die Zukunft zu verstehen und sich vorzustellen. Das ist natürlich und verständlich, insbesondere für intellektuelle Kreise. In einer Zeit des radikalen Wandels, in der die Welt, an die wir gewöhnt sind, zerbricht, ist es sehr wichtig zu verstehen, wohin wir uns bewegen und was wir erreichen wollen. Und natürlich wird die Zukunft jetzt geschaffen, nicht nur vor unseren Augen, sondern durch unsere eigenen Hände.

Natürlich ist es bei solch gigantischen, unglaublich komplexen Prozessen schwierig oder sogar unmöglich, das Ergebnis vorherzusagen. Ganz gleich, was wir tun, wird das Leben sicher für Anpassungen sorgen. Aber in jedem Fall müssen wir uns darüber im Klaren sein, was wir anstreben und was wir erreichen wollen.



In Russland gibt es ein solches Verständnis:

1. ***Wir wollen in einer offenen, vernetzten Welt leben, in der niemand versuchen wird, der Kommunikation der Menschen, ihrer kreativen Entfaltung und ihrem Wohlstand künstliche Hindernisse in den Weg zu legen. Wir müssen uns bemühen, einem Umfeld ohne Hindernisse nachzugehen.***
2. **Wir wollen, dass die Vielfalt der Welt nicht nur erhalten bleibt, sondern als Grundlage für eine universelle Entwicklung dient. Es sollte verboten sein, irgendeinem Land oder Volk vorzuschreiben, wie es zu leben und zu fühlen hätte. Nur eine echte kulturelle und zivilisatorische Vielfalt kann das Wohlergehen der Völker und einen Ausgleich der Interessen garantieren.**
3. **Russland steht für einen maximale Repräsentationsgrad. Niemand hat das Recht, die Welt für andere und im Namen anderer zu regieren. Die Welt der Zukunft ist eine Welt der kollektiven Entscheidungen, die auf den Ebenen getroffen werden, auf denen sie am wirksamsten sind – von denjenigen, die wirklich in der Lage sind, einen wesentlichen Beitrag zur Lösung eines bestimmten Problems zu leisten. Es ist nicht so, dass eine Person für alle entscheidet, und nicht einmal alle entscheiden alles, sondern diejenigen, die von diesem oder jenem Problem direkt betroffen sind, müssen sich darauf einigen, was zu tun wäre und wie es getan werden soll.**
4. **Russland steht für universelle Sicherheit und dauerhaften Frieden, der auf der Achtung der Interessen aller beruht: Von den großen bis zu den kleinen Ländern. Es geht vor allem darum, die internationalen Beziehungen vom Blockdenken und dem Erbe der Kolonialzeit und des Kalten Krieges zu**

5. befreien. Wir sagen schon seit Jahrzehnten, dass Sicherheit unteilbar ist und dass es unmöglich ist, die Sicherheit der einen auf Kosten der Sicherheit der anderen zu erreichen. In der Tat kann in diesem Bereich Harmonie erreicht werden. Man muss nur Hochmut und Arroganz ablegen und aufhören, andere als Partner zweiter Klasse, Ausgestoßene oder Wilde zu betrachten.
5. Wir setzen uns für Gerechtigkeit für alle ein. Die Ära der Ausbeutung ist, wie ich schon zweimal sagte, vorbei. Die Länder und Völker sind sich ihrer Interessen und Fähigkeiten bewusst und sind bereit, sich auf sich selbst zu verlassen, was ihre Stärke vervielfältigt. Jeder sollte Zugang zu den Vorteilen moderner Entwicklungen haben, und Versuche, dies für ein Land oder ein Volk einzuschränken, sollten als ein Akt der Aggression betrachtet werden – genau so.
6. Wir stehen für Gleichheit, für die vielfältigen Potenziale aller Länder. Dies ist ein völlig objektiver Faktor. Aber nicht weniger objektiv ist die Tatsache, dass niemand mehr bereit ist, sich zu unterwerfen oder seine Interessen und Bedürfnisse von irgendjemandem abhängig zu machen – und vor allem nicht von den Reichen und Mächtigen.

Dies ist nicht nur der natürliche Zustand der internationalen Gemeinschaft, sondern die Quintessenz der gesamten historischen Erfahrung der Menschheit. Dies sind die Grundsätze, denen wir folgen möchten und zu denen wir alle unsere Freunde und Kollegen einladen.

Kolleginnen und Kollegen!



Russland war, ist und wird eines der Fundamente dieses neuen Weltsystems sein, bereit zu einem konstruktiven Umgang mit allen, die nach Frieden und Wohlstand streben, aber auch bereit zu einem harten Widerstand gegen diejenigen, die sich zu den Prinzipien von Diktatur und Gewalt bekennen.



Russland war, ist und wird eines der Fundamente dieses neuen Weltsystems sein, bereit zu einem konstruktiven Umgang mit allen, die nach Frieden und Wohlstand streben, aber auch bereit zu einem harten Widerstand gegen diejenigen, die sich zu den Prinzipien von Diktatur und Gewalt bekennen. Wir glauben, dass sich Pragmatismus und gesunder Menschenverstand durchsetzen werden und eine multipolare Welt entstehen wird.

Seite E 255 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Abschließend möchte ich mich bei den Organisatoren des Forums für die wie immer gründliche und qualifizierte Vorbereitung sowie bei allen Teilnehmern dieses Jubiläumstreffens für ihre Aufmerksamkeit bedanken. Ich danke Ihnen sehr herzlich.

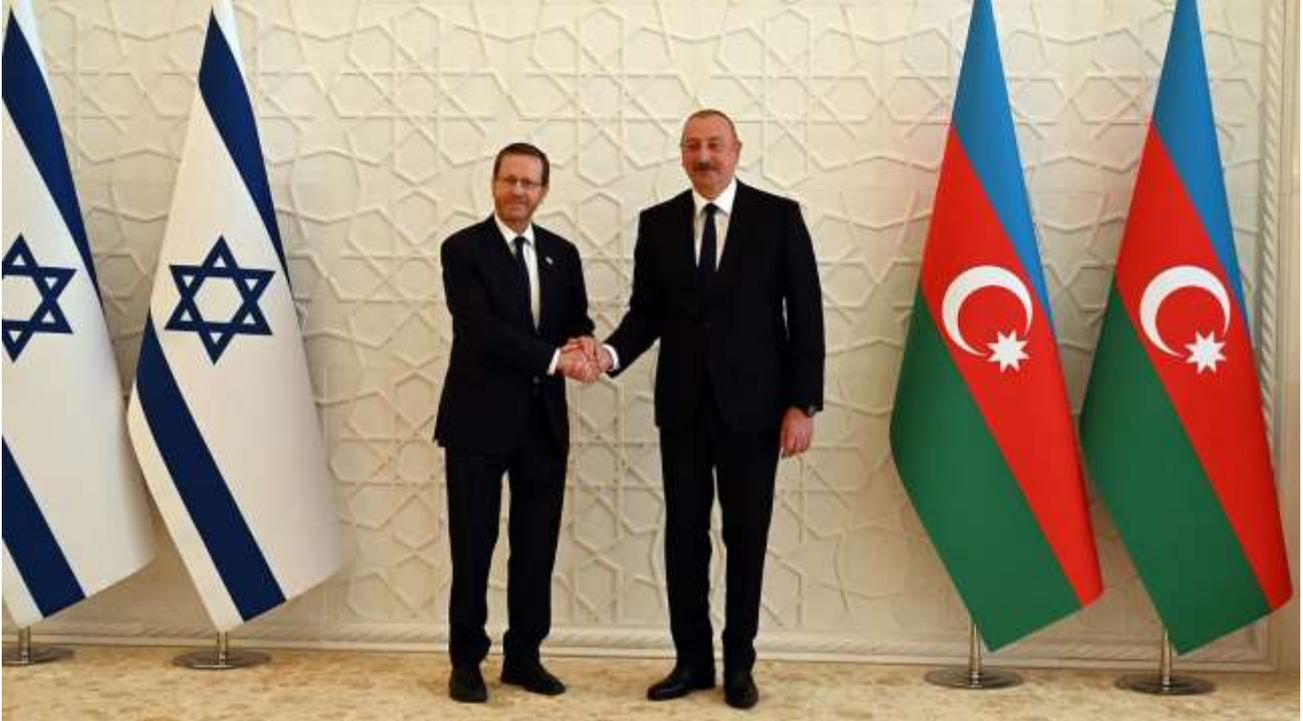
Übersetzung aus dem Russischen: UNSER -MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Armenien / Aserbaidschan (Seiten E 256 - E 261)

01) Aserbaidschan wurde in Bergkarabach von Israel mit Waffen unterstützt

10. 10. 2023



Aserbaidschan und Israel verbündet gegen gemeinsamen "Feind" Iran.- Bild: Haim Zach/GPO

Berichten zu Folge soll Israel Aserbaidschans Kampagne zur Einnahme von Bergkarabach „aktiv“ unterstützt haben.

Israelische Waffenlieferungen vor Blitzoffensive

Tel Aviv soll die Regierung in Baku vor deren Blitzoffensive in Bergkarabach mit schweren Waffen beliefert habe.

Israel hatte insgeheim Aserbaidschans Kampagne zur [Rückeroberung von Bergkarabach](#) unterstützt und Baku vor deren Blitzoffensive im letzten Monat, die die armenische Enklave wieder unter aserbaidschanische Kontrolle brachte, mit schweren Waffen beliefert, erklärten dazu Beamte und Experten.

Nur wenige Wochen bevor Aserbaidschan am 19. September seinen 24-stündigen Angriff startete, waren aserbaidschanische Militärfrachtflugzeuge wiederholt zwischen einem südisraelischen Luftwaffenstützpunkt und einem Flugplatz in der Nähe von Bergkarabach hin- und hergeflogen, wie Flugverfolgungsdaten und armenische Diplomaten belegen, obwohl westliche Regierungen seinerzeit intensiv auf Friedensgespräche gedrängt hatten.

Israelische „Ambitionen“ im südlichen Kaukasus

Durch diese Flüge wurden armenische Beamte in Jerewan verunsichert, die der strategischen Allianz zwischen Israel und Aserbaidschan seit Langem misstrauisch gegenüberstehen.

Dies wirft nun ein „besonderes Licht“ auf die Ambitionen Israels in der Region südlich des Kaukasus.

„Wir sind sehr besorgt darüber, dass israelische Waffen auf unser Volk abgefeuert wurden“, erklärte Arman Akopian, Armeniens Botschafter in Israel, gegenüber der *Associated Press (AP)*.

In einem regen diplomatischen Austausch erklärte Akopian, er habe in den letzten Wochen gegenüber israelischen Politikern und Abgeordneten seine Besorgnis über israelische Waffenlieferungen zum Ausdruck gebracht.

„Ich verstehe nicht, warum Israel nicht in der Lage sein sollte, zumindest eine gewisse Besorgnis über das Schicksal von Menschen zu äußern, die aus ihrer Heimat vertrieben werden“, sagte er gegenüber der Nachrichtenagentur *AP*.

Keine Stellungnahme seitens Israels

Das israelische Außen- und Verteidigungsministerium lehnte es erwartungsgemäß ab, sich zum Einsatz israelischer Waffen in Bergkarabach oder zu den armenischen Bedenken über die militärische Partnerschaft mit Aserbaidschan zu äußern.

Im Juli hatte der israelische Verteidigungsminister Joaw Gallant die aserbaidsschanische Hauptstadt Baku besucht, wo er die militärische Zusammenarbeit und den gemeinsamen „Kampf gegen den Terrorismus“ gelobt hatte.

Aserbaidschan ist seit Langem misstrauisch gegenüber dem Iran, seinem ebenfalls schiitisch-muslimischen Nachbarn am Kaspischen Meer, und ärgert sich über dessen Unterstützung für das christliche Armenien.

Der Iran hatte Aserbaidschan auch beschuldigt, eine Basis für israelische Geheimdienstoperationen gegen den Iran zu beherbergen, ein Vorwurf, den Aserbaidschan und Israel selbstredend bestreiten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Flucht und Vertreibung der Armenier aus Bergkarabach

Wo bleibt das Weltgewissen?

Die Meldungen über das Schicksal der Armenier in der Enklave Bergkarabach (armen.: Republik Arzach) in Aserbaidschan sind erschreckend und erinnern uns an das Schicksal der Sudetendeutschen. In dieser Enklave lebten einmal über 250.000 Armenier, zuletzt waren es nur mehr 120.000.

Immer wieder gab es Konflikte mit grausamen Übergriffen von Armeniern und Aserbaidtschanern in diesem Gebiet. In der Sowjetunion wurde Bergkarabach Aserbaidtschan zugeschlagen. Den Stalinisten waren Menschenrechte und alles was damit verbunden war, völlig egal. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden beide Länder souveräne Staaten. Militärische Auseinandersetzungen waren an der Tagesordnung zuletzt 2020. Vor einem Jahr erfolgte ein neuerlicher Angriff von Aserbaidtschan, und es wurden Gebiete die von Armenien besetzt waren, zurückerobert. Jetzt wollte man alles endgültig machen. Bergkarabach wurde angegriffen und von Armenien sozusagen getrennt, womit die Versorgung dieser Menschen völlig zusammenbrach. Über 90 % der Armenier wurden vertrieben und konnten nach Armenien fliehen und tun es immer noch. Brutale Übergriffe des aserbaidtschanischen Militärs waren und sind an der Tagesordnung. So wurden in einem Dorf den Eltern die Kinder weggenommen mit dem Hinweis, dass sie diese erst dann zurückerhalten wenn sie ihr Dorf geschlossen verlassen. Und dass im 21. Jahrhundert!

Eigentlich völlig unvorstellbar, vor allem weil Aserbaidtschan als ein Teil Europas betrachtet wird. Deren Fußballmannschaften spielen um den Europacup mit - wo bleibt da die UEFA mit Sanktionen wie zum Beispiel Ausschluss aus dem Spielgeschehen? Vielleicht kommt das noch, aber sicher ist das nicht. Und die ganze Welt sieht zu und die UNO, die EU usw. sind machtlos gegen dieses Geschehen!

(H.R., SdJÖ)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 117, 2023

Wien, am 09. Oktober 2023

03) Die Macht des Stärkeren

Vertreibung aktuell: Nach Aserbaidtschans Angriff auf die armenische Enklave **Berg-Karabach** drohen dem Südkaukasus jahrzehntelang weitere Eskalation und Leid, die dort lebenden Armenier werden aus ihrer Heimat vertrieben! [Hier geht es zum IPG-Artikel.](#)

<https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/die-macht-des-staerkeren-7006/>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 114, 2023

Wien, am 03. Oktober 2023

Europa 21.09.2023 | [Benyamin Poghosyan](#)

Die Macht des Stärkeren

Nach Aserbaidtschans Angriff auf Bergkarabach drohen dem Südkaukasus jahrzehntelang weitere Eskalationen und Leid



DPA Wegen des Krieges gegen die Ukraine geschwächt und zum Zuschauen verdammt: Russische Friedenstruppen in der Nähe des Flughafens von Stepanakert.

Am 19. September 2023 begann Aserbaidschan eine groß angelegte Offensive entlang der Kontaktlinie zur selbsternannten Republik Bergkarabach. Die Militäroperation folgte einer etwa [neunmonatigen Blockade](#), die die Bevölkerung von Bergkarabach an den Rand einer großen Hungersnot gebracht hatte. Nach 24 Stunden intensiver Kriegshandlungen gaben die Verantwortlichen in Bergkarabach den Forderungen Aserbaidschans nach, zu denen die Entwaffnung und Auflösung der Verteidigungsarmee ebenso gehörte wie die Aufnahme von Gesprächen mit Aserbaidschan über die „Eingliederung“ der Region im Rahmen der aserbaidtschanischen Verfassung.

Die jüngste Militäroffensive hat gravierende humanitäre Folgen. Tausende von Zivilpersonen werden vermisst, viele wurden mutmaßlich getötet, ganze Dörfer sind von aserbaidtschanischem Militär umzingelt und von der Außenwelt abgeschnitten. Bis zu 5 000 armenische Zivilpersonen haben im Hauptquartier der russischen Friedensmission nahe dem Flughafen von Stepanakert Schutz gesucht. Seit aserbaidtschanisches Militär in den ersten Stunden der Operation Funkmasten und andere Telekommunikations-Infrastruktur zerstört hat, gibt es in der Region kaum Internet und Mobilfunk.

Die Zukunft der armenischen Bevölkerung in Bergkarabach ist unklar.

Die Zukunft der armenischen Bevölkerung in Bergkarabach ist unklar. Die allermeisten Menschen möchten die Region verlassen, weil ihre Grundrechte unter aserbaidtschanischer Herrschaft nicht gewährleistet sind. Doch auch die Evakuierung, die einer ethnischen Säuberung gleichkommt, birgt Gefahren, da Aserbaidschan gegen Tausende armenischer Männer ermittelt und diese beim Versuch, den Latschin-Kontrollpunkt zu passieren, festnehmen könnte. Am Morgen des 21. September trafen sich in der aserbaidtschanischen Stadt Jewlach Vertreter der armenischen Bevölkerung von Bergkarabach mit der aserbaidtschanischen Seite. Noch während des Treffens aber nahm Aserbaidschan den Beschuss von Stepanakert (der Hauptstadt von Bergkarabach) wieder auf; aserbaidtschanische Soldaten drangen in die Stadt ein, sodass das Leben von 60 000 Menschen unmittelbar in Gefahr war.

Neben den dramatischen humanitären Folgen wird der erneute Angriff Aserbaidschans auf Bergkarabach auch erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit in der Region haben. Die Entwicklungen signalisieren allen Akteuren, dass rohe Gewalt die einzige Währung ist, die

zählt. Nur fünf Tage vor der neuen Offensive erklärte in den USA Yuri Kim, die stellvertretende Staatssekretärin für europäische und eurasische Angelegenheiten, in einer Anhörung des Senatsausschusses für Außenpolitik, die Vereinigten Staaten würden – kurz- oder langfristig – keine ethnischen Säuberungen oder andere Gräueltaten gegen die armenische Bevölkerung von Bergkarabach dulden. Die EU-Führung, darunter der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel, forderte mehrfach, die Blockade des Latschin-Korridors zu beenden, und betonte, wie wichtig es sei, die Rechte der armenischen Bevölkerung in Bergkarabach zu gewährleisten. Die offensichtliche Missachtung dieser Forderungen durch Aserbaidschan und die demonstrative Gewalt machen deutlich, dass der Westen insgesamt die Entwicklung in der Region kaum mehr beeinflussen kann. Allerdings hat Aserbaidschan mit seiner Offensive auch die Russische Föderation gedemütigt, deren Friedenstruppen nach dem Krieg 2020 in Bergkarabach stationiert wurden, um die armenische Zivilbevölkerung zu beschützen.

Aserbaidschan kann frühere Vereinbarungen jederzeit brechen und sich sowohl über die USA als auch über Russland hinwegsetzen.

Wenn man davon ausgehen muss, dass Aserbaidschan frühere Vereinbarungen jederzeit brechen und sich sowohl über die USA als auch [über Russland hinwegsetzen](#) kann – welche Garantien gibt es dann, dass ein neues Abkommen nicht schon nach wenigen Wochen oder Monaten im Mülleimer der Geschichte landet? In den vergangenen Wochen hat die armenische Führung Russland mehrmals gezielt verärgert und [Botschaften an den Westen](#) ausgeschildet – etwa, als die Frau des Premierministers Kiew besuchte oder als das Land beschloss, das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu ratifizieren. Man hoffte wohl, die USA und die EU würden der bevorstehenden aserbaidschanischen Offensive Einhalt gebieten. Wie sich zeigte, war das reines Wunschdenken.

Die Offensive und die Auflösung der Enklave Bergkarabach durch Aserbaidschan widerspricht der Erklärung vom 10. November 2020, die auch eine Einigung über die Wiederherstellung der Kommunikationsinfrastruktur sowie die Öffnung der Verkehrswege zwischen Aserbaidschan und seiner Exklave Nachitschewan über armenisches Gebiet enthielt. Das Vorgehen der aserbaidschanischen Regierung erschwert erheblich einen Abschluss der [Friedensverhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan](#).

Die zweite Demütigung Armeniens innerhalb von drei Jahren wird die innenpolitische Lage im Land weiter destabilisieren. Ministerpräsident Nikol Paschinjan hat seine Unterstützung bereits weitgehend eingebüßt. Bei den Kommunalwahlen am 17. September in Jerewan (der Hauptstadt Armeniens, in der 40 bis 45 Prozent der Gesamtbevölkerung leben) erhielt Paschinjans Partei 33 Prozent der Stimmen gegenüber rund 80 Prozent im September 2018. Die Wahlbeteiligung war mit weniger als 30 Prozent extrem niedrig. Die De-facto-Auflösung von Bergkarabach, die enormen Verluste in der Zivilbevölkerung und der mögliche Zustrom von 70 000 bis 80 000 Flüchtlingen nach Armenien werden Paschinjans Position weiter schwächen. Die Opposition hatte mit einem neu gegründeten Ausschuss bereits auf seinen Rücktritt hingewirkt, und am 19. und 20. September kam es bei Kundgebungen im Zentrum von Jerewan zu Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und Polizei.

Auf lange Sicht wird die Entscheidung Aserbaidschans, Bergkarabach mit militärischen Mitteln an sich zu reißen, den Kreislauf der Gewalt zwischen den beiden Ländern weiter ankurbeln. In Armenien und in der Diaspora werden viele ihre Kräfte bündeln, um das Land zu stärken und Rache zu nehmen. Die aserbaidschanische Regierung pflegt die Vorstellung eines „westlichen Aserbaidschan“, nach der weite Teile Armeniens historisch zu aserbaidschanischem Territorium gehören. Dies und Forderungen von aserbaidschanischer

Seite E 261 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

und türkischer Seite, den sogenannten „Sangesur-Korridor“ zu öffnen, um Aserbaidschan mit Nachitschewan und der Türkei zu verbinden, werden dazu führen, dass die kommenden Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, im Südkaukasus weiter von Eskalation, Kriegen und menschlichem Leid geprägt sein werden.

Aus dem Englischen von Anne Emmert

T ü r k e i (Seite E 262)

- Keine Berichte -

B u l g a r i e n (Seiten E 263 – E 265)

01) Verlässt Bulgarien den amerikanischen Sektor?

02. 10. 2023



Orthodoxer Priester führt bulgarische Protestbewegung an.- *Bild: privat*

Ist Bulgarien auf dem Weg den [amerikanischen Sektor](#) zu verlassen? Diese Frage stellt sich wohl berechtigt, angesichts der zunehmenden Proteste, vor allem in der Hauptstadt Sofia.
Exklusiver Vorort Bericht

Der geopolitische Analyst Patrick Poppel konnte sich ein Bild der zunehmenden Protestwelle in Bulgarien machen und hat UME mit Berichten und Bildmaterial exklusiv versorgt.

Wie in zahlreichen EU-Staaten, unter anderem jüngst in Österreich aber auch in den letzten Monaten in den Niederlanden, regt sich vor allem im Landwirtschaftssektor enormer Widerstand gegen die EU-Politik und die EU-Agrarpolitik im Speziellen.

Die nun aufkeimenden Proteste könnten sich durchaus zu einem „Flächenbrand“ ausweiten.

Selbst orthodoxe Priester hatten sich, an vorderster Front den wütenden Protesten angeschlossen.



Bild: privat

Hintergrund dafür war, das man von Regierungsseite, und im Zuge der europaweit grassierenden „Seuche“ der Russophobie“, den [Zutritt zur russisch Orthodoxen Kirche](#) in Sofia untersagt hatte und durch die Schließung Selbiger, den Gläubigen den Zutritt verwehrt hatte. Der dort tätig gewesene Priester wurde des Landes verwiesen.



Protest vor der geschlossenen Kirche.- *Bild: privat*

Im Rahmen unserer [Berichterstattung](#) hatten wir ja bereits über die Verfolgung orthodoxer Christen berichtet.

Seite E 265 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 841 vom 02.11.2023

Nach der Entscheidung, die bulgarische Wirtschaft mit billigen ukrainischen Produkten zu überschwemmen, folgt nun auch in Bulgarien, ein Protest dem Anderen.

Auch den Menschen in Bulgarien wird bewusst, dass die Regierung gegen nationale Interessen handelt und nur im Sinne von EU und die NATO arbeiten.

Auch in Bulgarien findet diesbezüglich ein „kultureller Kampf“ statt. Zusätzlich wird permanent künstlich antirussische Stimmung erzeugt, auch wenn das Volk sich ihr nicht an zu passen gedenkt.

Es herrscht eine klare Spaltung in der Gesellschaft mit korrupten Eliten in den Regierungspalästen und einfachen Menschen auf der Straße.

Auch der Kampf der „Neuen Offenen Gesellschaft“ gegen die Kirche und traditionelle Familienwerte spielt bei den Protesten eine große Rolle.

Aus diesen Gründen gehört Bulgarien zwar zu den EU- und NATO-Ländern, das jedoch den amerikanischen Sektor am Wahrscheinlichsten verlassen wird.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -